

Philipps-Universität Marburg
Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie
Institut für Politikwissenschaft



Die wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen der EU und Algerien – Eine Zentrum-Peripherie-Beziehung?

Diplomarbeit im Fach Politikwissenschaft

vorgelegt von

Sofian Philip Naceur

Im Februar 2010

Erstgutachter: Prof. Dr. Rachid Ouassa

Zweitgutachter: PD Dr. Johannes M. Becker

Die wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen der EU und Algerien – Eine Zentrum Peripherie Beziehung?

1.0 Einleitung: Algerische Strukturblockade und europäische Außenhandelspolitik	1
2.0 Theoretische Einordnung der europäisch-algerischen Beziehungen	5
2.1 Die Dependenztheorien und das Zentrum-Peripherie-Modell	5
2.1.1 Das Zentrum-Peripherie-Modell im entwicklungspolitischen Diskurs	6
2.1.2 Reproduktion der strukturellen Abhängigkeit der Peripherie	9
2.1.3 Kapitalabfluss und Exportorientierung peripherer Wirtschaftssysteme	11
2.1.4 Das Konzept der „collective self-reliance“	17
2.2 Herrschaftsstrukturen in der Peripherie: Kolonialismus, Rente und Staatsklasse	21
2.2.1 Koloniale Herrschaftsstrukturen in Algerien nach Fanon	22
2.2.2 Rentenökonomie und Rententheorie	25
2.2.3 Der Staatsklassenansatz und die algerischen Herrschaftsverhältnisse	29
2.3 Reproduktion der peripheren Abhängigkeit und Unterentwicklung	32
3.0 Die wirtschaftspolitischen Verflechtungen zwischen Algeriens und der EU	34
3.1 Wirtschaftspolitische Konsolidierung der Rentenökonomie Algerien	34
3.1.1 Algeriens Versuch einer wirtschaftspolitischen Modernisierung	35
3.1.1.1 Die koloniale Integration Algeriens in die französische Wirtschaft	35
3.1.1.2 Der Front Liberation National	40
3.1.1.3 Entwicklung des algerischen Kohlenwasserstoffsektors	47
3.1.1.4 Periphere Industrialisierungspolitik in Algerien	51
3.1.2 Die demokratische Öffnung und das schwarze Jahrzehnt	58
3.1.3 Restrukturierung der algerischen Außenwirtschaftspolitik	63
3.1.3.1 Konsolidierung der Rentenökonomie unter Bouteflika	64
3.1.3.2 Ökonomische Liberalisierung und Importsubstitution	70
3.1.4 Regionale Integrationsblockade	74
3.1.5 Zwischenfazit	79
3.2 Strukturen und Ziele der europäischen Maghrebpolitik in Algerien	81
3.2.1 Die europäische Energiepolitik im geopolitischen Kontext	83
3.2.2 Algeriens Integration in die Europäische Maghrebpolitik	90
3.2.2.1 Europäische Maghrebpolitik und ihre Folgen für die Peripherie	91
3.2.2.2 Restrukturierung der EU-Maghrebpolitik: Union für das Mittelmeer	96
3.2.2.3 Politische und militärische Stabilisierung der maghrebischen Regimes	101
3.2.2.4 Wirtschaftspolitische Verflechtungen Algeriens mit der EU	105
3.2.3 Zwischenfazit	108
4.0 Fazit: Konsolidierung der algerisch-europäischen Wirtschaftsbeziehungen	110
Literaturverzeichnis	115

Abkürzungsverzeichnis

AL	-	<i>Arabische Liga</i>
ALN	-	<i>Armée Libération National</i>
ANP	-	<i>Armée National Populaire</i>
BTC	-	<i>Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline</i>
CESO	-	<i>Centre of Socio-Economic Studies</i>
CNRA	-	<i>Conseil National de la Révolution Algérienne</i>
CRUA	-	<i>Comite Revolutionnaire pour l'Unite et l'Action</i>
DAF	-	<i>Déserteurs de l'Armée Française</i>
DRS	-	<i>Département de Reseignement et Sécurité</i>
ECLA	-	<i>Economic Commission for Latin America</i>
EFTA	-	<i>European Free Trade Association</i>
EG	-	<i>Europäische Gemeinschaft</i>
EMG	-	<i>Etat-Major Général</i>
EMP	-	<i>Euro-Mediterrane Partnerschaft</i>
ENP	-	<i>Europäische Nachbarschaftspolitik</i>
EORP	-	<i>Enhanced Oil Recovery Programm</i>
ESVP	-	<i>Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik</i>
EU	-	<i>Europäische Union</i>
FEM	-	<i>Freihandelszone Europa-Mittelmeer</i>
FIS	-	<i>Front Islamique du Salut</i>
FFS	-	<i>Front des Forces Socialiste</i>
FLN	-	<i>Front Libération National</i>
GAP	-	<i>Gemeinsame Agrarpolitik</i>
GASP	-	<i>Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik</i>
GATT	-	<i>General Agreement on Tarifs and Trade</i>
GIA	-	<i>Groupe Islamique Armé</i>
GPRA	-	<i>Gouvernement Provisoire de la République Algérienne</i>
GSPC	-	<i>Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat</i>
HCE	-	<i>Haute Comité d'Etat</i>
IEA	-	<i>International Energy Agency</i>
IMET	-	<i>International Military and Education Programm</i>
LNG	-	<i>Liquefied Natural Gas</i>
MDA	-	<i>Mouvement pour la Démocratie en Algérie</i>
MEDA	-	<i>Mésures d'accompagnement financières et techniques à la réforme des structures économiques et sociales dans le cadre du partenariat euro-méditerranéen</i>
MFA	-	<i>Multi-Faser-Abkommen</i>
MNA	-	<i>Mouvement National Algérienne</i>
MTLD	-	<i>Mouvement pour le Triomphe des Libertés Démocratiques</i>
NATO	-	<i>North Atlantic Treaty Organisation</i>
NIOC	-	<i>National Iranian Oil Company</i>
NMP	-	<i>Neue Mittelmeerpolitik</i>
OAS	-	<i>Organisation de l'Armée Secrète</i>
OPEC	-	<i>Organization of Petroleum Exporting Countries</i>
PCA	-	<i>Parti Communiste Algérien</i>
PDVSA	-	<i>Petróleos de Venezuela S. A.</i>
PPA	-	<i>Parti du Peuple Algérien</i>
PT	-	<i>Parti de Travailleurs</i>
RCD	-	<i>Rassemblement pour la Culture et la Démocratie</i>
RND	-	<i>Rassemblement National Démocratique</i>
UGTA	-	<i>Union Générale des Travailleurs Algériens</i>
UMA	-	<i>Union du Maghreb Arabe</i>

1. Einleitung: Algerische Strukturblockade und europäische Außenhandelspolitik

„Unsere Stellung in der Welt ist die eines Erdöl produzierenden Landes. Diejenigen, die es uns abkaufen, stellen keine anderen Fragen als die seines Preises, seiner Qualität, seiner Verfügbarkeit, was die Abnahme garantiert und die Förderabgaben einstreicht. Man muss sich nichts vormachen, unser teures Land ist nicht mehr das, was es war, noch das, was man uns darüber weismacht - es wird den letzteren zugeordnet: den unfreien, korruptierten, bürokratischen, desorganisierten, instabilen, gefährlichen Staaten, mit denen man keinen Umgang pflegt.“¹

Die algerische staatliche Energiegesellschaft Sonatrach ist mittlerweile der zehntgrößte Kohlenwasserstoffförderer der Welt und nebenbei der afrikanische Branchenprimus. Die Sonatrach akquiriert 98% der staatlichen Deviseneinnahmen, 60% des Staatshaushaltes und 40% des algerischen BIP und hat eine quasi staatstragende Funktion in Algerien. Aufgrund des massiven Preisanstiegs für Kohlenwasserstoffe in den letzten Jahren konnte Algerien seine ökonomischen Rahmenbedingungen stabilisieren und verfügt inzwischen über umfangreiche Devisenreserven. Die Liquidität des algerischen Regimes führte zudem zu einer frühzeitigen Stundung der Auslandsschulden. Diese sanken von 25,6% des algerischen BIP im Jahr 2004 auf nur noch 4,0% 2007.² Zudem investiert der Staat massiv in die energiepolitisch relevante Infrastruktur, um die Ausweitung der fiskalpolitischen Basis des Staates zu erreichen. Die Erdölrente ist und bleibt dabei der wesentliche Faktor für politische Stabilität und die Autonomie des Staates gegenüber seiner Gesellschaft. Zwar ermöglichen die hohen Einnahmen aus dem Verkauf der Kohlenwasserstoffe inzwischen ambitionierte Baumaßnahmen an der Wohnsubstanz und der Verkehrsinfrastruktur, doch zielt diese Initiative keineswegs auf die grundlegende Modernisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Algeriens ab. Die übergeordnete Bedeutung der Rente für die Wirtschaft und die Stabilität des algerischen Regimes entspricht vielmehr einem entwicklungshemmenden Faktor, dessen Reproduktion sich vor dem Hintergrund herrschaftspolitischer Konstellationen vollzieht.

„Bei näherem Hinsehen erweist sich der Ölsegen in der Tat als Fluch. Als Fluch insofern, als der aus dem Boden sprudelnde Reichtum zwar Geld in Hülle und Fülle beschert, aber keine Produktivität schafft. Das aus dem Ölverkauf angehäufte Geld führt im Gegenteil dazu, dass Produktivität und eine dringend erforderliche Wissenskultur in dem von der Natur geschenkten Reichtum erstickt.“³

¹ Sansal, Boualem: *Postlagernd: Algier*; Gifkendorf 2008, S. 45

² Vgl. Gaupp, Peter: *Geld allein löst Algeriens Probleme nicht*; In: NZZ vom 18.9.2007, S.13

³ Diner, Dan: *Versiegelte Zeit*; Berlin 2005, S. 55

Der Erdöl- und Erdgassektor Algeriens weckte in den vergangenen Jahren verstärkt das Interesse europäischer Staaten, aber auch der USA und China. Der Einfluss Europas und Frankreichs auf Algier blieb nach der formalen Unabhängigkeit des Landes 1962 zwar erhalten, insbesondere da Paris seine monopolistische Stellung im Außenhandel aufrechterhalten konnte. Dennoch entbrannte ein sich verschärfender Konkurrenzkampf um die algerischen Energieressourcen. Insbesondere die Bedeutung der Erdgasreserven lockte die EU auf den Markt und förderte die Bereitschaft europäischer Regierungen mit dem Regime zu kooperieren, trotz der Hintergründe des algerischen Bürgerkrieges und des autokratischen Regimes. Algerien ist für die EU aus geographisch-geopolitischen Gründen der periphere Rohstofflieferant par excellence und rückt im Zuge der Versuche der EU ihre Abhängigkeit von russischen Energielieferungen zu vermindern, als strategischer Partner in der europäischen Energieaußenpolitik in den Fokus.

Die EU intensivierte ihre politische und wirtschaftliche Kooperation mit Algerien, in der Hoffnung somit die energiepolitische Versorgungssituation zu stabilisieren. Geplant ist mittelfristig eine Erhöhung des Anteils der algerischen Erdgasimporte in die EU von etwa 30 auf 40%, die USA wollen zukünftig den Anteil ihrer Energieimporte aus Afrika von derzeit 16 auf 25% steigern. In den letzten Jahren betonte Brüssel zunehmend die Notwendigkeit einer besseren Koordinierung in Außenwirtschaftsfragen und vor allem in der Energiepolitik. Das Energie-Grünbuch der EU-Kommission von 2006 zielte erstmals eindeutig in diese Richtung, während der Reformvertrag von Lissabon die Energiepolitik zu einem integralen Bestandteil des Vertrages macht. Dennoch haben die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der EU zu Algerien nach wie vor einen bilateralen Charakter – trotz Barcelona-Prozess und Mittelmeerunion. Während sich Italien zunehmend auf Libyen als Energielieferanten konzentriert und Spanien eine intensivierte Kooperation mit Moskau anstrebt, drängt Deutschland verstärkt auf den algerischen Markt. Bereits 2006 sagte der damalige deutsche Außenminister Steinmeier im Rahmen seines Algerien-Besuchs, man wolle Algier zur „zweiten Säule“ in der deutschen Gasversorgung machen.⁴ Neben Steinmeier besuchten seit dem Geiseldrama in der Sahara 2003 zahlreiche deutsche Politiker und Wirtschaftsvertreter das Land, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu intensivieren und Möglichkeiten nach einem verstärkten deutschen Engagement im algerischen Energiesektor auszuloten. In der Energieversorgung und vor allem im Rahmen der Strategie der EU zur Diversifikation der energiepolitischen Importstruktur wird Algerien inzwischen eine gewichtige Rolle

⁴ Vgl. Mattes, Hanspeter: *Algeriens Energiepolitik*; GIGA Focus 2/2007, S. 5

zugewiesen. Neben den fossilen Brennstoffen ist die EU zunehmend auch an der Produktionsverlagerung in die maghrebische Peripherie sowie der Stromerzeugung interessiert. In diesem Sinne unterzeichnete ein Firmenkonsortium unter Führung der Münchner Rück 2009 eine Grundsatzvereinbarung über die großflächige Errichtung solarthermischer Kraftwerke in der Sahara mit dem Ziel bis zum Jahr 2050 etwa 15% des europäischen Stromverbrauchs decken zu können. Das Desertec-Projekt ist bislang mit etwa 400 Milliarden Euro budgetiert, um den Aufbau der Kraftwerke sowie des Übertragungsnetzes nach Europa installieren zu können.⁵ Die EU ist demnach zwingend auf stabile politische Herrschaftsverhältnisse in Algerien angewiesen, um ihre Diversifikationsstrategie im Energiesektor adäquat umsetzen zu können.

Aus dieser ersten Skizze der wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen Algerien und der EU, sowie der internen Strukturdefizite Algeriens erwachsen folgende Thesen, die im Rahmen dieser Arbeit und der entwicklungspolitischen Analyse Algeriens ausführlich ausgeführt und auf ihre Anwendbarkeit im Falle Algeriens hin untersucht werden sollen. Auch nach der Unabhängigkeit Algiers habe sich demnach ein dezidiert einseitiges Abhängigkeitsverhältnis herauskristallisiert, das einer wirtschaftspolitischen Modernisierung Algeriens im Wege steht. Die Unterentwicklung des Landes ist folglich überwiegend auf externe Faktoren zurückzuführen, wird aber auch bedingt durch interne Strukturdefizite. Vor diesem Hintergrund wird weiterhin davon ausgegangen, dass die EU und andere metropolitane Akteure an einer wirtschaftlichen und politischen Stabilität des maghrebischen Energielieferanten interessiert sind, um ihre wirtschaftspolitische Hegemonialstellung aufrechterhalten zu können. Im Kontext ihrer energiepolitischen Diversifikationsstrategien ist die EU daher zwingend auf eine zunehmende Erschließung der algerischen Kohlenwasserstoffreserven angewiesen, da zusätzliche Kapazitäten derzeit weder aus dem Nahen Osten noch der zentralasiatischen Region fließen dürften. Die politischen und ökonomischen Strukturen Algeriens werden demnach von der EU gefestigt und reproduziert, mit der Folge einer anhaltenden entwicklungspolitischen Blockade Algeriens. Die internen Strukturdefizite Algiers sind demnach zurückzuführen auf innere und äußere Faktoren, die im Folgenden detailliert analysiert und gegenübergestellt werden sollen, um die Qualität der algerischen Unterentwicklung und der einseitigen Abhängigkeit vom industriellen Zentrum bestimmen zu können. Mit dem Begriff *Françafrique* ist das „System gegenseitiger Abhängigkeiten getauft worden, das

⁵ Vgl. Fromm, Thomas: *Sonnige Zukunft*; In: SZ vom 14.7.2009, S. 15

*Frankreich mit seinen ehemaligen afrikanischen Kolonien aufgebaut hat.*⁶ Das Ende des Kolonialsystems stellt lediglich einen marginalen Bruch mit den kolonialen Herrschaftsverhältnissen dar, da sich nach der formellen Unabhängigkeit der Kolonien erneut einseitige Abhängigkeitsverhältnisse herausbilden konnten. Die Unterstützung peripherer Regimes durch die Metropole ermögliche die Stabilisierung post-kolonialer Abhängigkeiten, um eine neokolonialistische Form der Ausbeutung aufrechterhalten zu können.⁷ Die Einbindung Algers in die Außenwirtschaftsstrategie der EU ist das zwingende Ergebnis des algerischen Ressourcenreichtums sowie der geographischen Lage. Zu erwarten ist demnach unter Berücksichtigung des dependenztheoretischen Ansatzes und der Rententheorie eine langfristige Stabilisierung des algerischen Regimes sowie eine manifestierte einseitige Abhängigkeit des Landes von Europa und den USA. Die Außenabhängigkeit und die Entwicklungsblockade Algeriens sind daher maßgeblich bedingt durch ein Spannungsverhältnis zwischen metropolitaner Einflussnahme auf das Land sowie interner wirtschaftlicher Strukturen und der politischen Herrschaft.

Methodisch wird ein analytischer Ansatz angewandt, um eine qualitative Analyse der algerischen Wirtschaftsstruktur sowie der interdisziplinären Verflechtung zwischen Algerien und der EU umsetzen zu können. Die Dependenztheorie soll die These des einseitigen Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Algerien und der EU verifizieren helfen, während Staatsklasseansatz und Rententheorie die internen Faktoren der Entwicklungsblockade Algeriens hervorheben sollen. Der Theorieteil verweist zudem mit Hilfe der Schriften Fanons auf die Folgen der kolonialen Durchdringung Algeriens und bezieht die Möglichkeit einer Reduktion der einseitigen Abhängigkeit explizit mit ein, sofern die regionale wirtschaftspolitische Integration im Maghreb ausgeweitet werden könne, schließlich ist der regionale Handel in Nordafrikas der am wenigsten entwickelte regionale Binnenhandel weltweit.⁸ Im analytischen Abschnitt wird zunächst eine wirtschaftliche und politische Systemanalyse Algeriens durchgeführt und historisch sowie entwicklungspolitisch begründet, bevor im zweiten Teil der qualitativen Analyse das Verhältnis der EU zu Algerien klassifiziert wird. Die ausführliche Systemanalyse Algeriens erscheint zudem zwingend notwendig, da sie die elementare Grundlage für eine adäquate Darstellung der Beziehungen zwischen Algerien und der EU bildet. Die Zentrum-Peripherie-Beziehung zwischen beiden Akteuren kann demnach nur aufgrund der Stabilität der internen Strukturdefizite dauerhaft reproduziert werden.

⁶ Wiegel, Michaela: *Die tragende Säule von Françafrique*; In: Faz vom 16.6.2009, S. 6

⁷ Vgl. Fanon, Frantz: *Die Verdammten dieser Erde*; Frankfurt/Main 1981, S. 150

⁸ Vgl. Ghilés, Francis: *Teure Grenzen*; In: Le monde diplomatique, Februar 2010, S. 9

2. Theoretische Einordnung der europäisch-algerischen Beziehungen

Die theoretische Grundlage zur Erörterung der entwicklungspolitischen Möglichkeiten der Rentenökonomie Algerien soll sich insbesondere speisen aus den dependenz- und rententheoretischen Ansätzen. Diese werden im Folgenden differenziert als externe und interne Faktoren, die einerseits die Abhängigkeitsbeziehungen des Landes als periphere ökonomische Formation im Rahmen der Dependenztheorie und andererseits die interne Strukturschwächen als ursächlich für die andauernde Unterentwicklung ansehen. Die Reproduktion und der Erhalt einer signifikanten außenorientierten Abhängigkeit des Landes und vitaler strukturbedingter interner Herrschaftsverhältnisse erschweren die Einordnung Algeriens in den klassischen entwicklungspolitischen Diskurs. Zunächst werden die verschiedenen dependenztheoretischen Ansätze, die Grundzüge ihrer Argumentation sowie eine Erörterung der ihr zugrunde liegenden ökonomischen Lehrmodelle dargestellt. Sie dienen in den anschließenden Kapiteln der theoretischen Diskussion als Ausgangsbasis, da sowohl die Analyse der kolonialen Durchdringung der Peripherie nach Fanon, als auch die Rententheorie und der Staatsklassenansatz für eine adäquate Einordnung Algeriens allein nicht ausreichend sind. Vor dem Hintergrund der Annahme, dass sowohl externe Faktoren – insbesondere die internationale handelspolitische Verflechtung des Landes – als auch interne Faktoren für die Unterentwicklung Algeriens eine große Rolle spielen, müssen im Folgenden diese teils sehr unterschiedlichen theoretischen Modelle miteinander verknüpft werden.

2.1. Die Dependenztheorien und das Zentrum-Peripherie-Modell

„Dieses Europa ist buchstäblich das Werk der Dritten Welt. Die Reichtümer, an denen es erstickt, sind den unterentwickelten Völkern gestohlen worden.“⁹

Im Folgenden sollen zunächst die Dependenztheorien als Grundlage der theoretischen Herangehensweise ausgiebig dargestellt werden. Der erste Abschnitt verfolgt das Ziel einer Einordnung des dependenztheoretischen Ansatzes in den entwicklungspolitischen Diskurs, während die beiden nachgestellten Unterkapitel die Dependenztheorien näher erläutern. Im letzten Abschnitt wird das entwicklungspolitische Modell Amins der *collective self-reliance* vorgestellt und in den algerischen Kontext eingeordnet.

⁹ Fanon, Frantz: *Die Verdammten dieser Erde*; Frankfurt/Main 1981, S. 83

2.1.1. Das Zentrum-Peripherie-Modell im entwicklungspolitischen Diskurs

„Das Bestreben nach einem stets ausgedehnten Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.“¹⁰

Die marxistische Dependenztheorie wurde insbesondere durch das *Centre of Socio-Economic Studies (CESO)* an der University of Chile in Santiago unter Dos Santos gefördert. Diese neomarxistische Strömung als einflussreiche Stimme innerhalb des entwicklungspolitischen Diskurses positionierte sich als Gegenpol zu der von Walt Rostow vertretenen Modernisierungstheorie, die impliziert, jede Volkswirtschaft könne einen autonomen entwicklungspolitischen Weg einschlagen, unabhängig von sozioökonomischen Faktoren und bestehender Abhängigkeitsverhältnisse zur Metropole. Jeder Staat könne durch Modernisierung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und Regulationsstrategien die wirtschaftspolitische Unterentwicklung überwinden. Die Modernisierungstheorie begreift die historisch-wirtschaftliche Entwicklung Europas als universell gültiges Muster kapitalistischer Entwicklung und formuliert die Annahme, dies müsse auch für Entwicklungsprozesse in der Dritten Welt gültig sein. Es stelle sich nicht die Frage, ob ein Take-off peripherer Länder stattfinden werde, sondern lediglich durch welche Voraussetzungen dieser begünstigt werde. Die *Dependentistas* bestreiten die Gültigkeit einer universalen kapitalistischen Entwicklung für die Peripherie:

„Obwohl die kapitalistische Entwicklungstheorie die Existenz einer ‚äußeren‘ Abhängigkeit zugibt, ist sie außerstande, Unterentwicklung so zu begreifen, wie unsere Theorie sie zu begreifen versucht, nämlich als Folge und Teil der weltweiten Expansion des Kapitalismus – als einen Teil, der für die kapitalistische Expansion notwendig und der untrennbar mit ihr verbunden ist.“¹¹

Im Gegensatz zu den Modernisierungstheorien interpretieren die *Dependentistas* die globale wirtschaftliche Polarisierung und Aufteilung in metropolitane und periphere Formationen als unweigerliche Folge der Ausdehnung kapitalistischer Produktionsform. Der Aufstieg einiger Regionen und Staaten innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft vollziehe sich unmittelbar auf Kosten anderer Formationen. Die sozioökonomische und entwicklungspolitische Transformation von Wirtschaftsräumen sei zwar grundsätzlich zusammenhängend, aber ungleichmäßig und polarisiert. Die Dependenz-Theorie sowie die Analysen zur Funktionsweise des peripheren Kapitalismus basieren nicht auf dem

¹⁰ Marx, Karl/Engels, Friedrich: *Manifest der kommunistischen Partei*; Stuttgart 1999, Seite 23.

¹¹ Dos Santos, Theotonio: *Über die Struktur der Abhängigkeit*; Frankfurt/Main 1972, S. 244

modernisierungstheoretischen Dogma, nach dem Entwicklungsprozesse in der Dritten Welt einem universell gültigen Muster kapitalistischer Entwicklung folgen. Dos Santos befürwortet eine Reformulierung des imperialismustheoretischen Ansatzes, da die Imperialismustheorie - aber auch Marx - die koloniale Frage nie ausreichend untersucht habe und sich die Wissenschaft überhaupt erst nach den Weltkriegen ausgiebiger mit der Dritten Welt und ihren globalen Verflechtungen beschäftigt habe.¹² Nach der dependenztheoretischen Interpretation der globalen politischen und ökonomischen Entwicklungsprozesse ist die Peripherie längst als ein elementarer Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise weitgehend mit ihr verflochten.

Die Begriffe *Zentrum* (oder *Metropole*) und *Peripherie* in Anlehnung an den Versuch einer entwicklungspolitischen Klassifizierung wirtschaftspolitischer Zusammenhänge im globalen Maßstab wurden erstmals im Rahmen der *UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (Economic Commission for Latin America)* verwendet.¹³ Im Zuge der Entkolonialisierung ab den frühen 50er Jahren formierten sich neue theoretische Ansätze zur peripheren entwicklungspolitischen Transformation, aufgrund der weit verbreiteten Annahme, die marxistischen Schriften sowie die Konzepte Luxemburgs und Lenins zur imperialistischen Ausweitung des Industriekapitalismus seien nicht mehr ausreichend, um die Entwicklungen in der Dritten Welt ausreichend zu erklären. Marx teilte die Welt in eine fortschrittliche und eine rückständige Formation auf, konnte aber die interdisziplinären ökonomischen Verflechtungen dieser zwei Pole nicht erfassen. Er hätte konzeptionell eine metropolitane Systemanalyse angestrebt, nicht eine Analyse der Peripherie.¹⁴ Der neomarxistische Ansatz der Dependenztheorie basiert auf Lenin und Luxemburg, distanziert sich aber zugleich von der als unvollständig bezeichneten Imperialismustheorie und will sie erweitern. Die Imperialismustheorie zöge falsche Schlüsse bezüglich der Ursachen peripherer Unterentwicklung und Abhängigkeit. Insbesondere die Imperialismustheorien sind jedoch für die Auseinandersetzung mit der qualitativen strukturellen Veränderung des Herrschaftsverhältnisses zwischen Zentrum und Peripherie von besonderer Bedeutung. Die Imperialismustheorie sei nach James O'Connor eng verknüpft mit dem Expansionsprozess der Kolonialmächte und rücke

¹² Marx betonte, die Integration der Peripherie in das kapitalistische System werde mit Hilfe ähnlicher Strukturreformen wie in Westeuropa die Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise begünstigen.

¹³ Vgl. Hopkins/Wallerstein: *Grundzüge der Entwicklung des modernen Weltsystems*; Frankfurt/Main 1982, S. 156

¹⁴ Marx äußert sich hinreichend zur „asiatischen Produktionsweise“ und dem Handel zwischen Europa und der Dritten Welt, konnte jedoch mangels empirischer Daten diesen nicht ausreichend interpretieren.

erstmalig die sozioökonomische Entwicklung der Peripherie ins Zentrum eines Theorie- und Analyseansatzes. O'Connor unterscheidet den als *Neo-Merkantilismus* bezeichneten *europäischen Imperialismus* von der zuvor dominanten *merkantilistischen Ordnung* in Europa. Zwar gebe es oberflächliche Ähnlichkeiten, wie die Funktion des Staates als wichtigem Interventionsakteur in der Binnenwirtschaft und der Außenhandelsregulation, jedoch unterscheide sich der industriekapitalistische europäische Expansionismus des 19. Jahrhunderts vom Merkantilismus, da dieser explizit auf den Schutz der eigenen Wirtschaft ausgerichtet war. Deutlich expansionistischer wird der Imperialismus Europas beschrieben, dessen Ziel es war durch intensive staatliche Aktivitäten neue Märkte in die metropolitane Ökonomie zu integrieren.¹⁵ Elsenhans unterscheidet zwischen den *politischen* und den *politökonomischen Imperialismustheorien*. Letztere sehe in der territorialen Expansion nur ein zweitrangiges Phänomen. Elsenhans hebt die enorme Bedeutung der finanzkapitalistischen Expansion metropolitanen Kapitals hervor und deutet an, die Entkolonialisierungsphase habe die Herrschaftsverhältnisse zwischen Zentrum und Peripherie nicht aufgebrochen, nur deren Strukturen haben sich verlagert.¹⁶ Die formale Unabhängigkeit der Peripherie entspreche keiner Neugliederung im zwischenstaatlichen Verhältnis, sondern sei lediglich Anzeichen einer subtileren Form metropolitaner Herrschaft über die Peripherie. Die Expansion des europäischen Kapitals sei dabei das für den metropolitanen Akkumulationsprozess entscheidende Moment, nicht die territoriale Herrschaft über periphere Gesellschaftsformationen.

„He [Lenin] considers the export of capital from the capital-rich advanced countries as the economic basis of imperialism. This export of capital is driven by inter-imperialist rivalry to gain control of, and secure access to, raw materials as well as to reap the benefits of high profits arising from investments in the capital-poor countries.“¹⁷

O'Connor verweist in diesem Kontext auf die *All-African-People's-Konferenz* 1961, auf der die neue Qualität imperialer Herrschaft als *Neo-Kolonialismus* bezeichnet werde.

„Die Konferenz ist der Auffassung, dass der Neo-Kolonialismus, d.h. das Fortbestehen des Kolonialsystems trotz der formalen Anerkennung der politischen Unabhängigkeit der sich entwickelnden Länder, die die Opfer einer indirekten und subtilen Form der Beherrschung durch politische, wirtschaftliche, soziale, militärische oder technische Kräfte werden, die größte Bedrohung für die afrikanischen Länder darstellt.“¹⁸

Formen der indirekten post-kolonialen Herrschaft seien Marionettenregierungen, die Neugliederung von Staaten, die intensive Integration der Peripherie in die metropolitane

¹⁵ Vgl. Ebenda, S. 128 f

¹⁶ Vgl. Elsenhans, Hartmut: *Imperialismus/Imperialismustheorien*; München 1995, S. 266

¹⁷ Kay, Cristobal: *Latin American theories of development and underdevelopment*; London 1989, S. 142

¹⁸ Ebenda, S. 146

Wirtschaft bzw. das ökonomische Engagement der Metropole vor der Unabhängigkeit, sowie insbesondere die „*wirtschaftliche Infiltration durch eine ausländische Macht nach der Unabhängigkeit mit Hilfe von Kapitalanlagen, Kreditvergabe und Geldzuwendungen oder technischen Experten.*“¹⁹ Lenin und Luxemburg betonen, Kapital müsse zwingend international expandieren, da im nationalen Rahmen die kapitalistischen Profitansprüche auf ihre Grenzen stoßen. Die Abschöpfung des Mehrwertes führe zur strukturellen Benachteiligung der imperialistisch beherrschten Völker, sowie einer notwendigen Durchkapitalisierung der Peripherie.²⁰ Diese imperialismustheoretische Annahme soll im Folgenden mit Hilfe der Dependencia-Theorien angepasst und erweitert werden.

2.1.2. Reproduktion der strukturellen Abhängigkeit der Peripherie

„Das Verhältnis der Interdependenz zwischen zwei oder mehr Volkswirtschaften sowie zwischen diesen und dem Welthandel nimmt die Form der Abhängigkeit an, wenn einige Länder (die beherrschenden) in der Lage sind, zu expandieren und sich aus eigener Kraft kontinuierlich zu entwickeln, während andere (die abhängigen) das nur als Reflex dieser Expansion tun können.“²¹

Der zentrale Begriff der Dependencia-Theorie, mit der der Grad der Entwicklung oder Unterentwicklung eines Staates bzw. das sozioökonomische und politische Verhältnis von Staaten zueinander bestimmt werden soll, ist der der *Abhängigkeit* bzw. *Dependenz* oder *Interdependenz*. Dos Santos und andere teilen die nationalstaatlich organisierte Welt in zwei gegenüberstehende Pole; das Industriegüter exportierende Zentrum sowie die Primärgüter exportierende unterentwickelte Peripherie. Die Entwicklung der als *abhängiger Kapitalismus* klassifizierten wirtschaftspolitischen Struktur zwischen den Polen erzeuge periphere Rückständigkeit, Marginalität und generiere Überausbeutung der Arbeitskraft und manifestiere Unterentwicklung.²² Der Schwerpunkt der Theorie ist die Verschlechterung der *terms of trade* - der realen Austauschbeziehungen zwischen Zentrum und Peripherie - für Agrargüter und Rohstoffe aus der Peripherie im Gegensatz zu den sich verteuernenden Industrieprodukten aus der Metropole. Dieser Tendenz der Handelsstruktur zwischen beiden Polen wird ein grundlegender Mechanismus zu Grunde gelegt, der verantwortlich sein soll für die strukturelle Verschlechterung der *terms of trade*. Dies steht im diametralen Gegensatz zu der Theorie des internationalen Handels,

¹⁹ Ebenda, S. 147

²⁰ Elsenhans, Hartmut: *Imperialismus/Imperialismustheorien*; München 1995, S. 268

²¹ Dos Santos, Theotonio: *Über die Struktur der Abhängigkeit*; Frankfurt/Main 1972, S. 243

²² Vgl. Kay, Cristobal: *Latin American theories of development & underdevelopment*; London 1989, S.153

vertreten durch Ricardo und Mill. Dieser außenhandelstheoretische Ansatz impliziert, dass Volkswirtschaften generell komparative Kostenvorteile aus dem Tausch von Gütern ziehen, auch wenn für einzelne Staaten die Kostennachteile überwiegen.²³

Aufgrund gewisser Umstände historischer, gesellschaftlicher und ökologischer Natur gelingt es Nordeuropa seinen Agrarsektor zu diversifizieren und seinen Ökonomien um diverse dynamische Industriesektoren zu erweitern. Nordeuropa gilt daher als erstes Zentrum im Dependencia-Modell, während sich Ost- und Südeuropa zunächst als *primäre Peripherie* bzw. *Semiperipherie* konstituierten, bevor auch diesen Regionen der Aufstieg zu zentralen Formationen gelingen sollte. Zugleich markiert der ökonomische Aufstieg Nordwesteuropas den Beginn der *internationalen Arbeitsteilung*, durch die die nun entstehende eng mit dem Zentrum verzahnte Peripherie als Lieferant von Rohstoffen und Primärgütern aufgebaut wird. Die strukturelle Folge sei die industrielle Revolution in Europa, die die wirtschaftspolitische Polarisierung der Welt in zentrale und periphere Formationen manifestierte.²⁴ Die Entstehung der Metropole und die Konsolidierung der kapitalistischen Produktionsweise wurden begünstigt durch den Auflösungsprozess der vorkapitalistischen feudalen Produktionsweise in Europa. Die Industrialisierung Europas war Folge der landwirtschaftlichen Revolution in den europäischen Agrargesellschaften. Der Industrialisierungsprozess war angewiesen auf freigesetzte Arbeitskraft, die durch die Abwanderung aus dem Agrarsektor gedeckt wurde. Diese Produktionsform wurde getragen von einem Bündnis der neu formierten Industriebourgeoisie sowie traditionellen Großgrundbesitzern im Rahmen des stabilen Nationalstaates. Die Dependenztheorie erkennt hier die Basis für die Formationen von Metropole und jeweiliger Peripherie.²⁵

„Die Unterentwicklung der Dritten Welt kennzeichnet nicht, wie gängige Modernisierungstheorien (...) jahrelang glauben machen wollten, ein Durchgangsstadium auf dem Wege zu autozentrierter Entwicklung, den lang andauernden Übergangsperioden von traditional-feudalen zu bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften in der Geschichte der Industrialisierung oder Modernisierung europäischer Gesellschaften vergleichbar. Unterentwicklung ist vielmehr ein sich historisch entfaltendes integrales Moment des von kapitalistischen Metropolen dominierten internationalen Wirtschaftssystems.“²⁶

Die folgende Darstellung der in der Peripherie dominierenden Produktionsformen soll verdeutlichen, inwiefern metropolitan-periphere Verflechtungen zu Verzerrungen der

²³ Vgl. Hopkins/Wallerstein: *Grundzüge der Entwicklung des modernen Weltsystems*; Frankfurt/Main 1982, S. 156

²⁴ Vgl. Ebenda, S. 156

²⁵ Vgl. Amin, Samir: *Self-reliance und die neue internationale Wirtschaftsordnung*; Frankfurt/Main 1982, S.320

²⁶ Senghaas, Dieter: *Elemente einer Theorie des peripheren Kapitalismus*; Frankfurt/Main 1974, S. 18

Wirtschaftsstruktur der peripheren Länder führen und ihre metropolitane Abhängigkeit reproduziert. Die Dependenztheorie äußert sich zwar hinreichend zu der Form der Produktionsweise in der Peripherie, kommt jedoch zu keinem eindeutigen Ergebnis. In abhängigen Ländern erlauben die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zwar eine kapitalistische wirtschaftliche Ordnung, jedoch mit jeweils eigenen Charakteristika.²⁷ Auch Alnasseri analysiert die sozioökonomischen Produktions- und Regulationsprozesse in der Dritten Welt. In der Peripherie seien kapitalistische Produktionsformen vorhanden, allerdings in der Regel kombiniert mit anderen Produktionsweisen. Die kapitalistische Produktionsweise sei in der historisch-kapitalistischen Realität zwar die dominierende, aber selten die einzige Form der ökonomischen Organisation.²⁸ Alnasseri differenziert zwischen *feudal-traditioneller* sowie *kapitalistischer Produktionsweise* und bezieht sich auf Ernesto Laclaus²⁹ Konzept der *feudalistischen Produktionsweise unter kolonialen Bedingungen*. In der Peripherie folgen koloniale auf proto-koloniale Produktionsweisen, um schließlich post-koloniale Produktionsformen zu verankern. Die ökonomische Organisation sei zuvor weder feudalistischer noch kapitalistischer Natur. Die periphere ökonomische Entwicklung sei nicht mit europäischen Schablonen zu klassifizieren. Sie sei *„eine durch die Kolonisierung ‚zerrissene‘ und in den Weltmarkt zwecks Lieferung von Primärprodukten (...) in Bruchstücke reintegrierte (semi)periphere Produktionsweise.“*³⁰ Der periphere sei mit dem metropolitanen Kapitalismus aufgrund abweichender Sozialstruktur und ökonomischer Entwicklung nicht direkt vergleichbar.³¹

*„In Peripherie-Ökonomien herrscht kapitalistische Produktionsweise nur in den dynamischen Leitsektoren vor, während in den nachgelagerten (...) Sektoren höchst unterschiedliche Produktionsformen zu betrachten sind. Periphere Gesellschaftsformationen zeichnen sich durch die Kombination einander hierarchisch zugeordneter Produktionsformen aus.“*³²

2.1.3. Kapitalabfluss und Exportorientierung peripherer Wirtschaftssysteme

„Die Handelsbeziehungen beruhen auf der monopolistischen Kontrolle des Marktes, was zum Transfer des in den abhängigen Ländern erzeugten Überschusses in die beherrschenden Länder führt; die finanziellen Beziehungen beruhen (...) auf der Vergabe von Krediten und dem Export

²⁷ Luxemburg betont, Kapital müsse sich reproduzieren und Märkte erschließen. Nur die Existenz nicht-kapitalistischer Produktionsweise auf der Welt könne die kapitalistische Produktionsweise ausweiten. Vgl. Kay, Cristobal: *Latin American theories of development and underdevelopment*; London 1989, S.140

²⁸ Vgl. Alnasseri, Sabah: *Periphere Regulation*; Münster 2004, S. 10

²⁹ Vgl. Ebenda, S. 68

³⁰ Ebenda, S. 72

³¹ Vgl. Senghaas, Dieter: *Dissoziation und autozentrierte Entwicklung*; Frankfurt/Main 1982, S. 387

³² Ebenda, S. 386

von Kapital, was ihnen Zinsen und Profite einbringt; auf diese Weise vergrößern die Zentren ihren Inlandssurplus und verstärken ihre Kontrolle über die Wirtschaft der anderen Länder. Für die abhängigen Länder bedeuten diese Beziehungen den Export der Gewinne und Zinsen, was zur Folge hat, dass ein Teil ihres im eigenen Land erzeugten Überschusses nach außerhalb abfließt und dass sie der Kontrolle über ihre Produktionsmittel verlustig gehen.“³³

Der massive und entwicklungspolitisch hemmende Abfluss von peripherem Kapital ins industrielle Zentrum sowie die Konsolidierung und sogar Ausweitung einer auf Exporte ausgerichteten Wirtschaft sind die wesentlichen Charakteristika peripherer Ökonomien. Zahlreiche periphere Länder hätten zwar über lange Zeiträume hohe Wachstumsraten verzeichnen können, dieses Wirtschaftswachstum dürfe aber nicht unbedingt mit volkswirtschaftlichem Gewinn gleichgesetzt werden. Die industrielle Entwicklung sei insbesondere abhängig von den Schwankungen der Handelsbilanzen im Außenhandel.³⁴ Die Summe der Kapitalmenge, die ein solches Land verlässt, ist deutlich höher als die Summe der Einnahmen. Bei massiv wachsenden Exportsektoren, die oft ein reales Wirtschaftswachstum nach sich ziehen, ist in der Regel ein spürbarer Anstieg der Importe festzustellen, der wiederum den Kapitalabfluss belebt und strukturell zementiert. Der stetige Abfluss peripheren Kapitals bedeute jedoch nicht, dass in diesen Staaten kein Mehrwert erzeugt werde. Allerdings fließe dieser Mehrwert ungenutzt ins Ausland ab, da er unproduktiv konsumiert oder als Gewinn internationaler Unternehmen ins Zentrum zurückgeleitet und abgeschöpft werde. Die Funktion der Peripherie sei die Lieferung von Rohstoffen und Agrargütern, Anlagemöglichkeit für das metropolitane Kapital zu akquirieren, Auslagerungsstätte für veraltete Branchen zu schaffen sowie die Aufrechterhaltung der Peripherie als Arbeitskräftereservoir.³⁵

„Der Grund für die Schaffung eines peripheren Exportsektors liegt also darin, das die Peripherie Produkte liefert (...) und zwar zu Produktionskosten, die niedriger sind als die Produktionskosten für gleiche Produkte im Zentrum.“³⁶

Metropolitane Kapital müsse sich nicht aufgrund mangelnder Absatzmöglichkeiten im Zentrum um die Erschließung neuer Märkte bemühen, sondern werde vielmehr in die Peripherie exportiert, da dort höhere Profitraten zu erzielen seien. Dieser Kapitalexport bilde die wesentliche Grundlage für den so genannten *ungleichen Tausch*. Die direkte Folge einer auf diesem Wege entstehenden strukturellen negativen Handelsbilanz sei neben einer Stagnation direkter Auslandsinvestitionen die entwicklungspolitische

³³ Dos Santos, Theotonio: *Über die Struktur der Abhängigkeit*; Frankfurt/Main 1972, S. 244

³⁴ Vgl. Ebenda, S. 249

³⁵ Vgl. Senghaas, Dieter: *Elemente einer Theorie des peripheren Kapitalismus*; Frankfurt/Main 1974, S.28

³⁶ Amin, Samir: *Self-reliance & die neue internationale Wirtschaftsordnung*; Frankfurt/Main 1982, S.321

Degeneration eines schwachen peripheren Binnenmarktes. Diese außenwirtschaftliche Dynamik zwischen Peripherie und Zentrum fördere Expansion und Stärkung des zentralen Marktes, während die periphere Ökonomie verkümmere und in der Regel eine nur beschränkte Funktionalität aufweise.³⁷ Gleichzeitig schützt die Metropole verstärkt ihre eigene Wirtschaft durch Schutzzölle, Importquoten und Devisenkontrollen,³⁸ obwohl Vertreter metropolitaner Länder auf multilateralen Handelskonferenzen dem Freihandel das Wort reden. Diese Abhängigkeit wird durch weitere Faktoren verstärkt:

„Die Erhöhung des allgemeinen Angebots an Lebensmitteln und Rohstoffen ist vom Preisverfall dieser Produkte im Verhältnis zu den Fertigwarenpreisen begleitet worden. Da der Preis der Industrierzeugnisse relativ stabil ist oder jedenfalls nur langsam sinkt, spiegelt die Verschlechterung der terms of trade in der Tat die Entwertung der Primärgüter wider.“³⁹

Die Entwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse könne offenbar nicht mit einem Produktivitätszuwachs in den peripheren Ländern erklärt werden, da diese dort nur sehr langsam steige. Zudem scheint das Angebot metropolitaner subventionierter Agrargüter auf dem Weltmarkt die Entwertung der Agrarprodukte zu forcieren. Insbesondere die Subventionierung metropolitaner Agrarsektoren führt zur Demontage peripherer entwicklungspolitischer Ansätze. Die Aufrechterhaltung des Subventionsregimes im Zentrum fördert nicht nur eine stabile Preislage von Agrargütern im Zentrum, sondern zudem dessen Export in die Peripherie. Häufige Folge ist die Degeneration peripherer Agrarsektoren, da ihre Produkte mit subventionierten Gütern aus dem Zentrum nicht konkurrieren können. Abhängige Länder müssen bei kontinuierlich sinkenden Preisen die Produktion und Exporte ihrer Agrar- und Rohstoffsektoren ankurbeln, um das relative Niveau der Einnahmen aus dem Exportgeschäft aufrechterhalten zu können.⁴⁰

„Durch Niederkonkurrierung der ländlichen vorkapitalistischen gewerblichen Produktion kann kein Binnenmarkt entstehen.“⁴¹

³⁷ Dos Santos differenziert zwischen drei Formen der Abhängigkeit. Die *koloniale* zeichne sich aus durch eine umfassende Kontrolle der kolonialen Ökonomie durch das metropolitane Handels- und Finanzkapital sowie den Kolonialstaat mit Hilfe von Handelsmonopolen und merkantilistischer Abschottung der eigenen Märkte. Als *finanziell-industrielle Abhängigkeit* wird die zweite Form der Abhängigkeit bezeichnet. Diese entspreche der Herrschaft und Expansion des Großkapitals durch Investitionen in die Rohstoffförderung sowie die Ausrichtung der peripheren Ökonomie auf den Export bestimmter Primärgüter. Die dritte Form der Abhängigkeit entspreche dem Aufbau periphere Industriezweige für die Erschließung peripherer Binnenmärkte. Die Abhängigkeit der Peripherie sei demnach *technologisch-industrieller Natur*. Vgl. Dos Santos, Theotonio: *Über die Struktur der Abhängigkeit*; Frankfurt/Main 1972, S. 246

³⁸ Vgl. O' Connor, James: *Die Bedeutung des ökonomischen Imperialismus*; Frankfurt/Main 1972, S. 160

³⁹ Marini, Ruy Mauro: *Dialektik der Abhängigkeit*; Frankfurt/Main 1974, S. 108

⁴⁰ Vgl. Kay, Cristobal: *Latin American theories of development & underdevelopment*; London 1989, S.145

⁴¹ Elsenhans, Hartmut: *Grundlagen der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft*; Frankfurt/Main 1982, S. 110

Ungleicher Tausch lasse die Agrarpreise auf dem Weltmarkt kontinuierlich fallen und einen wesentlichen Teil des im Land geschaffenen Mehrwerts ins Zentrum fließen.

„Unfähig, diesen Verlust auf der Marktebene zu verhindern, reagiert die abhängige Wirtschaft, indem sie ihn im Bereich der internen Produktion ausgleicht. Die Intensivierung der Arbeit erscheint in dieser Sicht als ein Wachstum des Mehrwerts, das über eine verstärkte Ausbeutung der Arbeiter anstatt über die Erhöhung der Produktivkraft erzielt wird.“⁴²

Eine exportorientierte Ökonomie ist in hohem Maße abhängig von externer Nachfrage nach Rohstoffen und Agrargütern und demnach schwankungsanfällig, sofern mögliche Einbrüche im Exportsektor nicht durch entsprechende Nachfrage des Binnenmarktes zumindest teilweise ausgeglichen werden können. Die notwendige Modernisierung des Agrarsektors durch eine nachhaltige Produktivitätssteigerung ist jedoch Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung und Transformation der abhängigen Wirtschaft hin zu einer mehr und mehr eigenständigen Ökonomie. Marini betont den für eine integrierte binnenmarktorientierte Entwicklung zwingend erforderlichen Doppelcharakter des Arbeiters als Produzent und Konsument.⁴³ In defekten peripheren Ökonomien, die sich auszeichnen durch schwache oder undynamische Binnenmärkte, wird der erwirtschaftete Mehrwert nicht in der Binnenzirkulation aufgehen. Zirkulations- und Produktionssphäre sind in diesen Ökonomien voneinander getrennt,⁴⁴ da die Zirkulation im Wesentlichen auf dem externen Markt stattfindet und nicht in einer integrativen Wechselwirkung mit dem Binnenmarkt. Die sozialen Sicherungssysteme keynesianischer Wohlfahrtsstaaten sorgen nicht nur für Instandsetzung menschlicher Arbeitskraft, sondern spornen zudem den Konsum an.⁴⁵ Dieses volkswirtschaftliche Prinzip funktioniert in der Peripherie nur ungenügend, während es in der Metropole stabile sozioökonomische Entwicklungen stützt und von innen her die Wirtschaft stimuliert. Die Unterentwicklung eines Landes werde daher auch als „Ausdruck fehlgeleiteter Produktivkraftentfaltung“ bezeichnet.⁴⁶

„Somit drückt der Verzicht der Arbeiter auf individuelle Konsumtion zugunsten des Exports für den Weltmarkt die innere Nachfrage und belässt der Produktion wiederum als einzigen Ausweg den Weltmarkt. Gleichzeitig erzeugt die Zunahme der Profite die Bedingungen von Konsum-erwartungen bei den Kapitalisten, die von der internen Produktion, die auf den Weltmarkt ausgerichtet ist, nicht erfüllt werden können und daher durch Importe erfüllt werden müssen.“⁴⁷

⁴² Marini, Ruy Mauro: *Dialektik der Abhängigkeit*; Frankfurt/Main 1974, S. 113

⁴³ Vgl. Ebenda, S. 121

⁴⁴ Marini konkretisiert die Trennung von Zirkulations- und Produktionssphäre; demnach sei eine Trennung der oberen von der unteren Zirkulationssphäre festzustellen. Deutlich wird dies bei der Betrachtung von Rentenstaaten, die auf Steuererhebungen verzichten und von ihren Renteneinnahmen leben.

⁴⁵ Vgl. Alnasseri, Sabah: *Periphere Regulation*; Münster 2004, S. 130

⁴⁶ Vgl. Senghaas, Dieter: *Dissoziation und autozentrierte Entwicklung*; Frankfurt/Main 1982, S. 382

⁴⁷ Marini, Ruy Mauro: *Dialektik der Abhängigkeit*; Frankfurt/Main 1974, S. 122

Die periphere Ökonomie konzentriert sich demnach darauf, Rohstoffe, Primärgüter und halbindustrielle Produkte zu exportieren. Folge dieser wirtschaftlichen Ausrichtung für den Arbeitsmarkt in den unterentwickelten Ländern war vor allem die von Quijano⁴⁸ als *Marginalisierung der Arbeitskraft* klassifizierte Degeneration des peripheren nationalen Wertschöpfungsprozesses. In der Peripherie entstand keine organisierte und aktiv am Wirtschaftsgeschehen partizipierende Arbeiterschaft, sondern lediglich eine isolierte und kleine Arbeiterschicht sowie eine Kleinbauerklasse.⁴⁹ Die Außenorientierung peripherer Ökonomien sowie die mangelnde Förderung der Binnenmärkte bewirkt die Entstehung einer industriellen Reservearmee, die für die kapitalintensiven Exportindustrien ein überflüssiges Angebot an Arbeitskraft darstelle.⁵⁰ Zudem sei der *flüssige Sektor* relevant; dieser umfasse diejenige Arbeitskraft, die abwechselnd beschäftigt, nicht beschäftigt oder unterbeschäftigt sei. Dieses Arbeitskräftepotential sei als marginal zu bezeichnen.⁵¹

„Die Fortdauer der traditionellen Verhältnisse auf dem Lande schränkt den Umfang des einheimischen Marktes ernsthaft ein, zumal die Industrialisierung keine verheißungsvollen Aussichten bietet. Die aus der abhängigen Lage der Industrialisierung resultierende Produktionsstruktur begrenzt das Wachstum des einheimischen Marktes.“⁵²

In der Peripherie entstehe ein ausgeprägter Dualismus der Wirtschaftsstruktur. Dieser werde zementiert durch die Beschränkung metropolitaner Investitionen auf industriellen Sektor und Rohstoffförderung.⁵³ Nach der Eingliederung peripherer Wirtschaftsräume in die Metropole entstand ein Interesse an deren Industrialisierung, um Absatzmärkte zu schaffen. Ältere Stadien der Industrieproduktion werden in die Peripherie transferiert, während moderne und dynamische Sektoren im Zentrum verbleiben.⁵⁴

Die Metropole sei: *„mehr und mehr gezwungen, die ökonomische Entwicklung im Ausland zu ‚fördern‘ oder, anders ausgedrückt, die rückständigen Gebiete noch stärker in die Struktur des Weltkapitalismus zu integrieren. Tatsächlich sind die fortgeschrittenen Länder verzweifelt auf der Suche nach Möglichkeiten zur Absorption ihres volkswirtschaftlichen Überschusses.“⁵⁵*

⁴⁸ Quijanos Begriff des *marginalen Pols*: gemeint ist die subsistenzökonomische Agrarbevölkerung, die den Anforderungen nach höherer Produktivität im Agrarsektor nicht nachkam. Sie versinke in struktureller Armut, wandere in die Städte ab und könne nur teilweise vom Arbeitsmarkt absorbiert werden. Vgl.

Quijano, Anibal: *Marginaler Pol der Wirtschaft und marginalisierte Arbeitskraft*; Frankfurt/Main 1974

⁴⁹ Vgl. Elsenhans, Hartmut: *Grundlagen der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft*; Frankfurt/Main 1982, S. 142

⁵⁰ Vgl. Quijano, Anibal: *Marginaler Pol der Wirtschaft und marginalisierte Arbeitskraft*; Frankfurt/Main 1974, S. 328

⁵¹ Vgl. Ebenda, S. 305/306

⁵² Dos Santos, Theotonio: *Über die Struktur der Abhängigkeit*; Frankfurt/Main 1972, S. 254

⁵³ Wie oben erläutert, zeichnen sich periphere Ökonomien aus durch eine Industrialisierung, die – wenn überhaupt – nur in einigen Sektoren der Wirtschaft dynamische Wertschöpfungsprozesse erreicht.

⁵⁴ Vgl. Marini, Ruy Mauro: *Dialektik der Abhängigkeit*; Frankfurt/Main 1974, S. 131

⁵⁵ O’Connor, James: *Die Bedeutung des ökonomischen Imperialismus*; Frankfurt/Main 1972, S. 184

Die alten Abhängigkeitsbeziehungen lösen sich durch diesen Prozess nicht auf, jedoch verändert sich ihre Qualität. Prinzipiell werden nicht mehr Primärgüter gegen industriell gefertigte Konsum- und Luxusgüter getauscht, sondern Primärgüter gegen Erzeugnisse der Produktionsgüterindustrie oder Technologie. Folge der Teilindustrialisierung in der Peripherie, ist die Bildung weniger zentralisierter industrialisierter städtischer Regionen.

„Die industrielle Produktion von Massenkongsumgütern stagniert relativ zum Import von industriell produzierten Luxuskonsumgütern bzw. in manchen Fällen zur lokalen Produktion von Luxuskonsumgütern. (...) Auch ist diese Erscheinung ein Reflex der Unfähigkeit solcher Ökonomien, die Masse der Menschen produktiv in den Kapitalbildungsprozess einzugliedern.“⁵⁶
Weiter schreibt Senghaas: *„Die Anzapfung billiger Arbeitskraft durch Industrien, die aus den metropolitanen Ländern in die Peripherie ausgelagert werden, erschließt nur oberflächlich Entwicklungspotentiale. In Wirklichkeit ist die Anlagerungsindustrialisierung entwicklungs- politisch äußerst fragwürdig, sie kommt einer Symptomtherapie gleich: billige Arbeitskraft – nach der Doktrin komparativer Vorteile die Faktorausstattung par excellence der Dritten Welt – werden für weltmarktorientierte Produktion in Dienst gestellt, ohne dass die strukturellen Ursachen der immer erneuten Erzeugung von billiger Arbeitskraft beseitigen würden.“⁵⁷*

Senghaas formuliert einen Katalog an Voraussetzungen, die für erfolgreiche dynamische sozioökonomische Entwicklung von Bedeutung seien. Demnach sei eine nachdrückliche Produktivitätssteigerung des Agrarsektors die Basis der ökonomischen Modernisierung. Grundvoraussetzung für diese sei eine weitgehende Selbstversorgung der Bevölkerung und Industrie mit Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen und eine steigende industrielle Produktion von Konsumgütern, die einen Binnenmarkt schafft und den Massenkonsum stabilisiert. Zudem sei die eigene Produktion von Produktionsmitteln erforderlich, um Ausrüstungsgüter für Agrar- und Industriesektor bereitzustellen und nicht auf deren Import angewiesen zu sein, sowie der Aufbau von Gütern des kollektiven Konsums. Eigenständige Ökonomien basieren demnach auf der *„differenzierten Herausbildung und allmählichen wechselseitigen Verkettung“⁵⁸* der Sektoren einer Ökonomie. Periphere Ökonomien haben nach Senghaas gewisse Strukturmerkmale; nur das exportorientierte Segment der Landwirtschaft entwickelt sich dynamisch. Die Modernisierung des gesamten Agrarsektors ist in peripheren Gesellschaften meist nicht umgesetzt worden, daher fehle die Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Entwicklungsprozess. Ähnliches gilt für den Rohstoffsektor. Zudem ist der Aufbau eines Sektors zur Herstellung von Produktionsmitteln, Technologie und Ausrüstungsgütern in der Regel

⁵⁶ Senghaas, Dieter: *Dissoziation und autozentrierte Entwicklung*; Frankfurt/Main 1982, S. 380

⁵⁷ Ebenda, S. 393/394

⁵⁸ Vgl. Ebenda, S. 377

nicht gelungen. Die vorhandenen Güter des kollektiven Konsums haben nicht zur Homogenisierung der peripheren Gesellschaft beigetragen. Für ihre erfolgreiche ökonomische Modernisierung mangle es an den dafür erforderlichen vitalen Produktionssektoren wie produktiver Landwirtschaft, Infrastruktur sowie einer Konsumgüter- und Ausrüstungsgüterindustrie.⁵⁹ Diese entwicklungspolitisch zwingend notwendigen Reformen werden durch die asymmetrische internationale Arbeitsteilung behindert. Im Falle Algeriens beschreibt Fanon die Ursachen der Unterentwicklung:

„Die nationale Bourgeoisie der unterentwickelten Länder ist nicht auf Produktion, Erfindung, Aufbau und Arbeit ausgerichtet, sie ist ausschließlich an Vermittlungstätigkeiten interessiert. (...) Keine Industrie wird aufgebaut. Man fährt fort, Rohstoffe zu exportieren, sich zu kleinen Landwirten für Europa, zu Spezialisten in Rohprodukten zu machen.“⁶⁰

Trotz konzeptioneller Unterschiede formulieren die Dependenztheoretiker ähnliche Auswege aus der sich ständig reproduzierenden Abhängigkeit von den Metropolen. In der Regel treten die *Dependentistas* für die radikale Eliminierung der ökonomischen Produktionsbeziehung zwischen Peripherie und Zentrum ein. Marini und Dos Santos betonen, dieser radikale Ausweg sei die einzig verbliebene Chance, Unterentwicklung zu überwinden und eine binnenorientierte ökonomische Dynamik zu initiieren. Senghaas⁶¹ tritt für die Abkoppelung von der kapitalistischen Weltwirtschaft ein und bezeichnet die Peripherie als internationalisierten Brückenkopf, dessen Abhängigkeit verhindere, dass sich handlungsfähige politische Subjekte herauskristallisierten. Die Dependenztheorien gehen weiterhin davon aus, dass Unterentwicklung und Abhängigkeit ausschließlich mit den Strukturen der internationalen Handelsbeziehungen zu erklären seien, nicht aber herrühren aus den internen sozioökonomischen Rahmenbedingungen der peripheren Staaten. Im Folgenden sollen diese radikalen Ansätze erweitert werden, insbesondere unter Zuhilfenahme des Konzeptes von Amin, das zwar eine ähnliche Strukturanalyse beinhaltet, jedoch durchaus Auswege aufzeigt, wie die externe Strukturblockade und andauernde Reproduktion der Abhängigkeit überwunden werden könnte.

2.1.4. Das Konzept der „collective self-reliance“

„Bandung ist eine historische Verpflichtung der unterdrückten Menschen, sich gegenseitig zu helfen und den Kräften der Ausbeutung den endgültigen Rückzug aufzuzwingen.“⁶²

⁵⁹ Vgl. Ebenda, S. 380 f

⁶⁰ Fanon, Frantz: *Die Verdammten dieser Erde*; Frankfurt/Main 1981, S. 128/130

⁶¹ Vgl. Senghaas, Dieter: *Elemente einer Theorie des peripheren Kapitalismus*; Frankfurt/Main 1974, S.20

⁶² Fanon, Frantz: *Für eine afrikanische Revolution*; Frankfurt/Main 1972, S. 158

Schon im Zuge des entwicklungspolitischen Diskurses der 70er Jahre innerhalb der dependenztheoretischen Entwicklungstheorien finden sich Lösungsansätze außerhalb des radikalen Weges im Sinne der Abkoppelung von der kapitalistischen Weltwirtschaft. Vor allem Amins Konzept der *collective self-reliance* ist hervorzuheben. Die Theorie einer aufeinander abgestimmten autozentrischen Entwicklung mehrerer Staaten einer Region erscheint insbesondere bedeutsam, wenn man die sich rasch intensivierende regionale Kooperation lateinamerikanischer Staaten betrachtet. Marini verweist auf die Ursprünge der strukturellen Abhängigkeit Lateinamerikas von Europa. Die Ausweitung des weltweiten Handels integriert den Kontinent in die metropolitanen Handelsströme, vornehmlich als Produzent von Agrargütern oder als Rohstofflieferant. Die einzelnen Staaten ignorierten sich in dieser Phase gegenseitig und ordneten sich den Bedürfnissen der Metropole unter, mit der Folge eines quasi nicht existenten regionalen Handels. Nach Senghaas habe die Dritte Welt ihre politische und wirtschaftliche Selbstständigkeit verloren und sei in die internationale Arbeitsteilung integriert worden.⁶³

„Nicht nur wurden durch die kapitalistische Penetration mehr oder weniger organische gesellschaftliche Gebilde in den vergangenen Jahrhunderten zerstört und neue willkürliche Staaten am Reißbrett europäischer Kabinettpolitik sowie an Ort und Stelle als Ergebnis von militärischen Machtauseinandersetzungen geschaffen; die so entstandenen Kolonien wurden auch in einer Weise ihren jeweiligen Metropolen zwangsweise zugeordnet, dass eine Solidarisierung unter ihnen selbst relativ geringe Chancen hatte.“⁶⁴

Die Metropolen hätten durch eine *„systematische Verhinderung einer regionalen Infrastruktur, die neue Austauschbeziehungen ermöglicht und die Chance für eine politische Solidarisierung gegen die Metropolen erhöht hätte“*,⁶⁵ ihre Position als dominierende Volkswirtschaft gefestigt. Dies habe sich durchgesetzt aufgrund der frühen Installation von Handels- und Produktionsmonopole, sowie der politischen Machtverhältnisse. Wichtig für die Initiierung einer autozentrierten Entwicklung zur Überwindung der Abhängigkeit sei vor allem die Kontrolle über die Produktionsmittel im Kernbereich der Produktion sowie der Souveränität über Marktmechanismen und die Möglichkeit der Marktausweitung auf weite Teile der Bevölkerung.⁶⁶ In der Tat speist sich das Konzept der importsubstituierenden Industrialisierung aus diesen Grundsätzen, ist aber bei der Umsetzung peripherer Entwicklungsstrategien in der Regel misslungen.

⁶³ Vgl. Marini, Ruy Mauro: *Dialektik der Abhängigkeit*; Frankfurt/Main 1974, S. 101

⁶⁴ Senghaas, Dieter: *Elemente einer Theorie des peripheren Kapitalismus*; Frankfurt/Main 1974, S. 15

⁶⁵ Ebenda, S. 15

⁶⁶ Vgl. Quijano, Anibal: *Marginaler Pol der Wirtschaft und marginalisierte Arbeitskraft*; Frankfurt/Main 1974, S. 320 f

Kay merkt an, eine importsubstituierende Industrialisierung sei in der Regel ausgerichtet nach den Bedürfnissen der Oberschicht und führe zur Nachfrage nach Luxusgütern.⁶⁷ Die Industrialisierung erschließe selten einen Massenmarkt, sondern lediglich einen Markt für Luxusgüter und manifestiere zudem ein niedriges Lohnniveau im Export- und Luxusgütersektor. Alnasseri bemerkt, Importsubstitution führe zwingend zu Inflation, Handelsdefiziten, Überschuldung und einer Krise der Strategie.⁶⁸ Schaffe die Luxusgüterproduktion einen ausreichenden Markt, könne Importsubstitution erfolgreich sein. Oft diene der Investitionsgütersektor jedoch nur dem Exportsektor und nicht dem Ziel, den peripheren Binnenmarkt zu fördern.⁶⁹ Amins Modell der *collective self-reliance* ist verknüpft mit der Strategie importsubstituierender Industrialisierung, setzt jedoch eigene Akzente. Die Peripherie müsse in der postkolonialen Phase die Exportorientierung der Wirtschaft akzeptieren, allerdings später eigene Anstrengungen zur ökonomischen Modernisierung initiieren. Amins Konzept basiert auf regionaler Kooperation und Integration mit dem Ziel einer soziopolitischen Autonomie des regionalen Marktes von der Metropole. Die sozioökonomischen Rahmenbedingungen müssten sich dahingehend anpassen, dass die Staaten ihre Entwicklungspolitik auf den regionalen Handel ausrichten. Somit könnte die Teilabkoppelung vom Zentrum und die Abschwächung des Abhängigkeitsverhältnisses erreicht werden. Voraussetzung für weitgehende Reformen seien zudem höherer Preise für Rohstoffe und Primärgüter, eine Ressourcenkontrolle sowie der ungehinderte Zugang zu metropolitanen Märkten.⁷⁰

„Wenn die entwickelten kapitalistischen Ökonomien auch nicht wirtschaftlich autark sind, so sind sie doch eigenständig. In ihrem Fall ist es sinnvoll, von Interdependenz zu sprechen – auch zwischen ungleichen Partnern (denn der französische Kapitalismus ist dem deutschen oder amerikanischen Kapitalismus nicht ebenbürtig). Die peripheren kapitalistischen Ökonomien hingegen sind bislang außenorientiert und abhängig, nicht aber interdependent gewesen.“⁷¹

Der industriellen Revolution in Europa ging unmittelbar die Agrarrevolution voraus. In der Peripherie ist eine vergleichbare Transformation nie in dieser Form aufgetreten, da die Agrarsektoren durch die unterschiedlichen Industrialisierungskonzepte in der Regel nicht modernisiert wurden. Zentrale Aufgabe müsse sein, geschaffene Industrien mit dem landwirtschaftlichen Sektor und den Kleinbauern zu verbinden. Auch Amin tritt für

⁶⁷ Vgl. Kay, Cristobal: *Latin American theories of development & underdevelopment*; London 1989, S.146

⁶⁸ Vgl. Alnasseri, Sabah: *Periphere Regulation*; Münster 2004, S. 142

⁶⁹ Vgl. Amin, Samir: *Self-reliance & die neue internationale Wirtschaftsordnung*; Frankfurt/Main 1982, S. 322

⁷⁰ Vgl. Ebenda, S.317

⁷¹ Ebenda, S. 318

den sozialistischen Charakter der neuen Wirtschaftsstrategie ein, jedoch spürbar dezentrierter und weniger radikal als traditionelle Dependenztheoretiker aus Lateinamerika. Er betont, die Thesen Ricardos seien prinzipiell nicht abzulehnen, vielmehr seien sie in peripheren Wirtschaftsformationen nicht gültig, sobald internationale Arbeitsteilung Ungleichheit erzeuge und Akteure strukturell benachteilige. Die Peripherie müsse ihre Güter direkt tauschen, um metropolitane Zwischenhändler ausschalten und den Kapitalabfluss nachhaltig zu reduzieren.⁷² Erste Schritte müssten die Regulierung des Exportsektors, die staatliche Kontrolle der Rohstoffausbeutung und die Begrenzung des Importflusses sein.⁷³ Sollte es peripheren Staaten gelingen, ihre Handelsbilanzen anzugleichen, sei die Metropole gezwungen, weniger einseitige Handelsverträge zu akzeptieren.⁷⁴

Es werde zudem einigen Ländern gelingen ihre ökonomischen Rahmenbedingungen zu modifizieren.⁷⁵ Marini konstruiert in diesem Kontext den Begriff des *Sub-Imperialismus*. Auch Senghaas und Amin nehmen Bezug zu dieser Klassifikation, insbesondere um zu unterstreichen, dass die Autoren ein Entwicklungsgefälle in der Dritten Welt erwarten.⁷⁶

Demnach werden bestimmte periphere Gebiete als regionale Brückenköpfe ausgebaut und erleben eine beschränkte wirtschaftliche Blüte. Diese profitieren offensichtlich von der geographischen Konzentration von metropolitane kontrollierten Industrien in der Peripherie.⁷⁷ Der Produktionsprozess der sub-imperialistischen Staaten wäre trotz des entwicklungspolitischen Aufstiegs konzentriert auf den Exportsektor. Weiterhin äußert sich Galtung zu einer autozentrierten Entwicklung. Er betont die Notwendigkeit einer Landreform, um den Agrarsektor zu modernisieren und eine binnenmarktorientierte Dynamik zu fördern. Galtung misst ihm eine übergeordnete Bedeutung zu und fordert die Verteilung der Böden an diejenigen, die ihn bearbeiten - individuell oder kollektiv. Eine *lokale self-reliance* sei der entscheidende ökonomische Faktor, der die Entstehung eigener Produktions-Konsumtions-Zyklen unter Beteiligung der Massen ermögliche.⁷⁸

⁷² Vgl. Ebenda, S. 333

⁷³ Die zahlreichen Nationalisierungsphasen bedeutender Industrie- und Rohstoffförderanlagen in arabischen oder lateinamerikanischen Ländern hatte keine binnenmarktorientierte Orientierung zur Folge oder gar zum Ziel; in der Regel wurde die fiskalpolitische Basis der oft noch jungen Staaten konsolidiert, mit der Folge einer massiven Ausdehnung der Rohstoffexporte sowie stark steigender Importnachfrage.

⁷⁴ Vgl. Ebenda, S. 334

⁷⁵ Vgl. Ebenda, S. 329/330

⁷⁶ Vgl. Amin, Samir: *Zur Theorie von Akkumulation und Entwicklung in der gegenwärtigen Weltgesellschaft*; Frankfurt/Main 1974, S. 92

⁷⁷ Dieser zeichne sich zudem aus durch starke Einkommenskonzentration, den rasanten Anstieg staatlicher Nachfrage nach Produkten und Personal im öffentlichen Dienst und beim Militär und zementiere die Reproduktion peripherer Gebiete als Arbeitskräftereservoirs für die sub-imperialistischen Staaten. Vgl. Kay, Cristobal: *Latin American theories of development and underdevelopment*; London 1989, S.147

⁷⁸ Vgl. Galtung, Johan: *Arme Länder gegen reiche*; Frankfurt/Main 1982, S. 340

2.2. Herrschaftsstrukturen in der Peripherie: Kolonialismus, Rente & Staatsklasse

„Die *Dependencia*-Theorien werden zunehmend als Rechtfertigung für auch hausgemachte Unterentwicklung und hausgemachte repressive politische Systeme in der Dritten Welt erkannt.“⁷⁹

Der dependenztheoretische Ansatz hilft, die sozioökonomischen Beziehungen zwischen der EU und Algerien zu veranschaulichen, jedoch ist dieses Modell bei weitem nicht ausreichend, um die vielfältigen Handelsbeziehungen adäquat einzuordnen. Die Dependenztheorie stützt die Klassifizierung der interdisziplinären Verflechtungen beider Akteure als einseitige außenhandelsbedingte Abhängigkeit, vernachlässigt jedoch die internen Strukturen Algeriens. Die *Dependentistas* bewerten die wirtschaftspolitische periphere Abhängigkeit vom Zentrum als einzig relevanten Faktor für die Abhängigkeit. Die Ursachen für die andauernde Reproduktion peripherer Abhängigkeitsverhältnisse sind jedoch vielmehr in externen *und* internen Faktoren zu suchen. Die periphere Unterordnung vollziehe sich nicht nur durch politökonomischen Druck von außen, sondern auch durch den jeweiligen Modus der Herrschaft, der vom Inneren auf das System wirke. Abhängigkeit bedinge die Unterordnung unter imperiale Herrschaft, bestehe aber nicht aus ihr.⁸⁰ Im Zuge der *Balgerei um Afrika* setzte sich der Standpunkt durch, zur Durchsetzung imperialer Interessen sei die Ausübung direkter kolonialer Herrschaft abzulösen und müsse in ihrer Struktur und Qualität modifiziert werden; anzustreben sei vielmehr die informelle Herrschaft über die Peripherie.⁸¹ Schon in dieser Phase suchten metropolitane Akteure, lokale Eliten in die Herrschaftsstruktur zu integrieren. Daher müssen die peripheren Herrschaftsformen näher analysiert werden, um Algerien in den entwicklungspolitischen Diskurs einordnen zu können. Besonders Rententheorie und Staatsklassenansatz sollen die Verlagerung der Abhängigkeit sowie die Qualität der internen Strukturschwächen verdeutlichen. Das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Algerien und der Metropole wird jedoch zuvor mit Hilfe Fanons analysiert. Er bezeichnet die Siedlungskolonien als „*Zitadellen des Kolonialismus*“⁸² und verdeutlicht damit die kolonial bedingten massiven sozioökonomischen Deformationen in Algerien.

⁷⁹ Elsenhans, Hartmut. *Imperialismus/Imperialismustheorien*; München 1995, S. 268

⁸⁰ Vgl. Quijano, Anibal: *Marginaler Pol der Wirtschaft und marginalisierte Arbeitskraft*; Frankfurt/Main 1974, S. 305/306

⁸¹ Vgl. Hopkins/Wallerstein: *Grundzüge der Entwicklung des modernen Weltsystems*; Frankfurt/Main 1982, S. 163

⁸² Vgl. Fanon, Frantz: *Für eine afrikanische Revolution*; Frankfurt/Main 1972, S. 168

2.2.1. Koloniale Herrschaftsstrukturen in Algerien nach Fanon

„Die Geschichte, die der Kolonialherr schreibt, ist also nicht die Geschichte des Landes, das er ausplündert, sondern die Geschichte seiner eigenen Nation, in deren Namen er raubt, vergewaltigt und aushungert. Die Unbeweglichkeit, zu welcher der Kolonisierte verdammt ist, kann nur dadurch in Frage gestellt werden, dass der Kolonisierte beschließt, der Geschichte der Kolonisation, der Geschichte der Ausplünderung ein Ende zu setzen, um die Geschichte seines Landes, die Geschichte der Dekolonisation beginnen zu lassen.“⁸³

Gewiss, der Antikolonialist Frantz Fanon zählt nicht zu den klassischen Theoretikern des entwicklungspolitischen Diskurses und seine Schriften reihen sich nicht ein in die Garde der in der Regel im entwicklungspolitischen Kontext zitierten politischen Theorie oder sozioökonomischen Strukturanalysen. Sein Werk zeichnet sich aus durch einen teils sehr polemisch unwissenschaftlichen Stil, einer für analytische Zwecke unzureichenden Strukturierung und eine gewisse Unvollständigkeit, die jedoch insbesondere mit seinem frühen Tod zu erklären ist. Er starb 1961 in Washington D.C. fast zeitgleich mit der Veröffentlichung seines Hauptwerkes *„Die Verdammten dieser Erde“* in Paris. Dennoch finden sich bei ihm interdisziplinäre Anknüpfungspunkte an die Dependenztheorie, aber auch an die Rententheorien und den Staatsklasseansatz. Vor deren Darstellung wird der Einfluss des französischen Kolonialismus auf die Herrschaftsverhältnisse in Algerien anhand der Texte Fanons untersucht. Deformationen der algerischen Gesellschaft unter französischer Flagge werden in Verbindung mit dem Rentiercharakter des Staates als die Hauptursache für die Unterentwicklung und Abhängigkeit angesehen. Wesentliches Motiv Fanons ist die Forderung nach formaler Unabhängigkeit und der Verweis auf die damit einhergehende Verlagerung der Herrschaftsverhältnisse. Nie spricht er jedoch von der nationalen Unabhängigkeit als Allheilmittel gegen politische und ökonomische Strukturprobleme; eher betont er, dass sie als Einfallstor für weitere Deformationen der Gesellschaft begriffen werden könnte. Dennoch hebt er hervor, dass auch die unterentwickelten Länder hätten, das Recht sich selbst gut oder schlecht zu regieren.⁸⁴ Fanons Schriften erheben den Anspruch, die *Soziologie einer Revolution* zu sein.⁸⁵ Er betont die Qualität der Kolonialherrschaft, indem er differenziert zwischen kolonialem Ausdehnungsprozess der metropolitanen Wirtschaft und dem Siedlungskolonialismus in Algerien. Infolge von Frankreichs allumfassender Präsenz habe die Militärherrschaft

⁸³ Fanon, Frantz: *Die Verdammten dieser Erde*; Frankfurt/Main 1981, S. 43

⁸⁴ Vgl. Fanon, Frantz: *Aspekte der algerischen Revolution*; Frankfurt/Main 1969, S. 43

⁸⁵ Vgl. Scheil, Armin: *Eine gescheiterte Revolution*; Frankfurt/Main 1969, S. 130

eine solch starke Ausprägung angenommen, auch da Algerien angeblich seit 1830 die Waffen nicht nieder gelegt habe. Fanon spricht hier als Vertreter des *Front Libération National* (FLN), für dessen Propagandaapparat er arbeitete, und versucht auf Parteilinie bleibend den FLN als legitimen Nachfolger von Abdel Kader historisch aufzuwerten.⁸⁶

*„Diese Herrschaft der Gewalt wird umso furchtbarer sein, je dichter die Besiedlung durch das ‚Mutterland‘ ist. Die Entfaltung der Gewalt innerhalb des kolonisierten Volkes wird der Gewalt, die das bekämpfte Kolonialregime ausübt, proportional sein.“*⁸⁷

Die französische Siedlungspolitik in Algerien habe die Zerstörung der politischen und sozioökonomischen Strukturen massiv beeinflusst und die Rückständigkeit des ländlichen landwirtschaftlichen autochthonen Sektors manifestiert.⁸⁸ Zudem verweist Fanon auf strukturelle ökonomische Veränderungen, die einer langfristigen Aufrechterhaltung des Kolonialsystems auf die Metropole folgen. Die ökonomischen Verzerrungen im Zentrum hatten zur Konsequenz, dass Paris auf seine europäische Dimension zurückgeführt werde und sich lossagen müsse von seinem kolonialen Besitz. Es solle auf der Ebene der freien Konkurrenz mit den europäischen Ökonomien konfrontiert werden, da seine Wirtschaft noch auf einem kolonialen Dualismus basiere.⁸⁹

*„Die Übernahme der nationalen Reichtümer durch die Kolonialvölker bringt das ökonomische Gleichgewicht des ehemaligen Okkupanten in Gefahr. Die Ankurbelung der Kolonialökonomie, die Industrien zur Weiterverarbeitung der Rohstoffe aus den unterentwickelten Ländern, die Auflösung des Kolonialpaktes, die Konkurrenz mit dem ausländischen Kapital stellen eine tödliche Gefahr für den Imperialismus dar.“*⁹⁰

Der europäische Kolonialismus und Imperialismus müsse beendet werden, da dieser maßgeblich verantwortlich sei für die Unterentwicklung und Deformation der Länder der Dritten Welt. Fanon hebt den ausbeuterischen Charakter des Kolonialsystems hervor und klagt die Erste Welt an, sich auf Kosten der Peripherie bereichert zu haben.

*„Dieser europäische Überfluss ist buchstäblich skandalös, denn er ist auf dem Rücken der Sklaven errichtet worden, er hat sich vom Blut der Sklaven ernährt, er stammt in direkter Linie vom Boden und aus der Erde dieser unterentwickelten Welt.“*⁹¹

Des Weiteren tangiert Fanon ansatzweise die Veränderungen der ökonomischen Rahmenbedingungen zwischen Zentrum und Peripherie und versucht deren Folgen für die wirtschaftspolitische Entwicklung anzudeuten. Er attestiert der kolonialen Herrschaft

⁸⁶ Vgl. Fanon, Frantz: *Für eine afrikanische Revolution*; Frankfurt/Main 1972, S. 68 und 115

⁸⁷ Fanon, Frantz: *Die Verdammten dieser Erde*; Frankfurt/Main 1981, S. 74

⁸⁸ Vgl. Ebenda, S. 94

⁸⁹ Vgl. Fanon, Frantz: *Für eine afrikanische Revolution*; Frankfurt/Main 1972, S. 122

⁹⁰ Ebenda, S. 136/137

⁹¹ Fanon, Frantz: *Die Verdammten dieser Erde*; Frankfurt/Main 1981, S. 79

eine maßgebliche Mitverantwortung für die desolade entwicklungspolitische Situation des postkolonialen Algeriens. Auch ohne die Umsetzung des Evian-Vertrages in den 1960er Jahren miterlebt zu haben, erkennt Fanon die Versuche der französischen Bürokratie, eine postkoloniale politische und wirtschaftliche Einflussnahme auf die Geschehnisse der formal unabhängigen ehemaligen Kolonien aufrechtzuerhalten.⁹²

„Die Forderung nach besonderen Beziehungen zu Frankreich lässt sich auf den Wunsch zurückführen, Algerien ewig im Status eines minderwertigen und beschützten Staates zu halten. Das bedeutet auch, gewisse Formen der Ausbeutung des algerischen Volkes aufrechtzuerhalten.“⁹³

Weiterhin verweist Fanon auf ökonomische strukturelle Veränderungen im kolonialen Algerien, die sich einerseits den Merkmalen der dependenztheoretischen Peripherie sehr annähern und andererseits signifikante Parallelen zu den rentierstaatlichen Strukturen aufweisen. Insbesondere hebt Fanon den ausschließlichen Anbau von lediglich für den Export bestimmten Produkten in der algerischen Kolonie hervor. Vielmehr sollten in der Kolonie gebrauchte Nahrungsmittel angebaut und eine Industrialisierung angestrebt werden, da der nationale Markt zu stark auf den Import industrieller Produkte aus der Metropole angewiesen sei.⁹⁴ Diese Exportorientierung des kolonialen Algeriens zeige, inwiefern bereits während der Kolonialphase der Grundstein gelegt wurde für die heute konsolidierte Exportorientierung der algerischen Wirtschaft. Eine weit reichende ökonomische und politische Modernisierung hält Fanon für unwahrscheinlich.

„Das Kolonialsystem hat sich immer nur für ganz bestimmte Reichtümer interessiert, für bestimmte Rohstoffe, diejenigen nämlich, die seine eigenen Industrien brauchen konnte. (...) Aus diesen Gründen sieht sich die junge, unabhängige Nation gezwungen, die vom Kolonialregime errichteten Handelsbeziehungen aufrechtzuerhalten. Sie kann zwar nach anderen Ländern, anderen Währungsbereichen exportieren, aber ihre Exportbasis hat sich nicht grundlegend verändert. (...) Man müsste womöglich ganz von vorne anfangen. (...) Arbeitskräfte allein genügen dazu nicht. Man braucht Kapital, man braucht Techniker, Ingenieure, Mechaniker usw. Sagen wir es offen, wir glauben, dass die kolossale Anstrengung, zu der die unterentwickelten Völker von ihren Führern aufgerufen werden, nicht die erhofften Resultate haben wird. Wenn die Arbeitsbedingungen nicht verändert werden, wird man Jahrhunderte brauchen, um diese Welt zu vermenschlichen, die der Imperialismus auf die Stufe des Animalischen herabgedrückt hat.“⁹⁵

⁹² „Die monopolistische Fraktion der Bourgeoisie im ‚Mutterland‘ unterstützt keine Regierung mehr, deren Politik einzig und allein die des Schwertes ist. Die Industriellen und Finanzleute des ‚Mutterlandes‘ erwarten von ihrer Regierung nicht die Dezimierung der Bevölkerung; sie erwarten, dass diese Regierung ihre ‚legitimen Interessen‘ durch Handelsabkommen und Wirtschaftsverträge wahrt. (...) Die Berliner Konferenz hat das zerstückelte Afrika noch unter drei oder vier Flaggen aufteilen können. Heute dagegen ist es unwichtig, ob irgendein afrikanisches Gebiet unter französischer oder unter belgischer Oberhoheit steht: worauf es ankommt, ist der Schutz der wirtschaftlichen Einflusszone.“ Ebenda, S. 55

⁹³ Fanon, Frantz: *Für eine afrikanische Revolution*; Frankfurt/Main 1972, S. 94

⁹⁴ Vgl. Ebenda, S. 98

⁹⁵ Fanon, Frantz: *Die Verdammten dieser Erde*; Frankfurt/Main 1981, S. 83

2.2.2. Rentenökonomie und Rententheorie

„Industrialisierung bedeutet die schrittweise Entwicklung von Produktionsfähigkeit durch einen steten, langsamen und geduldigen Prozess des Learning by doing. Sie bedeutet mehr als lediglich die Erstellung bestimmter Produktionskapazitäten, die man ja auch vom Ausland importieren kann.“⁹⁶

Für eine adäquate sozioökonomische Klassifizierung der Strukturtransformationen der algerischen Gesellschaft sind die Dependenztheorien durchaus aufschlussreich, jedoch bei weitem nicht ausreichend. Demnach soll im Folgenden der rentierkapitalistische Ansatz von Pawelka erläutert werden. Vor allem der Rentenansatz scheint in Algerien eine nicht zu vernachlässigende Gültigkeit zu besitzen. Die strukturelle Einbindung von Rentiers in die Weltwirtschaft sowie der hohe Anteil an externen Renteneinkommen seien die wesentlichen Strukturmerkmale dieser Staaten. Rentiers beziehen regelmäßig bzw. dauerhaft in sehr hohem Umfang externe Renten oder Renten-Äquivalente.⁹⁷

„Renten und Renten-Äquivalente sind Einkommen, die von außen einfließen und denen keine entsprechende gesellschaftliche Investitions- oder Arbeitsleistung gegenübersteht, so dass sie der politischen Führung zur freien (politischen) Disposition stehen.“⁹⁸

In klassischer marxistischer Sichtweise wird hier unterschieden zwischen der absoluten Grundrente, die anfällt, wenn der Grundbesitzer unter bestimmten Marktbedingungen einen Anteil am Profit für die Nutzung seines Grund und Bodens beziehen kann, sowie der Differentialrente, die sich ergebe aus dem Eigentum an Grund und Boden mit *„ungewöhnlich günstigen natürlichen Produktionsbedingungen.“⁹⁹* Die Rente wird über die Bedürfnisstruktur des Marktes bestimmt. Renten entstehen folglich, wenn bestimmte Güter auf bestimmten Märkten knapp werden und Produzenten höhere Preise für ihre Waren verlangen können. Diese Preise entstehen durch politische Manipulationen und Marktverzerrungen durch Ausweitung bzw. Reduktion der jeweiligen Fördermenge, um Knappheit zu erzeugen und die Preise zu steigern. Die kapitalistische Kausalität von Arbeit und Belohnung werde im Rentenstaat außer Kraft gesetzt.¹⁰⁰ Im Falle Algeriens zeichnet sich die Rentierökonomie insbesondere aus durch den kräftigen Ausbau des

⁹⁶ Lemper, Alfons: *Collective self-reliance – eine erfolgversprechende Entwicklungsstrategie?*; zitiert nach: Senghaas, Dieter: *Dissoziation und autozentrierte Entwicklung. Eine entwicklungspolitische Alternative für die Dritte Welt*; Frankfurt am Main 1982, S. 392

⁹⁷ Vgl. Pawelka, Peter: *Der Vordere Orient und die Internationale Politik*; Stuttgart 1993, S. 102 f

⁹⁸ Ebenda, S. 103

⁹⁹ Vgl. Ebenda, S. 103

¹⁰⁰ Pawelka zu Folge seien Staaten als Rentiers zu bezeichnen, wenn der Anteil externer Renten am Staatshaushalt mindestens 40% betrage. Weiterhin unterscheidet er zwischen reine Örentiers und Semirentiers, welche sich vor allem auf Kapitalrenten stützen, die sie von Örentiers und Industriestaaten erhalten (Renten-Äquivalente, politische Renten).Vgl. Ebenda, S. 106

Kohlenwasserstoffsektors. Dies führe zur Zementierung der Herrschaftsverhältnisse und stabilisiere den Staat, jedoch werde durch den geringen Bedarf an Arbeitskräften in der Ölindustrie kaum Impulse an die Wirtschaft initiiert; es entstehen keine dynamischen Folgeeffekte. Dem Rentenkonzept folgend, wird der Staat in der Dritten Welt schlicht als *rentenaneignende Instanz* bezeichnet. Pawelka merkt an, diese für Rentenstaaten typischen Charakteristika kämen selten in ihrer Reinform vor,¹⁰¹ in der nahöstlichen Peripherie jedoch scheint das Rentierkonzept eine gewisse Gültigkeit zu besitzen. Bereits im Zuge der Integration der Region in die Weltwirtschaft wurden Renten aus dem Agrarexport gewonnen, die europäische und lokale Eliten unter sich aufteilten.

„Die politischen Systeme des Vorderen Orients unter dem klassischen Imperialismus und in der Phase des Neokolonialismus wiesen vielfältige Mischformen von traditioneller Herrschaft, autoritärer Kolonialverwaltung und klientelgebundenem Parlamentarismus auf; fast alle waren jedoch strukturellen Mechanismen externer Beteiligung am Entscheidungsprozess unterworfen. Mit der Etablierung der Staatsklassenregime und der Expansion externer Renteneinnahmen kristallisierten sich hochbürokratische zentralistische Staaten heraus. Ihre Strukturen und Mechanismen spiegelten Charakterzüge vorkapitalistischer Herrschaftsformen hinter modernen Fassaden wider: eine gesellschaftlich abgehobene Stellung der Eliten, ein paternalistisches Verständnis von Bürokratie, die Neigung zur allumfassenden Steuerung der Gesellschaft und Ökonomie, einen herrschaftlich gesteuerten Elitenpluralismus als Ersatz für gesellschaftliche Partizipation und eine klientelistische Einbindung vieler sozialer Gruppen.“¹⁰²

Im Zuge der Konsolidierung eines rentenbasierten und rentendominierten nationalen Wirtschaftsraumes entsteht ein Allokationsstaat, dessen immense fiskalpolitische Ressourcen hauptsächlich zur Legitimation nach innen genutzt werden. Im Wesentlichen zeichne sich ein solcher Allokationsstaat dadurch aus, dass sämtliche gesellschaftlich relevanten Gruppen oder Klassen um die vom Staat als Subventionen, Kredite, Aufträge, Einkommen, Konsumsubventionen und wohlfahrtspolitische Vergünstigungen verteilten Renten konkurrieren.¹⁰³ Rentierstaatliche ökonomische Strukturen modifizieren sich dahingehend, dass wirtschaftliche Subjekte nicht nach Wegen für die Akkumulation von Profiten streben, sondern versuchen sich in die staatlichen Rentenverteilungsstrategien zu integrieren und Rentenanteile zu beziehen. Externe Renteneinnahmen werden nach Pawelka entwicklungspolitisch vielfach überbewertet, da sie neue Entwicklungsbarrieren schaffen und die periphere Unterentwicklung zementieren bzw. reproduzieren:

¹⁰¹ „Diese Charakterzüge des Rentierstaats stellen ein Modellkonstrukt dar. Reale Staaten nähern sich in ihrer Struktur und ihrem Verhalten lediglich mehr oder weniger diesem Muster an. Dies kommt daher, weil die ökonomische Basis der orientalischen Staaten aus einem variablen Mix aus Renten, Renten-Äquivalenten, Steuereinnahmen und Abschöpfungen aus der Binnenproduktion besteht.“ Ebenda, S. 108

¹⁰² Ebenda, S. 166

¹⁰³ Dies wird unter anderem auch bezeichnet als so genannte *rent-seeking society*. Vgl. Ebenda, S. 107

„Rentenstaaten sind von extremen Preiszyklen auf dem Weltmarkt und hohen politischen Fluktuationen in der internationalen Politik abhängig, was ständig wiederkehrende wirtschaftliche und soziopolitische Krisen erzeugt. Sie neigen dazu, Industriestrukturen einfach zu kaufen, statt sie selber zu entwickeln und gigantische Wohlfahrtssysteme zu errichten, die der Herausbildung eines eigenen Humankapitals (...) im Wege stehen.“¹⁰⁴

Internationale Rentiers versuchen zum Zwecke einer steigenden Rentenbasis für sie günstige internationale politische Bedingungen zu fördern, um die Renteneinnahmen auszuweiten und die nationalen politischen Strukturen zu manifestieren. Der Staat manifestiert seinen enormen Handlungsspielraum nach innen,¹⁰⁵ wenn es ihm gelingt, dauerhaft hohe internationale Renten einzutreiben. Die Stabilität von Rentenstaaten resultiere zwar aus ihrer finanziellen Autonomie und den globalen Rahmenbedingungen, verursache bei ihnen aber keinerlei sozioökonomische oder außenpolitische Passivität.¹⁰⁶

Im Gegenteil seien Rentiers „im Rahmen ihres Potentials dazu gezwungen, aktiv ihre Ressourcenzuflüsse stabil zu erhalten und auszubauen. Da dies aber jenseits ihrer Territorialgrenzen erfolgen muss, haben für sie Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik Priorität. Rentiers suchen z. B. ihre Rentenarten zu diversifizieren, um ihre Einkommen sicherer zu machen (Transfer der Differentialrente in Effektenrente). Sie organisieren sich international, um bestimmte Renten zu erhöhen oder zu kontrollieren (OPEC). (...) Die Rentenstaaten des Vorderen Orients haben ein völlig anderes Verhältnis zur Außenpolitik als kapitalistische Industriestaaten. Sie betreiben sie nicht zugunsten ihrer gesellschaftlichen Interessen-Konstellationen, sondern zur Sicherung ihrer Position innerhalb der eigenen Gesellschaft.“¹⁰⁷

Zwar zwingt die Furcht der staatstragenden Eliten eines Rentiers vor der Erschöpfung der Erdölvorräte und der Stabilität der Renteneinnahmen den Staat zu der Entwicklung alternativer Wirtschaftsstrategien, jedoch konzentrieren sich die Anstrengungen primär auf die Erschließung neuer Wege zur Akkumulation von Renteneinnahmen. Der Rentier lenkt seine wirtschaftspolitischen Aktivitäten schließlich nicht auf die Modernisierung eigener ökonomischer Rahmenbedingungen, sondern ist darauf konzentriert, die externe Rentenbasis zu sichern und auszuweiten. Entscheidend für die dauerhafte politische und sozioökonomische Stabilität eines Rentiers, sind vor allem die Krisenanfälligkeit einer Gesellschaft sowie ihre Intensität und Ausprägungen. Am deutlichsten treten daher die Charakterzüge des Rentierstaats in der Krise hervor. Die Krisensituation eines Rentiers zeichnet sich dadurch aus, dass seine Renteneinnahmen einbrechen und das staatlich

¹⁰⁴ Ebenda, S. 106

¹⁰⁵ Vgl. Ebenda, S. 105

¹⁰⁶ *„Rentenstaaten, die ihre neo-patrimonialen Kapazitäten verlieren (Iran unter dem Shah, Irak unter Saddam Hussain), gefährden ihre Existenz. Dies ist bei Semirentiers mit ihren niedrigen Krisenschwellen weniger wahrscheinlich als bei reinen Ölrentiers.“* Ebenda, S. 107

¹⁰⁷ Ebenda, S. 108

kontrollierte wohlfahrtstaatliche oder segmentiert strukturierte Verteilungssystem nicht mehr adäquat funktioniert. Diese Systemkrisen können stark destabilisierend wirken, wenn sie politische Machtumstürze oder Massenproteste auslösen;

„Die Krise entsteht nicht als ökonomisches Phänomen, sondern als sozialpolitisches: soziale (...) Revolten, zunehmende Artikulation von Kritik, Kristallisation gefährlicher Widerstandskerne, selbst in Bürokratie und Militär, und allgemeiner Legitimationsverlust zwingen den Rentierstaat, zum letzten Mittel zu greifen: zur Repression. Aber über diese kurzfristige Eindämmung hinaus muss der Staat ein langfristiges Krisenmanagement entwickeln.“¹⁰⁸

Effektiv traten solche Systemkrisen in den Rentiers und Semirentiers des Nahen Ostens parallel der Entwicklung ihrer Renteneinkünfte aus dem Erdöl- und Erdgasgeschäft ein. In Saudi-Arabien konnte bisher das auf stabiler Rentenbasis stehende Königshaus nicht ins Wanken gebracht werden; zwar häufen sich auch dort Revolten gegen das Regime, doch konnten gesellschaftliche Partizipationsansprüche bisher effektiv zurückgewiesen werden. Die Türkei hingegen war gezwungen eine umfassende Diversifikation ihrer Wirtschaft zu initiieren, um die sozialen Protesten zu beenden. In Algerien und Ägypten sind signifikante Schwankungen der Rente festzustellen, die durch soziale Revolten und Partizipationsansprüche geäußert wurden. In allen drei Fällen war den Krisen ein spürbares Absinken des Rentenniveaus voraus gegangen.¹⁰⁹ Auch Europa hat seine Erfahrungen gemacht mit der Etablierung rentierkapitalistischer Strukturen; aufgrund andersartiger politischer Regulationssysteme sind jedoch Lösungen gefunden worden, die die entwicklungspolitisch kontraproduktive Ausweitung des rentenbasierten Wirtschaftens verlangsamte und eindämmte. An diesen Entwicklungen können einerseits die Merkmale von Rentenwirtschaften hervorgehoben und andererseits Lösungsansätze diskutiert werden. Besonders die wirtschaftlichen Veränderungen in den Niederlanden der 60er Jahre - auch bezeichnet als *Holländische Krankheit* - sind in diesem Kontext aufschlussreich. In dieser Zeit wurden in Holland Offshore-Gasvorkommen entdeckt und rasch begann die Ausbeutung der Bodenschätze, die gesamtwirtschaftliche Dynamik zu modifizieren. Bedingt durch die Gewinne aus dem Verkauf der Kohlenwasserstoffe stieg der Wechselkurs der niederländischen Währung. Die Folge war die relative Verteuerung der Exporte in den übrigen Sektoren sowie ein signifikanter Anstieg der Importe, die billiger und zunehmend attraktiver wurden. Investitionen verlagerten sich von Landwirtschaft und produzierendem Sektor massiv in die Bau- und Transportbranche.¹¹⁰

¹⁰⁸ Ebenda, S. 109

¹⁰⁹ Vgl. Ebenda, S. 167

¹¹⁰ Vgl. Seifert/Werner: *Schwarzbuch Öl*; Bonn 2006, S. 187

Eine im europäischen Kontext durchaus interessante Strategie zur Regulierung des Ressourcen-Fluchs lässt sich an den politischen Reformen Norwegens veranschaulichen. Die norwegische Regierung gründete im Sommer 1990 einen staatlichen Erdölfonds. Diesem so genannten Zukunftsfonds sollte ein wesentlicher Teil der Profite aus den Öleinnahmen zugeführt werden, um Reserven für antizyklische staatliche Interventionen auf die nationale Ökonomie in wirtschaftlichen Krisenzeiten rasch bereitstellen zu können. Norwegen ist allerdings nur bedingt mit den Ölrentiers des Nahen Ostens zu vergleichen, da der Staat prinzipiell ununterbrochen die vollständige Souveränität über seinen Ölsektor innehatte. Zwar sind die Fördergebiete zwischen norwegischen und internationalen Firmen aufgeteilt, jedoch liegt inzwischen in Norwegen der Steuersatz für gefördertes Öl bei staatlichen 78%. Die staatliche Regulierung verhinderte folglich einerseits einen ökonomisch schädlichen Kapitalabfluss aus dem Land und andererseits einen signifikanten Kontrollverlust über ihren Kohlenwasserstoffsektor, auch da der Staat die Fördermenge stark beschränkte. In Afrika existiert bislang nur ein solcher Fonds; Botswana lancierte vor einigen Jahren ein ähnliches Projekt und zählt nicht umsonst zu einem der wirtschaftspolitisch stabilsten Länder in der Region.¹¹¹

2.2.3. Der Staatsklassenansatz und die algerischen Herrschaftsverhältnisse

„Diese besondere Art externer Staatseinnahmen hat den Aufstieg autoritärer Staatsbürokratien oder Staatsklassen begünstigt. Sie hat die politischen Regime des Vorderen Orients in hohem Maße gegenüber der eigenen Gesellschaft autonom werden lassen und die sozioökonomische und politische Entwicklung der Region blockiert.“¹¹²

Der von Elsenhans geprägte Begriff der *Staatsklasse* hat einen nicht unwesentlichen Bezug zu der auch als asiatische Produktionsweise bezeichneten sozioökonomischen Struktur der Dritten Welt und steht analog zu solchen Gesellschaften, in denen eine bürokratische Schicht oder Klasse administrativ über die Produktionsmittel verfügt, ohne diese zu besitzen. Neben ökonomischen Ansätzen zur Analyse interner Strukturdefizite Algeriens bedarf es einer herrschaftspolitischen Diskussion, um die Verhältnisse in der algerischen Realität adäquat zu veranschaulichen. Eine Staatsklasse formiere sich, um zur dominierenden Klasse aufzusteigen und die Kontrolle über die Produktionsmittel zu bekommen. Ein Teil dieser Bourgeoisie unterstütze die Schaffung öffentlicher

¹¹¹ Vgl. Ebenda, S. 194 f

¹¹² Pawelka, Peter: *Staat, Bürgertum und Rente im arabischen Vorderen Orient*; In: APuZ B39/97, S.3

Unternehmen oder Körperschaften, deren Organisation keinerlei Kontrolle durch die Arbeiterschaft unterstehe, um die Wirtschaftsprozesse effektiv zu kontrollieren und den Machterhalt zu sichern.¹¹³ Sie fördere die Tendenz einer Monopolisierung der Ökonomie und entwickle sich zu einer die staatliche Bürokratie beherrschenden Elite.

„Diese Klasse agiert autonom von der Gesellschaft. Sie monopolisiert die Wirtschaft, verriegelt die Politik, infiltriert die Gesellschaft, um sie nach ihrem Wunsch zu fassonieren und um jegliche gesellschaftliche Autonomie zu ersticken. Sie besteht aber aus mehreren Fragmenten. (...) Die verschiedenen Gruppen reagieren gemeinsam, auch wenn sie sich bekämpfen.“¹¹⁴

Um Rivalitäten zwischen Elitengruppen und die Reibungen innerhalb des bürokratischen Staatsapparates einordnen zu können, entwickelte Elsenhans das Modell der Staatsklasse insbesondere für Gesellschaften der Dritten Welt. Die Rente sei dabei die Hauptvariable zur Erklärung ihres Verhaltens; die verschiedenen konkurrierenden Gruppen in einer Staatsklasse nutzen monopolistisch kontrollierte Instrumente ökonomischer, sozialer, politischer und militärischer Einflussnahme. Analysen metropolitaner herrschaftlicher Verhältnisse erkennen in der Regel in den bourgeoisen Klassen tendenziell produktive Akteure, die sich einen Wettlauf um neue Technologien und produktivitätssteigernde ökonomische Methoden liefern. Im Gegensatz zu metropolitanen herrschenden Klassen brauche eine periphere Elite keine Industrialisierung, um die Macht in einem peripheren Land zu erklimmen. Die herrschende Klasse Algeriens beispielsweise nutzte die Industrialisierung nicht, um machtpolitisch aufzusteigen oder die Macht zu ergreifen, sondern suchte lediglich die Industrialisierung zu nutzen, um die politische Herrschaft zu legitimieren.¹¹⁵ Staatsklassen streben nach Selbstprivilegierung und Einflusstigerung im Rahmen ihrer finanziellen Ressourcen. Diese zirkulieren innerhalb der Staatsklasse nach Konsensprinzipien, solange keine Knappheit der Ressourcen auftritt. Gesellschaftliche Gruppen, die nicht direkt Teil der jeweiligen Staatsklasse sind, werden vertikal in das politische System und die Gesellschaft eingebunden. Elsenhans betont nachhaltig die elementaren Merkmale von Staatsklassen; signifikant sei einerseits die Selbstprivilegierung, aber auch der Legitimationszwang, da der Staat und die Staatsklasse die Loyalität der Massen stabilisieren müsse, um sozialen Protesten vorzubeugen.

„Die Konzentration des Renteneinkommens beim Staat erlaubt ihm, Massenloyalität zu erkaufen und gleichzeitig ein hohes Maß an Autonomie gegenüber der Gesellschaft zu gewinnen.“¹¹⁶

¹¹³ Vgl. Ouaisa, Rachid: *Staatsklasse als Entscheidungsakteur in den Ländern der Dritten Welt*; Münster 2005, S. 34 f

¹¹⁴ Ebenda, S. 37

¹¹⁵ Vgl. Ebenda, S. 36

¹¹⁶ Ebenda, S. 40

Kerngedanke seiner Theorie ist jedoch die Verknüpfung seines herrschaftspolitischen Ansatzes mit dem Rentenmodell; demnach seien Staatsklassen die oberen hierarchischen Bürokratiesegmente, „die sich allein Kraft ihres Amtes ein Mehrprodukt kollektiv in Form von Renten aneignen und diese im Konflikt zwischen Selbstprivilegierung und Legitimationszwang ausschließlich nach politischen Mechanismen allozieren.“¹¹⁷ Das staatliche Streben nach der Akkumulation von Renten oder Rentenäquivalenten und die Etablierung eines Allokationsstaates führen Pawelka zufolge dazu, dass politische und vor allem wirtschaftliche Anpassungen an die volkswirtschaftliche Realität der Weltökonomie aufgeschoben und Strukturprobleme reproduziert werden.¹¹⁸ Elsenhans verweist auf *innere Segmentierung* und *Rente* als bedeutsamste Charakteristika einer Staatsklasse. Während die Rente strukturell Reformen verhindere, könne die interne Segmentbildung Modernisierungstendenzen prinzipiell fördern. Das gefestigte Machtmonopol einer Staatsklasse innerhalb der peripheren Gesellschaft, deren Stabilität und mangelnde Demokratisierung sowie die Schwierigkeiten bei der Transformation rentengestützter Volkswirtschaften hin zu kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen werden mit dem Modell von Elsenhans durchaus schlüssig dargestellt. Die Rente als quasi staatstragendes Prinzip in peripheren Staaten ist folglich ein Haupthindernis wirtschaftspolitischer Modernisierungsversuche und eine der wesentlichen Ursachen für die Ineffizienz der politischen Partizipationsorgane und der Zivilgesellschaft.¹¹⁹ Dennoch erkennt Elsenhans in der extremen Segmentierung von Staatsklassen gewisse Möglichkeiten und Chancen für weitgehende entwicklungspolitische Strukturreformen. Gerade aufgrund der Schwankungen des Rentenniveaus könne sich die interne Struktur und Machtverteilung innerhalb einer Staatsklasse durchaus signifikant verschieben; die Progressivität einer Staatsklasse könne hervortreten, wenn aufgrund niedriger Renten reformorientierte Segmente die Oberhand gewinnen und deren entwicklungspolitische Strategien die Wirtschaft beleben.¹²⁰ Ouaisa formuliert die These, eine auf die Rentenaneignung ausgerichtete Staatsklasse zeichne sich durch eine ungleichmäßige Gewichtung verschiedener Kapitalsorten aus, die bei Einbrüchen des Rentenniveaus in ihrer Gewichtung innerhalb der Staatsklasse signifikanten Schwankungen ausgesetzt

¹¹⁷ Ebenda, S. 39

¹¹⁸ Vgl. Pawelka, Peter: *Staat, Bürgertum & Rente im arabischen Vorderen Orient*; In: APuZ B39/97, S. 6

¹¹⁹ Vgl. Ouaisa, Rachid: *Staatsklasse als Entscheidungsakteur in den Ländern der Dritten Welt*; Münster 2005, S. 40

¹²⁰ Bezüglich dieser internen Segmentierung einer Staatsklasse verweist Ouaisa auf das theoretische Konzept der *Kapitalsorten* von Pierre Bourdieu. Dieser geht davon aus, dass die Machtverhältnisse in einem soziopolitischen Raum nicht stabil bleiben, da es zu Schwankungen der gesellschaftspolitischen Bedeutung der verschiedenen Kapitalsorten komme. Vgl. Ebenda, S. 42

sind. In solchen Krisenzeiten funktioniere die Staatsklasse prinzipiell wie ein Kartell; ein Absinken des Rentenniveaus zwingt den Kern einer Staatsklasse zum Konsens.¹²¹ Tiefgreifende politische und wirtschaftliche Reformen seien demnach nicht das Ergebnis von sozialen Unruhen, sondern von Segmentierungsphasen einer Staatsklasse, die in der Regel durch sinkende Renteneinnahmen hervorgerufen werden. Es komme in solchen Staaten zu Palastrevolutionen oder der Restrukturierungen der Machtkonstellationen innerhalb einer Staatsklasse.¹²² In Algerien seien die Unruhen in den 60er Jahren und die Proteste 1988 auf Segmentierungsphasen der algerischen Staatsklasse zurückzuführen.

„Nur die dauerhafte Verminderung von Renten kann entsprechende Beziehungen zwischen Mitgliedern der Staatsklasse und der Zivilgesellschaft so stabilisieren und verbreitern, dass der Durchbruch zu einer zivilisierten Zivilgesellschaft gelingt, an deren Ende Übergang zum Kapitalismus möglich wird.“¹²³

Elsenhans geht demnach davon aus, dass die Überwindung des Rentenfluchs durchaus möglich ist. Auch Amin verweist auf die Erfolgchancen der importsubstituierenden Industrialisierung, wenn als finanzielle Grundlage die Einkünfte aus dem Erdöl- und Erdgasexport genutzt werden. Die schädliche Wirkung der Rente könne bei sinnvoller Verwendung also durchaus Impulse an die Wirtschaft senden. Ouaisa hingegen glaubt nicht, dass die intensive Nutzung der Rente zur Überwindung der Unterentwicklung führen könne. Ihm zufolge seien vielmehr prosperierende Mittelschichten eine Möglichkeit sozioökonomische Dynamiken hervorzurufen und nachhaltig zu stabilisieren, die sich stimulierend auf die Entwicklung der nationalen Ökonomie auswirken. Solche Mittelschichten gedeihen in kapitalistischen Systemen unter freier Konkurrenz und unter der Bedingung eines hohen Beschäftigungsniveaus.¹²⁴

2.3. Reproduktion der peripheren Abhängigkeit und Unterentwicklung

„Der metropolitane Kapitalismus zeichnet sich durch relativ produktive lebensfähige Ökonomien aus; seine Dynamik gründet auf der allmählichen systematischen Erschließung der eigenen Binnenmärkte. Dies wurde jedoch durch die Beziehungen zu den Überseewirtschaften erleichtert: durch die Ausraubung weiter Teile der Dritten Welt.“¹²⁵

¹²¹ Ebenda, S. 49

¹²² Martin Beck spricht von der Möglichkeit einer *Revolutionen von oben*. Ouaisa nennt dies *révolution de palais*, da zwar Machtwechsel stattfänden, jedoch keine echten Systemwechsel. Vgl. Ebenda, S. 43

¹²³ Elsenhans, Hartmut: *Vorwort*; Ebenda, S. 16

¹²⁴ Vgl. Ebenda, S. 16

¹²⁵ Senghaas, Dieter: *Dissoziation und autozentrierte Entwicklung*; Frankfurt/Main 1982, S. 382/383

Die Dependenztheorie soll veranschaulichen, inwiefern sich die Abhängigkeit Algeriens von der EU durch politische Unterstützung des algerischen Regimes auch nach 1962 reproduzieren konnte. Die einseitige Abhängigkeit Algeriens ist zwar vor allem auf interne wirtschaftspolitische Faktoren zurückzuführen, jedoch spielt die schon zu Kolonialzeiten installierte ökonomische Struktur für die spätere Ausrichtung der algerischen Volkswirtschaft eine übergeordnete Rolle. Elsenhans verweist darauf, dass die Dependenztheorie den Eindruck erwecken könnte, Außenhandel führe per se zu Unterentwicklung. Vielmehr könne ein Staat durch Ausweitung des Außenhandels in Kombination mit Technologieimporten und eigener Technologieentwicklung sein Produktionspotential erweitern. Ohne Modifizierung der Marktmechanismen werden jedoch die Exporterlöse für den Import von Konsum- und Luxusgütern ausgegeben und tragen wenig für den Aufbau eines Produktionspotentials bei, das nachhaltig dem Bedarf der Massen entspricht.¹²⁶ Die Dependenztheorien erkennen in einer Abkoppelung von der Metropole die einzige Chance Unterentwicklung zu überwinden und einen autozentrierten Weg einzuschlagen. Eine eigenständige und souveräne Ökonomie formiere sich nur mit Hilfe entsprechender wirtschaftlicher Schutzmechanismen, wie Zollschränken oder Importbeschränkungen. Die Überwindung der Abhängigkeit könne erreicht werden, wenn ein Land einen hohen Grad an wirtschaftlicher Autonomie erreicht.¹²⁷ Die Dependenztheorien verkennen jedoch interne Faktoren bei der Benennung der Ursachen der Unterentwicklung. Staatsklasse und Rente müssen daher in die adäquate Analyse der algerischen Strukturblockade zwingend einbezogen werden. Kombiniert veranschaulichen beide Ansätze, warum Algerien nicht in der Lage war, trotz einer weit reichenden Autonomie und enormer Ressourcen eine nachhaltige Entwicklung und eine Diversifikation seiner wirtschaftspolitischen Basis nach Amin voranzutreiben. In Algier gehöre die „*Verteidigung des Erdölsektors zur Staatsräson*.“¹²⁸ Daher erkennt der Autor dieser Arbeit die Ursachen für die Unterentwicklung Algeriens in externen aber auch internen Faktoren, wobei die äußere Abhängigkeit nicht ohne Strukturreformen und Weichenstellungen im Inneren des Landes vermindert werden könne. Sowohl die Kolonialzeit als auch die hegemoniale Wirtschaftspolitik Frankreichs, aber auch die Bedeutung des FLN in der algerischen Staatsklasse und der Ausbau der Rente sind für die Unterentwicklung Algiers von besonderer Bedeutung.

¹²⁶ Vgl. Elsenhans, Hartmut: *Algerien – Koloniale und postkoloniale Reformpolitik*; Hamburg 1977, S.111

¹²⁷ Vgl. Kay, Cristobal: *Latin American theories of development & underdevelopment*; London 1989,S.150

¹²⁸ Vgl. Elsenhans, Hartmut: *Vorwort*; In: Ouaiassa, Rachid: *Staatsklasse als Entscheidungsakteur in den Ländern der Dritten Welt*; Münster 2005, S. 21

3. Die wirtschaftspolitischen Verflechtungen zwischen Algerien und der EU

„Nach der bürgerlichen Revolution von 1789 haben die kleinsten französischen Bauern substantiell von dieser Umwälzung profitiert. Aber es ist allgemein bekannt, dass in der Mehrheit der Fälle, für 95 Prozent der Bevölkerung der unterentwickelten Länder, die Unabhängigkeit keine unmittelbare Veränderung bringt.“¹²⁹

Diese Arbeit geht von einer gewissen Gültigkeit des dependenztheoretischen Modells aus, wenn auch nicht in seiner ursprünglichen Radikalität. Zwischen der EU und Algerien habe sich ein stabiles einseitiges Abhängigkeitsverhältnis herauskristallisiert, das durch die Reproduktion der sozioökonomischen Abhängigkeit Algeriens von der EU aufrechterhalten wird. Zementiert wird es zusätzlich durch die mangelnde Transformationsbereitschaft der algerischen Staatsklasse und den Ausbau der Rente. Im Folgenden sollen die internen Herrschaftsverhältnisse Algeriens näher analysiert werden, um die internen Strukturprobleme Algeriens, dessen Unterentwicklung und Abhängigkeit vom Zentrum zu erklären. Der zweite Teil der Analyse widmet sich den wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen beiden Akteuren und soll herausarbeiten, inwiefern die EU ihren Einfluss auf die Entwicklung in der Peripherie geltend macht.

3.1. Wirtschaftspolitische Konsolidierung der Rentenökonomie Algerien

„Die nationalistischen politischen Parteien bestehen nie auf der Notwendigkeit der Kraftprobe, weil ihr Ziel eben nicht die radikale Umwälzung des Systems ist. Als Pazifisten und Legalisten im Grunde Parteigänger der Ordnung (...), stellen diese politischen Kreise der kolonialistischen Bourgeoisie offen die Forderung, die ihnen wesentlich ist: ‚Gebt uns mehr Macht.‘“¹³⁰

Zunächst werden die kolonialen Verhältnisse in Algerien ausgiebig erläutert, da sie die Grundvoraussetzungen für die weitere Analyse der politischen und ökonomischen Herrschaftsverhältnisse im peripheren Algerien darstellen und deren Einordnung zwingend erforderlich erscheint. Die Darstellung der Entwicklung und Transformation des FLN im Unabhängigkeitskrieg und in der postkolonialen Phase soll die Bedeutung und Gültigkeit des Staatsklasseansatzes im Falle Algeriens hervorheben, bevor die wirtschaftliche Modernisierung Algeriens in 70er Jahren unter rentenökonomischer

¹²⁹ Fanon, Frantz: *Die Verdammten dieser Erde*; Frankfurt/Main 1981, S. 63

¹³⁰ Fanon, Frantz: *Die Verdammten dieser Erde*; Frankfurt/Main 1981, S. 50

Perspektive erläutert werden soll. Hierbei wird zunächst die Bedeutung des algerischen Kohlenwasserstoffsektors betont, bevor nachhaltige Folgen der algerischen Importsubstitution aufgezeigt werden sollen. Anschließend soll eine Untersuchung und Einordnung der Hintergründe des algerischen Bürgerkrieges der 90er Jahre folgen, bevor abschließend die politische Ära unter Präsident Bouteflika analysiert wird. Der letzte Abschnitt wirft einen Blick auf die internationalen Verflechtungen des Landes, die sich auszeichnen durch eine andauernde regionale Integrationsblockade sowie der Diversifikation der Außenabhängigkeit der algerischen Gesellschaft und Ökonomie.

3.1.1. Algeriens Versuch einer wirtschaftspolitischen Modernisierung

3.1.1.1. Die koloniale Integration Algeriens in die französische Wirtschaft

„Das Trauma des Kolonialismus ist also ebenso real wie seine ständige Beschwörung dazu dient, die Gebrechen der Selbstentmündigung zu verlängern, anstatt sie zu kurieren. Diese Sichtweise lähmt jede Entfaltung der Bereitschaft zur Veränderung.“¹³¹

Die umfassende Integration Nordafrikas und insbesondere Algeriens in die französische metropolitane Wirtschaft ist von entscheidender Bedeutung für die Unterentwicklung und Abhängigkeit Algeriens. Bereits in der Kolonialzeit kristallisierte sich ein signifikantes einseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen Algier und Paris heraus, das sich qualitativ auch nach der formalen Unabhängigkeit des Landes nicht wesentlich verändert hat. Die Ausrichtung Algeriens auf den Export agrarischer Produkte und Rohstoffe wurde bereits unter französischer Herrschaft zementiert und nach der Unabhängigkeit vom algerischen Staat lediglich reproduziert. Es gilt demnach herauszuarbeiten, wie sich die ökonomische Integration Algiers in die Metropole auszeichnete und welche Faktoren die Etablierung von Rentenökonomie und algerischer Staatsklasse wesentlich bestimmen. Ruf bezeichnet das koloniale Algerien als „*Prototyp einer Siedlungskolonie*“ und betont damit die signifikante Mitverantwortung der Kolonialphase für die heutige ökonomische Strukturschwäche Algeriens.¹³²

Schon in vorkolonialer Zeit wurden Teile Nordafrikas an den Welthandel angeschlossen, so dass sich erste außenorientierte Formen der maghrebinischen Ökonomie bildeten. Algerische Oberschicht und osmanischen Stadthalter teilten die Zwischenhandelsprofite

¹³¹ Diner, Dan: *Versiegelte Zeit*; Berlin 2005, S. 30

¹³² Vgl. Ruf, Werner: *Die Erinnerung an den nationalen Befreiungskampf*; Frankfurt/Main 2006, S. 143

unter sich auf, da Nordafrikas Küste inzwischen zu einem enorm wichtigen Stützpunkt des Seehandels geworden war. Die Handelsgewinne stellten die wesentliche wirtschaftliche Einkommensquelle der algerischen Provinzen dar; die ökonomische Ausrichtung des Maghreb war folglich schon in dieser Zeit außenorientiert. Bereits im 16. Jahrhundert übertrug der osmanische Statthalter Constantines einem Handelshaus aus Marseille das Seehandelsmonopol für diese Region. Die Verflechtungen zwischen der Provinz Constantine und den inzwischen zur *Compagnie d’Afrique* fusionierten Marseiller Handelshäusern wurde 1700 vertraglich geregelt und „*offzialisiert*“.¹³³ Die im Maghreb tätigen französischen Handelshäuser und die herrschenden Clangruppen teilten die Export- und Importmonopole untereinander auf; die Handelsmonopole für dominierende Agrargüter waren den Europäer vorbehalten, während die Import von Waffen und Luxusgüter den herrschenden lokalen Familien zufielen. Bereits in diesem frühen Entwicklungsstadium der peripheren Wirtschaft stützte sich das metropolitane Kapital auf lokale Schichten und Klassen und band diese in die sozioökonomischen Herrschaftsverhältnisse ein, auch um die eigene Stellung in der Region auszubauen.¹³⁴

*„Durch diese Verträge (...) wurde schon in der vorkolonialen Zeit Nordafrika an den Welthandel angeschlossen, erste Formen einer Exportorientierung der Ökonomie bildeten sich heraus. Die formale Kolonisation kann somit durchaus auch verstanden werden als die staatliche Absicherung von Interessen des französischen Handels und Kapitals.“*¹³⁵

Dieses Modell reichte zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht mehr aus, um die Bedürfnisse des französischen Kapitalismus adäquat zu befriedigen. Paris suchte demnach nach Möglichkeiten nicht mehr nur Waren, sondern auch Arbeitskraft und Produktionsmittel aus Algerien in die französische Ökonomie zu integrieren.¹³⁶ Das militärische Eingreifen Frankreichs begann 1827 mit der dreijährigen Seeblockade Algiers durch die französische Marine, nachdem finanzielle Streitigkeiten zwischen dem Dey von Algier und Paris eskaliert waren.¹³⁷ Die Besetzung Algeriens erfolgte ab 1830 in drei Phasen. Auf die begrenzte Besetzung bis 1841 folgte die Gesamteroberung von 1841 bis 1847 und schließlich die *Pazifizierungsphase*, die bis 1879 andauerte. Die Franzosen fanden entgegen der offiziellen französischen Geschichtsschreibung ein Land mit integriertem Binnenhandel sowie Ansätzen einer industriellen Produktion vor.¹³⁸ Der

¹³³ Ruf, Werner: *Die algerische Tragödie*; Münster 1997, S. 13

¹³⁴ Vgl. Amin, Samir: *Zur Theorie von Akkumulation und Entwicklung in der gegenwärtigen Weltgesellschaft*; Frankfurt am Main 1974, S. 91

¹³⁵ Ruf, Werner: *Die algerische Tragödie*; Münster 1997, S. 13

¹³⁶ Vgl. Alnasseri, Sabah: *Periphere Regulation*; Münster 2004, S. 170

¹³⁷ Vgl. Chimelli, Rudolph: *Algerien*; Heidelberg 2007, S. 33

¹³⁸ Vgl. Alnasseri, Sabah: *Periphere Regulation*; Münster 2004, S. 175

massive Widerstand Emir Abdelkaders gegen die französische Besatzung führte indes in der ersten kolonialen Phase zu solch repressiver Härte, dass selbst gesellschaftliche Bildungsinstitutionen gezielt von der Kontinentalmacht zerschlagen wurden.¹³⁹

Die französische Besiedlung Algeriens und damit auch die Intensivierung der kolonialen und sozioökonomischen Durchdringung des Landes durch die metropolitane Ökonomie erfolgten insbesondere nach 1836. Zwar machten die französischen Siedler lediglich 10 bis 20% der Gesamtbevölkerung aus, infolge ihres wirtschaftlich-gesellschaftlichen Einfluss ist in Algerien „eine wesentlich stärkere europäische Durchdringung der Bevölkerung“¹⁴⁰ als im restlichen Maghreb festzustellen. Die massive Landnahme der fruchtbaren Küstenlandstriche und der Anbau für die Metropole bestimmter Agrargüter intensivierte sich vor allem in den 1880er Jahren, verursacht durch die Reblausepidemie in Europa in den 1870er Jahren, die die französische Weinproduktion um Zwei Drittel einbrechen lies. Diese Phylloxera-Epidemie manifestierte den Agrarcharakter der algerischen Ökonomie und machte den Weinanbau zum dominanten Exportsektor.¹⁴¹

„Der moderne Sektor [der Landwirtschaft] in den fruchtbaren Küstenstrichen war bis zur politischen Unabhängigkeit in europäischem Besitz. Mechanisiert und künstlich bewässert, wurde er in kapitalistischer Weise betrieben. Die Produktion war einheitlich auf die Belieferung des französischen Marktes mit Wein, Obst und Gemüse ausgerichtet. (...) Das von den Franzosen dem Lande aufgezwungene System der Monokulturen hat die Bauern den Schwankungen der Weltmarktpreise ausgesetzt. Agrarkrisen, Landarmut und Arbeitslosigkeit waren die Lebensbedingungen der algerischen Landbevölkerung unter dem Kolonialismus.“¹⁴²

In der Landwirtschaft dominierten Monokulturen. Weinexport und Bergbau waren die wesentlichen Wirtschaftszweige Algeriens in der kolonialen Ära.¹⁴³ Paris richtete die algerische Wirtschaft darauf aus, Rohstoffe und Agrargüter zu fördern und der französischen Industrie bereitzustellen. Die metropolitane Industrie absorbierte die nicht im Agrarsektor benötigte Arbeitskraft, da fortan Paris' Lebensmittelversorgung im Wesentlichen von den Kolonien oder Protektoraten geleistet wurde, ganz im Sinne einer „Übertragung der Aufgabe der Lebensmittelversorgung an den Außenhandel.“¹⁴⁴ Eine für Algerien nachteilige Struktur der internationalen Arbeitsteilung wurde durchgesetzt,

¹³⁹ Der Dey von Algier gewährte Paris 1796 ein zinsloses Darlehen, dessen Rückzahlung sich jahrelang verzögerte. Ein diplomatischer Zwischenfall gab Paris 1827 Anlass für eine Kriegserklärung. Vgl. Elsenhans, Hartmut: *Algerien – Koloniale und postkoloniale Reformpolitik*; Hamburg 1977, S. 9

¹⁴⁰ Bis zu diesem Zeitpunkt stieg die Siedlerbevölkerung auf 32.000 an, um sich bis 1856 auf 180.000 zu vervielfachen. Mitte der 1880er Jahre waren es bereits 500.000, bevor 1953 die Millionenmarke überschritten wurde. Vgl. Opperman, Thomas: *Die algerische Frage*; Stuttgart 1959, S. 12

¹⁴¹ Vgl. Ruf, Werner: *Die algerische Tragödie*; Münster 1997, S.25

¹⁴² Scheil, Armin: *Eine gescheiterte Revolution*; Frankfurt/Main 1969, S. 132

¹⁴³ Vgl. Opperman, Thomas: *Die algerische Frage*; Stuttgart 1959, S. 31

¹⁴⁴ Vgl. Marini, Ruy Mauro: *Dialektik der Abhängigkeit*; Frankfurt/Main 1974, S. 106

da den algerischen Provinzen eine integrierte volkswirtschaftliche Entwicklung verwehrt blieb; andererseits wurde die französische gegenüber der autochthonen Bevölkerung bevorzugt. Einheimische Produzenten wurden auf unfruchtbare Böden zurückgedrängt und nicht ausreichend mechanisiert. *„Die Herstellung und Kultivierung des Tradierten wirkte indes als Moment der Entwicklung der Unterentwicklung.“*¹⁴⁵ Der algerische Agrarkapitalismus zeichnet sich vor allem aus durch die Umstellung der Landwirtschaft der Siedler auf den Export. Die algerische Agrargesellschaft wurde vernachlässigt und Paris versäumte es, die Autochthonen in den Produktions- und Konsumtionszyklus einzubinden. 1954 waren 73% aller Exporte aus Algerien und 79% der Exporte nach Frankreich Lebensmittel und Wein. Die Rohstoffförderung spielte eine gewisse Rolle, jedoch war sie vor Entdeckung der Kohlenwasserstoffe relativ unbedeutend.¹⁴⁶

*„Die Industrie spielt so gut wie keine Rolle, da die Zollunion mit Frankreich das Entstehen eigener Industrien in Algerien verhindert. Verstärkt wurde dies durch die Sorge der Agrarbourgeoisie, dass ein industrieller Sektor die Löhne in der Landwirtschaft in die Höhe treiben würde und dass gewerkschaftliche Organisationsformen entstehen könnten. Eine eigene nationale Ökonomie konnte auch nach Entdeckung der Kohlenwasserstoffe nicht entstehen.“*¹⁴⁷

In den späten 50er Jahren, gehen Ende der Kolonialzeit, band der Landwirtschaftssektor etwa 80% der Erwerbspersonen in Algerien und trug 17,5% zum BIP bei. Die Industrie hingegen beschäftigte lediglich 6,9% der Erwerbspersonen, erwirtschaftete jedoch 27% des algerischen BIP.¹⁴⁸ Schon solche Zahlen illustrieren die wesentlichen Folgen der französischen Kolonisation für die sozioökonomische Struktur Algeriens. Die strategische Konzentration der algerischen Wirtschaft auf Agrarexporte verdeutlicht die Schwierigkeiten des unabhängigen Algeriens eine korrigierend wirkenden Agrarreform erfolgreich umzusetzen, mit dem Ziel eine integrative und produktive Entwicklung des Agrarsektors zu erreichen. Im Rahmen entwicklungspolitischer Strategien wird jedoch der Entwicklung des Agrarsektors eine übergeordnete Bedeutung beigemessen.

*„Die Kehrseite dieses exportorientierten Agrarkapitalismus war die Einengung des algerischen Binnenmarktes. (...) Der Ausbau einzelner algerischer Industriezweige stimulierte damit nicht algerische Zulieferer, sondern direkt mutterländische Betriebe. (...) Die algerische Wirtschaft war institutionell eng mit der französischen verflochten, d.h. finanz- und wirtschaftspolitisch war Algerien ohne jeden institutionellen Schutz der mutterländischen Industrie ausgesetzt.“*¹⁴⁹

¹⁴⁵ Alnasseri, Sabah: *Periphere Regulation*; Münster 2004, S. 179

¹⁴⁶ Vgl. Elsenhans, Hartmut: *Algerien – Koloniale und postkoloniale Reformpolitik*; Hamburg 1977, S. 12

¹⁴⁷ Thielmann, Jörn: *„Der Islam ist meine Religion, Arabisch meine Sprache, Algerien mein Vaterland“*; Frankfurt/Main 2006, S. 1

¹⁴⁸ Vgl. Benakli, Akli: *Die algerische Industrialisierungspolitik*; Frankfurt/Main 1992, S. 7

¹⁴⁹ Alnasseri, Sabah: *Periphere Regulation*; Münster 2004, S. 176

Elsenhans verweist zwar auf die Pläne Frankreichs vor dem Zweiten Weltkrieg einen Teil der heimischen Schwerindustrie nach Nordafrika zu verlagern, um im Falle eines deutschen Angriffs in rückwärtigen französischen Gebieten über eine industrielle Basis zu verfügen. Diese Strategie sei jedoch nicht effizient umgesetzt und politisch nicht vorangetrieben worden, obwohl Paris seine Industrialisierungsprogramme in Algerien nach 1945 rasch wieder aufnahm. Dennoch konnte diese Initiative keine Impulse an den algerischen Binnenmarkt senden und dessen Dynamik in Gang bringen, unter anderem aufgrund der geringen Kapazität und der hohen Kapitalintensität der Programme.¹⁵⁰

Elsenhans merkt an, „*dass das wirtschaftspolitische Instrumentarium des zentralen Kapitalismus im peripheren wirkungslos war, weil durch die Deformation und Desartikulation der Wirtschaft Wachstumsimpulse nach außen abfließen: die Ausweitung der Nachfrage führt nicht zu raschen Anpassungen des Produktionsapparates, sondern zu höheren Importen: die Ausweitung der Produktion in den Konsumgüterbranchen führt angesichts der mangelnden Integration der verschiedenen Wirtschaftssektoren zur Erhöhung der Investitionsgüter- & Vorproduktimporte.*“¹⁵¹

Der Beginn des Unabhängigkeitskrieges, ausgelöst durch landesweite Anschläge auf französische Institutionen und Personal der Sicherheitsbehörden am 1. November 1954, verschärfte zusätzlich den ökonomischen Druck auf die algerische Binnenwirtschaft. Die Investitionen französischer Firmen und des Staates in Algerien gingen zunächst stark zurück, während der Export landwirtschaftlicher Produkte und Erzeugnisse aus dem algerischen Bergbau nach Frankreich von 1954 bis 1959 um etwa 25% einbrach. Zwar versuchte die französische Regierung den sozialen Spannungen in Algerien, die vor allem seit 1945 das soziale Gefüge in der Kolonie zu destabilisieren drohten, Herr zu werden und legte Entwicklungspläne auf, die die Proteste der algerischen Bevölkerung abmildern sollten.¹⁵² Auf der anderen Seite versuchte Frankreich weiterhin das koloniale Gebilde Algerien aufrechtzuerhalten und stellte seine Beziehungen zur Kolonie auf eine neue institutionalisierte Grundlage. Das Algerienstatut vom 20. September 1947¹⁵³ betonte erneut nachdrücklich das französische Assimilationsprinzip, nachdem Algerien als integraler Bestandteil Frankreichs zu betrachten sei. Frankreichs Versuche die

¹⁵⁰ Vgl. Elsenhans, Hartmut: *Algerien – Koloniale und postkoloniale Reformpolitik*; Hamburg 1977, S.16

¹⁵¹ Ebenda, S.17

¹⁵² Insbesondere der unter de Gaulle initiierte *Plan von Constantine* sollte die algerische Binnenwirtschaft fördern und die Marginalisierung der autochthonen Bevölkerung reduzieren. Der durchaus ambitionierte *Plan von Constantine* sah vor die in Algerien ansässige Industrie, das Verkehrs- und Gesundheitswesen zu fördern und durch Wohnungsbauprogramm etwa 800.000 Arbeitsplätze zu schaffen. Vgl. Bouhsini, Sabah: *Die Rolle Nordafrikas in den deutsch-französischen Beziehungen*; Aachen 2000, S. 50

¹⁵³ Zudem sei Algerien als besondere Verwaltungseinheit bestehend aus mehreren Departements zu betrachten, die einem anderen Rechtsstatus als den *départements d'outre-mer* unterliegen. Die zentrale Rolle des Generalgouverneurs, dem in Algerien der gesamte öffentliche Dienst sowie das Justiz- und das Erziehungswesen unterstehen, ist der wesentliche Unterschied zu den Überseekolonien. Vgl. Ebenda, S.24

Beziehungen zu seinen Kolonien auf eine neue stabile institutionalisierte Grundlage zu stellen, scheiterten sowohl mit der zentralisierten *Union française* als auch mit der 1958 lancierten *Communauté*.¹⁵⁴ Dieses institutionalisierte koloniale Gefüge brach 1960 zusammen und endete mit der formalen Unabhängigkeit von 14 Republiken.

Auch im Falle Algeriens wurde deutlich, dass die französische Präsenz in Nordafrika in dieser Form nicht aufrechtzuerhalten war. Die französische Öffentlichkeit übte immer stärkeren Druck auf die Regierung in Paris aus, den aussichtslosen Krieg in Algerien zu beenden. In der Tat wird hervorgehoben, Frankreich habe den Krieg nicht aufgrund der militärischen Stärke des FLN verloren, sondern aufgrund der veränderten öffentlichen Meinung in Frankreich. Die französische Bevölkerung stand dem Krieg zunehmend skeptisch gegenüber, schließlich überschritt der Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben 1962 die 4%-Marke, nachdem der Anteil 1953 noch 2,75% und 1955 3,5% betrug.¹⁵⁵ Die Unabhängigkeit Algiers schien Anfang der 60er Jahre unausweichlich zu sein.¹⁵⁶ Im März 1962 wurden die Verträge von Evian-les-Bains signiert, die Algerien für unabhängig erklärten, aber auch wesentliche ökonomische Weichenstellungen für die Zukunft Algeriens beinhalteten. Französischen Firmen blieb es vorbehalten auch weiterhin Saharaöl zu fördern und dem französischen Militär wurde es gestattet, den Marinehafen Mers-el-Kebir und die algerischen Atomtestgebiete weiter nutzen zu dürfen. Paris zementierte folglich mit den Verträgen seinen wesentlichen Einfluss auf die ökonomischen Rahmenbedingungen des neu gegründeten Algeriens.

*„Die nationale Bourgeoisie setzt sich einfach an die Stelle der ehemaligen europäischen Bevölkerung. (...) Von jetzt an sollen sich die großen ausländischen Gesellschaften an sie wenden, wenn sie im Land bleiben oder sich dort niederlassen wollen. Die nationale Bourgeoisie entdeckt für sich die historische Aufgabe, als Vermittler zu dienen.“*¹⁵⁷

3.1.1.2. Der *Front Libération National*

*„Ihr Überschwang hat anderthalb Millionen unserer Brüder das Leben gekostet. Sind wir jetzt freier? Die Grausamkeit unserer Brüder ist entsetzlicher, als die Gier der Siedler es war.“*¹⁵⁸

¹⁵⁴ Vgl. Ebenda, S. 17

¹⁵⁵ Vgl. Ebenda, S. 167

¹⁵⁶ Nachdem de Gaulle im November 1960 erstmalig von *Algerien* spricht und die UN den algerischen Selbstvertretungsanspruch anerkennt, radikalisierten sich Teile der Pied Noirs und es kommt zur Gründung der OAS 1961. Die Vorbereitungen für den Rückzug führen zu einem weiteren Putschversuch 1961. Vgl. Stadtfeld, Felix: *Persuasionsstrategien in politisch engagierten Texten*; Ludwigshafen 2003, S.80f

¹⁵⁷ Fanon, Frantz: *Die Verdammten dieser Erde*; Frankfurt/Main 1981, S. 130

¹⁵⁸ Boualem Sansal, zitiert nach: Ammann, Ludwig: *Die selbst geschaffene Hölle*; In: NZZ vom 15./16./17.8.2003, S. 64

Die umfassende koloniale Durchdringung Algeriens durch die französische Okkupation hat deutliche Spuren in der Gesellschaft hinterlassen und bereits vor Algeriens Unabhängigkeit dessen ökonomische Strukturen zementiert, die von der Einheitspartei lediglich reproduziert wurden. Die Abhängigkeit von Europa und die Unterentwicklung des Landes sind jedoch eng verknüpft mit den Herrschaftsverhältnissen in Algerien, welche durch französische Einflussnahme auf den kolonialen sowie den unabhängigen algerischen Staat gefördert wurde. Hervorzuheben sind die während des Krieges herauskristallisierten Strukturen einer *rent-seeking-society* und die herrschende Stellung der vom FLN kontrollierten Staatsklasse. Die Weichenstellung für die Transformation des FLN hin zu einem monopolisierenden staatstragenden Organ war bereits im Zuge des Krieges gegen Frankreich erkennbar und wird im Folgenden näher analysiert.

Die Entwicklung des FLN zu einem solch einflussreichen Organ in der algerischen Bürokratie wurde durch die sozialpolitischen Voraussetzungen im Land selbst elementar mitbestimmt. Im Gegensatz zu Marokko, Tunesien und Libyen wurden die traditionellen Eliten in Algerien stark marginalisiert und hatten nach dem Ende der Kolonialzeit keinen Einfluss mehr. In den Protektoraten hingegen brauchte Frankreich lokale Verbündete, um die Struktur und Qualität seiner Herrschaft aufrechtzuerhalten. Algerien jedoch wurde als elementarer Bestandteil Frankreichs betrachtet. Die sozioökonomischen und kulturellen Strukturen Algeriens wurden durch die umfassende koloniale Durchdringung überlagert oder gänzlich zerstört. Zwar schafften es bürgerliche Gruppen, unter anderem eine kleine Agrarbourgeoisie, innerhalb des FLN aufzusteigen und mit Ferhat Abbas eine politische Führungsfigur aufzubauen, dennoch entstand diese Fraktion im Rahmen des kolonialen Machtapparates und war keineswegs eine historisch gewachsene Formation. Fanon äußert sich hinreichend zu möglichen Szenarien der politischen Herrschaft im postkolonialen Algerien. Der militärisch-bürokratische Kolonialapparat werde unter Umständen lediglich ersetzt durch ein nationales Regime ähnlicher Prägung:

„Wirtschaftlich ohnmächtig und nicht in der Lage, kohärente gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die auf dem Prinzip ihrer Klassenherrschaft beruhen, wählt die Bourgeoisie die Lösung, die ihr als die einfachste erscheint: die Einheitspartei. (...) die Einheitspartei ist die moderne Form der bürgerlichen Diktatur ohne Maske, ohne Schminke, skrupellos und zynisch.“¹⁵⁹

Der *Front Libération National*, erst kurz vor Kriegsausbruch im Herbst 1954 formiert, entwickelte sich zügig zur dominierenden anticolonialen Bewegung in Algerien am Vorabend der Revolution. Der FLN war keine Partei oder ideologische Gruppierung im

¹⁵⁹ Fanon, Frantz: *Die Verdammten dieser Erde*; Frankfurt/Main 1981, S. 140/141

engeren Sinne, sondern vielmehr ein Sammelbecken unterschiedlichsten politischer Strömungen und sozialer Schichten Algeriens. Dass sich keine politische ideologisch geerdete Partei in Algerien etablieren konnte, ist unter anderem damit zu erklären, dass sich seit der Gründung des *Nordafrikanischen Sterns* durch Messali Hadj 1926 keine gesellschaftspolitische Gruppe im Rahmen des Kolonialapparates innergesellschaftlich durchsetzen konnte. Die zunehmende repressive Härte seitens der Kolonialmacht steigerte letztendlich die Konsensbereitschaft der verschiedenen Gruppierungen und ermöglichte die Formierung einer gemeinsamen Organisation als Kristallisationsherd für antikoloniale Bestrebungen in Algerien. Weder die assimilationistische noch die radikale Fraktion der algerischen Politik konnte allein eine innergesellschaftliche Dynamik entfachen. Demnach schlossen sich nach und nach fast alle politischen Verbände dem FLN an. Bereits diese Weichenstellung zementierte die spätere Etablierung eines Einparteieregimes, das sich vor allem durch das Fehlen klarer politischer Positionen auszeichnete, schließlich bestand der FLN aus diversen Fraktionen und Segmenten, deren politischer Output letztlich Konsensbildung als Ergebnis intensiver Flügelkämpfe war. Der Versuch, die Opposition gegen die Kolonialmacht zu einen, hatte zur Folge, dass sich ein Parteiapparat konstituierte, dessen Funktion es war die Spannungen zwischen den Fraktionen zu kanalisieren. Der FLN verstand sich nicht umsonst im politischen Sinne als *Front*, was die Abstinenz eindeutiger ideologischer Grundlagen durchaus erklärt.¹⁶⁰ Die Grundlage zur Entstehung des politischen Systems Algeriens kristallisierte sich bereits hier heraus. Die Entdeckung der Erdölvorkommen stützte diese sozioökonomische Weichenstellung zusätzlich, da sie den nahtlosen Übergang von kolonialer Herrschaft zur Herrschaft einer gesellschaftlich abgehobenen Staatsklasse fiskalpolitisch unterstützte. Meynier hinterfragt den revolutionären Charakter des FLN:

Die FLN habe „*niemals ein konstruiertes, revolutionäres Projekt entwickelt. Die Anführer entfachen den Aufstand, ohne sich Gedanken über seinen Ausgang zu machen. Der einzige revolutionäre Charakter, den der Historiker hinter dieser ‚Revolution‘ erkennen kann, ist der Antikolonialismus. Zumeist wollen die Führer der FLN die Stelle des kolonialen Herrschers einnehmen und sorgen sich kaum um eine tief greifende Veränderung der algerischen Gesellschaft. In diesem Sinn kann die FLN nicht mit einer revolutionären Bewegung gleichgesetzt werden: das Ziel ihrer Führungskader ist die Vertreibung der Kolonialmacht, das heißt Machtwechsel und nicht Revolution.*“¹⁶¹

¹⁶⁰ Vgl. Ouaisa, Rachid: *Staatsklasse als Entscheidungsakteur in den Ländern der Dritten Welt*; Münster 2005, S. 51

¹⁶¹ Meynier, Gilbert: *Die Nationale Befreiungsfront Algeriens 1954 – 1962*; In: Inamo 56, 2008, S. 44

Die Spaltung des MTLD, der Nachfolgeorganisation des *Nordafrikanischen Sterns* von Messali Hadj im Sommer 1945 war eine im Nachhinein betrachtet ein Wegbereiter für den erst zehn Jahre später gegründeten FLN.¹⁶² Die Unstimmigkeiten in der Partei über die politischen Konsequenzen der Ereignisse des 8. Mai 1945 lösten Spaltungstendenzen innerhalb des MTLD aus und endeten mit der Gründung des MNA durch Hadj. Das MNA entwickelte sich in den 50er Jahren zum einzigen ernsthaften Konkurrenten des FLN beim Kampf um die Führungsrolle im Befreiungskrieg. Fast alle politischen Vereinigungen traten bis Ende 1954 dem FLN bei. Lediglich die durch Abbas vertretene dünne Schicht des algerischen Bürgertums, die noch bis 1945 für eine Assimilation in das französische Staatswesen eingetreten war, und die 1931 von Abdel Hamid Ben Badis in Algier gegründet *Vereinigung der reformistischen Religionsgelehrten Algeriens* integrierten sich erst 1956 in den FLN.¹⁶³ Unterstützt wurde der FLN durch finanzielle und logistische Hilfen aus Kairo und Moskau. Warum sich letztlich der FLN und nicht das sozial eher verankerte MNA durchsetzte, lässt sich nicht eindeutig begründen.¹⁶⁴ Ruf verweist auf den wesentlichen Faktor, dass der FLN „*sofort das Bild der Repräsentanz des algerischen Volkes besetzten*“¹⁶⁵ konnte; der FLN präsentierte sich betont laizistisch und entfernt religiös als dynamische und unverbrauchte Antithese zum MNA.¹⁶⁶

Die traditionelle Heterogenität der FLN, hervorgerufen durch die Integration zahlreicher miteinander konkurrierender Fraktionen, förderte eine parteiinterne Segmentierung und die Stabilität der gesamten Partei als dominierende gesellschaftspolitische Kraft. Das Selbstverständnis des FLN als Sammelbecken ermöglichte somit die Etablierung eines prinzipiell pluralistischen Parteiapparates, der sich jedoch auszeichnete durch eine hohe Konfliktintensität innerhalb der Organisation. Die Rivalität zwischen Fraktionen und Segmenten kennzeichnet bis heute die Machtstrukturen innerhalb der Partei bzw. des algerischen Parteiensystems.¹⁶⁷ Machtpolitisch entlud sich der innerparteiliche Konkurrenzkampf insbesondere zwischen der militaristischen und der politischen

¹⁶² Der *Nordafrikanische Stern* wurde 1926 durch Messali Hadj gegründet und 1937 verboten. Die Neugründung der Partei als PPA vollzog sich 1937, sie wurde zwei Jahre später erneut verboten. Nach dem neuerlichen Verbot der 1946 gegründeten Hadj-Partei MTLD formierte sich 1954 das CRUA, aus der kurze Zeit später der FLN hervorgeht. Vgl. Ruf, Werner: *Die algerische Tragödie*; Münster 1997, S.53

¹⁶³ Vgl. Ruf, Werner: *Die Erinnerung an den nationalen Befreiungskampf*; Frankfurt/Main 2006, S. 144

¹⁶⁴ Schmid berichtet von taktisch motivierter antikommunistischer Rhetorik Hadjs in den 50er Jahren, die ihm Sympathien in der Dritte Welt gekostet hätten. Vgl. Schmid, Bernhard: *Das koloniale Algerien*; Münster 2006, S. 142/143

¹⁶⁵ Ruf, Werner: *Die algerische Tragödie*; Münster 1997, S.57

¹⁶⁶ Vgl. Ebenda, S.57

¹⁶⁷ Die demokratische Öffnung Ende der 80er Jahre führte nicht nur zur Zulassung oppositioneller Parteien, sondern auch zu einer Restrukturierung des Herrschaftsapparates. Einige Segmente des FLN spalteten sich ab, um später als formal unabhängige Parteien erneut im Machtapparat aufzugehen.

Fraktion um Larbi Ben M'Hidi und Abbane Ramdane. Das politische Segment stützt maßgeblich die Eingliederung der Zentralisten von Abbas sowie der Ulema in den FLN. Die bürgerlich-religiöse Integration im Rahmen des *Soummam-Kongresses* 1956 wurde zum Unmut der ALN durchgesetzt, ebenso wie der Grundsatz, die militärische hätte sich der politischen Fraktion unterzuordnen.¹⁶⁸ Der algerische Generalstreik im Januar 1957 markiert den Beginn der *Schlacht um Algier*. Politisch und strategisch endete diese für den FLN katastrophal. Im Mai 1957 musste die nach dem Soumann-Kongress neu konstituierte Exekutivführung fliehen und wurde nach Tunesien verlagert. Nachdem der französische Geheimdienst 1956 Khider, Ben Bella, Ait Ahmed und Boudiaf entführt und in Frankreich inhaftiert hatte, wurde die politische Führung weiter geschwächt, nachdem sich die Militärs der „lästigen Politiker“ entledigten. Während Ben M'Hidi in französischer Haft an den Folgen der Folter starb, wurde Ramdane 1957 in Marokko erschossen.¹⁶⁹ In Algerien war damit die Präsenz der Politiker beendet.

Als Antwort auf den französischen Militärputsch vom 13. Mai 1958, der Charles de Gaulle an die Staatsspitze katapultierte, formierte der FLN eine von Abbas geführte *Provisorische Exilregierung* (GPRA) im September 1958. Das militärische Segment setzte hier die Gründung eines militärischen Generalstabes (*Etat-Major Général*, EMG) unter Houari Boumediène durch und hatte einige Jahre später maßgeblichen Einfluss auf die Bildung des *Nationalen Revolutionsrates* (CNRA). Die hier geschaffenen exekutiven von den Militärs kontrollierten Organe trugen maßgeblich dazu bei, die Stellung der Armee als zentrales Element im Machtgefüge des FLN zu festigen. Boumediène gelang es in nur zwei Jahren eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee aufzubauen, basierend auf desertierten algerischen Soldaten und Offizieren der französischen Armee. Die *Grenzarmee* zählt Anfang 1962 etwa 36.000 Soldaten; 25.000 waren an der tunesischen und 11.000 an der marokkanischen Grenze stationiert.¹⁷⁰ Der FLN war zwar bereits Ende der 50er Jahre machtpolitisch stark segmentiert, allerdings wurde die Provisorische Exilregierung zunehmend marginalisiert, vor allem da die Grenzarmee und die im Land operierenden Militärkommandos ihren Einfluss deutlich ausbauten.¹⁷¹

„Außerhalb der ALN hatte die FLN nie eine autonome Existenz besessen. Seitdem sich die Leitung 1957 ins Ausland abgesetzt hatte, hatte das Militär in der FLN immer den

¹⁶⁸ Vgl. Ouaisa, Rachid: *Staatsklasse als Entscheidungsakteur in den Ländern der Dritten Welt*; Münster 2005, S. 54

¹⁶⁹ Vgl. Schmid, Bernhard: *Das koloniale Algerien*; Münster 2006, S. 149

¹⁷⁰ Vgl. Ouaisa, Rachid: *Staatsklasse als Entscheidungsakteur in den Ländern der Dritten Welt*; Münster 2005, S. 56

¹⁷¹ Vgl. Pawelka, Peter: *Der Vordere Orient und die Internationale Politik*; Stuttgart 1993, S. 118 f

entscheidenden Einfluss. (...) Schon in den Jahren 1961-62 war die provisorische Regierung (GPRA) unter dem Präsidenten Ben Khedda ohnmächtig gegenüber einer einzigen Fraktion des Militärs. Und zwar dem Generalstab unter Boumediène, einer schwer bewaffneten, einzig für den Kampf um die Machtaufgestellten Prätorianergarde. Der Generalstab kontrollierte ausschließlich die Grenzarmee und hatte nie auf algerischem Boden gekämpft.“¹⁷²

Zum Zeitpunkt des Waffenstillstandes am 19. März 1962 soll die Guerilla nicht mehr als 5000 Mitglieder gezählt haben; das bei weitem mächtigste Organ der FLN war die in Marokko und Tunesien stationierte Grenzarmee unter Boumediène, deren wesentlicher Erfolg es war, die FLN kurz nach dem Krieg eng mit den neuen staatlichen Institutionen Algeriens zu verflechten. Die Partei entwickelte sich rasch zum dominanten Akteur in der Staatsklasse und füllte das von der Kolonialmacht hinterlassene Machtvakuum auf. Die politischen Strukturen der Organisation sowie die einsatzbereite Grenzarmee waren wesentliche Faktoren, die eine zügige Machtkonsolidierung des FLN ermöglichten. Die nach dem Waffenstillstand ausgebrochenen Flügelkämpfe festigten Abgrenzungen zwischen den rivalisierenden Gruppen und prägten fortan die strukturelle Entwicklung der algerischen Staatsklasse. Der 1958 formierte EMG (*Tlemcen-Gruppe*) ging gestärkt aus den Auseinandersetzungen hervor. Die enge Verbindung Ben Bellas zur Grenzarmee sicherte ihm die führende Position im algerischen Machtapparat. Die Exilregierung war zerstritten und stellte keine ernsthafte Konkurrenz für die Tlemcen-Gruppe dar. Sie wurde von der Fraktion Ben Bellas systematisch marginalisiert, aber das „*Rückgrad des Systems war die Armee unter Verteidigungsminister Houari Boumediène.*“¹⁷³ Im Juli 1962 formierte Ben Bella das Politbüro und marschierte mit der Armee nach Algier.¹⁷⁴

„Der FLN unter der Führung von Ben Bella nistete sich in den überkommenden kolonialen Staatsapparaten ein, statt diese zu zerschlagen und sie im Sinne ihrer Regierungsform umzustrukturieren.“¹⁷⁵

Die Folgen des Krieges zwischen Frankreich und der FLN waren katastrophal. Am 5. Juli 1962, dem offiziellen Unabhängigkeitstag und zugleich dem 132. Jahrestag der Kapitulation der Osmanen lebten allein im tunesischen Grenzgebiet 300.000 algerische Flüchtlinge.¹⁷⁶ Die massiven Umsiedlungsprogramme der Kolonialmacht machten der neu formierten Regierung ebenso zu schaffen, wie die Reintegration der Flüchtlinge.

„Die weitgehend zerstörte Infrastruktur, die Fraktionskämpfe innerhalb der FLN, die bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Führungen der wilaya III und IV und nicht zuletzt der Grenzkrieg

¹⁷² Meynier, Gilbert: *Die Nationale Befreiungsfront Algeriens 1954 – 1962*; In: Inamo 56, 2008, S. 47

¹⁷³ Ruf, Werner: *Die Erinnerung an den nationalen Befreiungskampf*; Frankfurt/Main 2006, S. 145

¹⁷⁴ Vgl. Ouassa, Rachid: *Staatsklasse als Entscheidungsakteur in den Ländern der Dritten Welt*; Münster 2005, S. 57

¹⁷⁵ Alnasseri, Sabah: *Periphere Regulation*; Münster 2004, S. 188

¹⁷⁶ Vgl. Schmid, Bernhard: *Das koloniale Algerien*; Münster 2006, S. 155

*mit Marokko im Jahr 1963 ließen der Regierung Ahmed Ben Bellas kaum Zeit, ein konsistentes Programm zum Wiederaufbau des Landes zu entwickeln, geschweige denn umzusetzen.*¹⁷⁷

Während des Krieges hatte die Sowjetunion trotz massiver Vorbehalte den FLN mit finanzieller und logistischer Hilfe unterstützt; Moskaus Verbindungen mit der sowjetfreundlichen Fraktion Ben Bellas sicherten die Hilfen trotz der Zugehörigkeit von nationalistischen und bürgerlichen Gruppen zum FLN. 1964 sprach sich Ben Bella für die Integration der algerischen Kommunisten in den FLN ein, wohl auch in der Hoffnung sich durch ein solches Manöver außenpolitisch abzustützen. Weiterhin begann Ben Bella noch im Frühjahr 1965 mit Ait Ahmed über die Legalisierung seines FFS zu verhandeln. Alnasseri glaubt, diese Entwicklungen seien ein wesentlicher Grund für den Militärputsch von 1965 gewesen, da die Armee fürchtete an Einfluss zu verlieren.¹⁷⁸

*„Tatsache ist, dass die Regierungszeit Ben Bellas durch eine äußerst beschränkte Handlungsfähigkeit gekennzeichnet war. Die Staatsmacht selbst – zwischen Armee einerseits und den verschiedenen Fraktionen und Gruppierungen der FLN andererseits – war äußerst heterogen, es mangelt an politischer und bürokratischer Kompetenz, und der Präsident selbst schwankte zwischen taktischen Konzessionen gegenüber dem harten Kern seiner Regierung, der Armee, und seinen eher marxistischen Ratgebern.“*¹⁷⁹

Der Militärputsch vom 19. Juni 1965, von den Militärs als *revolutionäre Kurskorrektur* bezeichnet, hatte intern weit reichende politische und sozioökonomische Folgen. Der FLN wurde nach dem Putsch entmachtet und für fast 15 Jahre politisch ausgeschaltet. Die Verfassung wurde außer Kraft gesetzt, Parlament und FLN-Politbüro aufgelöst. Neues machtpolitisches Vehikel wurde der vom Militär kontrollierte Revolutionsrat, der 22 von 26 Mitgliedern aus Armeekreisen kooptierte. Die fast 15jährige Ära Boumediènes war zwar politisch weit weniger von Inkohärenz geprägt als noch die Regierungszeit Ben Bellas, dennoch war der politische Stil Boumediènes deutlich autokratischer und wesentlich stärker von religiös-konservativen Werten geprägt.¹⁸⁰ Die Revolution müsse durch die *Revolutionäre Kurskorrektur* zurück in die richtige Bahn gelenkt werden, wobei die algerische Armee ihren Anspruch deutlich machte, als Bewahrerin der Werte der algerischen Revolution aufzutreten. Boumediène überarbeitete seine machtpolitische Basis, distanzierte sich von seinem ursprünglichen Segment in der Staatsklasse und versuchte neue Fraktionen in die Machtstruktur seiner Regierung zu integrieren. Dabei

¹⁷⁷ Ruf, Werner: *Die algerische Tragödie*; Münster 1997, S.64

¹⁷⁸ Vgl. Alnasseri, Sabah: *Periphere Regulation*; Münster 2004, S. 190

¹⁷⁹ Ruf, Werner: *Die algerische Tragödie*; Münster 1997, S.65/66

¹⁸⁰ Boumediène hatte an der ägyptischen Al-Azhar studiert. Unter seiner Regierung wurde Ahmed Taleb Ibrahimi, ein Neffe von Ben Badis und Mitglied der Ulema, 1965 Erziehungsminister. Auch Mouloud Kacem wurden in den kommenden Jahren einflussreiche Posten zugesprochen. Vgl. Ebenda, S.66/67

wurden nicht mehr auf klassische Rekrutierungsmuster zurückgegriffen, sondern auf Klientel in Partei, Bürokratie und Armee. In dieser neu konstituierten staatlichen Führung entstand der technokratische Wille zum Aufbau einer modernen Industrie mit teil-sozialistischem Anstrich. Die Motivation des von der Armee kontrollierten Revolutionsrates eine solche Entwicklungsstrategie zu verfolgen, speiste sich aus der Notwendigkeit der Staatsklasse den Machterhalt ordnungspolitisch abzusichern und sich innenpolitischen zu legitimieren. Es galt aber auch den immer heftiger artikulierten Führungsanspruch Algiers in der Dritten Welt zu unterstreichen.

3.1.1.3. Entwicklung des algerischen Kohlenwasserstoffsektors

„Die moralische Wiedergutmachung, die uns mit der nationalen Unabhängigkeit zuteil wurde, blendet uns nicht; sie kann uns nicht ernähren.“¹⁸¹

Die Erschließung des algerischen Kohlenwasserstoffsektors wurde bereits vor Beginn des Unabhängigkeitskrieges in Angriff genommen. Im Oktober 1952 vergaben die Kolonialbehörden die ersten Explorationskonzessionen an mehrheitlich französische Konzerne. Erst im Januar 1956 wurde in Enjeleh das erste Ölfeld entdeckt, das seit 1960 infrastrukturell erschlossen war und via Pipeline die ersten Kohlenwasserstoffe in den tunesischen Hafen von La Skhirra transportierte. Im Juli 1956 wurde das Ölfeld von Hassi Messoud entdeckt, im November folgte das Gasfeld Hassi R'Mel.¹⁸² Doch nicht nur Frankreich war an den Energieressourcen Algeriens interessiert. Schon während des Unabhängigkeitskrieges soll der FLN finanzielle und logistische Hilfe vom italienischen Energieriesen *ENI* erhalten haben, unter anderem im Austausch für das Versprechen dem Konzern später Förderkonzessionen zu übertragen.¹⁸³ Der massive Ausbau des Kohlenwasserstoffsektors gehörte nach der Unabhängigkeit Algeriens zu den zentralen Politikfeldern der Regierung Ben Bella, wurde jedoch insbesondere forciert vom Revolutionsrat nach 1965. Die nach der *Revolutionären Kurskorrektur* an die Macht gekommene Clique verfolgte ein klar formuliertes Ziel und betonte nachdrücklich ihren technokratischen Willen, mit Hilfe einer ambitionierten Industrialisierungsstrategie den Machterhalt der regierenden Segmente auch langfristig abzusichern. Umstrukturierungen im bürokratischen Apparat sollten die Herrschaftsverhältnisse stabilisieren, um nicht

¹⁸¹ Fanon, Frantz: *Die Verdammten dieser Erde*; Frankfurt/Main 1981, S. 83

¹⁸² Vgl. Ebenda, S. 4

¹⁸³ Immer wieder haben Ölkonzerne Unabhängigkeitsbewegungen auf Pump finanziert, in der Hoffnung, später Förderkonzessionen zu erhalten. Vgl. Seifert/Werner: *Schwarzbuch Öl*; Bonn 2006, S. 171

ebenso wie die Vorgängerregierung rasch in die Defensive gedrängt zu werden. Die Industrialisierungspolitik verfolgte das Ziel die Machtposition des Revolutionsrates und der ihm nahe stehenden Segmente zu festigen, jedoch impliziert diese Strategie die Auffassung, dass nur die Überwindung der Unterentwicklung eine langfristige Machtsicherung ermögliche, da andernfalls eine Destabilisierung der Machtverhältnisse drohe. Im Folgenden soll daher die Bedeutung des Energiesektors und der Rente für die algerische Unterentwicklung und externe Abhängigkeit hervorgehoben werden.

Die Regierung Boumediénes verknüpfte ihre Wirtschaftspolitik eng mit den Konzepten der sozialwissenschaftlichen Entwicklungstheorien von Amin, aber auch des Ökonomen Destanne de Bernis. Diese in den 60er und 70er Jahren entstandenen Konzepte vertraten die Auffassung, eine Überwindung der Unterentwicklung und Abhängigkeit von den Metropolen könne nur durch eine intensiv verfolgte Strategie der Importsubstitution erreicht werden. Das Konzept bezog sich insbesondere auf die rohstoffreichen Rentiers und sah einen forcierten Ausbau des Energiesektors vor, um die finanzielle Grundlage für die Entwicklung einer autonomen, komplexen, binnenmarktorientierten Ökonomie zu akquirieren. Der Energiesektor sollte zunächst eine Finanzierungsgrundlage für zentrale Industrialisierungsprojekte schaffen, vor allem der Schwerindustrie und später der Massen- und Investitionsgüterindustrie. Die entwicklungspolitischen Anstrengungen im industriellen Sektor sollten anschließend durch eine konsequente und weit reichende Agrarreform ergänzt werden, um eine nach den Bedürfnissen der Massen orientierte Wohlfahrtspolitik umzusetzen und die Entwicklung des Binnenmarktes zu fördern.¹⁸⁴

Die ersten Schritte dieser Entwicklungspolitik mit teil-sozialistischem Anstrich sollten als Basis dienen für den Aufbau einer ganzen Palette an Industriesektoren.¹⁸⁵ Die durch den Ausbau des Energiesektors akquirierten Renteneinkommen nährten die Illusion, ein intensiver Technologietransfer könne die eigene Entwicklung beschleunigen.

Wie im folgenden Kapitel näher erläutert werden soll, konnten diese Konzepte nicht adäquat umgesetzt werden, vor allem aufgrund der nachhaltigen Vernachlässigung des Agrarsektors. Die Reform scheiterte auch aufgrund der finanzpolitischen Konzentration auf wenige Großprojekte und Schlüsselsektoren wie der Energiebranche. In diesem Sinne absorbierten die Erdöl- und Schwerindustrie sowie der Petrochemiesektor 50% der Investitionen in den ersten algerischen Entwicklungsplänen der 60er Jahre. Vor allem die Erdöl- und die Stahlindustrie nahmen eine Sonderstellung als *Wachstumspole*

¹⁸⁴ Pawelka, Peter: *Der Vordere Orient und die Internationale Politik*; Stuttgart 1993, S. 120

¹⁸⁵ Später sollten die Eisen- und Stahlverarbeitung, metallverarbeitende Industrien und die Chemiebranche ausgebaut werden, um die Abhängigkeit von Technologieimporten aus der Metropole zu verringern.

innerhalb der Entwicklungsstrategie ein und verhinderten eine Transformation anderer Wirtschaftszweige.¹⁸⁶ Bereits der noch zu Kolonialzeiten initiierte *Plan von Constantine* basierte auf der Annahme, durch die Förderung bestimmter Wirtschaftszweige könne eine Kettenreaktion hervorgerufen und Wachstumsimpulse an den Binnenmarkt gesendet werden. Doch auch diese planwirtschaftliche Strategie beschränkte sich auf den Energiesektor und zeichnete sich durch eine Vernachlässigung des Agrarsektors aus.¹⁸⁷

„Statt einer Landwirtschaftspolitik wie unter Ben Bella wurde nun eine höchst ambitionierte Industrialisierungspolitik verfolgt. Die Grundidee war, die Kohlenwasserstoffe maximal zum Aufbau einer nationalen Industrie zu benutzen, wobei zunächst der Kohlenwasserstoffsektor ausgebaut werden sollte. Schwerindustrieprojekte (...) sollten um sich herum in einer inter-industriellen Matrix in einem Industrialisierungsprozess weitere (...) Industrien schaffen.“¹⁸⁸

Die fiskalpolitisch schwierige Situation der Regierung Ben Bella führte bereits 1963 zu nachdrücklichen Forderungen Algiers nach höheren Beteiligungserlösen. Die Regierung forderte über die vertraglich geregelte Beteiligung hinaus ein Plus von 13% am Pipelineprojekt von Haoud El Hamra nach Arzew, eine Forderung die von französischer Seite scharf zurückgewiesen wurde. Algier reagierte mit der Gründung einer eigenen Firma für Transport und Vermarktung von Kohlenwasserstoffen. Im Dezember 1963 wird die Sonatrach (*Société nationale de transport et de commercialisation des hydrocarbures*) gegründet, die letztendlich das Pipelineprojekt nach Arzew mit Hilfe Großbritanniens und Kuwaits ohne Beteiligung französischer Firmen baute.¹⁸⁹

Der Bedeutungsgewinn des algerischen Ölsektors lässt sich anhand der Entwicklung der staatlichen Sonatrach anschaulich verdeutlichen, da der Konzern unter Boumediène zum Herzstück der algerischen Energiebranche aufgebaut wurde. Die Beschäftigtenzahl der ursprünglich nur für den Transport und Vertrieb zuständigen Firma stieg bis 1982 auf über 100.000 an. Kurz nach der Machtergreifung Boumediènes wurden die ökonomischen Bestimmungen des Evian-Vertrages neu ausgehandelt.¹⁹⁰ Noch wurde mit Paris über die gemeinsame Entwicklung des Energiesektors verhandelt. Diese Phase fand mit Beginn der Verstaatlichungswelle ausländischer Unternehmen ab 1967 ihr jähes

¹⁸⁶ Vgl. Alnasseri, Sabah: *Periphere Regulation*; Münster 2004, S. 206

¹⁸⁷ In den ersten zwei Jahren betrug der Anteil der Energiebranche an den Produktivinvestitionen ganze 60%, machte 32% der industriellen Produktion aus und verantwortete etwa 56% der algerischen Exporte. Vgl. Benakli, Akli: *Die algerische Industrialisierungspolitik*; Frankfurt/Main 1992, S. 8

¹⁸⁸ Thielmann, Jörn: „*Der Islam ist meine Religion, Arabisch meine Sprache, Algerien mein Vaterland*“; Frankfurt/Main, 2006, S. 6

¹⁸⁹ Vgl. Ebenda, S. 6

¹⁹⁰ Im neuen Vertrag zwischen werden im Austausch für eine größere Anzahl an Arbeitsvisa, feste Öl- und Gaspreise für französische Firmen für fünf Jahre vereinbart. Zudem gründet die Regierung eine Sonatrach-Tochter für Exploration und Ausbeutung, um den staatlichen Einfluss auf den algerischen Schlüsselsektor auszuweiten und initiiert das französisch-algerische Joint Venture SOPEFAL. Vgl. Ebenda, S. 6

Ende. Zunächst wurden nicht-französische Firmen in staatlichen Besitz überführt. Den Anfang machte im Frühjahr 1967 das Vertriebsnetz von BP, das direkt der Sonatrach übertragen wurde, die Tochterfirmen von MOBIL und ESSO wurden im August 1967 verstaatlicht. 1968 wurde der Sonatrach das Monopol für den Vertrieb von Kohlenwasserstoffen und Derivaten zugesprochen und 1970 folgte die Enteignung von SOFRAGEL, AMIF, Phillips Petroleum und Drilling, während sich mittlerweile auch die französischen Konzerne auf Restrukturierungsmaßnahmen Algiers einstellten. Nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Frankreich und Algerien übernahm die Sonatrach Anfang 1972 die 51%igen Anteile von ELF und CFP. Paris reagierte mit einer Boykott-Forderung für algerisches Öl und führte provokante Militärmanöver an der algerischen Küste nahe Arzew durch. Algerien weichte die Sonderstellung Frankreichs auf und begann demnach mit der Angleichung der Preise an OPEC-Konditionen.¹⁹¹ Die Verstaatlichungswelle und der Ölpreisschock 1973 führten zu einer deutlichen Ausweitung der Einnahmen aus der Erdölförderung und einem Einflussgewinn des von der Staatsklasse ausgebauten machtpolitischen Vehikels Sonatrach.¹⁹²

1975 beauftragte die Sonatrach den US-Konzern *Bechtel* mit der Erstellung einer Planstudie über die Umsetzbarkeit einer umfassenden Exploration und Exploitation aller Energiereserven Algeriens innerhalb von 30 Jahren, deren Einnahmen vollständig in die staatlichen Industrialisierungsprojekte fließen sollen, um kompakt und zeitnah die Fundamente einer integrierten Volkswirtschaft zu errichten. Der *VALHYD-Plan* von 1977 schlug vor, rund um bedeutenden Förderstätten industrielle Cluster zu installieren, mit dem Ziel, die geförderten Kohlenwasserstoffe an Ort und Stelle weiterzuverarbeiten und über ein 7000 Kilometer langes Pipeline-Netz in die Häfen von Arzew und Skikda zu transportieren. Zwar beinhaltete der Plan importsubstituierende Elemente, da der intensive Aufbau weiterverarbeitender Industrien vorgesehen war, dennoch wurde er aufgrund seiner Exportorientierung und dem Fehlen binnenmarktorientierter Impulse massiv kritisiert.¹⁹³ Die rentierstaatliche Struktur Algeriens hatte sich bereits zementiert. Der Anteil des primären Sektors am BIP lag 1963 noch bei 17,5%, 1971 waren es noch 9,4% und 1985 nur noch 8,3%.¹⁹⁴ Während der Agrarsektor kontinuierlich an Gewicht verlor, wurde der Energiesektor allmählich zur staatlichen Haupteinnahmequelle. Der

¹⁹¹ Vgl. Benakli, Akli: *Die algerische Industrialisierungspolitik*; Frankfurt/Main 1992, S. 86/87

¹⁹² Vgl. Ruf, Werner: *Die algerische Tragödie*; Münster 1997, S.36

¹⁹³ Vgl. Benakli, Akli: *Die algerische Industrialisierungspolitik*; Frankfurt/Main 1992, S. 94 f

¹⁹⁴ 1985 und 1986 hatte der Sektor Steigerungswerte von über 20% zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist jedoch mit dem massiven Preisverfall für Kohlenwasserstoffe Mitte der 80er Jahre zu begründen, der den relativen Anteil der Landwirtschaft am BIP noch einmal erhöhen konnte. Vgl. Ebenda, S. 230

Anteil der Einkommen aus dem Energiesektor am Staatshaushalt wuchs an auf 23% im Jahre 1971,¹⁹⁵ bis Anfang der 80er Jahre 64% erreicht wurden.¹⁹⁶

Ein wesentlicher Indikator für den Bedeutungsgewinn der algerischen Energiebranche ist die Besteuerung von Kohlenwasserstoffen. Bis 1966 lag die Besteuerung für Erdöl bei lediglich 12% und stieg bis Anfang der 70er Jahre auf 31,5%, im Zeitraum 1974 bis 1977 lag sie bei einem Wert von etwa 54,6% und kletterte 1980 auf 63,3%. Im selben Zeitraum sanken die Einnahmen aus anderen Steuerquellen von 66% im Jahre 1966 auf 58% Anfang der 70er Jahre, ab 1974 pendelte sich dieser bei etwa 34% ein.¹⁹⁷ Algerien konnte folglich zunehmend seinen Haushalt allein mit den Steuereinnahmen aus der Kohlenwasserstoffbranche decken und war nicht mehr abhängig von der Besteuerung seiner Bevölkerung. Die Staatsklasse konnte sich mit Hilfe der Rente als fiskalpolitisch autarker Akteur im algerischen Staat etablieren und entwickelte sich zunehmend zu einer von der Gesellschaft entkoppelten herrschenden Klasse, die mit sinkendem Steuerniveau das Interesse verlor, die Bevölkerung in die Wertschöpfungsprozesse zu integrieren. Die zunächst noch entwicklungsorientierte Staatsklasse mit ihrem technokratischen Willen zur Überwindung der Unterentwicklung näherte sich mit steigenden Renteneinkommen aus dem Energiesektor dem Prototyp einer monopolisierenden Staatsklasse an.

3.1.1.4. Periphere Industrialisierungspolitik in Algerien

„Im algerischen Fall hat eine (...) relativ progressive Staatsklasse ein Industrialisierungsmodell verfolgt, bei dem wesentliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen blockiert wurden, insbesondere, weil die Entfaltung von Marktkräften bei gleichzeitiger Benachteiligung lokaler Technologieproduktion laufend den Staat wieder stärken musste, der die ursprüngliche Orientierung an Entwicklungszielen dann verlor, wenn eine nur beschränkte Liberalisierung eher zur Privatisierung von Renten als zur Dynamisierung des Binnenmarktes führte.“¹⁹⁸

Die Konsolidierung postkolonialer algerischer Entwicklungspolitik ist eng verknüpft mit den neu konstituierten Machtverhältnissen in Algerien vor allem nach dem Putsch 1965.

¹⁹⁵ Vgl. Pawelka, Peter: *Der Vordere Orient und die Internationale Politik*; Stuttgart 1993, S. 118 f

¹⁹⁶ Zwar brachen diese Werte in den 80er Jahre dramatisch ein, allerdings ist hier ein Zusammenhang mit dem Einbruch der Preise für Kohlenwasserstoffe festzustellen und keine wesentliche Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des algerischen Energiesektors. Die Rohölproduktion stieg von 1967 von 301 auf 420 Millionen Fass 1977, sank jedoch im Folgenden aufgrund der in Betrieb genommenen Anlagen für die Produktion von Derivaten auf unter 250 Millionen Fass bis 1985. Vgl. Benakli, Akli: *Die algerische Industrialisierungspolitik*; Frankfurt/Main 1992, S. 91

¹⁹⁷ Vgl. Ouassa, Rachid: *Staatsklasse als Entscheidungsakteur in den Ländern der Dritten Welt*; Münster 2005, S. 71

¹⁹⁸ Ebenda, S. 29

Neben dem FLN konnte vor allem die Armee das 1962 entstandene Machtvakuum füllen und sich zum dominanten Akteur auf der politischen Bühne Algeriens entwickeln. Der algerischen Staatsklasse diente der Ausbau des Energiesektors als Fundament einer hoch zentralisierten Entwicklungspolitik mit dem Ziel den Machterhalt abzusichern. Im folgenden Abschnitt soll die strategische Ausrichtung der Entwicklungspolitik Algeriens dargestellt werden, bevor die Folgen der Industrialisierung anhand der Stabilisierung der algerischen Herrschaftsverhältnisse unter Bouteflika analysiert werden sollen.

Benakli bewertet die algerische Entwicklungsstrategie und deren Umsetzung zunächst als positiv. Die Strategie sei jedoch nicht konsequent ausgeführt worden, da zwar eine staatskapitalistische Industrialisierungspolitik initiiert wurde, jedoch nicht mit der Folge einer produktivitätssteigernden Binnenmarktentwicklung, sondern der Marginalisierung des Agrarsektors.¹⁹⁹ Die Entwicklungsstrategie war fokussiert auf den Aufbau einer Produktionsmittelindustrie. Dieses Konzept impliziere einen anderen Schwerpunkt als die Strategie der Importsubstitution, da eine Produktionsmittelindustrie ausgerichtet sei auf nachhaltige Produktivitätssteigerungen des primären und industriellen Sektors. Ziel dieser Strategie sei keineswegs eine Reduktion der Abhängigkeit von Konsumgüter- und Industrieimporten, sondern der Aufbau einer eigenen Produktionsmittelindustrie. Elementarer Teil des Konzeptes ist die Betonung der ökonomischen Bedeutung der Landwirtschaft für einen autozentrierten Entwicklungsweg; der Agrarsektor soll nicht nur als Absatzmarkt für die einheimische Industrie dienen, sondern insbesondere durch Produktivitätssteigerungen billige Nahrungsmittel für die Bevölkerung bereitstellen.²⁰⁰ In der Metropole folgte die industrielle Revolution auf eine Agrarrevolution, die erst die Voraussetzungen für eine solche Entwicklung geschaffen hat. In der Peripherie hingegen ist eine vergleichbare Transformation nicht zu beobachten gewesen, mit der logischen Konsequenz einer Betonung der Sonderstellung des Agrarsektors. Dennoch wurde die Landwirtschaft durch Industrialisierung und Importsubstitution nicht modernisiert, sondern bereits zu Beginn der Entwicklungsstrategie aus den Augen verloren:

„Die Industrie in der Dritten Welt ist bislang in dem Sinne parasitär gewesen, dass sie ihre Akkumulation sowohl real (sie bezieht ihre Arbeitskräfte aus der Landflucht) als auch finanziell (hohe Besteuerung für die Bauern, ungünstige interne terms of trade etc.) auf Auspressung der Landwirtschaft gegründet hat, ohne als Gegenleistung einen take-off der Landwirtschaft zu unterstützen.“²⁰¹

¹⁹⁹ Vgl. Benakli, Akli: *Die algerische Industrialisierungspolitik*; Frankfurt/Main 1992, S. 1

²⁰⁰ Vgl. Alnasseri, Sabah: *Periphere Regulation*; Münster 2004, S. 198

²⁰¹ Amin, Samir: *Self-reliance & die neue internationale Wirtschaftsordnung*; Frankfurt/Main 1982, S. 331

Einerseits wurde zwar durch den massiven Ausbau der Kohlenwasserstoffförderung die fiskalpolitische Grundlage für die algerische Industrialisierungspolitik gelegt,²⁰² jedoch konsolidierte sich somit die rentierökonomische Struktur Algeriens und der französische Einfluss auf den industriellen Sektor der algerischen Wirtschaft konnte nicht wesentlich vermindert werden.²⁰³ Die algerische Entwicklungsstrategie zeichnete sich vor allem aus durch strenge Regulierung sowie unflexible und bürokratische Planwirtschaft und führte zu einer übergeordneten Rolle des Staates bei der Lenkung der Entwicklungsprozesse. In der 1964 ratifizierten *Charta von Algier* wurde der Kapitalismus als Entwicklungsweg verworfen. Importsubstitution und Staatskapitalismus sowie die Ausweitung des Exports wurden als notwendig für eine Konsolidierung der Binnennachfrage erachtet.²⁰⁴ Die Planwirtschaft wurde in der ersten Phase fast völlig durch den *Conseil de la Revolution* kontrolliert.²⁰⁵ Während sich die Entwicklungspolitik anfangs auf wenige Projekte konzentrierte, die teils bereits im *Plan von Constantine* vorgesehen waren, konnten mit der Gründung des Staatssekretariats für Planung 1970 und eines Planungsministeriums 1979 weitere Teile des bürokratischen Apparates in den Prozess eingebunden werden.²⁰⁶ Zunächst verfolgte die algerische Staatsklasse die Strategie, die Kontrolle über die im Land montierte wirtschaftliche Infrastruktur zu erlangen und auf diesem Wege das Abhängigkeitsverhältnis zur Metropole aufzuweichen. Die Verstaatlichungen ab Mitte der 60er Jahre erfassten nicht nur für den Kohlenwasserstoffsektor relevante Branchen, sondern zudem ab 1966 den Bergbausektor und das Versicherungs- und Bankenwesen, bevor ab 1967 verstärkt ausländische Industrieanlagen in staatlichen Besitz überführt wurden. Mit Verweisen auf das 1961 verabschiedete *Programm von Tripolis* betonte der FLN, zur Erlangung der nationalen Souveränität und Überwindung der durch die Folgen der Kolonialzeit bedingten Strukturschwäche sei die sozioökonomische Modernisierung durch Industrialisierung nötig.²⁰⁷ Die Verstaatlichungen führten zu einer Ausweitung der staatlichen Entscheidungskompetenzen und konsolidierten seine zentrale Rolle in der

²⁰² Vgl. Benakli, Akli: *Die algerische Industrialisierungspolitik*; Frankfurt/Main 1992, S. 79

²⁰³ Von 700 bis 800 französischen Firmen mit über 100 Beschäftigten 1962 blieben bis 1970 35 übrig, die jedoch 15% der industriellen Arbeitsplätze und 20% des Umsatzes in der verarbeitenden Industrie stellten. Vgl. Elsenhans, Hartmut: *Algerien – Koloniale und postkoloniale Reformpolitik*; Hamburg 1977, S.105

²⁰⁴ Vgl. Benakli, Akli: *Die algerische Industrialisierungspolitik*; Frankfurt/Main 1992, S. 13

²⁰⁵ Der Revolutionsrat wurde 1979 abgelöst durch Instanzen wie dem Politbüro und dem Zentralkomitee des FLN, die die Ministerien und die Entscheidungsgewalt über die Entwicklungsplanung kontrollierten.

²⁰⁶ Auf betriebliche Anträge folgt ein aufwendiger bürokratischer Weg durch Ministerien und Banken. Bei der Planwirtschaft problematisch ist die oft ausschließliche Berücksichtigung finanzieller Kriterien bei Entscheidungen über Industrie- oder Agrarprojekte. Bei Finanzierung, Materialversorgung und Vertrieb stehen Betriebe in einem starken Abhängigkeitsverhältnis zum Staat. Nachregulierungen der Planbehörde konnten den Bedürfnissen der kleinen Betriebe nicht gerecht werden. Vgl. Ebenda, S. 68

²⁰⁷ Vgl. Ruf, Werner: *Die algerische Tragödie*; Münster 1997, S.86/87

Wirtschaft, während der Privatsektor kontinuierlich an Bedeutung verlor.²⁰⁸ Vor allem die Nationalcharta und die Verfassung von 1976 zogen weitere Einschränkungen für die Privatwirtschaft nach sich, trotz der Betonung, der Privatsektor solle keineswegs völlig marginalisiert werden. Vielmehr ist dies Anzeichen einer zunehmenden Harmonisierung unterschiedlicher Produktionsformen im algerischen Wirtschaftsraum.

Die ersten Entwicklungserfolge Algiers stimmten optimistisch bezüglich seiner Chancen eine zentralstaatlich gesteuerte Verminderung der Abhängigkeit und Unterentwicklung zu erreichen. Von 1967 bis 1977 wurden eine Million Arbeitsplätze geschaffen, das Lohnniveau stieg signifikant an und das Beschäftigungsniveau des öffentlichen Sektors wuchs kräftig,²⁰⁹ im Übrigen aber eine für Rentiers keineswegs ungewöhnliche Entwicklung. Zudem forcierte Algerien den Ausbau seiner Industrialisierungsindustrien. Die Regierung beließ es nicht bei der Verstaatlichung ausländischer Industrien – wie oft bei Rentenstaaten zu beobachten ist – sondern verstärkte seine Bemühungen der Industrialisierung mit Hilfe des Imports schlüsselfertiger Industriekomplexe. Vor allem in dieser Phase wurde die Schwachstelle der Strategie deutlich;²¹⁰ die Industrieanlagen waren in der Regel nicht an die sozioökonomischen Bedingungen Algeriens angepasst. Die Nachregulierung der Vertragsformen war die logische Konsequenz. Fortan dominierte der Vertragstypus „*contrat produit en main*“, der den Vertragspartnern eine größere Verantwortung bei der Lieferung, dem Aufbau und dem Betrieb der Anlagen zusprach. Die Dominanz dieser integrierten Verträge führte dazu, dass der Technologietransfer immer mehr in Händen der ausländischen Unternehmen konzentriert wurde. Damit verbunden war zwar eine effektivere Installation von Industriekomplexen, jedoch verstärkte Algerien damit die Abhängigkeit von seinen Vertragspartnern, da diesen die Instandhaltung und teilweise auch das Betreiben der Anlagen übertragen wurde. Weiterhin verpflichtete sich Algerien mit diesen Verträgen im Bereich der Infrastruktur Kapazitäten aufzubauen sowie seine Leistungen im Bereich der Versorgung mit Vorprodukten auszudehnen.²¹¹ Da solche Infrastrukturarbeiten von

²⁰⁸ Vgl. Benakli, Akli: *Die algerische Industrialisierungspolitik*; Frankfurt/Main 1992, S. 82

²⁰⁹ Vgl. Ouassa, Rachid: *Staatsklasse als Entscheidungsakteur in den Ländern der Dritten Welt*; Münster 2005, S. 72

²¹⁰ Die „*contrat clé en main*“ beinhalten die Lieferung kompletter Industrieanlagen inklusive den für den Anlauf notwendigen Lizenzen und technischen Daten. Die nicht erfolgte Anpassung an die ökonomischen Bedingungen des Landes führte zur Reproduktion der Abhängigkeit vom Importeur, da algerische Arbeiter oft nicht das benötigte Qualifikationsniveau aufwiesen und Engpässe bei der Lieferung von Vorprodukten entstanden. Vgl. Benakli, Akli: *Die algerische Industrialisierungspolitik*; Frankfurt/Main 1992, S. 167/168

²¹¹ Auch die ausländischen Firmen begingen regelmäßig Vertragsbruch, da sie Verträge ohne Kenntnisse der regionalen landesspezifischen ökonomischen Verhältnisse signierten. Die Folge waren oft jahrelang andauernde Rechtsstreitigkeiten, die die Fertigstellung der Anlagen verzögerte. Vgl. Ebenda, S. 170

der algerischen Planwirtschaft oft nicht fristgerecht umgesetzt werden konnten, war es den Vertragspartnern möglich sich von ihren Verpflichtungen zurückzuziehen. Zudem blieben die erhofften Effekte der Industrialisierung aus, da die Kapitalintensität der Industriekomplexe kaum algerische Arbeitskräfte absorbierte.²¹² Die Anstrengungen der algerischen Regierung die Industrialisierung voranzutreiben waren beachtlich, können jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass die Ergebnisse letztendlich deutlich hinter den Erwartungen zurückblieben und eine Erschließung der Binnenwirtschaft nicht erreicht werden konnte. Elementare Schwäche der algerischen binnenökonomischen Modernisierung war der Misserfolg der Agrarrevolution. Zwar wurde die mehrfach verschobene Agrarreform 1971 angegangen, doch wurde sie nicht konsequent umgesetzt und verfehlte ihr Ziel die Kaufkraft des ländlichen Raumes zu stärken und Impulse an die Binnenwirtschaft zu senden. Bei der Planentwicklung bezog sich das algerische Regime abermals auf die Theorien von Destanne de Bernis, dessen Konzept der Industrialisierungsindustrie vorsah, die Steigerung der Produktivität im Agrarsektor durch eine umfangreiche Mechanisierung zu erreichen.²¹³ Problematisch an diesem Konzept ist die Idee, die Schaffung der Akkumulationsbasis auf der Grundlage des agrarischen Mehrproduktes aufzubauen, schließlich sei die Peripherie immer mehr von Nahrungsmittelimporten abhängig. Die in der ersten Entwicklungsphase angestrebte simultane Modernisierung der Landwirtschaft bei gleichzeitigem Arbeitsplatzausbau sei widersprüchlich, da das Konzept eine Modernisierung durch Mechanisierung zum Ziel hätte, die vielmehr Arbeitskräfte frei setze und nicht zusätzlich absorbiere.

„Die Übernahme der international dominierenden Technologien, Produktions- und Konsumnormen bei gleichzeitigem Fehlen der entsprechenden gesellschaftlichen Voraussetzungen führt zu Produktivitätsrückgängen und Überkapazitäten.“²¹⁴

Die Agrarrevolution begann Anfang der 70er Jahre mit durchaus viel versprechenden Initiativen, nachdem erste Schritte hin zu einer Kollektivierung der Landwirtschaft bereits durch die März-Dekrete 1963 mit der Überführung der von den französischen Siedlern verlassenen Betriebe in Selbstverwaltungsorgane der Landarbeiter erfolgten. Noch 1967 war Algerien bei der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln Selbstversorger.

„Die Erfahrung mit der Selbstverwaltung hat allerdings gezeigt, dass der Staat durch die scharfe Abgrenzung der Aufgabengebiete und die Einmischung in alle betrieblichen Angelegenheiten auch hier jegliche Eigeninitiative der Bauern im Keim erstickte und diese völlig demotivierte.“²¹⁵

²¹² Ruf, Werner: *Die Erinnerung an den nationalen Befreiungskampf*; Frankfurt/Main 2006, S. 147

²¹³ Vgl. Benakli, Akli: *Die algerische Industrialisierungspolitik*; Frankfurt/Main 1992, S. 23/24

²¹⁴ Alnasseri, Sabah: *Periphere Regulation*; Münster 2004, S. 151

²¹⁵ Benakli, Akli: *Die algerische Industrialisierungspolitik*; Frankfurt/Main 1992, S. 264

1971 wurden über 2500 Produktions- und Nutzungsgenossenschaften gegründet, die die Landflucht verlangsamen sollten und erstmals nach der Unabhängigkeit den Einfluss der Großgrundbesitzer deutlich reduzierten.²¹⁶ Anhand der sektoralen algerischen Beschäftigungsstruktur zwischen 1967 und 1985 lässt sich veranschaulichen, welche Folgen die Industrialisierungspolitik und die Agrarrevolution nach sich zogen. Der Agrarsektor absorbierte 1967 etwa 50% der Beschäftigten, sank jedoch kontinuierlich auf 34% 1978 und 1985 auf knapp 26%. Zurückzuführen ist dies einerseits auf die steigende Mechanisierung der genossenschaftlich betriebenen Höfe und andererseits auf die massive Landflucht, die auch durch die Reform der algerischen Landwirtschaft nicht vermindert werden konnte. Dieser Verlust an Arbeitsplätzen vor allem im ländlichen Raum konnte vom Industriesektor nicht aufgefangen werden, da der sekundäre Sektor verhältnismäßig weniger Arbeitskraft benötigt als der Agrarsektor. Zudem impliziert die Installation moderner importierter Industriekomplexe eine hohe Kapitalintensität; die Industrie ist folglich nicht in der Lage eine hohe Anzahl ungelerner Arbeiter zu absorbieren – selbst wenn Algerien die Verbesserung der Ausbildungskapazitäten umgesetzt hätte. Der beschäftigungsarme Industriesektor konnte 1967 nur 7% der Arbeitskräfte binden und trotz der staatlichen Industrialisierungspolitik bis 1978 bzw. 1985 nur 13,1 und 13,3% der Bevölkerung in den Sektor integrieren. Rentiers reagieren in der Regel auf steigende Arbeitslosigkeit mit einem Ausbau des öffentlichen Dienstes, um somit zumindest einen Teil der freigesetzten Arbeitskraft zu reintegrieren. Die öffentlichen Institutionen konnten jedoch den Arbeitsplatzverlust in der Landwirtschaft nur marginal bremsen; er verzeichnete nur geringe Zuwächse und stieg von 17,5% im Jahre 1967 auf knapp 20% 1987 und 23,5% 1985.²¹⁷ Letztendlich konnte weder die Eindämmung der Landflucht,²¹⁸ die nachhaltige Steigerung der Kaufkraft des ländlichen Raumes oder die Versorgung von Industrie und Bevölkerung mit Agrargütern umgesetzt werden. Stattdessen band der Agrarsektor 1984 immer noch 25% der Arbeitskräfte, erwirtschaftete gleichzeitig jedoch nur 8% des algerischen BIP. Die staatliche Unterstützung des Agrarsektors bei der Mechanisierung konnte nicht adäquat koordiniert werden, auch da die staatlichen Hilfszahlungen nur den modernen selbst verwalteten Sektor, aber nicht den subsistenzökonomischen Großteil der Bauernschaft erreichte.²¹⁹

²¹⁶ Vgl. Ebenda, S. 188 f

²¹⁷ Vgl. Ebenda, S. 234

²¹⁸ 1954 lebten noch 18,5% der Bevölkerung in den Städten, 1966 waren es schon 31,2%, 1973 etwa 40% und 1987 etwa 50%. Vgl. Ruf, Werner: *Die algerische Tragödie*; Münster 1997, S.70

²¹⁹ Vgl. Benakli, Akli: *Die algerische Industrialisierungspolitik*; Frankfurt/Main 1992, S. 177 f

Die algerische Entwicklungsplanung war darauf konzentriert die Industrie aufzubauen. Bei näherer Betrachtung der Planvorgaben für die unterschiedlichen Sektoren der algerischen Ökonomie fällt auf, dass der Industriesektor in den Planperioden deutlich mehr Investitionen absorbierte als ursprünglich vorgesehen, während der Agrarsektor stagnierte. In diesem Sinne fielen in der Planphase 1970 bis 1973 nicht nur 12,4, sondern knapp 21 Mrd. DA auf den Industriesektor und von 1974 bis 1977 waren es statt 48 Mrd. ganze 74,2 Mrd. DA. Die Landwirtschaft hingegen stagnierte in der ersten Periode und akkumulierte zwischen 1974 und 1977 lediglich 5,8 und nicht die vorgesehenen 16,7 Mrd. DA. Das massive Übergewicht des Erdöl- und Industriesektors verstärkte sich weiterhin, während der primäre Sektor marginalisiert wurde.²²⁰ Die Vernachlässigung des Agrarsektors stimulierte die Landflucht und steigerte die Einkommensungleichheit zwischen Stadt und Land. Der Einflussgewinn der Ölrente ist von übergeordneter Bedeutung, schließlich erlaubte sie dem Staat den Mängeln der Planstrategien bei der Agrarreform und der Industrialisierung mit der Ausweitung der Importe zu reagieren. In diesem Sinne stieg das Volumen der Nahrungsmittelimporte von 1970 bis 1986 von 625 Millionen DA auf 8,7 Milliarden DA an, während sich im gleichen Zeitraum der Anteil an den Gesamtimporten von 10,1 auf 20,1% verdoppelte. Die Nahrungsmittlexporte reduzierten sich gleichzeitig von 985 Millionen DA oder etwa 19,1% der Gesamtimporte 1970 auf 123 Millionen DA, einem Anteil von 0,3%.²²¹ Zudem führte die Importstruktur der algerischen Wirtschaft zu anhaltender Inflation und der Konsolidierung der hohen Arbeitslosenquote. Die Industrialisierung führte nicht zu progressiver Importsubstitution sondern nur zu einer Verschiebung der Importstruktur. Weiterhin konnten staatliche Anstrengungen die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht verbessern, da die kapitalintensiven Industriekomplexe die freigesetzte Arbeitskraft aus dem Agrarsektor nicht absorbierten. Die Schwäche des Ausbildungsmarktes verstärkte sich zusätzlich, da Algier zunehmend auf qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen war; dem Land fehlten die sozioökonomischen Voraussetzungen für eine derartige Industrialisierungsstrategie.²²² Festzuhalten bleibt, die Versuche der Regierung durch verstärkte Industrialisierung die Binnenwirtschaft zu stärken und die Überwindung der metropolitanen Abhängigkeit anzustoßen, sind gescheitert. Energiesektor und Erdölrente stehen einer autozentrierten Entwicklung im Wege, da jegliche staatliche Motivation den Binnenmarkt zu stärken gehemmt wird. Umso intensiver eine Entwicklungsstrategie politökonomisch verfolgt

²²⁰ Vgl. Ebenda, S. 70

²²¹ Vgl. Ebenda, S. 246/247

²²² Vgl. Alnasseri, Sabah: *Periphere Regulation*; Münster 2004, S. 212

wird, desto schwieriger wird es diese Strukturen aufzubrechen bzw. zu modifizieren.²²³ Ouaisa betont zudem, Agrar- und industrielle Revolution seien nur umgesetzt worden, um die Bildung neuer Klassen zu verhindern und den Machterhalt der Staatsklasse zu sichern.²²⁴ Die Rente ist und bleibt das wesentliche Hindernis einer Transformation des Binnenmarktes und einer nach den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichteten Politik.

„Die Theoretiker der Abhängigkeitstheorie und des peripheren Kapitalismus können in Algerien nur den Paradoxfall für sich verschärfende Abhängigkeit und Unterentwicklung sehen. (...) Die Anhänger eines selbstgenügsamen und alleine auf eigener Kraft beruhenden Entwicklungswegs, bei dem nur einheimische arbeitsintensive Technologie angewandt wird, müssen in Algeriens Import kapitalintensiver Technologie einen Verzicht auf Unabhängigkeit (...) sehen.“²²⁵

3.1.2. Die demokratische Öffnung und das schwarze Jahrzehnt

„Das Land erlebt eine Revolution, ein Trauma, ist ein Staatsstreich zu erwarten? Jedenfalls stecken wir offenbar in einer Zwickmühle: Wir haben die Wahl zwischen der Kaserne und der Moschee.“²²⁶

Nach der Erläuterung der postkolonialen Industrialisierungspolitik und der damit eng verknüpften Etablierung der rentierstaatlichen Strukturen Algeriens sowie der Herrschaft einer gesellschaftlich abgekoppelten Staatsklasse, sollen nun die Folgen der politischen und ökonomischen Transformation anhand der Entwicklung der Systemkrise der 80er und 90er Jahre veranschaulicht werden. Der Einbruch des globalen Energiemarktes begann mit dem Ausbruch des ersten Golfkrieges zwischen Irak und Iran. Der Preis für Rohöl sank kontinuierlich auf unter zehn US-Dollar pro Barrel bis Ende der 80er Jahre und führte in Algerien zu einer deutlichen Reduktion der Renteneinnahmen ab 1983 und war maßgeblich mitverantwortlich für die algerische Budgetkrise 1986. Die Folge war die Destabilisierung der Staatsklasse sowie der Beginn massiver Straßenproteste der Bevölkerung im Herbst 1988. Diese Entwicklung soll nun mit der Einordnung des Krieges der 90er Jahre unter wesentlicher Berücksichtigung des Staatsklasseansatzes verknüpft werden. Die Systemkrise wird demnach nicht als eine solche wahrgenommen, sondern sei vielmehr Anzeichen einer Segmentierungsphase in der Staatsklasse. Sowohl die demokratische Öffnung Algeriens unter Hamrouche als auch der Ausbruch des

²²³ Vgl. Ebenda, S. 218/219

²²⁴ Vgl. Ouaisa, Rachid: *Staatsklasse als Entscheidungsakteur in den Ländern der Dritten Welt*; Münster 2005, S. 73

²²⁵ Elsenhans, Hartmut: *Algerien – Koloniale und postkoloniale Reformpolitik*; Hamburg 1977, S.1

²²⁶ Djebar, Assia: *Das verlorene Wort*; Zürich 2006, S. 152

Krieges zwischen der Armee und den der *Front Islamique du Salut* (FIS) nahe stehenden Gruppen soll vor diesem Hintergrund analysiert und eingeordnet werden.

Der Verfall der Weltmarktpreise für Kohlenwasserstoffe setzte der ambitionierten Industrialisierungspolitik der algerischen Staatsklasse ein jähes Ende. Die Deformation der algerischen Volkswirtschaft, verursacht durch den extremen Raubbau an den fossilen Rohstoffen, wurde erst im Laufe dieser fiskalpolitischen Krise deutlich und betonte die inzwischen übergeordnete Bedeutung der Rente für die algerische Staatsklasse. Der sinkende Ölpreis führte zu elementaren Anpassungen des algerischen Staatshaushaltes und letztlich zu dessen Zusammenbruch. Die Schuldenlast Algeriens stieg 1988 auf 24,5 Milliarden US-Dollar an, der Schuldendienst für 1989 betrug 7 Milliarden US-Dollar.²²⁷ Ouaisa spricht gar von einer Verschuldung Algeriens in Höhe von 27 Mrd. US-Dollar im Herbst 1988. Der Anteil der Öl- und Gaseinnahmen am staatlichen Budget sank von über 64% 1981 auf 44% 1985 und gerade einmal 22 auf 25% in den Jahren 1986 bis 1988. Algeriens Importsektor brach aufgrund des deutlich gesunkenen Finanzspielraums massiv ein und förderte neben Flügelkämpfen innerhalb der Staatsklasse die sozialen Proteste der Bevölkerung gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung. Wurden 1981 noch Waren im Wert von 11 Mrd. US-Dollar eingeführt, waren es 1986 noch Waren im Wert von 9,2 und 1987 noch etwa 7 Mrd. US-Dollar.²²⁸ Diese Zahlen untermauern die Annahme, die politische Stabilität eines von einer Staatsklasse verwalteten Rentiers sei eng verknüpft mit den finanziellen Spielräumen des Staates. Demnach basiere eine Rentenökonomie auf einer Art Konsens zwischen Staat und Gesellschaft, der solange aufrecht erhalten werden könne, wie ausreichend finanzielle Mittel für die Einbindung gesellschaftlich relevanter Gruppen verfügbar seien. Die Reduktion der Rente durch den Preisverfall von Erdöl entzog folglich dem algerischen Regime sein ordnungspolitisches Fundament und führte zur Neujustierung der algerischen Herrschaftsverhältnisse.

„Diese Krise führte nicht nur zu heftigen Kämpfen innerhalb der Staatsklasse um die neue wirtschaftliche Orientierung des Landes, sondern stellt auch die Rentierbeziehung Staat – Gesellschaft in Frage.“²²⁹

Die Verminderung des in Algier verfügbaren Rentenniveaus unterfütterte die intensiven Flügelkämpfe innerhalb des bürokratischen Apparates des Landes und veränderte die Zusammensetzung der herrschenden Staatsklasse. Nachdem die bisherige Strategie zur wirtschaftlichen Transformation des Landes gescheitert war, konnte eine Koalition die

²²⁷ Vgl. Benakli, Akli: *Die algerische Industrialisierungspolitik*; Frankfurt/Main 1992, S. 247

²²⁸ Vgl. Ebenda, S. 86

²²⁹ Ebenda, S. 85

Oberhand gewinnen, deren Ziel es war, eine gesellschaftspolitische Öffnung durch Demokratisierung und Liberalisierung durchzusetzen. Diese Maßnahmen sollten „*neue Rekrutierungsreservoirs und Mechanismen für die Staatsklasse schaffen, weil die alten Reservoirs (Partei Massenorganisationen etc.) in Misskredit geraten waren.*“²³⁰ Die Machtkämpfe innerhalb des FLN, der Armee und der Bürokratie dauerten bereits längere Zeit an, während sich indes die innenpolitische Lage nach den Massendemonstrationen am 5. Oktober 1988 in Algier verschärfte. Nach offiziellen Angaben starben bei den Unruhen 176 Menschen - nach Auskunft der Krankenhäuser waren es mindestens 500 Tote, Tausende wurden von Polizei und Militär verhaftet und verschleppt.²³¹ Präsident Benjedid wurde gezwungen zu reagieren und kündigte neben der demokratischen Öffnung die Revision der algerischen Verfassung von 1976 an. Ruf erkennt in der neuen Verfassung eine gewisse Kontinuität im Vergleich zum alten Text, obwohl die Verfassungsrevision die Einführung einer beschränkten Gewaltenteilung ermöglichte.²³² Benakli verweist auf die Entideologisierung der Verfassung, da sie die Abkehr vom Sozialismus bedeute, das Einparteiensystem abschaffe und das Recht formuliere „*Vereine politischen Charakters*“ zu gründen. Erstmals wurde den Menschenrechten und einer Normalisierung der Rolle der Armee Beachtung geschenkt.²³³ Insbesondere der letzte Aspekt dürfte die militärnahen Segmente zu verstärkter Kooperation gedrängt haben, da ein signifikanter Machtverlust der Militärs drohte. Die eingeleiteten Reformen sind nicht als Ergebnis der sozialen Unruhen zu bewerten, sondern eher als Resultat der Konflikte innerhalb der algerischen Staatsklasse.²³⁴ Die Verfassung wurde Ende 1988 in einem Volksreferendum bestätigt und am 28. Februar 1989 in Kraft gesetzt.

Im September 1989 wurde Hamrouche Premierminister. Er versuchte eine politische Reform im Sinne von Demokratisierung und Liberalisierung und den Übergang von algerischem Sozialismus zur Marktwirtschaft umzusetzen. Die bürokratisierte Wirtschaft sollte entschlackt werden und politische Reformen den Partizipationsansprüchen der Bevölkerung entsprechen. Hamrouche weichte die staatlichen Monopole im Außen- und Binnenhandel auf, ließ 1991 öffentlichen und privaten Sektor rechtlich gleich stellen und

²³⁰ Ebenda, S. 85

²³¹ Vgl. Schmid, Bernhard: *Algerien – Frontstaat im globalen Krieg?*; Münster 2005, S. 85

²³² Die Gewaltenteilung konstituierte sich mit konstitutionellen Mängeln; der Präsident behält wesentlichen Einfluss auf die Justiz. Vgl. Ruf, Werner: *Die algerische Tragödie*; Münster 1997, S.80

²³³ Bisher fand die ANP ausdrücklich als wesentlicher Machtfaktor im wirtschaftspolitischen Prozess Algeriens Erwähnung und füllte ihre Rolle auch dementsprechend aus. Vgl. Benakli, Akli: *Die algerische Industrialisierungspolitik*; Frankfurt/Main 1992, S. 252/253

²³⁴ Vgl. Ouaisa, Rachid: *Staatsklasse als Entscheidungsakteur in den Ländern der Dritten Welt*; Münster 2005, S. 101

sicherte dem Kapitalmarkt eine größere Autonomie vom Staat.²³⁵ Weiterhin versuchte die Regierung gegen die Korruption vorzugehen und setzte Teile der Staatsklasse öffentlich unter Druck. Hamrouche hatte zudem mit dem Antasten der Importmonopole, der Pressegesetze und der Abschaffung des militärnahen Informationsministeriums die Armee aufgeschreckt.²³⁶ Gestürzt ist Hamrouche schon vor den Parlamentswahlen; die FIS hatte die Kommunalwahl gewonnen und der Staatsklasse drohte im Parlament eine Niederlage. Bereits im Sommer 1990 nahm Hamrouche General Nezzar in sein Kabinett auf, bevor er durch den Druck der Militärs ein Jahr später demissionieren musste.²³⁷

„Heute konkurriert die Staatsklasse mit den Islamisten um die Kontrolle der Unterschichten.“²³⁸

Die erste Runde der Parlamentswahlen im Dezember 1991 endete mit dem Wahlsieg der FIS. Sie erreichte im ersten Wahlgang 188 von 430 Mandaten, Ait Ahmeds FFS 25 Mandate und der FLN lediglich 15. Ben Bellas MDA erlangte keinen Sitz, ebenso wenig wie die PT und die PCA. Wie aus Wahlprognosen der Tageszeitung „*Le Quotidien d'Algérie*“ hervorgeht, hätte die FIS nach dem zweiten Wahlgang mit rund 80% der Parlamentssitze rechnen können. Die Armee reagierte schnell, da die FIS im Parlament eine für Verfassungsänderungen nötige Mehrheit verfügen dürfte und der algerische Präsident bereits mit der Partei über eine Machtteilung debattierte.²³⁹ Der zweite Wahlgang wurde am 11. Januar 1992 durch den Putsch verhindert. Am 9. Februar verhängte die Armee den Ausnahmezustand und begann mit Massenverhaftungen von FIS-Mitgliedern. Die Partei wurde im März verboten. Gründe für die hohe Popularität der Partei Anfang der 90er Jahre sind schwer zu verorten. Relevant ist gewiss eine grundsätzliche Abneigung der Bevölkerung gegenüber dem FLN, die Islamisten konnten sich als glaubwürdige Alternative präsentieren. Die FIS thematisierte die Arbeitspolitik und betonte ihre soziale Kompetenz.²⁴⁰ Madani, einer der führenden Köpfe der Partei, war Mitglied des CRUA und konnte damit zusätzliche Klientel ansprechen, die den FLN aufgrund seines antikolonialen Kampfes unterstützten. Zudem wurde der Aufstieg der FIS von den undemokratischen politischen Strukturen Algeriens begünstigt.²⁴¹

²³⁵ Vgl. Ebenda, S. 111 f

²³⁶ Vgl. Ebenda, S. 114 f

²³⁷ Ouaisa stellt fest, dass seit den Oktoberunruhen der Aufstieg der DAF-Gruppe (*Déserteurs de l'Armée Française*) in der Staatsklasse gut erkennbar war. Seit der Ölkrise 1986 stützte diese Gruppe den liberalen Kurs Chadlis und konnte durch die Übernahme wichtiger Positionen in Bürokratie und Armee den einfluss ausweiten. Nezzar gehörte der Gruppe an und war die Schlüsselfigur beim Putsch 1992. Vgl. Ebenda, S.62

²³⁸ Pawelka, Peter: *Staat, Bürgertum & Rente im arabischen Vorderen Orient*; In: APuZ B39/97, S.10

²³⁹ Vgl. Ruf, Werner: *Die algerische Tragödie*; Münster 1997, S.110

²⁴⁰ Vgl. Müller, Herta: *Marktwirtschaft und Islam*; Baden-Baden 2002, S. 107

²⁴¹ „Mit der Blockierung einer starken und effizienten demokratischen Opposition sowie der Lähmung des Demokratisierungsprozesses insgesamt haben die herrschenden Eliten in beiden Ländern [Algerien und

Nach dem Putsch wurde ähnlich wie nach dem Staatsstreich 1965 das politische System des Landes praktisch lahm gelegt. An der Staatsspitze wurde das *Haute Comité d'Etat* (HCE) installiert, nachdem der Präsident zum Rücktritt gezwungen und das Parlament aufgelöst wurde. Das HCE besteht aus fünf Mitgliedern, unter anderem Khaled Nezzar und Mohammed Boudiaf. Letzterer übernahm zunächst den Vorsitz des HCE und leitete im Februar 1992 eine Anti-Korruptions-Kampagne ein. Keine sechs Monate nach seiner Amtseinführung wird Boudiaf am 29. Juni 1992 in Annaba erschossen. Die Versuche das Korruptionsproblem in den Griff zu bekommen, waren Anzeichen eines intensiven Machtkampfes in der Staatsklasse und führten zu einer weiteren Erosion ihrer machtpolitischen Fundamente. Ab 1993 entwickelte sich die innenpolitische Krise zu einem ausgewachsenen Bürgerkrieg, dessen Frontverläufe und Hintergründe allenfalls nebulös blieben; gezielte Morde an Journalisten, Politikern und Ausländern setzten ein. Die Spaltung der FIS sowie die staatliche Repression erschwerte die Zuordnung der Gewalttaten. Der Staat ließ bis zu 500.000 Zivilisten bewaffnen und in Bürgerwehren einsetzen.²⁴² Zudem baute Algier seinen Geheimdienstapparat massiv aus und begann mit der Unterwanderung sowie der Bildung terroristischer Gruppen, die direkt den militärischen Behörden unterstellt waren. Neben der ANP unter Lamari war der Geheimdienst DRS unter Médiéne die zentrale Institution für die Steuerung und Regulierung des Kriegsgeschehens.²⁴³ Aus diesen Gründen war und ist es grundsätzlich problematisch, die Urheber der Gewalttaten zuzuordnen, da sowohl die Islamisten, die Bürgerwehren oder die vom DRS gesteuerten Gruppen verantwortlich sein konnten. Die Aktivitäten des DRS hatten zudem das Ziel, die Islamisten öffentlich zu diskreditieren – auch um den 1995 angelaufenen Friedensprozess von Sankt Egidio zu stören.²⁴⁴ Ouaiassa mutmaßt, zahlreiche Massaker seien Anzeichen intensiver Flügelkämpfe innerhalb der Staatsklasse, bei dem eine radikale Fraktion versuche die Einigung der Machtelite mit der FIS zu verhindern und die integrationsbereiten Segmente nachhaltig zu schwächen, um die Islamisten nicht in den Machtapparat integrieren zu müssen.²⁴⁵

Ägypten] objektiv der Formierung der religiösen Bewegung zum wichtigsten Interessenvertreter sozial und politisch Unterprivilegierter den Boden bereitet.“ Ebenda, S. 93

²⁴² Vgl. Werenfels, Isabelle: *Algerien nach den Parlamentswahlen*; Berlin 2002, S.4

²⁴³ Zur staatlichen Repression während der 90er Jahre vgl. u.a. Algeria-Watch/Sidhoum, Salah-Eddine: *Algerien – Die Mordmaschine*; Algeria-Watch Januar 2004, http://www.algeria-watch.org/pdf/pdf_de/mordmaschine.pdf oder Souaïdia, Habib: *Schmutziger Krieg in Algerien*; Zürich 2001

²⁴⁴ Der Sankt Egidio Prozess wurde von allen algerischen Parteien unterstützt, mit Ausnahme der Militärs. FLN, FFS und FIS signierten 1997 das Abkommen, in dem die FIS demokratische Prinzipien akzeptierte. Vgl. Roy, Olivier: *Der islamische Weg nach Westen*; München 2006, S. 81

²⁴⁵ Vgl. Ouaiassa, Rachid: *Staatsklasse als Entscheidungsakteur in den Ländern der Dritten Welt*; Münster 2005, S. 192

1994 wurde das HCE abgelöst und durch Präsident Zeroual ersetzt, der bei den Wahlen 1995 mit 61% bestätigt wurde; diese Rückkehr zu demokratischen Prinzipien ist vor allem als Signal an die internationalen Geldgeber zu verstehen.²⁴⁶ Die politische Stabilität sei entscheidend für die Restrukturierung der Außenhandelsbeziehungen. Das demokratische Experiment Anfang der 90er Jahre wird durch die Verabschiedung einer neuen Verfassung 1996 praktisch rückgängig gemacht, da die Gründung politischer Parteien massiven Einschränkungen unterworfen wurde. Als „Zweiten Staatsstreich“²⁴⁷ bezeichnet Ramonet die neue Verfassung. Zeroual konnte sich in seiner Amtszeit auf eine deutlich stabilere Erdölrente stützen, da der Preis für ein Barrel Rohöl innerhalb von zwei Jahren von 16 auf 21 US-Dollar 1996 anstieg. Im selben Jahr erwirtschaftete Algerien das erste Mal seit rund zehn Jahren einen Haushaltsüberschuss von 3 Mrd. US-Dollar und konnte Devisenreserven aufbauen. Zwar wurde Zeroual in einem Wahlgang 1997 erneut bestätigt, jedoch verlor er nach und nach die Unterstützung weiterer Teile der algerischen Staatsklasse und musste sein Amt 1999 an Bouteflika abgeben.

„Die zweiten pluralistischen Parlamentswahlen wurden 1997 unter Ausschluss des FIS und erstmals nach Verhältniswahlrecht durchgeführt. Sie waren ein Versuch des Militärregimes, sich durch die Wiederherstellung von Verfassungsorganen eine demokratische Fassade zu geben und die eigene repressive Strategie gegen den Terror über die Urnen zu sanktionieren.“²⁴⁸

Das demokratische Experiment ist gescheitert und letztendlich bleibt festzuhalten, dass eine demokratische Öffnung des Systems nicht wirklich stattgefunden hat, da die Armee die Liberalisierung überwachte und einschränkte. Wesentliche Faktoren für Stabilisierung und Reproduktion der traditionellen Herrschaftsverhältnisse in Algerien sind einerseits der anhaltende Einfluss der Erdölrente sowie die Anpassungsfähigkeit der Staatsklasse.

„Sie [islamistische Parteien] haben dazu beigetragen, das Konzept des modernen Nationalstaates in muslimischen Ländern zu verwurzeln und die politische Landschaft zu erweitern, indem sie das Modell einer politischen Partei anregten, deren Mitglieder ihre gemeinsame Auffassung von Gemeinwohl zusammenhält, nicht asabiyya oder Clan-Bindungen.“²⁴⁹

3.1.3. Restrukturierung der algerischen Außenwirtschaftspolitik

Am 9. April 2009 wurde Bouteflika zum dritten Mal im Amt bestätigt. Seitdem er im April 1999 zum Staatsoberhaupt erklärt wurde, haben sich die sozioökonomischen Rahmenbedingungen Algeriens stabilisiert, vor allem aufgrund des hohen Erdölpreises.

²⁴⁶ Vgl. Hasel, Thomas: *Autoritäre Herrschaft hinter demokratischer Fassade*; In: Inamo 35, 2003, S. 5

²⁴⁷ Zitiert nach Ruf, Werner: *Die algerische Tragödie*; Münster 1997, S.145

²⁴⁸ Werenfels, Isabelle: *Algerien nach den Parlamentswahlen*; Berlin 2002, S.2

²⁴⁹ Roy, Olivier: *Der islamische Weg nach Westen*; München 2006, S. 73

Seine Amtszeit ist gekennzeichnet durch eine hohe Liquidität des Staates, da die Renten enorm gestiegen sind und ein Auseinanderbrechen der Staatsklasse verhindert werden konnte. Das BIP erreichte 2008 einen Wert von 4.000 US-Dollar pro Kopf, während 1991 nur 1.600 US-Dollar erwirtschaftet wurden.²⁵⁰ Die Auslandsverschuldung konnte 2000 von 28,2 auf etwa 25,5 Mrd. US-Dollar gesenkt werden, während sich Algeriens Exporteinnahmen fast verdoppelten. Dies verdeutlicht die ungebrochene Bedeutung der Erdölrente für die wirtschaftliche und politische Stabilität des Landes und erklärt den starken Ausbau des Energiesektors. Ouaisa vermutet, die Rente habe es Bouteflika ermöglicht seine Machtposition zu festigen, da er ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung hatte, die verschiedenen Segmente der Staatsklasse ruhig zu stellen²⁵¹ und gleichzeitig durch den massiven Ausbau von Infrastruktur und Sozialleistungen Teile der Bevölkerung in die Rentenverteilung zu integrieren. Während der Sektor 95% der Exporteinnahmen, 60% der Staatseinnahmen und 30% des BIP akquiriert, beschäftigt er landesweit nur etwa 3% der Arbeitskräfte.²⁵² Die finanzielle Autonomie des Staates wird zwar gestärkt, der Arbeitsmarkt jedoch allenfalls marginal belebt. Im Folgenden soll die wirtschaftliche Entwicklung unter Bouteflikas analysiert werden, mit dem Ziel ihrer Einordnung in den entwicklungspolitischen Diskurs. Es stellt sich die Frage, ob die Wirtschaftspolitik entwicklungspolitische Dynamiken initiieren kann oder ob es sich bei der Neuauflage einer importsubstituierenden Industrialisierung um eine machtpolitisch motivierte Strategie handelt. Daher soll zunächst der Energiesektor im Fokus stehen.

3.1.3.1. Konsolidierung der Rentenökonomie unter Bouteflika

„Und doch ist das ‚Erfolgsmodell‘ Bouteflikas auf tönernen Füßen gebaut. Es beruht allein auf dem Abschöpfen der Erdöl-Rente.“²⁵³

Die bisherige Amtszeit Bouteflikas ist gekennzeichnet durch eine hohe Liquidität des algerischen Staates sowie eine Stabilisierung der innenpolitischen Lage, vor allem bedingt durch das anhaltend hohe Preisniveau für Kohlenwasserstoffe. Im Folgenden soll die Wirtschaftspolitik unter Bouteflikas analysiert werden, um herauszuarbeiten,

²⁵⁰ Vgl. Saâdoune, Malik: *Le BIP atteint 4.000 Dollars*; In : Le Quotidien d’Oran vom 24.1.2008, S. 2

²⁵¹ Vgl. Ouaisa, Rachid: *Staatsklasse als Entscheidungsakteur in den Ländern der Dritten Welt*; Münster 2005, S. 214

²⁵² Vgl. Ebanda, S. 85

²⁵³ Schmid, Bernhard: *Erfolgsmodell auf tönernen Füßen*; In: Quantara online vom 24.4.2009, http://de.qantara.de/webcom/show_article.php?wc_c=468&wc_id=1148, Zugriff am 12.1.2010

inwiefern diese Entwicklungsstrategie in der Tradition der Importsubstitution der 70er Jahre steht und demnach keine qualitative Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik darstellt. Ebenso wie das unter Boumediène verfolgte Entwicklungsmodell ist diese algerische punktuelle „Subventionierung“ der eigenen Ökonomie im Kontext des Staatsklasseansatzes sowie der Rententheorie zu betrachten und zu analysieren.

Die algerische Budgetkrise Mitte der 80er Jahre und die sozialen Proteste wenige Jahre später sind unter anderem zu erklären mit dem gesunkenen Rentenniveau, jedoch auch durch die investitionsfeindliche und nationalistische Wirtschaftspolitik der 80er Jahre. Die landesweite Einführung einer Explorationsabgabe für ausländische Gesellschaften in der Energiebranche hatte bis 1986 sämtliche Firmen aus Algerien vertrieben – mit nur einer Ausnahme. Die Regierung verabschiedete ein Gesetz, nachdem der Sonatrach an allen Joint Ventures und Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen eine 51%ige Beteiligung zugesprochen wurde, um die Kontrolle über die Branche zu festigen. Der Gassektor wurde ausländischen Investoren vollkommen verschlossen. Erst unter der Regierung Hamrouche war eine Öffnung der starren Wirtschaftspolitik gelungen, die die *Neue Energiepolitik* einleitete; diese hatte das Ziel die Reserven und die Produktion mit Hilfe eines umfangreichen Explorations- und Entwicklungsprogramms zu erhöhen, eine signifikante Verbesserung der Förderausbeute in bestehenden Feldern zu erreichen, sowie die Vermarktung aller noch nicht erschlossenen Felder zu forcieren (*Enhanced Oil Recovery-Programm*, EORP). Das EORP war zwar im Nachhinein in dieser Form nicht erfolgreich, zog aber dynamische Folgeeffekte für den Kohlenwasserstoffsektor nach sich, da durch zahlreiche bilaterale Verträge diverse ausländische Ölfirmen mit der Sonatrach Kooperationsabkommen abschlossen.²⁵⁴ Zwischen 1994 und 1996 zählte Algier zu einem der begehrtesten Investitionsländer in der Ölbranche, auch da durch die anhaltenden Verstaatlichungsdrohungen der Regierung das Land für die Metropole nicht mehr erschlossen werden konnte. Die Sonatrach konnte in dieser Phase 30 Kooperationsabkommen mit mehr als 20 ausländischen Firmen abschließen.²⁵⁵ Da die Restrukturierung der algerischen Kohlenwasserstoffbranche bereits in den 90er Jahren angestoßen wurde, konnte sich Bouteflika seit Beginn seiner Amtszeit auf ein stabiles fiskalpolitisches Fundament stützen. Die vom IWF auferlegten Strukturanpassungen stabilisierte die ökonomischen Rahmenbedingungen und ließ die Devisenreserven 2002

²⁵⁴ Vgl. Thielmann, Jörn: „*Der Islam ist meine Religion, Arabisch meine Sprache, Algerien mein Vaterland*“; Frankfurt/Main 2006, S. 10

²⁵⁵ In dieser Phase drängten BP, Repsol, Total und Exxon auf den algerischen Markt. Vgl. Ouaisa, Rachid: *Staatsklasse als Entscheidungsakteur in den Ländern der Dritten Welt*; Münster 2005, S. 176

auf 18,3 Mrd. Dollar steigen, während die Auslandsverschuldung von 76,1 % im Jahre 1999 auf noch 41,9 % des BIP sank und das staatliche Budget einen Überschuss von 6 % aufwies. Die ausländischen Direktinvestitionen beliefen sich zwar - den Ölsektor eingerechnet - auf etwa 500 Millionen US- Dollar jährlich, waren jedoch im Vergleich zu Marokko oder Tunesien nur unbedeutend. Weniger relevant ist hier sicherlich die angespannte Sicherheitslage als vielmehr die Rechtsunsicherheit, sprich das Fehlen einer unabhängigen Justiz und regulativer Kontrollmechanismen.²⁵⁶

Aufgrund des Höhenflugs der Erdölpreise konnte Algier seine Auslandsschulden und kurzfristigen Handelskredite beim *Club of Rome* in Höhe von etwa 4 Mrd. US-Dollar vorzeitig stunden, auch die von Moskau gewährten Kredite in etwa gleicher Höhe konnten aus der Bilanz entfernt werden, da sie mit Waffenkäufen verrechnet wurden. Die Auslandsverschuldung Algeriens sank weiter auf 25,6% im Jahre 2004 auf nur noch 4% des BIP im Jahre 2007. Der Erdöl- und Erdgassektor festigte seine Bedeutung für die fiskalpolitische Stabilität des Regimes, was dessen massiven Ausbau hinreichend erklärt. Die Sonatrach ist derzeit die größte Erdöl- und Gasgesellschaft Afrikas, der zweitgrößte Exporteur von Flüssiggas und die weltweit zwölftgrößte Energiegesellschaft.²⁵⁷ Bei den vermuteten Reserven liegt Algerien bei Erdöl auf Platz 16 und bei Erdgas auf Platz 7, während der Staat bei der Fördermenge die Plätze 13 und 6 einnimmt.²⁵⁸ Das Land schätzt seine Reserven auf 11,8 Mrd. Barrel Erdöl und 4,55 Billionen Kubikmeter Erdgas. Zudem werden in Algerien im Gegensatz zu zahlreichen anderen Förderländern regelmäßig neue Funde vermeldet. Allein 2004 zählte die staatliche Sonatrach 13 Funde mit einem geschätzten Volumen von 132 Millionen Tonnen Kohlenwasserstoffe.

Das algerische Energieministerium plant seit einigen Jahren den Ausbau der Förder-, Raffinerie- und Transportkapazitäten unter Federführung der staatlichen Sonatrach. Die Raffineriekapazitäten Algeriens sollen von derzeit 25 Mio. Tonnen bis 2014 auf 50 Mio. Tonnen verdoppelt werden.²⁵⁹ Die Fördermenge soll von derzeit 1,4 Millionen Barrel Rohöl täglich auf 2 Millionen ansteigen, während die Gasförderung von 80 Mrd. auf 85 Mrd. bis 2010 und 100 Mrd. Kubikmeter Erdgas pro Jahr bis 2015 ausgeweitet werden soll.²⁶⁰ Der Gasexport gehört dabei zu den zentralen Wachstumspolen der Wirtschaftspolitik der Regierung; fast 95% der algerischen Erdgasproduktion wird nach

²⁵⁶ Vgl. Werenfels, Isabelle: *Algerien nach den Parlamentswahlen*; Berlin 2002, S.7/8

²⁵⁷ Vgl. Touimer, Abderrahmane (Hg.): *Algeria Weekly: Energy & Business*; Heft 19 vom 5.6.2008, S. 16

²⁵⁸ Feller, Gordon: *The new interest in Algeria*; In: *The Middle East* Nr. 392, 2008, S. 42

²⁵⁹ Vgl. Touimer, Abderrahmane (Hg.): *Algeria Weekly: Energy & Business*; Heft 19 vom 5.6.2008, S. 10

²⁶⁰ Vgl. Seidenstücker, Hans: *Algerien: Aufbruchstimmung*; In: *Zenith online* vom 13.2.2006,

<http://www.zenithonline.de/wirtschaft/laenderreport/?article=269&cHash=ae8f186918>, Zugriff 21.1.2010

Europa exportiert und macht das Land nach Russland und Norwegen zum drittgrößten Gaslieferanten Europas. Die EU ist bestrebt seine energiepolitische Abhängigkeit von Russland zu vermindern und verstärkt die Energieversorgung zu diversifizieren. Algier bietet sich nicht nur als geographisch und inzwischen auch politisch verlässlicher Partner an, sondern erweitert seine Infrastruktur und öffnet sich für metropolitanes Kapital. Der aktuelle Investitionsplan der Sonatrach für die Periode 2008 bis 2010 umfasst finanzielle Mittel in Höhe von 45 Mrd. US-Dollar²⁶¹ mit dem Fokus auf den Raffineriekapazitäten, der Petrochemie und dem inländischen Transportnetz. Zudem plant Algerien in enger Kooperation mit europäischen Regierungen und Unternehmen den Bau zweier weiterer Pipelines, die das Land mit Italien und Spanien verbinden soll. Die Transportkapazitäten der bestehenden Leitungen - die in Hassi M'Rel beginnende Enrico-Mattei-Pipeline über Tunesien nach Sizilien mit einer Jahresdurchlasskapazität 33,5 Mrd. Kubikmetern, die inzwischen ausgelastet sein soll, sowie die 1375 Kilometer lange Pedro-Duran-Leitung von Hassi M'Rel über Marokko und Gibraltar nach Spanien mit direktem Anschluss an das dortige lokale Netz - sollen ausgeweitet und durch eine weitere Direktleitung von Beni Saf bei Oran ins spanische Almeira ergänzt werden. Zudem plant Algier die Gründung von Vertriebsgesellschaften in Europa nach dem Vorbild der russischen Gazprom, um über den Direktvertrieb in den Abnehmerländern Gas zum Höchstpreis zu verkaufen und die Renten- und Profitmarge zu erhöhen.²⁶² Zusätzlich baut Algerien seine Stellung als logistische Verteilungsstelle für Kohlenwasserstoffe aus; neben dem Ausbau seiner Verlade- und Transportkapazität für Lieferungen in die EU ist eine 4.000 Kilometer lange Pipeline von Lagos nach Algier fertig gestellt worden, deren jährliches Transportvolumen von 30 Mrd. Kubikmeter Erdgas für den EU-Markt bestimmt ist.

„Das technische Konzept für LNG erlaubt es den großen Erdgasproduzenten grundsätzlich, ihr Produkt unabhängig von den wenig flexiblen und zudem teuren Rohrleitungen via Tankschiff zu vermarkten. Damit entsteht für die Produzenten auch die Chance, sich von den bisher weitgehend regional verankerten Erdgasmärkten zu lösen und einen weltweiten Markt zu entwickeln.“²⁶³

Algier ist mittlerweile nach Kuwait der zweitgrößte Exporteur von Flüssiggas weltweit. Die NZZ konstatiert, es werde noch Zeit vergehen, bis das LNG-Verfahren einen Massenabsatz ermögliche – auch da die Infrastruktur noch relativ kostenintensiv sei. Nach Angaben der IEA werden derzeit 40% der weltweiten Energieversorgung mit Erdöl gedeckt, 26% mit Kohle und 23% mit Erdgas – nur 7% davon entfallen auf das

²⁶¹ Vgl. Ryad, N.: *Sonatrach: un nouveau plan d'investissement de 45 milliards de dollars*; In: *Liberte* vom 10.1.2008, S. 7

²⁶² Vgl. Mattes, Hanspeter: *Algeriens Energiepolitik*; GIGA Focus 2/2007, S. 6

²⁶³ Vgl. Felder, Karl: *Produzentenländer arbeiten an einem Erdgas-Kartell*; In: *NZZ* vom 10.4.07

LNG-Verfahren.²⁶⁴ Dennoch bauen neben Algerien zahlreiche Staaten ihre LNG-Infrastruktur aus. Neben Kuwait und Algier zählen dazu insbesondere Gasimporteure wie Deutschland, das ein LNG-Terminal in Wilhelmshaven plant, und Spanien, wo die Sonatrach ein solches Terminal und einen Gasspeicher in Barcelona betreibt.²⁶⁵ Algier fördert keineswegs eine Verbesserung seiner sozioökonomischen Rahmenbedingungen oder diversifiziert seine industrielle Basis einer importsostituierenden Strategie folgend, sondern forciert lediglich die Diversifikation seines Schlüsselsektors – die Rente bleibt ordnungspolitisch das zentrale Motiv politischen Handelns in Algerien. Nach Angaben der OPEC entfallen 90% der algerischen Kohlenwasserstoffproduktion auf die Sonatrach. Dennoch konnten ausländische Gesellschaften ihre Präsenz im Land in den vergangenen Jahren massiv ausweiten. BP war bereits in zahlreichen Bereichen wie Förderung und Vertrieb aktiv, musste jedoch im Rahmen der Verstaatlichungswelle Anfang der 70er Jahre das Land verlassen. In den letzten Jahren habe BP nicht weniger als 4,5 Mrd. US-Dollar in den Energiesektor Algeriens investiert und rechnet scheinbar mit einem langfristigen Engagement.²⁶⁶ Auch Total weitet seine Aktivitäten in Algerien aus und investiert massiv in den Vertrieb; anvisiert ist der Aufbau eines 250 Filialen zählenden Tankstellennetzes bis 2013.²⁶⁷ Dennoch ist die Stellung ausländischer Energiekonzerne in Algerien nach wie vor rechtlichen Schwankungen ausgesetzt.

„Im Zuge der weltweit im Energiesektor spürbar werdenden Nationalisierungstendenzen hat zudem das algerische Parlament im Oktober 2006 einer Revision des Kohlenwasserstoffgesetzes zugestimmt. Dadurch wurden die erst im März 2005 beschlossenen Liberalisierungsschritte zurückgenommen und die Rechte der nationalen Ölfirma Sonatrach wieder gestärkt sowie eine zusätzliche windfall tax für ausländische Unternehmen eingeführt. Die EU gibt sich irritiert.“²⁶⁸

Wesentlicher Indikator für die unsichere rechtliche Lage für ausländische Unternehmen in Algerien ist die jahrelang andauernde regimeinterne Debatte um die Reformierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Energiesektor. Bereits kurz nach Bouteflikas Amtsantritt wurde in der Staatsklasse ein Gesetzentwurf diskutiert, der die Privatisierung der Sonatrach vorsah. Nach massiven Protesten der Gewerkschaft UGTA verschwand der Entwurf zunächst in der Schublade, wurde aber vom Energieminister 2002 wieder zur Disposition gestellt. Die UGTA versuchte mit dem landesweiten Generalstreik 2003

²⁶⁴ Vgl. Ebenda

²⁶⁵ Vgl. Touimer, Abderrahmane (Hg.): *Algeria Weekly: Energy & Business*; Heft 19 vom 5.6.2008, S. 14

²⁶⁶ Vgl. Métaoui, Fayçal: „*L’Algérie occupe la première place dans le radar des opportunités de BP*“; In: *El Watan* vom 2.4.2008, S. 7

²⁶⁷ Vgl. Guemache, Hamid: *250 Stations-service Total en Algérie*; In: *Le Quotidien d’Oran* vom 12.9.2007, S. 1 und 5

²⁶⁸ Mattes, Hanspeter: *Algeriens Energiepolitik*; GIGA Focus 2/2007, S.1

die Verabschiedung des Gesetzes zu torpedieren. Schon im Zuge des ersten Versuches das Gesetz vom Parlament ratifizieren zu lassen, deuteten sich Widerstände gegen den Entwurf an; zwar stimmten lediglich die 20 Abgeordneten der PT gegen den Entwurf,²⁶⁹ doch resultierte der 2003 ausgebrochene Machtkampf in der Staatsklasse vor allem aus dem Streit über die wirtschaftspolitische Orientierung Algeriens. 2003 beschloss der FLN Ali Benflis für die Präsidentschaftswahlen 2004 aufzustellen; Benflis scharte den Teil der algerischen Elite hinter sich, der sich der Liberalisierung zumindest im sensiblen Öl- und Gassektor widersetzte.²⁷⁰ Während Bouteflika für die Privatisierung des Sektors votierte, trat Benflis für einen sanften Übergang zur Marktwirtschaft ein.²⁷¹ 2005 wurde unter der Regierung Ouyahia ein Gesetz erarbeitet, das es ausländischen Firmen ermöglicht 70% der Anteile an algerischen Firmen zu erwerben - in Ausnahmefällen sogar bis zu 100%.²⁷² Zudem verlor die Sonatrach ihr Vertriebsmonopol für Algerien. Zwar wurde das Gesetz im Parlament ratifiziert, jedoch von Bouteflika aufgrund des gewerkschaftlichen Protestes nicht in Kraft gesetzt. 2006 wurde die Liberalisierung der algerischen Ökonomie wieder rückgängig gemacht; das revidierte Energiegesetz schreibt eine Minimalbeteiligung der staatlichen Sonatrach an allen Gesellschaften und Joint-Ventures des Energiesektors in den Bereichen Exploration, Förderung und Raffinierung von 51% vor. Das inländische Transportnetz verbleibt demnach vollständig unter der Kontrolle der Sonatrach. Zudem wurde die Einführung der *windfall tax* beschlossen, deren Ziel es ist, durch Abschöpfen eines wesentlichen Anteils der Gewinne ausländischer Firmen, die Renteneinnahmen Algeriens zu maximieren.²⁷³ Der sich hier entladende Machtkampf um die ökonomische Ausrichtung des Landes weist nachdrücklich darauf hin, dass das gesellschaftspolitische Gefüge Algeriens von der Herrschaft einer segmentierten Staatsklasse dominiert wird. Die Uneinigkeit zwischen den Segmenten äußert sich dabei weniger über die grundsätzliche Bedeutung der Rente als staatstragende Finanzquelle, sondern vielmehr über den Konflikt zwischen protektionistischer oder eher wirtschaftsliberaler Außenhandelspolitik.

²⁶⁹ Der Antrag der PT, die Sonatrach in staatlichem Besitz zu belassen und ihr einen Sonderstatus zu verleihen, scheiterte. Der algerische Energieminister Khelil arbeitete von 1980 bis 1999 bei der Weltbank und wurde 1999 als Berater Bouteflikas nach Algier berufen. Aufgrund seiner Biographie wurde ihm immer wieder unterstellt, eine allzu neoliberale Wirtschaftspolitik zu verfolgen. Vgl. Schmid, Bernhard: *Algerien: Der Ausverkauf hat begonnen*; In: Telepolis Online vom 7.4.2005, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/19/19777/1.html>, Zugriff am 23.11.2009

²⁷⁰ Vgl. Schmid, Bernhard: *Algerien – Frontstaat im globalen Krieg*; Münster 2005, S. 276

²⁷¹ Vgl. Wandler, Rainer: *Algeriens Kronprinz rebelliert*; In: die tageszeitung vom 6.10.2003, S. 7

²⁷² Algier will im Hinblick auf die Aktivitäten internationaler Investoren in Libyen, nicht ins Hintertreffen geraten. Vgl. Seidenstücker, Hans: *Algerien: Aufbruchstimmung*; In: Zenith online 13.2.2006, <http://www.zenithonline.de/wirtschaft/laenderreport/?article=269&cHash=ae8f186918>, Zugriff 21.1.2010

²⁷³ Vgl. Gaupp, Peter: *Algerien behält die Kontrolle über sein Erdöl*; In: NZZ vom 21./22.10.2006

3.1.3.2. Ökonomische Liberalisierung und Importsubstitution

„In Algerien verfügt die Armee über einen Staat, während in den demokratischen Regimes eher der Staat eine Arme besitzt.“²⁷⁴

Der Ausbau des Energiesektors gehört nach wie vor zu den zentralen Antriebsfeldern der algerischen Staatsklasse unter Bouteflikas. Die Industrialisierungspolitik Boumediénes war keineswegs eine vordergründig entwicklungspolitisch motivierte Strategie, sondern vielmehr Mittel zur Konsolidierung der Machtposition der Staatsklasse und der mit Boumediéne verbundenen Segmente. Vor diesem Hintergrund soll die Wirtschaftspolitik Algeriens seit der Amtsübernahme Bouteflikas näher analysiert werden; wie in den 70er Jahren konnte die Staatsklasse die ihr zur Verfügung stehende Rente massiv ausweiten und zunehmend in den nationalen Wertschöpfungsprozess investieren. Im Folgenden soll veranschaulicht werden, weshalb die Bemühung einer zunehmenden Erschließung des Binnenmarktes keineswegs entwicklungspolitisch motiviert ist, sondern vielmehr herrschaftspolitische Hintergründe aufweist. Die Rente wird genutzt, um die Eliten ruhig zu stellen und zum Konsens zu bewegen sowie der Bevölkerung gewisse ökonomische Perspektiven zu bieten, um weitgehenden Partizipationsansprüchen der Gesellschaft vorzubeugen. Die Staatsklasse hat dank einem stabilen Ölpreisniveau ihre Stellung gefestigt und rekrutiert sich nach wie vor hauptsächlich aus Armee und FLN.

Wesentlicher Faktor für die Stabilität des Regimes ist neben der finanziellen Unabhängigkeit die Kontrolle des politischen Systems. Sämtliche Wahlen seit 1991 waren mehr oder weniger manipuliert; oppositionelle Parteien sind zwar im Parlament vertreten, haben aber nur geringen Einfluss auf das politische Geschehen. Das Parlament ist aufgrund des Vetorechts der oberen Kammer, deren Mitglieder zu einem Drittel vom Präsidenten ernannt werden, weitgehend machtlos.²⁷⁵ FFS und RCD boykottieren regelmäßig Wahlgänge, während die inzwischen größte Oppositionspartei PT weiterhin versucht innerhalb des politischen Rahmens zu agieren. Die Parlamentswahl 2007 endet mit dem überwältigenden Sieg der Regierungskoalition; der FLN erhielt demnach 136 Mandate, das RND 61 und die islamistische in der Koalition aufgegangene MSP 52 Mandate, während die PT mit 26 Mandaten zur größten Partei der parlamentarischen Opposition aufsteigen konnte. Die Wahlbeteiligung lag offiziell bei 35,5% und sank damit seit den letzten Wahlen um über 10%. Ähnliches ist für Präsidentschaftswahlen zu

²⁷⁴ Samraoui, Mohammed: *DRS, GIA – Die staatsgefälligen Heilsarmeen*; In: Inamo 35, 2003, S. 14

²⁷⁵ Vgl. Werenfells, Isabelle: *Algerien nach den Parlamentswahlen*; Berlin 2002, S.5

vermerken.²⁷⁶ Im Herbst 2008 kündigte der Präsident nicht ganz überraschend an, ein weiteres Mal für das höchste Staatsamt kandidieren zu wollen und ließ einen Passus aus der Verfassung entfernen, der die präsidentiale Amtszeit auf maximal zwei Perioden beschränkte. Teile der oppositionellen und ausländischen Presse konstatierten, diese Weichenstellung sei wichtiger gewesen als der Wahlgang selbst, der am 9. April 2009 ohne ernstzunehmende Gegenkandidaten Bouteflikas durchgeführt wurde und mit dem überwältigenden Wahlsieg des Favoriten endete. Erwartungsgemäß wurden die Ergebnisse der Wahl, nach denen Bouteflika 90,23% der Stimmen erhielt, massiv in Frage gestellt, auch da in Algerien Holzurnen aufgestellt wurden. Dennoch hielten Beobachter einen Sieg Bouteflikas für wahrscheinlich, da diesmal kein Gegenkandidat von Gewicht antrat. Martinez weist darauf hin, dass selbst bei den demokratischen Wahlen 1990 und 1991 die Wahlbeteiligung nie über 50 % gelegen hätte.²⁷⁷ Die Staatsklasse versucht weiter mittels stabiler politischer Verhältnisse die demokratische Fassade aufrecht zu erhalten und baut die Rente kontinuierlich aus, um neben dem eigenen Klientel Entwicklungsprojekte für die Bevölkerung finanzieren zu können. Die Investitionsprogramme konzentrieren sich auf Subventionierung der Bevölkerung und Infrastrukturprojekte, nicht aber auf die Erschließung des algerischen Binnenmarktes.

„The after-effects of central economic planning in the 1960s and 1970s, excessive bureaucracy, a weak banking sector and the security problems in the 1990s have left their mark on the private business sector, which remains relatively small.“²⁷⁸

Die planwirtschaftliche Industrialisierungspolitik unter Boumediène basierte maßgeblich auf der staatlichen Kontrolle ökonomischer Entwicklungsprozesse und marginalisierte kontinuierlich den Privatsektor. Im Falle Algeriens wird von einer staatskapitalistischen Produktionsweise gesprochen, was die geringe Effizienz der Privatwirtschaft zum Teil erklärt. Die Funktion des Staates als wesentlicher Antriebsmotor der sozioökonomischen Entwicklung konnte sich auch unter Bouteflika fortsetzen, trotz punktueller Versuche einiger Segmente der Staatsklasse diese übergeordnete Bedeutung des Staates für die Lenkung der nationalen Wertschöpfung zu reduzieren. Liberalisierungsmaßnahmen sollten zwar die Autonomie der mittelständischen Industrie vom Staate erhöhen, jedoch konnte im Wesentlichen die zentrale Rolle des Staates für die inländische wirtschaftliche Entwicklung nicht aufgeweicht werden. Zwar versuchte die Exekutive unter Bouteflika ansatzweise die Stärkung der Klein- und Mittelindustrie einzuleiten, doch erwirtschaftete

²⁷⁶ Vgl. Gaupp, Peter: *Mehrheit für Algeriens „Präsidentenallianz“*; In: NZZ vom 19.5.2007, S.3

²⁷⁷ Schmid, Bernhard: *Erfolgsmodell auf tönernen Füßen*; In: Quantara online vom 24.4.2009, http://de.qantara.de/webcom/show_article.php?wc_c=468&wc_id=1148, Zugriff am 12.1.2010

²⁷⁸ Feller, Gordon: *The new interest in Algeria*; In: The Middle East Nr. 392, 2008, S. 42

der Industriesektor nicht mehr als 10% des algerischen BIP.²⁷⁹ Unter Aufsicht der Weltbank konnte eine Reform der Haushaltsführung, Senkung der Körperschaftssteuer auf 25% und die Erleichterung von Kapitaltransfers im Finanzsektor durchgeführt werden, jedoch ohne eine dynamische Entwicklung des Binnenmarktes auszulösen. Über 400 staatliche Betriebe konnten privatisiert werden und der Bankensektor soll für privates Kapital geöffnet werden. Die Abgabe von Importmonopolen konnte den staatlichen Einfluss auf die Wirtschaft nicht wesentlich vermindern.²⁸⁰

Wesentlicher Antriebsmotor in der algerischen Wirtschaftspolitik bleibt der Staat. Die defizitäre Situation der Kommunen mündete zu Beginn der Amtszeit Bouteflikas in der Ankündigung massive Regionalentwicklungsmaßnahmen aufzulegen, die sich vor allem auszeichnen durch ihren zentralistisch-staatskapitalistischen Charakter. Die Maßnahmen haben das Ziel die Fehlentwicklungen der teil-sozialistischen Phase unter Boumediène zu korrigieren und die sozioökonomischen Folgen der Kriegsjahre in den 90er Jahren zu beseitigen. Das Regime argumentiert dabei ähnlich wie schon zu Zeiten Boumediènes, nachdem ein entwicklungspolitischer Aufholprozess von den massiven Erdöleinnahmen getragen werden und ein solides finanzielles Fundament aufgebaut werden sollte. Bereits 2001 lancierte Algier einen Entwicklungsplan mit einem Volumen von 7 Mrd. US-Dollar, um die massiven sozialen Ungleichheiten zu vermindern, bevor der *Plan de Consolidation de la Croissance Economique* (auch *algerischer Marshallplan* genannt), für die Jahre 2005 bis 2009 mit einem Gesamtvolumen von 65 Mrd. US-Dollar wesentliche Impulse für die algerische Binnenwirtschaft aussenden soll.²⁸¹ Der Plan beinhaltet Wohnungsbauprogramme, Entwicklung der Infrastruktur, Förderung der der Südtterritorien und die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. Im Rahmen des Infrastrukturausbaus werden besonders Wohnungs- und Straßenbau gefördert. Die 1.200 Kilometer lange Ost-West-Autobahn mit einem Auftragsvolumen von 805 Mrd. AD wird von einem chinesisch-japanischen Baukonsortium errichtet; von dem als *Jahrhundertprojekt* titulierten Infrastrukturausbau werden enorme volkswirtschaftliche Impulse erwartet, unter anderem die Schaffung von 100.000 Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft.²⁸² Solche Kalkulationen sind mit Vorsicht zu genießen, schließlich investiert Algerien zwar in die Modernisierung der Infrastruktur und der Wohnsubstanz,

²⁷⁹ Vgl. Müller, Herta: *Marktwirtschaft und Islam*; Baden-Baden 2002, S. 110

²⁸⁰ Vgl. Gaupp, Peter: *Geld allein löst Algeriens Probleme nicht*; In: NZZ vom 18.9.2007, S.13

²⁸¹ Vgl. Mattes, Hanspeter: *Algerien: Die schwierige Beseitigung reg. Disparitäten*; Hamburg 2009, S.57

²⁸² Geplant sind neben der Haupttroute zahlreiche Nebentrassen und Querverbindungen bis weit in den Süden des Landes, um die Regionalentwicklung zu fördern. Die Pläne haben durchaus Potential Mängel zu beheben, doch revolutionäre Verbesserungen werden sie wohl kaum bringen. Vgl. Ebenda, S.71/72

doch werden in der Regel keine einheimischen Unternehmen mit diesen Aufträgen bedacht. Allein im Wohnungsbau in Algerien werden über 22.000 chinesische Arbeiter der staatlichen chinesischen Baugesellschaft beschäftigt.²⁸³ Ruf vermutet indes, der Staatsklasse liege nichts an einer Konsolidierung des Arbeitsmarktes, da eine solche Entwicklung den Einfluss der Gewerkschaften stärken und die Stellung der Staatsklasse bedrohe. Vor allem Großaufträge im Bausektor und der technologischen Modernisierung werden an ausländische Konzerne vergeben; chinesische Anbieter sind meist günstiger und Gewerkschaften bleiben in der Regel einflusslos.²⁸⁴

Des Weiteren lässt sich feststellen, dass der Staat bei der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung nach wie vor auf Zentralismus setzt. Bei der wirtschaftlichen Entwicklung liegt der Fokus auf den *Wirtschaftsentwicklungszonen*, wobei die in die Planwirtschaft involvierten Ministerien tendenziell eher bestehende Industriepole ausbauen und modernisieren, als neue Industriestandorte zu erschließen.²⁸⁵ Der Entwicklungsplan für die Jahre 2010 bis 2014 mit einem Volumen von 150 Mrd. US-Dollar, muss ebenso mit Vorsicht betrachtet werden; neben dieser Ankündigung stellte Bouteflika für seine dritte Amtsperiode drei Millionen neue Arbeitsplätze, die Anhebung der Mindestlöhne und finanzielle Zulagen für das Bildungswesen in Aussicht und lancierte die Übernahme der Schulden von 110.000 Bauern durch den Staat.²⁸⁶ Der Ausbau des Tourismus hingegen könnte durchaus Impulse an den Binnenmarkt senden und Arbeitsplätze schaffen. Die Pläne einer touristischen Erschließung der Küste waren unter Boumediène nicht weiter verfolgt worden und in den 90er Jahren nicht annähernd umsetzbar. Die innenpolitische Stabilisierung und das Abflauen des Terrors lassen derartige Pläne für die kommenden Jahre als eine Erfolg versprechende Strategie erscheinen. Zwar ist die Staatsklasse aufgrund der Rente nicht auf den Tourismussektor als Devisenquelle angewiesen, aber innenpolitisch ist die Staatsklasse gezwungen zur Kanalisierung gesellschaftlicher Spannungen den Arbeitsmarkt zu stimulieren. Das Regime plant in Verbindung mit dem Ausbau der Infrastruktur im Verkehrs- und Wohnungsbau einen Entwicklungsplan für den Tourismussektor; durch den Ausbau der Flughäfen, der Eisenbahn, der Hotelbranche

²⁸³ Vgl. Thielmann, Jörn: „*Der Islam ist meine Religion, Arabisch meine Sprache, Algerien mein Vaterland*“; Frankfurt/Main, 2006, S. 13

²⁸⁴ China ist an Regierungsaufträgen in Höhe von 20 Mrd. US-Dollar beteiligt und verpflichtet sich bei Bauprojekten für jeden chinesischen Arbeiter zwei Algerier einzustellen, um stimulierende Effekte für die Binnenwirtschaft auszulösen. Aufgrund der mangelhaften Umsetzung sind die Erfolgchancen jedoch fragwürdig. Vgl. Chimelli, Rudolph: *Siegeszug der Chinesen*; In: *Süddeutsche Zeitung* vom 4.2.2010, S. 7

²⁸⁵ In diesem Sinne wird der Industriekomplex in Arzew bei Oran massiv erweitert. Vgl. Mattes, Hanspeter: *Algerien: Die schwierige Beseitigung regionaler Disparitäten*; Hamburg 2009, S.68

²⁸⁶ Vgl. Gaupp, Peter: *Noch einmal Abdelaziz Bouteflika: Die algerische Präsidentenwahl verkommt zum Plebiszit*; In: *NZZ* vom 6.4.2009

und des öffentlichen Nahverkehrs sowie der Erhöhung der Ausbildungskapazitäten im Tourismusgewerbe sollen Touristen ins Land gelockt werden. Algier bindet mittlerweile auch die Welttourismusorganisation ein, deren Appelle an internationale Investoren die algerische Tourismusbranche zu fördern, zu greifen scheinen.²⁸⁷ Tunesien und Marokko zählen jährlich sieben Millionen Touristen, in Algerien waren es 1,6 Millionen 2006 und zwei Millionen 2008, zwei Drittel davon waren algerische Emigranten. Bis 2015 sollen es vier Millionen Touristen werden, bis 2025 elf Millionen.²⁸⁸ Die NZZ vermutet, diese Initiative fände vor dem Hintergrund eines künftigen *Peak Oil* und sinkender Renten statt.²⁸⁹ Die Erfolgchancen dieser ambitionierten Initiative müssen jedoch zurückhaltend bewertet werden. Widersprüchlich ist im Wesentlichen die Kombination der Strategien zur touristischen Erschließung mit dem gezielten Missbrauch des Terrorproblems durch die Staatsklasse. Dennoch verzeichnet der Tourismussektor kontinuierliche Zuwächse. Während im Jahr 2000 866.000 Touristen registriert wurden, waren es 2003 bereits 1.166.000 und 2007 1.743.000. Der Anteil von Europäern betrug im Jahr 2000 noch 11%, stieg 2002 auf etwa 15% und verblieb weitestgehend konstant auf diesem Level. Zudem erhöhte sich die Anzahl der Hotels von 821 auf 1160 im Jahr 2007.²⁹⁰ Bouteflikas Amtszeit hat dennoch keine nennenswerten entwicklungspolitischen Fortschritte aufzuweisen; der Ausbau der Rente kann nur als Reproduktion der ineffektiven Wirtschaftsstruktur bewertet werden und die anhaltende Bautätigkeit sowie die Ausweitung der Tourismusbranche täuschen nicht darüber hinweg, dass hier keine binnenökonomische Entwicklung statt findet, sondern die Absicherung politischer Machtverhältnisse durch Subventionierung der Gesellschaft mit überschüssigen Renten.

3.1.4. Regionale Integrationsblockade

„Eine dissoziative Entwicklungspolitik im Sinne von Samir Amin und Dieter Senghaas, in der die Entwicklungsländer ihren Außenhandel aufeinander beschränken, ist in Anbetracht der politischen Gegebenheiten in den Entwicklungsländern nicht in Sicht: sowohl die von einer neuen Weltwirtschaftsordnung erhofften komparativen Vorteile als auch die oft kontroversen eingeschlagenen Wege in den Entwicklungsländern deuten, zumindest mittelfristig, nicht auf die dafür notwendige Einigkeit der Dritten Welt hin, sondern auf ihre Weltmarktoffenheit.“²⁹¹

²⁸⁷ Vgl. Saïdoun, Nabila: *Le tourisme algérien face au défi sécuritaire*; In: Liberte vom 12.2.2008, S. 3

²⁸⁸ Vgl. Zimmermann, Martina: *Eine Baustelle unter freiem Himmel*; In: Quantara online vom 26.5.2008, http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/c-469/nr-873/i.html, Zugriff am 5.1.2010

²⁸⁹ Vgl. Gaupp, Peter: *Algerien will zurück ins Tourismus-Geschäft*; In: NZZ vom 9./10.6.2007, S. 11

²⁹⁰ Vgl. Eurostat European Commission (Hg.): *Euro-Mediterranean statistics*; Luxemburg 2009, S. 146 f

²⁹¹ Benakli, Akli: *Die algerische Industrialisierungspolitik*; Frankfurt/Main 1992, S. 26

Die enorme Bedeutung der Rente für die arabischen Öl- und Gasförderländer und die auf der Aneignung der Rente basierenden politischen Herrschaftsverhältnisse in der Region stehen einer solchen regiozentrierten Entwicklung im Wege. Im Falle Algeriens ist insbesondere die mangelnde wirtschaftspolitische Verflechtung mit den Staaten der Sahel-Zone und des Maghreb bedeutsam. Weder die UMA noch die Arabische Liga konnten entsprechende Dynamiken in der Region auslösen. Algeriens Wirtschaft ist nach wie vor auf den europäischen Markt ausgerichtet. Die EU ist verantwortlich für 55% der Importe und 52% der Exporte, der Austausch mit den Nachbarn umfasst nur 1% der Handelsbilanzsumme.²⁹² Dennoch versteht es das Regime seine außenpolitische Abhängigkeit zu diversifizieren. Die regionalpolitische Integration Algeriens soll daher in den entwicklungspolitischen Diskurs eingeordnet werden. Zunächst wird auf die Strukturschwäche von UMA und Arabischer Liga, sowie Algeriens außenwirtschaftliche Diversifikation eingegangen, bevor die Erfolgchancen einer Strategie der *collective self-reliance* für Algerien und den Maghreb beurteilt werden sollen.

Die nationalstaatliche Einbettung in regionale oder internationale Organisationen ist für die Entwicklung einer adäquaten Außenpolitik von enormer Bedeutung. Daher ist die Strukturschwäche der Arabischen Liga und der UMA ein wesentliches Hindernis für Algerien, eine autozentrierte oder regiozentrierte Entwicklungsstrategie einzuleiten.²⁹³ Die politischen Konflikte zwischen Mitgliedsstaaten der AL und die mangelnde Bereitschaft das Bündnis auch für die Intensivierung der wirtschaftlichen Kooperation zu nutzen, sind die wesentlichen Hindernisse für die Funktionalität der Liga. Sie war jedoch bislang unfähig ihre internen Strukturprobleme zu beseitigen.²⁹⁴ Ein wesentlicher Aspekt ist die politische Uneinigkeit der Mitglieder und ihre mangelnde Bereitschaft zum Konsens. Zudem wird die Liga regelmäßig in innenpolitische Konflikte einzelner Mitgliedsstaaten verwickelt. Camp David 1979 führte zum Ausschluss Ägyptens aus der Organisation und marginalisierte die Liga in den folgenden Jahren als Sprachrohr der arabischen Welt, ebenso wie die Streitigkeiten um den irakischen Einmarsch in Kuwait Anfang der 90er Jahre. Das letzte Ereignis, dass die mangelnde Funktionalität der Liga verdeutlicht, war der Irakkrieg 2003. Auf der Konferenz in Scharm-el-Sheik im März 2003 sprach sich die AL offiziell gegen den Krieg aus, obwohl zahlreiche Mitglieder die Kriegsvorbereitungen der USA diplomatisch oder logistisch bereits unterstützten. Die

²⁹² Vgl. Gaupp, Peter: *Geld allein löst Algeriens Probleme nicht*; In: NZZ vom 18.9.2007, S.13

²⁹³ Vgl. Samoleit/Mattes: *Die blockierte Reform der Arabischen Liga*; GIGA-Fokus, 2/2008, S. 1

²⁹⁴ Verstöße gegen die Charta der Liga werden nicht geahndet und die jährliche Gipfelkonferenz abgesagt. Vgl. Samoleit/Mattes: *Die blockierte Reform der Arabischen Liga*; GIGA-Fokus, 2/2008, S. 3

Ernennung Amr Musas zum Generalsekretär 2001 nährte die Hoffnung, eine Reform der Liga einleiten zu können, doch jegliche Reforminitiative wurde abgewiesen, da keine Einigkeit über die Reformvorschläge erzielt werden konnte.²⁹⁵

Eine ähnliche Disfunktionalität der internen Strukturmechanismen ist auch bei der UMA festzustellen. Der Zusammenschluss von Libyen, Tunesien, Mauretanien, Marokko und Algerien zur UMA am 17.2.1989 in Marrakesch war letztendlich nicht regionalpolitisch motiviert; erklärtes Ziel der Organisation war es die Verhandlungsposition der Maghreb-Staaten gegenüber der EU zu stärken. Vor allem Algier und Rabat erhofften zudem mit der Einbindung Mauretaniens und Libyens den regionalen Handel zu stärken, bislang jedoch ohne Erfolg.²⁹⁶ Für den Außenhandel der UMA-Staaten ist der Maghreb nach wie vor bedeutungslos, obwohl bestimmt Kooperationsformen durchaus nahe liegend sind. Marokko ist in der Region der größte Lebensmittelproduzent, während Algerien 80% seiner Nahrungsmittel importiert. Andersherum verhält es sich mit Kohlenwasserstoffen. 2005 sollte erstmals seit 1994 ein UMA-Gipfel stattfinden, doch kurz zuvor wurde die Konferenz nach Konsultationen der UMA-Außenminister in Tripolis abgesagt, nachdem Marokkos König seine Teilnahme überraschend storniert hatte; offizieller Anlass war eine Äußerung Bouteflikas, der bekräftigte, die Polisario auch weiterhin unterstützen zu wollen.²⁹⁷ Zwar verweilte Mohammed VI kurz vor dem Gipfel in Algier, um bilaterale Handelsabkommen zu signieren, doch dominierten die gegenseitigen Vorbehalte in der Westsahara-Frage.²⁹⁸ Algier versucht zwar immer wieder die regionale Kooperation zu intensivieren und auf Basis von AL und UMA die Region politisch zu einen – wie der Versuch Bouteflikas die innenpolitischen Spannungen im Libanon für die Belebung der Liga als politische Plattform zu nutzen²⁹⁹ - bislang blieb jedoch jedwede Initiative ohne Wirkung. Die Erfolgchancen einer Umsetzung der Strategie der *collective self-reliance* in Algerien sind daher als gering einzuschätzen. Die sozioökonomischen Voraussetzungen für eine stärkere wirtschaftliche Verflechtung der Region scheinen zwar vorhanden zu sein, jedoch stehen politische Faktoren einer solchen Entwicklung im Wege.

Im Gegensatz zu dieser ineffektiven und entwicklungspolitisch hemmenden Schwäche der außenpolitischen und wirtschaftlichen Verflechtung Algeriens verfolgt das Regime

²⁹⁵ Verschiedene Reformvorschläge beinhalten die Schaffung eines Parlaments sowie eines arabischen Gerichtshofes, um ein Schlichtungsorgan für zwischenstaatliche Konflikte zu schaffen. Der letzte Versuch einer Einigung scheiterte auf der Reformkonferenz der AL in Tunis 2004. Vgl. Ebenda, S. 4 f

²⁹⁶ Vgl. Schumacher, Tobias: *Die Maghreb-Politik der Europäischen Union*; Wiesbaden 1998, S. 81

²⁹⁷ Vgl. Stute, Dennis: *Maghreb-Staaten kommen sich nicht näher*; In: Deutsche Welle Online vom 25.5.2005, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,1564,1594418,00.html>, Zugriff am 23.5.09

²⁹⁸ Vgl. Belabes, Salah-Eddine: *Mohammed VI á Alger*; In: El Watan vom 22.3.2005, S. 1 und 4

²⁹⁹ Vgl. Meddi, Adléne: *Vers un mini-sommet arabe á Alger?*; In: El Watan vom 2.4.2008, S. 2

mittlerweile eine durchaus progressive außenpolitische Handelsstrategie. Zwar ist die algerische Wirtschaft nach wie vor ausgerichtet auf die europäischen Märkte, jedoch versteht es das Regime vor dem Hintergrund des einseitigen Abhängigkeitsverhältnisses von Europa und der ausgeprägten internen Strukturdefizite seine außenhandelspolitische Abhängigkeit geschickt zu diversifizieren und den Einfluss der EU als Handelspartner zu lockern. Algier sucht nach neuen Absatzmärkten für seine Kohlenwasserstoffe, um die EU im Rahmen ihrer Versuche sich von russischen Energielieferungen unabhängiger zu machen unter Druck setzen und für Algerien bessere Vertragskonditionen aushandeln zu können. Des Weiteren versucht die Staatsklasse ihre Importstruktur zu diversifizieren und Handelspartnerschaften außerhalb der EU zu etablieren. Im Importsektor Algeriens verlor Frankreich bereits in den 70er Jahren seine dominante Stellung und musste an Italien, Deutschland und die USA Anteile abtreten. 1970 betrug Frankreichs Anteil an den algerischen Importen noch 42,4%, sank aber bis 1986 auf 24%. Im selben Jahr entfielen über 80% der Importe auf die EU, während 93% der Exporte dorthin verschifft wurden. Osteuropa konnte sich trotz guter Beziehungen zu Moskau als Handelspartner nicht durchsetzen. Während die Bedeutung Japans für den algerischen Importsektor immer wichtiger wurde – 1978 bezog Algerien 9% seiner Importe aus Japan – blieb die handelspolitische Kooperation mit dem afrikanischen Kontinent bedeutungslos. 1967 entfielen lediglich 2,5% der Importe und 2,1% der Exporte auf Afrika, 1986 waren es gerade noch 0,8% bzw. 0,1%. Das Handelsvolumen mit den arabischen Staaten umfasste 1967 noch 1,6% der Importe und 1,8% Exporte, 20 Jahre später entfielen etwa 1,8% bzw. 0,8% auf diese Region.³⁰⁰ Insbesondere aufgrund dieser Strukturschwäche der algerischen Außenhandelsbilanzen verstärkt die Regierung Bouteflika seit einiger Zeit seine Anstrengungen, neue Absatzmärkte und Handelspartner für das Importgeschäft zu erschließen. Vor allem die Intensivierung der algerisch-russischen Zusammenarbeit ist für die letzten Jahre hervorzuheben. Algier konnte seine Auslandsschulden in Russland in Höhe von etwa 4,74 Mrd. US-Dollar 2006 geschickt mit Waffenkäufen mit einem Volumen von 7,5 Mrd. US-Dollar verrechnen, um die strategische Partnerschaft mit Moskau zu beleben.³⁰¹ Zudem bündeln Algier und Moskau ihre Kräfte, um die Gründung einer Gas-OPEC voran zu treiben.³⁰² Rege diplomatische und wirtschaftliche Aktivitäten entwickelten sich zudem zwischen Iran und Algerien. In den letzten Jahren

³⁰⁰ Vgl. Benakli, Akli: *Die algerische Industrialisierungspolitik*; Frankfurt/Main 1992, S. 248 f

³⁰¹ Vgl. Mattes, Hanspeter: *Algeriens Energiepolitik*; GIGA Focus 2/2007, S. 4 f

³⁰² Inzwischen äußert Algier vermehrt Bedenken über die Mig-29-Jets und fordert Nachbesserung des Deals. Vgl. Benmostepha, Zahir: *Mutisme sur les contrats des Mig*; In: *Liberte* vom 21. Februar 2008, S. 3

haben iranische Firmen mehrere hundert Millionen Dollar in Algerien investiert³⁰³ und die iranische Regierung ist insbesondere an einer Ausweitung der nuklearen Kooperation mit Algier interessiert.³⁰⁴ Des Weiteren konnte Algier in den vergangenen Jahren mit der Türkei³⁰⁵ und Argentinien³⁰⁶ seine wirtschaftspolitischen Beziehungen massiv ausweiten und seine Export- und Importstruktur damit allmählich diversifizieren.

Dennoch bleibt festzuhalten, dass die algerische Außenwirtschaftsstrategie mit dem Ziel sich stärker von der EU zu emanzipieren nur bedingt Erfolge zeigt. Algier versucht zwar kontinuierlich neue Absatzmärkte zu erschließen und seine Importstruktur zu diversifizieren, die Abhängigkeit von Europa bleibt dennoch bestehen. Einerseits kann die Kooperation mit Iran oder der Türkei die europäischen Technologieimporte nicht ersetzen und andererseits ist die regionalpolitische Integration Algeriens aufgrund der Disfunktionalität von Arabischer Liga und UMA zu schwach ausgeprägt, um eine ökonomische Modernisierung und Überwindung der Unterentwicklung im Sinne einer *collective self-reliance* einleiten zu können. 2007 betrug der Anteil der Mittelmeeranrainer an den algerischen Importen lediglich 2,5%, während Algier nur 1,9% seines Exportvolumens in die Region lieferte.³⁰⁷ Amins Konzept scheint zwar in den letzten Jahren in Lateinamerika einen gewissen Einfluss zu genießen, für Algerien und den Maghreb scheint diese Strategie zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine realistische Alternative darzustellen. Die Schaffung einer gemeinsamen Binnenhandelszone, der Einflussgewinn der *Organisation Amerikanischer Staaten* und die Installation einer regionalen Entwicklungsbank sind erste Schritte in Richtung einer regiozentrierten Entwicklung, bei der die Staaten ihren regionalen Handel ausweiten und versuchen den ökonomischen Einfluss der Metropole zurückzudrängen. Das Konzept wird auch für den

³⁰³ Im Rahmen des Algier-Besuches Achmadinedjads 2007 wurden diverse Wirtschaftsverträge signiert; man einigte sich auf engere Kooperation im Banken- und Bausektor und vereinbarte eine gegenseitige Investitionsförderung im Ölsektor. Beide Staaten wollen eng im Bereich der zivilen Atomtechnologie kooperieren. Vgl. Iran Daily (Hg.): *Ahmadinejad's Algeria Trip Crucial*; In: Iran Daily 6.8.07, S. 1

³⁰⁴ Bouteflikas Staatsbesuch in Teheran 2008 wurde dominiert vom Ausbau der Kooperation in der Energiebranche und Konsultationen bezüglich möglicher Kooperationsformen im Nuklearsektor; Iran ist verzweifelt auf der Suche nach Unterstützung für sein Atomprogramm, während Algeriens Pläne für den Aufbau eines zivilen Nuklearsektors von den USA und Europa toleriert werden. Vgl. Mokhtaria, B.: *Le soutien de Bouteflika au nucléaire iranien*; In: Le Quotidien d'Oran vom 12.8.2008, S. 1 und 2

³⁰⁵ Auch die Türkei will wirtschaftspolitisch Fuß fassen im rohstoffreichen Algerien. 150 türkische Firmen sind mittlerweile im Land aktiv und ermöglichten die Investitionssumme von etwa 310 Mio. US-Dollar in Algerien für 2007, das Handelsvolumen zwischen beiden Staaten erreichte 2008 2,5 Mrd. Dollar. Vgl.

Lamriben, Hocine: *L'Algérie porte d'entrée de la Turquie en Afrique*; In: El Watan vom 19.8.2008, S. 4

³⁰⁶ Argentinien Präsidentin Kirchner besuchte Algier im Herbst 2008. Auch hier wurde eine verstärkte Kooperation im Bereich der zivilen Nukleartechnik vereinbart, sowie ein Phosphat-Deal signiert. Buenos Aires exportierte 2007 Waren im Wert von 900 Mio. US-Dollar nach Algerien. Vgl. Aljazeera English: *Argentina's Kirchner visits Algeria*; In: Aljazeera English online vom 17.11.2008, <http://english.aljazeera.net/news/africa/2008/11/20081116184524933668.html>, Zugriff am 12.1.2010

³⁰⁷ Vgl. Eurostat European Commission (Hg.): *Euro-Mediterranean statistics*; Luxemburg 2009, S. 68

Maghreb als grundsätzlich anwendbar betrachtet, da sozioökonomische Faktoren auf dessen Gültigkeit auch für diese Region hinweisen. Mittelfristig sind die Erfolgchancen einer solchen Strategie jedoch als gering zu bewerten, da die Strukturschwäche von Arabischer Liga und insbesondere der UMA ein wesentliches Hindernis für eine gegenseitige volkswirtschaftliche Integration der maghrebinischen Staaten darstellt.

3.1.5. Zwischenfazit

„Der permanente, ja inflationäre Gebrauch des Begriffs „Revolution“ entleert dessen Inhalt. (...) Andererseits dient er dazu, die Herrschaft derer zu legitimieren, die als einziger der algerischen Akteure siegreich aus dem Befreiungskrieg hervorgingen, der Armee, die sich zum Inhaber der „revolutionären Authentizität“ gemacht hat. Die Aneignung der Rente einerseits und die Glorifizierung des Befreiungskriegs als Legitimationsbasis des Militärs andererseits wurden zur materiellen und ideologischen Basis des Regimes.“³⁰⁸

Im Rahmen der massiven und dauerhaften Stabilisierung der Kohlenwasserstoffpreise ist das algerische Regime machtpolitisch gefestigter denn je. Entwicklungspolitisch jedoch hat Algerien auch unter der Regentschaft Bouteflikas keine nennenswerten Fortschritte machen können, trotz der umfangreichen Infrastrukturprogramme und der massiven fiskalpolitischen Subventionierung der Bevölkerung mit überschüssigen Renten. Algier baute seine Devisenreserven auf über 140 Milliarden US-Dollar aus und die offizielle Arbeitslosenquote sank von 23,7% 2003 auf 15,3% 2005,³⁰⁹ obwohl sie tatsächlich deutlich darüber liegen dürfte. Eine Marginalisierung der Arbeitskraft im Sinne Amins und Quijanos scheint demnach in Algerien durchaus vorzuliegen, da die Regierung wirtschaftspolitisch nicht versucht die Bevölkerung in den nationalen Wertschöpfungsprozess zu integrieren, sondern vielmehr die eigene Machtposition zu konsolidieren. Entwicklungspolitisch werden der Staat und seine Staatsklasse folglich geleitet von herrschaftspolitischen Motiven und weniger dem Ziel, eine Überwindung der Unterentwicklung und eine Verminderung der wirtschaftspolitischen Abhängigkeit von der Metropole zu erreichen. Wie in der Analyse herausgearbeitet wurde, ist die andauernde Strukturschwäche Algeriens mit den Herrschaftsverhältnissen und der Erdölrente zu erklären und demnach wesentlich mit internen Strukturdefiziten zu begründen. Zwar wurden die Fundamente der algerischen Rentierökonomie bereits in

³⁰⁸ Ruf, Werner: *Die Erinnerung an den nationalen Befreiungskampf*; Frankfurt/Main 2006, S. 152

³⁰⁹ Vgl. Seidenstücker, Hans: *Algerien: Aufbruchstimmung*; In: Zenith online vom 13.2.2006, <http://www.zenithonline.de/wirtschaft/laenderreport/?article=269&cHash=ae8f186918>, Zugriff 21.1.2010

der Kolonialzeit gelegt, jedoch konnte in Algerien keine ordnungspolitische Abkehr von diesen sozioökonomischen Strukturen eingeleitet werden. Zwar konnte sich die landwirtschaftliche Produktion zuletzt zunehmend stabilisieren und ausweiten, jedoch gehören Nahrungsmittel nach wie vor zu den dominierenden Importgütern. Zwischen 2000 und 2007 konnte sich der Ertrag aus dem Getreide- und Gemüseanbau fast verdoppeln, während die Produktion bei Früchten tendenziell rückläufig war.³¹⁰ Dennoch verzeichnete der Agrarsektor Algeriens eine Steigerung der Gesamtproduktion von 5,5 Millionen auf 7,5 Millionen Tonnen 2007.³¹¹ Diese Veränderungen entsprechen jedoch keineswegs einer grundsätzlichen Modernisierung des Agrarsektors, sondern sind lediglich als marginale Stabilisierung der algerischen Landwirtschaft zu verstehen.

Des Weiteren erscheint die skizzierte und grundsätzlich Erfolg versprechende Strategie der *collective self-reliance* für Algerien mittelfristig keine realistische Option zu sein, da die Strukturschwäche von Arabischer Liga und UMA der Stärkung regionaler wirtschaftlicher Dynamiken im Wege steht. Der Ausbau des Tourismussektors hingegen ist weniger Anzeichen einer binnenmarktorientierten Wirtschaftspolitik Algiers, als vielmehr der ordnungspolitische Versuch der algerischen Staatsklasse gesellschaftliche Konfliktpotenziale zu entschärfen. Die sozialen Proteste werden deutlich intensiver, wie die tagelangen Ausschreitungen in Oran und Berriane im Sommer 2008 verdeutlichen.³¹² Die politischen Herrschaftsverhältnisse und die Rente sind wesentlich verantwortlich für die Reproduktion der algerischen Unterentwicklung. Aufgrund des massiven Ausbaus des Öl- und Gassektors in den vergangenen zehn Jahren erscheint ein Aufbrechen dieser verkrusteten sozioökonomischen Strukturen bis auf weiteres nicht möglich zu sein. Vor allem die Rente ist das zentrale Hindernis einer politökonomischen Modernisierung und Demokratisierung Algeriens. Zwar werden angeblich in der Staatsklasse Strategien diskutiert, die die Installation von Rentenfonds als Vorsorgemaßnahme für ein künftiges Absinken des Rentenniveaus in Betracht ziehen. Solche Erdölfonds können durchaus gewisse für Rentiers typische Strukturdefizite beheben oder mildern, derartige Projekte konnten bislang jedoch nur in metropolitanen Ländern effektiv umgesetzt werden und es stellt sich die berechnigte Frage nach den Erfolgchancen des Modells für die peripheren arabischen Staaten. Für eine solch entwicklungspolitisch progressive Entwicklung müsste in der Peripherie der politische Wille vorhanden sein, auf wesentliche Teile der

³¹⁰ Vgl. Eurostat European Commission (Hg.): *Euro-Mediterranean statistics*; Luxemburg 2009, S. 101 f

³¹¹ Vgl. Ebenda, S. 108

³¹² Vgl. Ruf, Werner: Profiteure der Rentenökonomie; In: Quantara online vom 23.7.2008, http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/c-468/nr-985/i.html, Zugriff 20.1.2010

Rente zu verzichten und stattdessen den Binnenmarkt zu fördern; ein solcher Rentenfond müsste demnach insbesondere von externem und regierungsnahem Einfluss abgeschirmt werden, was derzeit jedoch in Algerien als unrealistisch zu beurteilen ist.³¹³

„Die allererste Priorität des ersten demokratischen Regimes, das sich eines Tages in Algerien einrichtet, wird es sein, den Staat von seinen Komplexen des kolonisierten Kolonisators zu entrümpeln.“³¹⁴

3.2. Strukturen und Ziele der europäischen Maghrebpolitik in Algerien

„Die großen kapitalistischen Mächte unterstützen die feudalen Elemente in den unterentwickelten Ländern als Instrument zur Aufrechterhaltung ihres wirtschaftlichen und politischen Einflusses. Dieses Moment bildete ein weiteres Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder.“³¹⁵

Nach der ausführlichen Darstellung der sozioökonomischen Verhältnisse in Algerien untersucht der nun folgende Abschnitt die wirtschaftspolitischen Verflechtungen des Landes mit der EU. Während die vorangehende Analyse eine Einordnung Algeriens in den entwicklungspolitischen Diskurs zum Ziel hatte, gilt es nun das Verhältnis zwischen dem peripheren Algerien und der EU zu analysieren, um die Qualität der externen Ursachen der entwicklungspolitischen Blockade Algeriens zu identifizieren. Wie oben bereits dargestellt, wurde das Fundament für die Beziehungen beider Akteure zueinander während der französischen Kolonialherrschaft gelegt. Frankreich ist demnach für die Strukturdefizite der algerischen Ökonomie mitverantwortlich, während interne Faktoren wie Rente und Staatsklasse die Reproduktion der metropolitenen Abhängigkeit maßgeblich unterstützten. Trotz der formalen Unabhängigkeit des Landes wird davon ausgegangen, dass Europa andere Formen der wirtschaftspolitischen Abhängigkeit implementieren konnte und damit einen wesentlichen Beitrag zur anhaltenden Reproduktion der entwicklungspolitischen Blockade Algiers leistet. Wie aus dem dependenztheoretischen Diskurs hervorgeht, sucht die Metropole nach Möglichkeiten ihre politische und wirtschaftliche Kontrolle über die Peripherie zu verteidigen und auszubauen. Sie strebt nach ordnungspolitischer Integration der Peripherie in ihr Wirtschaftsregime und versucht die Strukturprobleme peripherer Staaten für sich zu

³¹³ Vgl. Thielmann, Jörn: *„Der Islam ist meine Religion, Arabisch meine Sprache, Algerien mein Vaterland“*; Frankfurt/Main, 2006, S. 13

³¹⁴ Sansal, Boualem: *Postlagernd: Algier*; Gifkendorf 2008, S. 38

³¹⁵ Arrighi, Giovanni: *Multinationale Konzerne, Arbeiteraristokratien und ökonomische Entwicklung in Schwarzafrika*; Frankfurt/Main 1974, S. 223

nutzen. Die Stabilisierung von Rentenstaaten im Nahen Osten und im Maghreb durch Europa erfolgt durch eine zunehmende politische Unterstützung sowie den Verkauf von Militärgütern an autokratisch-diktatorische Regimes.

Lange Zeit galt Algerien als stabiles aber relativ unbedeutendes peripheres Land. Die geopolitischen Veränderungen im Bereich der weltweiten Energiepolitik haben diese Sichtweise in den vergangenen Jahren jedoch relativiert. Das 2006 veröffentlichte Grünbuch der Europäischen Kommission zur EU-Energiepolitik verweist nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer Diversifikation der europäischen Energieimporte sowie auf den zunehmenden Kampf um Energieressourcen zwischen Europa und Nordamerika einerseits und China, Indien und Lateinamerika andererseits.³¹⁶ Europa musste 2005 ganze 82,3% seines Ölbedarfs importieren. Lediglich Dänemark und Norwegen zählen zu den europäischen Staaten mit positiven Handelsbilanzen im Energiesektor. Fast ein Drittel der europäischen Ölimporte und inzwischen über 45% der Gasimporte werden von Russland gedeckt.³¹⁷ Da Moskau zunehmend versucht die EU in diesem Bereich unter Druck zu setzen, ist diese umso mehr bestrebt ihre energiepolitische Abhängigkeit von Russland zu reduzieren und ihre Energieimportstruktur zu diversifizieren. Zwar ist Algerien bereits einer der wichtigsten Gaslieferanten der EU, dennoch streben die Union und ihre Mitgliedstaaten die massive Ausweitung der Kohlenwasserstoffimporte aus Algerien an, da sich der Staat in den vergangenen Jahren als verlässlicher Partner mit stabilen politischen Verhältnissen, einem kontinuierlich steigenden Liefervolumen und einer für die EU überaus günstigen geographischen Lage profilieren konnte. Das Grünbuch der EU-Kommission forderte in diesem Zusammenhang eine verstärkte Koordinierung der Energiepolitik, da die EU vor allem in diesem wirtschaftlich sensiblen Bereich auf Versorgungssicherheit, aber auch die politische Stabilität der Lieferstaaten angewiesen sei. Die in dem Dokument formulierte Forderung nach einer kohärenter Außen- und Energiepolitik der EU ist zu verstehen als Appell zu verstärkten Anstrengungen der EU, die Energieexporteure Libyen und Algerien zunehmend in die Diversifikationsstrategien mit einzubeziehen. Zwar werden in Afrika nur etwa 10% der weltweiten Öl- und Gasreserven vermutet, doch spielen diese im globalen Wettrennen zwischen der EU, China und Indien eine wichtige Rolle, auch wegen mangelnder Alternativen. Im Folgenden wird zunächst die geopolitische Ausgangslage der EU in der

³¹⁶ Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hg.): *Grünbuch – Eine europäische Strategie für eine nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie*; Brüssel 2006, S. 3

³¹⁷ Vgl. Baumann/Turek: *Die europäische Energiepolitik im Vertrag von Lissabon*; Baden-Baden 2008, S. 158 f

Energiepolitik erläutert, um die energiepolitische Bedeutung Algeriens für die EU zu veranschaulichen. Um die Beziehungen der EU zu Algerien adäquat analysieren zu können, werden zudem die Assoziationsabkommen, die militärische Aufrüstung der Peripherie sowie die Handelsbeziehungen der Akteure zueinander detailliert untersucht.

3.2.1. Die europäische Energiepolitik im geopolitischen Kontext

„Die Angriffe zeigen, wie sehr die Leitungen die russische Energiestrategie stören. Gleichzeitig offenbart sich einmal mehr, wie fragil die europäische Versorgungssicherheit durch ihre Abhängigkeit von russischen Energielieferungen und das Fehlen einer konsistenten Energie-Außenpolitik ist.“³¹⁸

Der Kaukasus-Krieg zwischen Russland und Georgien im Sommer 2008 war zwar erklärtermaßen ein territorialer Konflikt um den Status der beiden Provinzen Abchasien und Südossetien, doch könnten vielmehr der geplante NATO-Beitritt Georgiens und die Rolle der Kaukasusrepublik bei der Energieversorgung der EU eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben. Georgien gilt als für die EU unverzichtbarer Transportkorridor für Energielieferungen aus Zentralasien. Die Beschädigung der *Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline* durch russische Truppen wird von der NZZ als Warnung an die EU bewertet, die in den vergangenen Jahren verstärkt versucht ihre energiepolitische Abhängigkeit von Russland zu vermindern, alternative Energielieferanten zu gewinnen und ihre Erdöl- und Erdgasversorgung unter Umgehung russischen Territoriums zu diversifizieren. Moskau stützt 20 Jahre nach dem Zusammenbruch der UdSSR seine geopolitische Bedeutung vor allem auf seinen Einfluss im Bereich der Energieversorgung und sucht nach Möglichkeiten, diesen Status zu konsolidieren. Russland verfolgt eine Strategie der integrierten Energiepolitik. Russische Energiekonzerne kontrollieren demnach neben Förderung und Transport in Russland auch verstärkt den Transit durch Osteuropa und den Vertrieb in der EU. Der Ausbau des Transportmonopols durch die Beteiligung an Transitnetzen in Osteuropa wird durch die Gründung von Vertriebsgesellschaften in den Abnehmerländern ergänzt, um die Kontrolle über Produktion, Transport und Verkauf der Energieprodukte zu übernehmen. Die Versuche der EU sich von Russland zu emanzipieren, laufen den Interessen Moskaus entgegen und bergen Konfliktpotenzial. Die Notwendigkeit der Diversifikation der europäischen Energieversorgung wird zudem

³¹⁸ Himmelreich, Jörg: *Europa benötigt eine Energie-Außenpolitik*; In: NZZ vom 11.11.2008, S.7

anhand des Konkurrenzkampfes um die Sicherung von Energiequellen zwischen Industrienationen und Schwellenländern deutlich. Zunächst werden daher die Strategien zur Entwicklung wirksamer Instrumente für eine Koordination der EU-Energiepolitik erläutert, bevor auf die Rolle Chinas eingegangen wird. Abschließend werden die beiden zentralen Projekte für die energiepolitische Diversifikation Europas gegenübergestellt. Zum einen versucht die EU die zentralasiatischen Energiequellen zu erschließen und forciert den Bau der Nabucco-Pipeline, zum anderen rücken die Rentiers Libyen und Algerien zunehmend in den Fokus der europäischen Energiepolitik.

Bereits seit Anfang der 80er Jahre wird im Rahmen der EG versucht verstärkt gemeinsame Instrumente einer kohärenten Energiepolitik zu entwickeln. Der Ölpreisschock von 1973 und die Entwicklungen im Iran seit 1979 führten den Industrienationen die Bedeutung der energiepolitischen Versorgungslage für ihre eigene wirtschaftliche Stabilität vor Augen. Der Vertrag von Maastricht schuf Anfang der 90er Jahre die Grundlage für die Entwicklung gemeinsamer außenpolitischer Strategien durch die Implementierung der GASP in das Vertragswerk der EU und formulierte damit erstmals den Anspruch der Gemeinschaft auch außenpolitisch zukünftig verstärkt zu kooperieren. Die Energiecharta von 1991 reagiert zudem auf die geopolitischen Veränderungen nach dem Kollaps der UdSSR und zielt durch die Verabschiedung einer solchen politischen Erklärung auf den Abschluss international anerkannter rechtlicher Grundlagen für den Energiesektor, mit den Schwerpunkten auf den Bereichen Handel, Transit und Investitionen.³¹⁹ Bereits diese Erklärung symbolisiert einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Implementierung der Energiepolitik in den Kompetenzbereich der EU. Dennoch gelang erst mit der Ratifizierung des EU-Reformvertrages von Lissabon die Implementierung einer gemeinsamen Energiepolitik in das Vertragswerk der EU. Während der Vertrag von Nizza keinerlei direkten Bezug zur Energiepolitik aufweist, spiegelt sich der Bedeutungsgewinn dieses außenpolitischen Schlüsselbereichs im Vertrag von Lissabon in Form eines zwar kurzen aber separaten Kapitels wieder.

Der Vertrag bekräftigte die wesentlichen Ziele im Bereich der Energiepolitik aus dem 2006 veröffentlichten Grünbuch der EU-Kommission. Das Strategiepapier fordert eine zunehmend kohärente Energiepolitik im Rahmen der EU und setzt auf langfristig konzipierte Strategien für die energiepolitische Versorgungssicherheit. Die EU verfolgt demnach die Liberalisierung im Inneren und die Diversifikation nach außen. Das Papier

³¹⁹ Vgl. Baumann/Turek: *Die europäische Energiepolitik im Vertrag von Lissabon*; Baden-Baden 2008, S. 160 f

fordert neben einer energiepolitischen außenwirtschaftlichen Diversifikation eine verstärkte Koordination der Energiepolitik und betont die enorme Bedeutung der Versorgungssicherheit. Insbesondere die wirtschaftspolitische Stabilität wichtiger Energielieferanten sei von übergeordneter Bedeutung. Das Grünbuch fordert neben einer kohärenten Außen- und Energiepolitik den Abschluss von Energiepartnerschaften mit den Förder- und Transitländern, um die langfristige Versorgungssicherheit der EU zu gewährleisten.³²⁰ Der Vertrag von Lissabon formuliert eine ähnliche Strategie, betont jedoch zudem die Notwendigkeit einer institutionalisierten Energieaußenpolitik mit dem Ziel einer intensiven Verflechtung der außenhandelspolitischen Instrumente der EU. Die adäquate Koordination von GASP und Assoziierungspolitik im Mittelmeerraum mit den Energiepolitik könne eine dynamische Energieaußenpolitik stützen. Dennoch scheinen die Kompetenzüberschneidungen der verschiedenen außenpolitischen Instrumente tendenziell die Funktionalität der außenpolitischen Handlungsfähigkeit einzuschränken. In diesem Sinne gilt für die GASP nach wie vor das Einstimmigkeitsprinzip.³²¹

Neben der Russischen Föderation zählen Algerien und Norwegen zu den wichtigsten Energielieferanten der EU, besonders bei der Versorgung mit Erdgas. Während Moskau und Algier durchaus Potenzial besitzen ihr Förder- und Liefervolumen auszuweiten, ist der Spielraum für zusätzliche Lieferungen aus Norwegen eher gering. Das EFTA-Mitglied ist für etwa 17% der Gasimporte der EU verantwortlich und liegt damit auf Platz zwei hinter Russland mit einem Anteil von 40%. Im Gegensatz dazu gilt Norwegen jedoch als verlässlicher Partner. Oslo konnte dennoch der Bitte der EU nach zusätzlichen Gaslieferungen nicht nachkommen, da der mehrheitlich staatseigene Konzern Statoil Hydro mit ausgelasteten Kapazitäten zu kämpfen hat und rund 90% seiner Exporte im Rahmen von langfristigen Verträgen veräußert.³²² Da die Kohlenwasserstoffvorräte der Nordsee den Peak Oil bereits überschritten haben dürften, ist die EU auf zunehmende Importe aus anderen Regionen angewiesen. Besonders Zentralasien spielt für die Versorgungssicherheit der EU eine übergeordnete Rolle. Diverse Pipeline-Projekte verbinden die Region am Kaspischen Meer mit dem Kaukasus und der Türkei - teils unter europäischer, teils unter russischer Kontrolle. Eine für die EU enorm wichtige

³²⁰ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hg.): *Grünbuch – Eine europäische Strategie für eine nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie*; Brüssel 2006, S. 16 f

³²¹ Vgl. Algeri/Bauer: *Die Festschreibung mitgliedstaatlicher Macht: GASP und ESVP im Vertragswerk von Lissabon*; Baden-Baden 2008

³²² Norwegen ist auch im Bereich der Gasverflüssigung aktiv und installierte in Hammerfest die erste LNG-Anlage Europas. Das Projekt liefert indes einen bescheidenden Beitrag zur Gesamtproduktion Norwegens. Zudem exportiert das Land den Großteil seines Flüssiggases mittels langfristiger Verträge in die USA. Vgl. Meissl Årebo, Ingrid: *Norwegen auf dem Weg zur Erdgas-Nation*; In: NZZ vom 22.1.2009

Transporttrasse ist die BTC-Pipeline von Baku über Georgien zum südtürkischen Mittelmeerhafen Ceyhan, wo der Transport nach Europa mittels Tankschiffen fortgesetzt wird.³²³ Bereits 1999 wurde eine Pipeline von Baku ins georgische Suspa am Schwarzen Meer fertig gestellt, die erstmals das russische Transportmonopol für Kohlenwasserstofflieferungen aus Zentralasien brechen konnte. Ebenso wie die BTC umgeht diese Route russisches Territorium. Um die Umsetzung des BTC-Projekt zu stören, unterstützte Russland angeblich kurdische Rebellen in der Türkei, die die Fertigstellung der Pipeline verzögern oder verhindern sollten.³²⁴ Dennoch pumpt die Trasse seit 2005 Erdöl über die Türkei nach Europa und führte wegen der relativ stabilen politischen Verhältnisse in der Türkei zur Aufwertung des Landes als zentralem Transitkorridor für europäische Energieimporte. In diesem Kontext ist auch das Nabucco-Projekt zu verstehen. Die acht Mrd. Euro teure Trasse soll den Verteilerknoten im osttürkischen Erzurum mit Österreich verbinden und ab 2014 an bis zu 31 Mrd. Kubikmeter Erdgas pro Jahr transportieren. Die 3300 Kilometer lange Pipeline, an der neben der türkischen BOTAS unter anderem die österreichische OMV und RWE beteiligt sind, soll bei maximaler Auslastung bis zu 6% des europäischen Erdgasverbrauchs decken. Die Auslastung scheint derzeit jedoch das größte Problem des Projektes darzustellen, da bisher lediglich mit Aserbaidschan verbindliche Zusagen getroffen werden konnten. Das Betreiberkonsortium verfolgt dennoch das Ziel einer fristgerechten Fertigstellung und hofft, die Auslastung der Kapazitäten später sichern zu können.³²⁵ Neben Turkmenistan, Usbekistan und Kasachstan könnten Iran und Irak zu zentralen Lieferanten der Nabucco-Trasse avancieren. Trotz kontinuierlicher Sanktionen gegen Teheran ist eine Anschlussstelle in Richtung Iran explizit eingeplant; ob und wann sie gebaut bzw. mit Erdgas gefüllt wird, ist derzeit völlig ungeklärt. Einfacher könnte die Einbindung Iraks in die Diversifikationsstrategie der EU sein. In diesem Sinne wollen Brüssel und Bagdad ihre energiepolitische Kooperation deutlich intensivieren. Vor dem Hintergrund der geplanten Erhöhung der irakischen Kohlenwasserstoffförderung von derzeit 2,5 auf 12 Mio. Barrel täglich bis 2015 unterzeichneten EU-Energiekommissar

³²³ Die 1760 Kilometer lange BTC-Pipeline wurde am 25. Mai 2005 eröffnet und kostete die Betreiber etwa 3,6 Mrd. Euro. Beteiligt ist eine Vielzahl regionaler und metropolitaner Energiegesellschaften, unter anderem BP mit einem Anteil von 30,1%, AzBTC (Aserbaidschan) mit 26%, Unocal mit 8,9%, Statoil mit 8,71%, TPAO (Türkei) mit 6,53%, die italienische ENI und die französische Total mit je 5% sowie ConocoPhillips mit 2,5%. Eines der wichtigsten Projekte unter russischer Führung ist die zum Schwarzen Meer führende *Caspian Pipeline*. Beteiligt sind Russland mit rund 24%, Kasachstan mit 19% sowie Chevron und Mobil mit 15 bzw. 7,5%. Vgl. Seifert/Werner: *Schwarzbuch Öl*; Bonn 2006, S. 120 f

³²⁴ Vgl. Seifert/Werner: *Schwarzbuch Öl*; Bonn 2006, S. 125

³²⁵ Vgl. Fuster, Thomas: *Gerangel um knappe Erdgasquelle*; In: NZZ vom 14.7.2009

Piebalgs und der irakische Erdölminister Shahrastani im Januar 2010 ein Memorandum über die strategische Energiepartnerschaft zwischen der EU und dem Irak.³²⁶

Auf der anderen Seite versucht Russland den Bau alternativer Routen nach Europa voranzutreiben. Einerseits wird mit Hochdruck an der Fertigstellung der Ostsee-Pipeline Nord Stream gearbeitet, die vom russischen Wyborg an die ostdeutsche Küste verlegt wird, und andererseits planen Gazprom und ENI den Bau der Schwarzmeer-Trasse South Stream, die ab 2013 etwa 63 Mrd. Kubikmeter Gas pro Jahr von Russland über Bulgarien nach Südeuropa liefern soll. Beide Projekte stehen indes exemplarisch für ein unkoordiniertes Vorgehen der EU in der Energieaußenpolitik. Während auf EU-Ebene eine Reduktion der energiepolitischen Abhängigkeit von Russland anvisiert wird, signierten mehrere EU-Staaten jedoch weitere bilaterale Abkommen mit Moskau. Deutschland ist an Nord Stream beteiligt, während Ungarn, Österreich und Bulgarien gleichzeitig an Nabucco und South Stream partizipieren. Zwar betonen die Betreibergesellschaften der Projekte, der wachsende Energiehunger Europas reiche für die Auslastung beider Pipelines, doch scheinen Interessenkonflikte vorprogrammiert.³²⁷

Mittelfristig wird die EU zwar zunehmend Energielieferungen aus Zentralasien beziehen, die Komplikationen der Erschließung in dieser Region verdeutlichen jedoch die Notwendigkeit einer breiteren Diversifikation der europäischen Energieversorgung. Moskau bietet sich zwar weiter als Lieferant an, doch die EU sucht nach Alternativen und kommt dabei an Afrika nicht vorbei. Der Kontinent verfügt zwar lediglich über 10% der weltweiten Energiereserven, doch bietet Afrika nach wie vor Möglichkeiten zur Ausweitung der Energieförderung.³²⁸ Dennoch garantieren nicht alle afrikanischen Länder mit Kohlenwasserstoffreserven die nötige Versorgungssicherheit. Während in Nigeria aufgrund innenpolitischer Spannungen zunehmend schwierige Bedingungen im Energiesektor herrschen, konnten Angola und Sudan zuletzt ihren Förderoutput massiv steigern – wobei Sudan für die westlichen Industrienationen auch aufgrund der Präsenz Chinas derzeit keine Option darstellt. Die primären Anlaufstellen für europäische Energiekonzerne in Afrika sind vor allem Libyen und Algerien, die in den letzten Jahren ihre Märkte für Investoren öffneten und den Ausbau ihrer Förder- und Transportkapazitäten ankündigten. Im Gegensatz zu Iran oder Venezuela, wo aufgrund mangelnder Instandhaltungsarbeiten und Investitionen in den Energiesektor ein Sinken des Förder- und Exportniveaus droht, investierte insbesondere Algerien massiv in den

³²⁶ Vgl. Rogg, Inga: *Irakisches Gas für Europa*; In: NZZ vom 20.1.2010, S. 5

³²⁷ Vgl. Fuster, Thomas: *Gerangel um knappe Erdgasquelle*; In: NZZ vom 14.7.2009

³²⁸ Vgl. Pelda, Kurt: *Wettrennen um Afrikas Erdölfelder*; In: NZZ vom 21.9.2006, S. 13

Ausbau des Sektors. Von 2005 bis 2010 plante Algerien ein Investitionsprogramm in Höhe von 33 Mrd. US-Dollar.³²⁹ Zwar strebt Spanien eine zunehmende Kooperation mit Russland an, da sich Madrid seinerseits von der Abhängigkeit Algeriens in der Energiepolitik befreien möchte,³³⁰ doch wird Algerien in der gesamteuropäischen Energiepolitik zukünftig eine wesentlich stärkere Rolle einnehmen als bisher.

Auch Libyen rückt zunehmend in den Fokus der EU-Energiepolitik. Nachdem Revolutionsführer Ghaddafi das umstrittene Atomprogramm Libyens medienwirksam beendete und den Opfern und Hinterbliebenen zahlreicher Terroranschläge, deren Urheberhaft Libyen zugeschrieben wird, Entschädigungen zukommen ließ, wurde Tripolis von der internationalen Gemeinschaft weitgehend rehabilitiert.³³¹ Neben Algerien spielt Tripolis in der Versorgungsstrategie der EU eine zentrale Rolle, immerhin verfügt der Staat über die größten Ölreserven Afrikas. Bis 2020 werde ebensoviel Öl aus dem Maghreb nach Europa fließen wie aus Russland, ließ EU-Energiekommissar Piebalgs verlauten. Aufschlussreich erscheinen in diesem Kontext die Vertragsbedingungen, die Energiekonzerne akzeptieren, um in Libyen arbeiten zu dürfen. BP unterzeichnete 2008 Erschließungsabkommen für Erdgas im Umfang von mehr als 600 Millionen Euro. Damit kehrte BP 30 Jahre nach der Verstaatlichung des Energiesektors erstmals zurück auf den libyschen Markt.³³² Die Vertragskonditionen jedoch verdeutlichen die veränderte Ausgangssituation für die europäischen Energiekonzerne. Allein für den Vertragsabschluss zahlt BP dem libyschen Staat eine Provision in Höhe von 250 Millionen Euro und wird zusätzlich fast 80% seiner zukünftigen Produktionserlöse an die staatliche libysche National Oil Corporation abtreten.³³³ Auch in Algerien kann kein internationaler Energiekonzern mehr arbeiten, ohne Mehrheitsbeteiligungen an die Sonatrach zu übertragen. Vor wenigen Jahrzehnten kontrollierten noch die Erdölmultis

³²⁹ Vgl. Mattes, Hanspeter: *Algeriens Energiepolitik*; GIGA Focus 2/2007, S. 2

³³⁰ Spanien will sich von algerischen Energielieferungen unabhängiger machen und unterzeichnete 2009 im Rahmen des Spanien-Besuchs Medwedews Verträge mit Gazprom. Eine Rahmenvereinbarung zur Kooperation im Energiesektor wurde signiert. Spanien bezieht derzeit 20% seiner Erdölimporte aus Russland. Vgl. Gaupp, Peter: *Energie-Kooperation Spaniens und Russlands*; In: NZZ vom 4.3.2009

³³¹ Nach den Besuchen Aznar 2003 und Blairs 2004 in Tripolis, weihte der italienische Ministerpräsident Berlusconi und Ghaddafi die *Greenstream-Pipeline* von Libyen nach Sizilien mit einem Liefervolumen von acht Mrd. Kubikmeter Erdgas pro Jahr ein. ENI investierte etwa 4,6 Mrd. US-Dollar in Libyen. Auch Wintershall - seit 1958 kontinuierlich im Land aktiv - weitete sein Engagement aus und RWE initiierte ein Joint Venture mit *National Oil Corporation*. Vgl. Seifert/Werner: *Schwarzbuch Öl*; Bonn 2006, S. 108 f

³³² Von 1967 bis zum Beginn der Nationalisierungswelle 1971 drängten vermehrt nordamerikanische und europäische Ölkonzerne nach Libyen. Nachdem Ägypten 1967 den Suez-Kanal blockierte und Europas Versorgung mit Erdöl aus dem Nahen Osten ins Stocken geriet, investierten europäische Multis zügig in Libyens Ölförderung, da der Staat von der Blockade der Transportroute nicht betroffen war, bis Ghaddafis Machtergreifung 1969 der europäischen Erdöloffensive ein Ende setzte. Vgl. Ebenda, S. 115 f

³³³ Vgl. Stahnke, Jochen: *Libyen – Wettlauf um den Wüstenstaat*; In: Zenith online vom 13.6.2008, <http://www.zenithonline.de/wirtschaft/laenderreport/?article=150&cHash=dc6ec33bfb>, Zugriff 21.11.2009

die Branche nach Belieben. Inzwischen stehen diese Konzerne vermehrt einer starken Konkurrenz peripherer Staatsfirmen gegenüber, die westliche Konzerne aus bestehenden Verträgen drängt. In den 60er Jahren kontrollierten die Multis noch 80% der weltweiten Ölförderung, heute sind es gerade noch 15%. Weiterhin kontrollieren heute die zehn größten Staatskonzerne – unter anderen Saudi-Aramco, NIOC, PDVSA, Petrochina und Algeriens Sonatrach – über 80% der Weltölreserven, während die fünf großen Multis Chevron, BP, ExxonMobil, ConocoPhillips und Shell über 3,8% verfügen.³³⁴

Die EU verzeichnete 2006 ein Wirtschaftswachstum von 3,1%, der Energieverbrauch stieg jedoch nur um 0,2%. Die Effizienzsteigerungen der europäischen Ökonomien sorgen gewiss für eine beschränkte Entspannung in der Energiepolitik, jedoch dürfte jedoch keineswegs einer Abkehr vom Ziel einer Diversifikation bei der europäischen Energieversorgung rechtfertigen.³³⁵ Vielmehr führt die verschärfte Konkurrenz auf den weltweiten Rohstoffmärkten zu einer zunehmenden Versorgungsunsicherheit, auch für die prinzipiell hegemoniale europäische Metropole. Der geopolitische Kampf zwischen der traditionellen Metropole und den aufstrebenden Schwellenländern um die Sicherung von Einflussphären in den rohstoffreichen Regionen der Welt tobt nicht nur im Nahen Osten, sondern zunehmend auch in Afrika. Entscheidend ist hier neben den oft noch unerschlossenen Energieressourcen die politische Lage, da Afrikas Autokratien und Diktaturen oftmals an der Wirtschaftstätigkeit ausländischer Regierungen interessiert sind, wenn sie im Gegenzug an der Macht belassen und mit Waffen versorgt werden. Auf dem China-Afrika-Gipfel in Sharm al-Sheikh im November 2009 verspricht Peking für die kommenden drei Jahre Kredithilfen in Höhe von zehn Mrd. US-Dollar und einen Schuldenerlass für die ärmsten Staaten. Damit hat sich das Kreditvolumen verdoppelt, während sich das Handelsvolumen zwischen China und Afrika seit 2000 verzehnfacht hat und 2008 etwa 107 Mrd. US-Dollar erreichte. Zudem versprach der chinesische Ministerpräsident bei einer Rede im Rahmen des Gipfels, sich trotz der verstärkten Aktivitäten nicht in interne Angelegenheiten afrikanischer Staaten einzumischen.³³⁶

³³⁴ In Kuwait, Katar und Irak haben Staatskonzerne aus China, Indien oder Russland die westliche Konkurrenz bei der Erschließung neuer Felder ausstechen können. In Russland musste zudem der Shell-Konzern seine Mehrheitsbeteiligung am Sachalin II-Feld an Gazprom abtreten und in Venezuela drohte die Regierung mit der kompletten Verstaatlichung der Branche, wenn westliche Multis ihren Anteil nicht freiwillig auf unter 40% senken würden. Vgl. Berger, Jens: *Der Untergang von „Big-Oil“*; In: Telepolis online vom 5.6.2008, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/28/28009/1.html>, Zugriff am 15.10.2009

³³⁵ Vgl. Baumann/Turek: *Die europäische Energiepolitik im Vertrag von Lissabon*; Baden-Baden 2008, S. 158

³³⁶ Vgl. NZZ (Hg.): *Neue Kredite Chinas an Afrika- Checkbuch-Diplomatie der Pekinger Führung*; In: NZZ online vom 9.11.2009, http://www.nzz.ch/nachrichten/international/china_wirtschaft_politik_leute/aktuelle_berichte/neue_kredite_chinas_an_afrika_1.3989088.html, Zugriff am 3.1.2010

China ist vor allem in Angola und Sudan vertreten und bezog schon Ende 2006 25% seiner Energieimporte aus Afrika mit ansteigender Tendenz. Im Sudan ist Peking bereits seit 1996 vertreten und belieferte das Regime seitdem ausgiebig mit Militärgütern.³³⁷

„*L’Inde déclare la ‚guerre‘ á la Chine en Afrique.*“³³⁸

Der Wettlauf um die Sicherung der afrikanischen Rohstoffmärkte wird auch rhetorisch immer heftiger geführt, versinnbildlicht jedoch nur die verschärfte Konkurrenzsituation zwischen den zahlreichen staatlichen und privaten Akteuren in der Branche. Zudem wird immer häufiger über die innenpolitische Situation in Staaten der Dritten Welt hinweg gesehen; China, aber auch die USA oder die EU weiten eher ihre Rüstungsexporte in die Peripherie aus, wenn Menschenrechtsfragen mit dem Interesse an Versorgungssicherheit im Energiesektor kollidieren.³³⁹ Letztlich ist festzuhalten, dass die weltwirtschaftliche Hegemonialstellung der metropolitenen Länder insofern modifiziert wurde, als dass die Peripherie im Energiesektor ein machtpolitisches Moment in den Händen hält. Die peripheren Rentiers versuchen zwar mittels ihrer Staatskonzerne den wirtschaftlichen Einfluss der Metropolen einzudämmen, ob dieser Souveränitätsgewinn auch mit der Reduktion des Kapitalabflusses verbunden ist, ist daraus jedoch nicht ersichtlich. Diese Entwicklung trägt dem Bedeutungsgewinn der energiepolitischen Versorgungssicherheit Rechnung, führt jedoch nicht ansatzweise zu Strukturreformen in der Peripherie.

3.2.2. Algeriens Integration in die Europäische Maghrebpolitik

Nach dieser Einführung in die geopolitische Ausgangslage der Europäischen Union im Bereich der Energiepolitik soll im Folgenden die europäische Einflussicherung im Maghreb und vor allem in Algerien analysiert werden. Zunächst steht die europäische Assoziationspolitik in Nordafrika bis zum Zusammenbruch der UdSSR im Vordergrund, bevor auf die Lancierung des Barcelona-Prozesses und der Mittelmeerunion näher eingegangen werden soll. Anschließend folgt die Diskussion der politischen und militärischen Unterstützung peripherer Rohstofflieferanten vor dem Hintergrund ihrer Bedeutung für die Versorgungssicherheit metropolitener Ökonomien mit Rohstoffen, bevor die wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen der EU und Algerien detailliert auf ihren dependenztheoretischen Charakter hin untersucht werden sollen.

³³⁷ Vgl. Pelda, Kurt: *Wettrennen um Afrikas Erdölfelder*; In: NZZ vom 21.9.2006, S. 13

³³⁸ Diese Formulierung fiel auf dem indisch-afrikanischen Wirtschaftsgipfel 2008. Vgl. Benabbou, Abdou: *L’Inde déclare la „guerre“ á la Chine en Afrique* ; In : Le Quotidien d’Oran vom 8.4.2008, S. 1 und 3

³³⁹ Vgl. unter anderem Krönke, Gerd: *Rendezvous mit Menschenrechtlerin gestrichen*; In: SZ vom 2.5.2008

3.2.2.1. Europäische Maghrebpolitik und ihre Folgen für die Peripherie

„Maintenir l’Afrique dans l’orbite européen.“³⁴⁰

Eines der dominierenden Prinzipien der postkolonialen europäischen Außenpolitik ist die nachhaltige, aber stark beschränkte Integration der postkolonialen peripheren Staaten in die metropolitane Wirtschaftsstruktur. Das Zentrum versucht in Form einer anderen Herrschaftsausübung auch weiterhin die Peripherie wirtschaftspolitisch zu beeinflussen und die ökonomische Verflechtung mit der Peripherie zu ihren Gunsten zu gestalten. Im folgenden Kapitel wird die wirtschaftspolitische Bindung der Maghrebstaaten an die EU näher betrachtet, um das Verhältnis zwischen Algerien und der EU analysieren zu können. Bevor die zunehmend institutionalisierte Assoziation beider Akteure anhand der Euro-Mediterranen Partnerschaft (EMP) sowie der Mittelmeerunion veranschaulicht wird, steht zunächst die postkoloniale Entwicklungsphase bis Ende der 80er Jahre im Fokus, um die Fundamente dieser neuen Form der peripheren Abhängigkeit Algeriens und der Maghrebstaaten von Europa aufzuzeigen. Die wirtschaftspolitischen Abkommen zwischen der EU und seinen südlichen Nachbarn entsprechen daher keiner Assoziation zwischen gleichberechtigten Partnern, sondern lediglich einer Fortsetzung der kolonialen Ausbeutung in anderer Form bzw. der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und politischen Herrschaft der Metropole über die Peripherie mit anderen Mitteln.

Im Rahmen des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römer Verträge 1957 verweist die NZZ auf koloniale Aspekte der Gründungspapiere der Europäischen Gemeinschaft. Einige beteiligte Staaten waren zu dieser Zeit noch Kolonialmächte. Die NZZ mutmaßt, der Abschluss der Verträge resultiere unter anderem aus der Suezkrise 1956. Europa wurde dadurch vor Augen geführt, dass es zur Verteidigung seiner wirtschaftlichen und politischen Einflussphäre vor sowjetischen Hegemonialbestrebungen stärker auf seine alten Kolonien einwirken müsse. Europas Einfluss auf diese Staaten sollte auch durch die Römer Verträge gewährleistet werden, da diese explizit die Integration Algeriens und anderer französischer Überseegebiete in die ökonomische Struktur vorsehen.³⁴¹ Trotz Spannungen zwischen Bonn und Paris offenbart die Unterzeichnung der Verträge eine Bereitschaft der europäischen Industrienationen, periphere Staaten in das

³⁴⁰ Kreis, Georg: *Die koloniale Seite der Römer Verträge*; In: NZZ vom 7.3.2007, S. 6

³⁴¹ Vgl. Ebenda, S. 6. Vgl. die Debatte über die Eingliederung Algeriens in den EWG-Binnenhandel vor dem Hintergrund deutscher Anstrengungen die Anerkennung der DDR im Nahen Osten zu verhindern. Vgl. Bouhsini, Sabah: *Die Rolle Nordafrikas in den deutsch-französischen Beziehungen*; Aachen 2000

europäische Handelsregime zu integrieren, jedoch nicht als gleichberechtigter Partner.³⁴² Im Folgenden konnte zwar der wirtschaftliche Austausch zwischen Europa und dem Maghreb ausgeweitet werden, jedoch basierten die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen EWG und seiner südlichen Peripherie vor allem auf bilateralen Abkommen. Europas Beziehungen zum Maghreb wurden erstmals 1969 in Form der Kooperationsabkommen mit Tunesien und Marokko auf eine institutionalisierte Ebene empor gehoben. Die Abkommen waren jedoch nicht sonderlich umfangreich. Aufgrund des jungen Entwicklungsstadiums der EWG gingen die Assoziierungsabkommen nicht auf die maghrebischen Forderungen ein, neben der wirtschaftlichen Öffnung auch finanzielle und technische Hilfestellung für die peripheren Staaten einzubeziehen. Inhaltlich waren beide Abkommen nahezu identisch. Sie bezogen sich ausschließlich auf eine Liberalisierung der Handelsbeziehungen. Dennoch ist bereits hier erkennbar, welche grundsätzliche Strategie die Gemeinschaft im Außenhandel bei der Einbindung der südlichen Peripherie verfolgt. Während industriellen Gütern aus der Region fast freier Zugang zum EWG-Markt gewährt wird, werden im Agrarbereich, wo der Maghreb über komparative Kostenvorteile verfügt, mit Rücksicht auf die südeuropäischen Produzenten Italien und Frankreich, so gut wie keine Zugeständnisse gemacht. Die EWG implementierte diverse Schutzklauseln für seine Agrarsektoren, die Mengengrenzungen für die von Zollsenkungen betroffenen Güter im Agrarsektor festlegten und so den Export peripherer Agrargüter in die EWG behinderten. Weiterhin werden Schutzklauseln für verarbeitete Erdölprodukte aufgenommen, die wirksam werden wenn 100.000 Tonnen jährlich überschritten werden.³⁴³ Marokko verpflichtet sich seine Einfuhrzölle für EWG-Agrarprodukte um 25% zu senken, Tunesien muss seine Zölle sogar um 40% reduzieren. Auf der anderen Seite werden die Zollsätze für industrielle Produkte aus dem Maghreb gesenkt. Schumacher spricht jedoch von einer „*Substanzlosen Geste*“ der EWG, da die maghrebische Industrie im Vergleich zu den europäischen Konkurrenten nicht wettbewerbsfähig ist.³⁴⁴ Bereits diese Phase der Assoziierung verweist auf das Leitmotiv der EWG-Handelspolitik in der Dritten Welt; in der Regel steht eine Ausweitung der europäischen Exporte einer umfangreichen Protektion der eigenen Landwirtschaft gegenüber, was letztlich auf die Reproduktion des einseitigen Abhängigkeitsverhältnisses zwischen europäischer Metropole und Peripherie hinausläuft. Schumacher zweifelt zudem an den erklärten Absichten der EWG, die

³⁴² Vgl. Schumacher, Tobias: *Die Maghreb-Politik der Europäischen Union*; Wiesbaden 1998, S. 16

³⁴³ Dies ist auch zu bewerten als Maßnahme zum Schutz metropolitaner Industrien. Vgl. Ebenda, S. 25

³⁴⁴ Vgl. Ebenda, S. 29

wirtschaftspolitische und soziale Stabilität des Maghreb ernsthaft zu stützen. Vielmehr sei die EWG lediglich an günstigen ökonomischen Rahmenbedingungen interessiert.³⁴⁵

Das Handelsvolumen zwischen EWG und den Assoziationspartnern Tunesien und Marokko konnte nach den Abkommen von 1969 massiv ausgeweitet werden, vor allem betraf dies die EWG-Exporte in die Region. In den 60er Jahren hatte die EWG im Handel mit beiden Staaten noch Handelsbilanzdefizite verzeichnet, seit Beginn der 70er Jahre kehrte sich dies jedoch um und Europa erzielte fortan Bilanzüberschüsse im Handel mit Nordafrika. Bereits diese rudimentären Verträge förderten demnach den Kapitalabfluss aus der maghrebinischen Peripherie in die europäische Metropole. Auch im Falle Algeriens, das zunächst nicht in diese Assoziierungspraxis mit aufgenommen wurde, verzeichnete die EWG negative Handelsbilanzen im Außenhandel. Ab 1973 bezog auch Algier mehr Waren aus der EWG, als es dorthin exportieren konnte. In den folgenden Jahren weitete sich dieser Kapitalabfluss aus dem gesamten Maghreb deutlich aus, mit der Folge einer zunehmenden Konzentration der maghrebinischen Ökonomien auf den europäischen Markt. Im Gegensatz dazu hatte der Handel mit dem Maghreb für die EWG wegen des geringen Handelsvolumens nur eine geringe Bedeutung - abgesehen von den dauerhaft erzielten Handelsüberschüssen.³⁴⁶ Dennoch ist ein solcher Überschuss insofern wichtig, da er ein grundsätzliches Leitmotiv im Außenhandel der EWG verdeutlicht; eine auf Wachstum ausgerichtete Entwicklung verlangt eine positive Außenhandelsbilanz, da sie für die Kapitalakkumulation zwingend notwendig ist.

Anfang der 70er Jahre begannen die bilateralen Konsultationen über die Neuauflage der Assoziierungsabkommen der EWG mit dem Maghreb, diesmal mit Beteiligung Algeriens. Signiert und rechtskräftig wurden die drei inhaltlich identischen Kooperationsverträge der EWG mit Tunesien, Marokko und Algerien im April 1976. Die Abkommen wurden jedoch in ihrem Umfang nicht wesentlich erweitert. Nach wie vor beinhalteten sie keine Erleichterungen für Agrarexporte aus dem Maghreb, da Frankreich und Italien negative Effekte für ihre eigene landwirtschaftliche Produktion erwarteten und Erweiterungen der Abkommen blockierten. Wettbewerbsvorteile der maghrebinischen Agrarsektoren waren in den 70er Jahren immer noch vorhanden. Wichtigste Änderung dieser vertraglichen Neuauflage ist die Implementierung der finanziellen und technischen Hilfestellung für die Maghrebstaaten in das neue Vertragswerk. Es dauerte jedoch ganze zwei Jahre, bis dieser Teil der Abkommen in Kraft trat. In der Tradition des Abkommens von 1969

³⁴⁵ Vgl. Ebenda, S. 32

³⁴⁶ Vgl. Ebenda, S. 37

werden erneut Zollpräferenzen und der Abbau der Handelshemmnisse für Exporte aus Nordafrika in die EWG eingeräumt, ebenso wie die grundsätzliche Möglichkeit der Maghrebländer neue Zollschränken für europäische Importe aufzubauen. Dennoch wird nach wie vor unterschieden zwischen gewerblichen und landwirtschaftlichen Gütern, wobei weiterhin der Agrargüterexport aus der Peripherie behindert wird. Zudem finden sich in den Verträgen von 1976 Sonderregelungen, die hohe Zollsenkungen für Exporte ausgesuchter Agrarprodukte vorsehen, sofern eine gewisse jährliche Höchstgrenze beim Exportvolumen nicht überschritten wird.³⁴⁷ Der Agrarsektor der EWG öffnete sich demnach beschränkt den Agrarimporten Nordafrikas mit der Folge einer nachhaltigen Verkümmern dieser Sektoren. Entwicklungspolitisch steht eine solche Strategie den Modernisierungsbestrebungen diametral entgegen. Die Abkommen böten durchaus Raum, den Agrarexportsektor auszubauen, doch verhindern die Zollschränken solche Entwicklungen. Letztendlich konnte Algerien von dem Abkommen nicht profitieren, da der Export von Rohöl in die EWG auch ohne die Verträge angestiegen wäre.³⁴⁸ Hauptmotiv für den Abschluss der Verträge aus europäischer Sicht seien hingegen Waffendeals zwischen der UdSSR und dem Maghreb, da die EWG eine Gefährdung ihrer Transportrouten durch den wachsenden Einfluss Moskaus in der Region erkannte. Die Gemeinschaft versuchte folglich ihre hegemoniale Sonderstellung in Nordafrika zu behaupten und sie gegenüber Moskau zu konsolidieren und auszubauen.³⁴⁹ Zwischen 1985 und 1986 bricht das Handelsvolumen zwischen der EWG und Algerien massiv ein. Tunesien und Marokko sind davon weniger betroffen, da diese Veränderung der algerisch-europäischen Handelsbilanz auf den Verfall der Weltmarktpreise für Rohöl zurückzuführen ist. Die Bedeutung des Kohlenwasserstoffsektors für den algerischen Export in die EWG wird somit nachdrücklich hervorgehoben. Zudem muss angemerkt werden, dass entgegen dem Trend der Handelsbilanzen Tunesiens und Marokkos, die algerische Außenhandelsbilanz gegenüber der EWG seit 1981 erneut hohe Überschüsse erzielen konnte. Dies resultiert vor allem aus dem hohen Volumen des Exports von Öl und Gas in die EWG und des seit 1973 gestiegenen Preisniveaus für Erdöl.³⁵⁰ Dennoch kann Algerien in dieser Phase ein struktureller Kapitalabfluss im Sinne des

³⁴⁷ Rohstoffexporte dürfen ohne Beschränkungen nach Europa ausgeführt werden. Hier vollziehen sich durch die neuen Abkommen keine Veränderungen, da der Export bestimmter unverarbeiteter Produkte von der EWG nicht verhindert wird. Bezüglich der Baumwollexporte ist das MFA bedeutsam, da in diesem die mengenmäßige Höchstgrenze für Textilimporte aus der Dritten Welt geregelt wird. Vgl. Ebenda, S. 46

³⁴⁸ Vgl. Ebenda, S. 50/51

³⁴⁹ Vgl. Ebenda, S. 44 f

³⁵⁰ Zwar bleibt das wirtschaftliche Übergewicht der EWG im Export- und Importsektor bestehen, doch entfällt bereits in dieser Phase ein wesentlicher Importanteil auf die USA und Japan. Vgl. Ebenda, S. 52 f

dependenztheoretischen Ansatzes bescheinigt werden, da das Land zwar für gewisse Zeit eine positive Handelsbilanz gegenüber der EWG erreichen konnte, jedoch bereits in den 80er Jahren eine diversifizierte Importstruktur aufzuweisen hatte.

Die Abkommen von 1976 blieben für die drei maghrebinischen Staaten weitestgehend bedeutungslos. Die verabredeten Finanzhilfen blieben in ihrem Umfang zu gering, um volkswirtschaftliche Impulse auszulösen und die Einrichtung der drei Kooperationsräte wurde entweder nicht umgesetzt oder sie erfüllten ihre Funktion nur unzureichend. Zudem blieb die anvisierte Förderung der regionalen Kooperation der Maghrebstaaten ein Lippenbekenntnis. Das einzige Projekt, das in diesem Rahmen realisiert werden konnte, war die Errichtung einer Pipeline vom algerischen Hassi R'Mel über Marokko und Gibraltar nach Andalusien und diente eher europäischem Interesse. Die Förderung der regionalen Integration zwischen den Maghrebstaaten ging jedoch letztlich über dieses Projekt nicht hinaus.³⁵¹ Wesentliche Veränderung für die Maghrebländer waren nachhaltige Veränderung ihrer Binnenwirtschaftsstruktur und vor allem ihrer Agrarsektoren, schließlich verzeichneten sie höhere Nahrungsmittelimporte und waren nicht mehr in der Lage ihren Bedarf selbst zu decken, bedingt durch mangelnde interne Modernisierung, aber auch aufgrund unvorteilhafter Exportmöglichkeiten nach Europa. Auch Algerien war fortan verstärkt auf den Import seiner Nahrungsmittel angewiesen.³⁵² Schumacher bezeichnet die Maghrebpolitik Europas bis 1989 als *Abkommenspolitik*, da sie im Hinblick auf ihre offiziellen Ziele wirkungslos blieb. Zum einen hänge dies mit den Herrschafts- und Wirtschaftsstrukturen im Maghreb zusammen, zum anderen werde die Assoziationspolitik von den unzureichenden Entscheidungskompetenzen der EWG negativ beeinflusst. Des Weiteren sei eine mangelhafte Koordinierung zwischen der Außenhandelspolitik, der GASP und der Assoziationspolitik festzustellen, da die jeweiligen Kompetenzen nicht voneinander abzugrenzen seien. Die EWG-Beziehungen zu Nordafrika entsprechen daher einer asymmetrischen Interdependenz, da sich der Maghreb in Richtung Europa orientiere, während dies andersrum nicht der Fall sei.³⁵³

„Einem umfangreichen Abbau tarifärer und nicht-tarifärer Handelshemmnisse für maghrebinische Industriegüterexporte in die EG stehen Zollpräferenzen für Agrargüterausfuhren entgegen, die auf den ersten Blick beachtlich anmuten, jedoch durch protektionistische Schutzklauseln (...) von der Gemeinschaft erheblich eingeschränkt und folglich sinnentleert werden.“³⁵⁴

³⁵¹ Vgl. Ebenda, S. 64

³⁵² Vgl. Ebenda, S. 66

³⁵³ Vgl. Ebenda, S. 75 f

³⁵⁴ Ebenda, S. 151

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft habe bereits in den 70er Jahren durch den Abschluss der Assoziierungsabkommen ein für sie profitables Handelsregime etablieren können, das immer noch zwischen Agrarexporten und Industriegüterexporten unterscheidet. Die Protektion der EWG-Agrarsektoren vor ausländischer Konkurrenz sei nach wie vor eines der ordnungspolitischen Leitmotive der EWG und einer der wesentlichen Faktoren für die Schwäche der Agrarsektoren in Nordafrika. Es konnte dauerhaft ein für die EWG vorteilhaftes Handelsregime errichtet werden.

3.2.2.2. Restrukturierung der EU-Maghrebpolitik: Union für das Mittelmeer

„Ihre industrielle Basis wird nicht wachsen, sondern schrumpfen und die Palette der im Lande produzierten Güter wird nicht breiter, sondern schmaler. Investiertes Produktivkapital, spezialisierte Infrastruktureinrichtungen und besondere Qualifikationen von Arbeitnehmern werden entwertet.“³⁵⁵

Anfang der 90er Jahre beginnt die zweite Phase der europäisch-maghrebinischen Integration, ausgelöst durch den weltweiten außenpolitischen Strukturwandel aufgrund des Zusammenbruches der UdSSR. Die EG initiierte eine Neuauflage der Abkommen von 1976, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu Nordafrika neu zu beleben. Die wirtschaftliche Ausrichtung der maghrebinischen Staaten setzte sich auch in den 90er Jahren kontinuierlich fort; die regionale Kooperation zwischen Tunesien, Marokko und Algerien lag nach wie vor brach und es gelang ihnen nicht ihren Handelsaustausch zu diversifizieren oder den Regionalhandel zu stärken. Zwar erhoffte man sich von der Gründung der UMA wirtschaftspolitische Impulse für die regionale Kooperation und eine stärkere Verhandlungsposition gegenüber der EG, doch blieben die anvisierten Effekte für die regionale Integration ebenso aus wie eine verbesserte Koordination der Abkommenspolitik gegenüber den nördlichen Nachbarn. Die maghrebinische Ökonomie war zu Beginn der 90er Jahre weitestgehend auf den europäischen Markt konzentriert. Algier liefert 1992 ganze 62,3% seines Handelsvolumens in die EG und bezieht von dort fast 73% seines Importvolumens.³⁵⁶ Das in den folgenden Jahren gesteigerte Interesse der EG an einer stärkeren Kooperation mit der Region ist vor allem zurückzuführen auf den EWG-Beitritt Portugals und Spaniens 1986. Insbesondere Madrid hatte ein enormes Interesse an einer engeren Bindung Algeriens und Marokkos an das europäische

³⁵⁵ Nienhaus, Volker: *Euro-Mediterraner Freihandel*; In: APuZ B39/97, 19.9.1997, S. 14

³⁵⁶ Vgl. Schumacher, Tobias: *Die Maghreb-Politik der Europäischen Union*; Wiesbaden 1998, S. 97 f

Wirtschaftsregime. In diesem Sinne erfolgte bereits im Dezember 1990 die Verkündung der *Neuen Mittelmeerpolitik* (NMP), die als Grundlage für den Barcelona-Prozess galt. Dem Maghreb wird aufgrund seiner Zugehörigkeit zur arabischen Welt und der afrikanischen Sphäre eine nicht unwesentliche Brückenfunktion attestiert. Die NMP ist aufgegliedert in vier Bereiche: politischer Dialog, wirtschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit, Freihandel sowie finanzielle Kooperation. Auf der Tagung des Europäischen Rates in Lissabon im Juni 1992 wird hervorgehoben, dass die Gemeinschaft ein großes Interesse an der ökonomischen und sozialen Stabilität der Region habe. Einerseits wurde dort die Sorge über die damalige innenpolitische Lage in Algerien zum Ausdruck gebracht und andererseits betont, man werde auch weiterhin auf ein integratives Gesamtkonzept für die Mittelmeerregion und den Maghreb bauen. Zudem wurde in Lissabon beschlossen, die Region in das MEDA-Programm einzubeziehen,³⁵⁷ in dessen Rahmen finanzielle und technische Maßnahmen zur Reform der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen in den Maghrebstaaten vorgesehen waren. Im Zuge der Verträge von Maastricht 1992 wird aus der EWG die Europäische Union. Zudem wird in diesen Dokumenten die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU in das Gemeinschaftsrecht implementiert. Dennoch stellt die GASP keineswegs einen effektiven funktionierenden präventiv handelnden außenpolitischen Mechanismus dar, vor allem aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips in außenpolitischen Fragen. Die EU-Nordafrikapolitik steht indes vor ähnlichen Problemen. Zudem krankt die Strategie der EU, den Maghreb institutionell an sich zu binden, an den Diskrepanzen zwischen den erklärten Zielen und der Umsetzung der Assoziierungsabkommen. Wie bereits bei den Verträgen von 1969 und 1976 sah auch die NMP die Einrichtung von Kooperationsräten vor, die jedoch auch in diesem neuen Anlauf keine Kontinuität aufwiesen. Schumacher spricht in Bezug auf die Europa-Mittelmeerabkommen Mitte der 90er Jahre gar von einem „*sinnentleerten*“ Dialog.³⁵⁸ Der 1995 eingeleitete Barcelona-Prozess (EMP) geriet bereits ab 1996 in einer ernsthafte Krise, da die erneute Eskalation im Nahostkonflikt den Prozess blockierte. Insbesondere aufgrund dieses Streitthemas galt daher die politische Zusammenarbeit der EMP als unbefriedigend und konnte nur

³⁵⁷ Im Rahmen der MEDA-Verordnung dürfen fortan Gelder an zivilgesellschaftliche Akteure ausgegeben werden und nicht mehr nur an staatliche Institutionen, wie dies bei den Abkommen von 1976 noch der Fall war. Die MEDA-Programme zielten auf eine Stärkung der politischen Stabilität und der Demokratie, der wirtschaftlichen Kooperation unter Berücksichtigung der kulturellen Dimension. Wesentliches Ziel war demnach die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung, die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Achtung der Menschenrechte. Vgl. Ebenda, S. 106 f

³⁵⁸ Vgl. Ebenda, S. 122

marginale Ansätze einer politischen Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und den Mittelmeeranrainern ausbilden.³⁵⁹ Zudem formulierte das Gründungsdokument der EMP das Ziel, sich für die Schaffung eines Raumes der Stabilität und des Friedens, einer Zone des gemeinsamen Wohlstandes und der Förderung des gegenseitigen kulturellen Verständnisses einzusetzen. Das Konzept der politischen Sicherheitspartnerschaft galt jedoch letztendlich als gescheitert, unter anderem aufgrund der Zaghaftheit der EU Forderungen nach demokratischen Reformen in den arabischen Anrainernstaaten mit Nachdruck zu verfolgen. Die EU setzt offensichtlich weiterhin auf die wirtschaftliche Kooperation als Zugpferd und erhofft sich Folgeeffekte für die politischen Strukturen der autoritär geführten Staaten im Mittelmeerraum – bislang jedoch ohne Erfolg!³⁶⁰

Die Diskrepanzen zwischen den Zielen der NMP und der EMP sowie deren Umsetzung konnten auch Ende der 90er Jahre nicht wesentlich verringert werden. Der Fokus der EU auf der Durchsetzung ihrer neoliberalen Handelspolitik ist einer der Hauptgründe für das Ausbleiben der erhofften wirtschaftlichen Effekte. Zwar könne Freihandel prinzipiell Anreize für eine industrielle Entwicklung auch in der Peripherie geben, jedoch sind solch dynamische Impulse im Falle Algeriens aufgrund der systemrelevanten Bedeutung der Rente eher unwahrscheinlich.³⁶¹ Einige Länder der Region decken immerhin ihre Staatshaushalte zu bis zu 60% aus Import- und Exportzöllen; ungezügelter Freihandel könnte daher bei mangelnder binnenwirtschaftlicher Anpassung den Zusammenbruch der öffentlichen Haushalte auslösen. Der Liberalisierungsdruck setzte die binnenorientierte Industrie der Anrainer unter enormen Anpassungsdruck, der tendenziell weniger zu Produktivitätssteigerungen führe, sondern vielmehr eine zunehmende Ineffizienz der bislang geschützten Industriezweige hervortreten lasse. Dies verstärke sich simultan zum Grad der vorherigen Protektion der Sektoren. Zudem sei eine Ausweitung des peripheren Importvolumens zu erwarten,³⁶² da insbesondere bei den Rentiers der Region keine Anreize bestehen, die Binnenwirtschaft zu modernisieren. Die ökonomischen Bestimmungen der NMP und der EMP stellen einen erheblichen Rückschritt für den Maghreb dar, da die EU konsequent ihren „*Detailprotektionismus*“ weiterverfolge und ihre Agrarsektoren von Handelsliberalisierungen ausnehme.³⁶³

³⁵⁹ Die EMP basiert auf drei Körben; der erste Korb beinhaltet die politische Sicherheitspartnerschaft, der zweite die Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft und der dritte die Partnerschaft im kulturell-sozialen Bereich. Vgl. Jünemann, Annette: *Zehn Jahre Barcelona-Prozess*; In: APuZ 45/2005, 7.11.2005, S. 7

³⁶⁰ Vgl. Ebenda, S. 12 f

³⁶¹ Vgl. Schumacher, Tobias: *Die Maghreb-Politik der Europäischen Union*; Wiesbaden 1998, S. 126

³⁶² Vgl. Nienhaus, Volker: *Euro-Mediterraner Freihandel*; In: APuZ B39/97, 19.9.1997, S. 13

³⁶³ Vgl. Schumacher, Tobias: *Die Maghreb-Politik der Europäischen Union*; Wiesbaden 1998, S. 131

Zudem sei die in NMP und EMP festgehaltene finanzielle und technische Hilfe nicht umfangreich genug, um nur ansatzweise Impulse an die jeweiligen Binnenökonomien zu senden. Schumacher konstatiert, die EU habe zwar auf die neue politische Lage sowie die geopolitischen Veränderungen reagiert und die Assoziierungsabkommen modifiziert, jedoch handle es sich dabei letztendlich um nicht mehr als eine „*partielle Modifikation sowie ein zögerliches Eingehen*“ auf neue wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, die die grundsätzliche Strukturschwäche der Strategie nicht beheben können.³⁶⁴

Nachdem bereits einige Jahre zuvor Freihandelsabkommen mit Tunesien und Marokko unterzeichnet wurden, konnte im Rahmen der EU-Außenministerkonferenz in Valencia im April 2002 ein vergleichbares Assoziierungsabkommen mit Algerien abgeschlossen werden, das vor allem die weit reichende Liberalisierung der algerischen Wirtschaft und eine Öffnung des abgeschotteten algerischen Energiesektors vorsieht.³⁶⁵ Trotz einer Ausweitung und zunehmenden Institutionalisierung der EMP im Rahmen der Konferenz von Valencia ringt die Assoziierungsstrategie der EU auch weiterhin mit grundlegenden Strukturproblemen. Jünemann erklärt die EU-Mittelmeerpolitik als nicht ausgereift und für die arabischen Partner schwer vermittelbar, da zum einen eine wirtschaftliche Liberalisierung der Peripherie gefordert werde, zum anderen jedoch ein Abbau der Handelsschranken weder Dienstleistungssektor noch Personenfreizügigkeit betreffe.³⁶⁶

Die wirtschaftliche Abschottung der Europäischen Union sei nicht mit den erklärten politischen und kulturellen Zielen der EMP in Einklang zu bringen. 2004 lancierte die Union ein neues Integrationskonzept für die wirtschaftspolitische Assoziation der Nachbarstaaten. Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) war zwar ursprünglich zugeschnitten auf die Assoziationspartner in Osteuropa, jedoch konnten die Mittelmeeranrainer schlussendlich auch in das Konzept integriert werden, nachdem vor allem Frankreich, Spanien und Italien auf der Gleichstellung der Ost- und Südanrainer beharrt hatten. Dennoch basierte dieses Konzept hauptsächlich auf einer verstärkten wirtschaftlichen Liberalisierung ausgewählter peripherer Wirtschaftssektoren. Die ENP vermochte es nicht, den Barcelona-Prozess adäquat zu unterstützen, vor allem aufgrund der Eskalation im Nahostkonflikt sowie dem erneuten Fokus des Projektes auf der

³⁶⁴ Vgl. Ebenda, S. 137

³⁶⁵ Das Gesetz wird am 20.3.2005 vom algerischen Parlament ratifiziert. Man wolle im Hinblick auf die Aktivitäten internationaler Investoren in Libyen, nicht ins Hintertreffen geraten. Die Sonatrach verliert zudem ihre Rolle als zentrale Regulierungsbehörde im Energiesektor sowie sein Vertriebsmonopol für Algerien. Vgl. Seidenstücker, Hans: *Algerien: Aufbruchstimmung*; In: Zenith online vom 13.2.2006, <http://www.zenithonline.de/wirtschaft/laenderreport/?article=269&cHash=ae8f186918>, Zugriff 21.1.2010

³⁶⁶ Vgl. Jünemann, Annette: *Zehn Jahre Barcelona-Prozess*; In: APuZ 45/2005, 7.11.2005, S. 9

Ausweitung der europäischen Exporte in die Peripherie.³⁶⁷ Die Lancierung der Mittelmeerunion durch die französische Regierung ist ebenso zu verstehen, als Versuch die EMP und die ENP auf eine neue institutionalisierte Grundlage zu stellen und neu zu beleben. Trotz erheblicher Zweifel an der Motivation des französischen Präsidenten³⁶⁸ die Formierung einer politischen Plattform für EU und Mittelmeeranrainer anzustreben, konnte am 13. Juli 2008 die Gründung der *Union für das Mittelmeer* unter Beteiligung von 43 Staaten³⁶⁹ in Paris vollzogen und die erste Doppelpräsidentschaft Frankreichs und Ägyptens bestätigt werden. Die Union soll aufbauend auf der EMP der regionalen Kooperation neue Impulse verleihen. Die Etablierung von Konsultationsräten und die Doppelpräsidentschaft sollten zudem ein institutionalisiertes Fundament schaffen, um der Initiative mehr politisches Gewicht und vor allem allgemeine Legitimation zu geben.

„Wird die ‚Union für das Mittelmeer‘ dazu genutzt, die vorhandenen EU-Mittelmeerinitiativen einander anzupassen und in ein Gesamtkonzept zu integrieren, könnte sie dazu beitragen, einige ihrer Schwächen zu beheben, und damit einen neuen Schub“ bewirken. Jedoch muss befürchtet werden, dass die neue Initiative lediglich zu einer Duplizierung bereits bestehender Institutionen und einer noch stärkeren Bürokratisierung der Zusammenarbeit zwischen der EU und ihren Partnern südlich und östlich des Mittelmeers führt.“³⁷⁰

Dennoch liegt die Zusammenarbeit praktisch brach. Der israelische Militärschlag im Gazastreifen 2008 führte nicht nur zur Absage der politischen Zusammenkünfte, sondern zusätzlich zum Einfrieren der gemeinsamen Kooperation auf Arbeitsebene. Wesentliche Voraussetzung für die Gründung der Union unter Beteiligung aller Mittelmeeranrainer war der Verzicht auf jegliche politische Erklärung zum Nahostkonflikt. Wie der Gazakrieg verdeutlichte, ist dieser nach wie vor das zentrale Hindernis für eine institutionalisierte Form der Kooperation zwischen der EU und den Mittelmeeranrainern. Die Mittelmeerunion hat bisher keine greifbaren Erfolge vorzuweisen und droht, in der Bedeutungslosigkeit zu versinken, da sie an den gleichen Konzeptionsfehlern leidet, wie ihre zahlreichen Vorgängerinitiativen. Zwar soll durch die Doppelpräsidentschaft der Eindruck erweckt werden, die Peripherie hätte wesentliche Einflussmöglichkeiten, dennoch wird die Union vielmehr als Projekt der EU bzw. Frankreichs wahrgenommen.

³⁶⁷ Vgl. Ebenda, S. 12 f

³⁶⁸ Die Bestrebungen Frankreichs dieses Projekt zu lancieren, sind vor dem Hintergrund zu betrachten, dass Paris zuletzt zielstrebig versucht, seine Einflussphäre in Afrika auszubauen. Daher resultieren die ersten Vorschläge Sarkozys, die Union nur unter Beteiligung der südlichen EU-Staaten zu verfolgen. Vor allem Ankara protestierte gegen ein solches Bündnis, da die Türkei in dem Projekt den Versuch erkannte, die türkische EU-Beitrittsperspektive zu ersetzen. Die Türkei nimmt dennoch am Gründungsgipfel teil, nachdem Brüssel versicherte, die Union sei nicht als Ersatz für die EU-Beitrittsperspektive zu bewerten.

³⁶⁹ Neben den 27 EU-Mitgliedern sind Albanien, Kroatien, Bosnien, Montenegro, Türkei, Libanon, Syrien, Israel, Palästina, Jordanien, Ägypten, Libyen, Tunesien, Algerien, Marokko und Mauretanien beigetreten.

³⁷⁰ Zorob, Anja: *Projekt „Mittelmeerunion“*; GIGA-Fokus Nahost, 5/2008, S. 1

Zudem erscheint das Budget mit 16 Mrd. Euro für 2007 bis 2013 eindeutig zu knapp bemessen.³⁷¹ Problematisch ist ebenso die mangelhafte Implementierung von Anreizen für die Südanrainer, ihre Volkswirtschaften zu modernisieren und ernsthaft auf die rentierstaatlichen Strukturen in der Region mäßigend einzuwirken. Die zentrale Aufgabe besteht jedoch darin, die anhaltende protektionistische Abschottung der europäischen Agrarmärkte vor Agrarimporten aus der Peripherie zu modifizieren und anzugleichen.

„Was in den Assoziationsabkommen wie auch in den Aktionsplänen nach wie vor fehlt, sind Angebote zum Beispiel in Form einer substanziellen Ausweitung der Präferenzen für Agrargüter, die eine Verbesserung des Marktzugangs für Produkte und Dienstleistungen der Mittelmeerdrittländer in die EU auch kurz- bis mittelfristig in Aussicht stellen und damit für die Förderung exportorientierter Branchen in den Ökonomien der Mittelmeerdrittländer einen entscheidenden Beitrag leisten könnten.“³⁷²

3.2.2.3. Politische und militärische Stabilisierung der maghrebinischen Regimes

*Der Begriff *Françafrique* „bezeichnet bei ihm [Verschave] das Konzept einer Fortführung des Kolonialismus mit anderen Mitteln: Die Regierenden und einflussreiche Wirtschaftskreise in Frankreich, so Verschaves hauptsächliche These, verschafften sich Zugang zu afrikanischen Rohstoffen und Möglichkeit zu ihrer billigen Plünderung, indem sie in den betreffenden Ländern autokratische und oftmals hyper-korrumpierte Regimes aushielten und an der Macht beließen.“³⁷³*

Erstmals benutzt wurde der Begriff *Françafrique* vom 2005 verstorbenen Schriftsteller Verschave. Die oftmals autokratischen postkolonialen Herrschaftssysteme würden von Paris gestützt, um die Sicherung der Hegemonialstellung zu gewährleisten. In diesem Sinne unterstützt Paris die Regimes in Tunis, Rabat und Algier und griff 2008 bei den innenpolitischen Spannungen im Tschad zwischen der Zentralregierung und dem *Justice and Equality Movements* militärisch ein, um das pro-französische Regime zu stabilisieren. Paris verfolgt eine zunehmend aggressivere Interessenpolitik in der Peripherie, um seine Position in rohstoffreichen Regionen zu behaupten. Mit der Eröffnung einer Militärbasis in Abu Dhabi reiht sich Paris in die Garde westlicher Staaten als Wächter von Hormuz ein, dem Nadelöhr der Ölversorgung der industrialisierten Welt.³⁷⁴ Primäres außenpolitisches Aktionsfeld Frankreichs bleibt

³⁷¹ Vgl. Schwarzer, Daniela: *Wachsende Aufgaben, fehlender politischer Wille*: In: Quatara online vom 6.5.2009, http://de.qantara.de/webcom/show_article.php?wc_c=468&wc_id=1153, Zugriff am 2.10.2009

³⁷² Zorob, Anja: *Projekt „Mittelmeerunion“*; GIGA-Fokus Nahost, 5/2008, S. 3

³⁷³ Schmid, Bernhard: *Auf der Suche nach Alternativen zur Macht der Clans*; In: Telepolis Online vom 12.4.2008, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/27/27590/1.html>, Zugriff am 21.11.2009

³⁷⁴ Vgl. Wiegel, Michaela: *Von Schwarzafrika an den Golf*; In: Faz vom 26.5.2009, S. 6

dennoch Afrika, besonders vor dem Hintergrund der zunehmenden Konkurrenz aus den USA oder China. Dieses außenpolitische Leitmotiv bzw. die militärische Unterstützung der Peripherie durch die Metropole wird im Folgenden anhand der Rüstungskoopeation Algeriens mit den USA und Deutschland exemplarisch dargestellt.

Die Steigerung von Rüstungsproduktion und Rüstungsexport ist vor allem in der Metropole zu beobachten. Das Volumen der Waffenexporte der Metropole mit Ländern der Peripherie konnte stark zunehmen. Zudem konnten die vier großen europäischen Waffenexporteure Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien ihren Anteil an Waffenlieferungen für die Dritte Welt von 18,5% 2006 auf 32,2% 2007 steigern. Europa konnte dabei insbesondere im Nahen Osten Anteile gut machen; von 2000 bis 2003 exportierten die vier großen Produzenten der EU militärische Güter im Wert von etwa 1,9 Mrd. US-Dollar in die Region, während es von 2004 bis 2007 bereits Waren im Wert von 23,7 Mrd. US-Dollar waren.³⁷⁵ Wesentliches Antriebsfeld dieser Entwicklung sei der wachsende Einfluss der Waffenlobby in den USA und Europa. Der militärisch-industrielle Komplex erschließe durch Lobbyarbeit zunehmend Absatzmöglichkeiten für militärische Güter in Entwicklungsländern, da der Waffenexport oft mit positiven Beschäftigungseffekten gerechtfertigt wird.³⁷⁶ Die in der Vergangenheit noch deutlich zaghaftere Militärhilfe der EU für autokratische Regimes in der Peripherie glich sich im vergangenen Jahrzehnt der offensiven militärischen Außenpolitik der USA an und bekommt durch die Ratifizierung des Lissabon-Vertrages eine neue Dimension. Im Rahmen der GASP erlaubt der Vertrag eindeutig die militärische Beratung von Ländern der Dritten Welt, sowie militärische Operationen zur Friedenssicherung. Zudem ist die Installation einer Verteidigungsinfrastruktur in Form einer gemeinsamen EU-Truppe, sowie der stärkeren Kooperation im Bau und Export militärischer Güter vorgesehen. Die EU konnte damit eine deutlich offensivere Außenhandelspolitik in Form militärisch-strategischer Konzepte in die gemeinsame europäische Außenpolitik implementieren.³⁷⁷

„Nachdem sich Deutschland seit Jahrzehnten ‚vorwiegend mit dem Osten befasst hat‘, wende es sich nun entschlossen dem Maghreb zu, heißt es in Berlin. Der Maghreb könne, die Brücke‘ sein, die Europa mit der arabischen Welt und Afrika verbindet.“³⁷⁸

³⁷⁵ Vgl. Oberansmeyr, Gerald: *Kriege als Exportgut*; In: Lunapark 21, Heft Nr. 5, Frühjahr 2009, S. 62 f

³⁷⁶ Vgl. Langhans, Dago: *Kriegsetat steigt*; In: Junge Welt vom 26.5.2009, S. 11

³⁷⁷ Vgl. Algieri/Bauer: *Die Festschreibung mitgliedstaatlicher Macht: GASP und GSVP im Vertragswerk von Lissabon*; Baden-Baden 2008, S. 139 f

³⁷⁸ German Foreign Policy (Hg.): *Kriegsgerät für Öl*; In: German Foreign Policy vom 14.7.2008, http://algeria-watch.de/de/artikel/2008/kriegsgeraet_oel.htm, Zugriff am 5.5.2009

Der Besuch Angela Merkel in Algerien im Sommer 2008 ist lediglich die Fortsetzung der deutschen Charmeoffensive in Nordafrika. Deutschland sucht hier insbesondere nach Möglichkeiten die Kooperation im Energiesektor und offensichtlich im Militärsegment auszuweiten. Russland, Frankreich und die USA sind zwar nach wie vor die wichtigsten Rüstungspartner Algeriens, doch Berlin bietet sich als Alternative an und machte Algier Angebote zum Kauf von Kriegsschiffen, Militärflugzeugen, sowie Ausrüstungsgütern für Polizei und Armee.³⁷⁹ Deutschland erhofft sich offenbar im Gegenzug einen besseren Zugang zu den algerischen Öl- und Gasquellen. Die Ölimporte aus Algerien sind zwar noch vergleichsweise gering, stiegen aber 2008 um 40%. Berlin ist jedoch insbesondere am algerischen Erdgas interessiert und unterstützt die Pläne deutscher Energiekonzerne, in Kooperation mit der Sonatrach Flüssiggas nach Europa zu importieren. Der ehemalige deutsche Außenminister Steinmeier erklärte bereits Ende 2006, Algerien zur „zweiten Säule“ in der deutschen Gasversorgung machen zu wollen.³⁸⁰ Auch in Deutschland ist eine Ausweitung der Waffenexporte in periphere autokratische Staaten festzustellen. Trotz des tendenziell restriktiven Umgangs mit Staaten wie Iran verkauft die deutsche Rüstungsindustrie mit Unterstützung der Regierung militärisches Gerät in die Türkei, Libanon oder Pakistan.³⁸¹ Das Gesamtvolumen deutscher Rüstungsexporte stieg von 2004 bis 2008 im Vergleich zu 1999 bis 2003 um etwa 70% und erreichte ein Volumen von 8,7 Mrd. Euro. Deutschland avanciert damit zum drittgrößten Waffenexporteur der Welt mit einem Anteil von 10%, nach den USA und Russland mit 30 bzw. 25%.³⁸² Die wenig restriktive Ausfuhrpraxis in Deutschland führte 2007 zu 16.500 Ausfuhrgenehmigungen, im Vergleich zu gerade einmal 110 Ablehnungen. Fast 23% der genehmigungspflichtigen Exporte wurden in Entwicklungsländer verschifft.³⁸³

Die USA und Algerien pflegen bereits seit Langem eine militärische Kooperation. Vor dem Hintergrund des Ost-West-Konfliktes wurde Algier Anfang der 80er in das IMET-Programm des Pentagon aufgenommen, durch das die enge militärische Zusammenarbeit mit Russland gelockert werden sollte.³⁸⁴ Seither konnten die USA ihren Absatz an militärischen Gütern in Algerien deutlich erhöhen. In den 90er Jahren erhielten die

³⁷⁹ Vgl. Oukazi, Ghania: *L'Allemagne veut équiper l'armée et la police algériennes*, In: Le Quotidien d'Oran vom 10.7.2008, S. 3

³⁸⁰ German Foreign Policy (Hg.): *Kriegsgerät für Öl*; In: German Foreign Policy vom 14.7.2008, http://algeria-watch.de/de/artikel/2008/kriegsgeraet_oel.htm, Zugriff am 5.5.2009

³⁸¹ Bereits seit 2007 ist bekannt, dass ThyssenKrupp den Verkauf dreier U-Boote im Wert von 1,2 Mrd. Euro nach Pakistan plant. Vgl. Lohse, Eckart: *Deutsche U-Boote für Islamabad*; In: Fasz 14.6.2009, S. 7

³⁸² Vgl. Winkelmann, Ulrike: *So rüstig wie nie*; In die tageszeitung vom 28.4.2009, S. 2

³⁸³ Vgl. Rötzer, Florian: *Deutschland ist weltweit drittgrößter Rüstungsexporteur*; In: Telepolis online vom 9.12.2008, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29302/1.html>, Zugriff am 12.12.2009

³⁸⁴ Vgl. Ruf, Werner: *Algier – Washington: Eine Beziehung der besonderen Art*; In: Inamo 35 2003, S. 20

Beziehungen der USA zu Algerien aufgrund der innenpolitischen Lage in Algerien einen herben Dämpfer, trotz grundsätzlicher Unterstützung für die Strategie der Armee. Erst nach dem internationalen Aufsehen um die Entführung von 32 Touristen in der Sahara Anfang 2003 konnte sich die Zusammenarbeit beider Staaten erneut intensivieren. Die Furcht vor einem Erstarren der algerischen Islamisten bewog Washington, trotz der bereits damals laut gewordenen Mutmaßungen über die Verwicklungen des algerischen DRS in die Entführung, sein Waffenembargo gegen Algerien zu lockern und kurz darauf militärische Ausrüstung für den Antiterrorkampf zu liefern.³⁸⁵ Die Waffeneinfuhren aus den USA weiteten sich seitdem massiv aus. Importierte Algerien 2002 noch Rüstungsgüter im Wert von 37,4 Mio. US-Dollar aus den USA, erreichte das Volumen 2004 bereits 700.000 und 2005 sogar 850.000 Mio. US-Dollar. Die militärische Kooperation beider Staaten muss jedoch vor dem Hintergrund der US-Strategie zur Erhöhung ihrer Öl- und Gasimporte aus Afrika von derzeit 16% auf 25% betrachtet werden.³⁸⁶ Währenddessen versuchte Algerien zunehmend das blutige Kapitel der 90er Jahre innenpolitisch zu regulieren. 2005 wird das Referendum über die Charta für Frieden und Nationale Aussöhnung abgehalten, das nach offiziellen Ergebnissen bei einer Wahlbeteiligung von 79,76% eine Zustimmungsrate von 97,36% erreicht.³⁸⁷ Das Amnestiegesetz wurde von der Regierung bestätigt, trotz erheblicher Zweifel an ihren Motiven dieses Projekt zu lancieren. Innenpolitisch baut Algerien auf der Verharmlosung der Situation, während das Terrorproblem außenpolitisch zeitweise stark als Vorwand benutzt wurde, um die Beziehungen zu wichtigen Waffenlieferanten wieder intensivieren zu können. Sowohl die Pläne der USA ihr militärisches Oberkommando für Afrika in Algerien zu stationieren, als auch die Lancierung der *Pan Sahel Initiative* und *Trans-Saharan-Counter-Terrorism-Initiative* veranschaulichen die Bedeutung, die Washington inzwischen Algerien und Afrika aus sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Perspektive einräumt.³⁸⁸ Die USA konnten 2007 ihren Importanteil auf 7,7% und bei den Exporten auf 30,1% ausweiten.³⁸⁹ Neben der EU und China sind die USA ein zentraler Akteur beim Kampf um ökonomischen Einfluss in Algerien. Weder Europa noch die USA nehmen indes Notiz vom autokratischen Charakter des Regimes in Algerien und stellen immer öfter wirtschaftliche Interessen über eine normative Beurteilung der innenpolitischen Lage.

³⁸⁵ Vgl. Mellah/Rivoire: *Verwischte Spuren in der Sahara*; In: *Le monde diplomatique* 2/2005, S. 20

³⁸⁶ Vgl. Schmid, Bernhard: *Algerien – Frontstaat im globalen Krieg*; Münster 2005, S. 305

³⁸⁷ Vgl. Wandler, Rainer: *97,36 für die Generalamnestie*; In: *die tageszeitung* vom 1./2./3.10.2005, S. 9

³⁸⁸ Vgl. Ruf, Werner: *Terrorismus und US-Geopolitik*; In: *Inamo* Heft Nr. 50, Sommer 2007, S. 38 f

³⁸⁹ Vgl. Eurostat European Commission (Hg.): *Euro-Mediterranean statistics*; Luxemburg 2009, S. 68

3.2.2.4. Wirtschaftspolitische Verflechtungen Algeriens mit der EU

„Vor allem die aufstrebenden Volkswirtschaften, die vom globalen Handelssystem profitiert und hohe Wachstumsraten erzielt haben, sind nun gefordert, ihre eigenen Handelsschranken abzubauen und ihre Märkte stärker zu öffnen. Dies liegt sowohl in ihrem eigenen Interesse als auch im Interesse des Welthandelssystems. In einer wettbewerbsintensiven Weltwirtschaft wird unsere Exportleistung wesentlich von der Öffnung der Märkte abhängen.“³⁹⁰

Im Folgenden werden die wirtschaftlichen Verflechtungen der EU und Algeriens anhand der Entwicklungen der Außenhandelsbilanz näher charakterisiert, um feststellen zu können, ob auch heute ein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen beiden Akteuren vorherrscht oder ob der Souveränitätsgewinn Algeriens durch das hohe Preisniveau für Kohlenwasserstoffe diese historische Tendenz abzumildern vermochte. Zwar liegt der Fokus der europäischen Wirtschaft für Standortverlagerungen nach wie vor auf dem osteuropäischen und asiatischen Raum, dennoch wird auch der Maghreb verstärkt als Standort für Produktionsverlagerungen europäischer Industrien in Betracht gezogen. Algerien hingegen konnte jüngst eher internationale Investoren für seinen Energiesektor gewinnen und weniger seine industrielle Basis in anderen Sektoren ausbauen. Zwar lancierte im Herbst 2009 ein Konsortium unter Führung der Münchener Rück das Projekt *Desertec* mit dem Ziel langfristig bis zu 15 % des europäischen Strombedarfs in Afrika zu decken, doch ist diese Initiative in die energiepolitischen Strategien der EU einzuordnen und nimmt daher eine Sonderstellung ein.³⁹¹ Das ewige ordnungspolitische Hin und Her zwischen marktwirtschaftlichen Öffnungsbestrebungen und der tendenziellen Rückkehr zum interventionistischen Sozialismus machen das Land als Wirtschaftsstandort aufgrund der mangelhaften Rechtssicherheit zu einem unbeliebten Terrain für die europäische Industrie. Im Energiesektor spielen solche Überlegungen hingegen nur eine untergeordnete Rolle, da es schlicht an Alternativen mangelt. Die EU ist bezüglich ihrer Strategien zur Minderung der energiepolitischen Abhängigkeit von Moskau zwingend auf eine intensiviertere wirtschaftliche Kooperation mit Algerien angewiesen. Die Preisentwicklung an den Rohstoffbörsen und der algerische Bürgerkrieg führten zu der Überzeugung, dass sich die europäische Export- und Binnenwirtschaft unkontrollierte sozioökonomische und politische Instabilitäten im

³⁹⁰ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hg.): *Das globale Europa – Eine starke Partnerschaft zur Öffnung der Märkte für europäische Exporteure*; Brüssel 2007, S. 2

³⁹¹ Vgl. Streck, Ralf: *Ist Solarstrom aus Afrika absurd?*; In: Telepolis online vom 15.7.2009, <http://www.heise.de/tp/blogs/2/141996>, Zugriff am 10.12.2009

Mittelmeerraum nicht leisten könne. Notwendig seien vielmehr aus europäischer Perspektive die effektive Kontrolle der politischen Herrschaft im Maghreb sowie entsprechende politische oder militärische Instrumente im Rahmen eines für die Region konzipierten sicherheitspolitischen Konzeptes. Die militärische und politische Stabilisierung der Herrschaftsverhältnisse in Algerien ist folglich auch mit der Sicherung der europäischen Konjunkturentwicklung verbunden. Die EU bekundet zudem ihre Bereitschaft zu einer umfangreichen Liberalisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit den Mittelmeeranrainern. Sie zeigt sich nicht nur an einer Intensivierung des Handels mit dem Maghreb interessiert, sondern auch an einer binnenwirtschaftlichen Modernisierung und volkswirtschaftlichen Erschließung dieser Märkte, um mittels sozioökonomischer Entwicklung das soziale Konfliktpotenzial in der marginalisierten Arbeiterschaft Nordafrika kanalisieren und reduzieren zu könnten. Die Assoziierungsabkommen sowie EMP und Mittelmeerunion sind hingegen politökonomische Instrumente zur politischen Stabilisierung des Maghreb und der protektionistischen Agrarpolitik der EU. Die Abkommen verhindern, dass der Maghreb Produkte in EU einführen kann, bei denen Nordafrika über komparative Kostenvorteile verfügt.³⁹² Die jahrzehntlang aufrechterhaltenen Mengenbeschränkungen haben zudem längst zu umfassenden Deformationen der Agrarsektoren im Maghreb beigetragen.

Die Reproduktion der algerischen Unterentwicklung und ökonomischen Abhängigkeit von der europäischen Metropole sowie des peripheren Charakters des Staates sind zu einem bedeutsamen Anteil auf die handelspolitischen Verflechtungen mit Europa zurück zu führen. Im Folgenden wird daher abschließend ein Blick auf die Handelsbilanzen zwischen Algerien und der EU sowie der Import- und Exportstruktur Algeriens geworfen, um die bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Akteuren in den entwicklungspolitischen Diskurs einzuordnen und das Abhängigkeitsverhältnis näher zu bestimmen. 2000 bis 2007 weist der EU-Handel mit den Mittelmeeranrainern eine kontinuierlich positive Bilanz auf, lediglich 2006 ist die Handelsbilanz beinahe ausgeglichen. Des Weiteren konnte sich das Handelsvolumen deutlich ausweiten. Im Jahr 2000 exportierte die EU Waren im Wert von 53 Mrd. Euro in die Region und importierte Waren in Höhe von 48 Mrd. Euro, während 2007 ein Handelsvolumen von 68 Mrd. bzw. 60 Mrd. Euro erreicht wurde.³⁹³ Zwar konnte sich auch das Handelsvolumen zwischen Algerien und der EU ausdehnen, allerdings verminderte sich

³⁹² Vgl. Schumacher, Tobias: *Die Maghreb-Politik der Europäischen Union*; Wiesbaden 1998, S. 12

³⁹³ Vgl. Eurostat European Commission (Hg.): *Euro-Mediterranean statistics*; Luxemburg 2009, S. 162

der EU-Anteil in der algerischen Handelsbilanz. War die EU im Jahr 2000 noch für 58,7% der algerischen Importe und sogar 63,1% der Exporte verantwortlich, waren es 2003 nur noch 54,8 bzw. 54%. 2007 führte die EU noch 51,9% der algerischen Importe in das Land ein, während nur noch 43,6% der algerischen Exporte in die EU verschifft wurden.³⁹⁴ Aus den USA bezieht Algerien mittlerweile 7,7% und aus China etwa 8,7% seiner Importe. Der Handel mit den Mittelmeeranrainern umfasst 2,5% und bleibt damit weitgehend unbedeutend. Bei den Exporten wuchs der Anteil der USA auf über 30% der algerischen Exporte an, während der Exporthandel mit den Mittelmeeranrainern 1,9 und mit China nur 1,8% erreichte.³⁹⁵ Es ist zwar nach wie vor ein deutliches Übergewicht der EU im algerischen Außenhandel festzustellen, aber insbesondere in den letzten Jahren konnte Algier seine Import- und Exportstruktur zunehmend diversifizieren.³⁹⁶

Mit Hilfe der sektoral differenzierten Importstruktur Algeriens lassen sich die negativen Folgen der rentenökonomischen Wirtschaftspolitik der algerischen Regierung und der protektionistischen Agrarpolitik der EU veranschaulichen. Das Land importierte 2007 Waren im Wert von knapp über 20 Mrd. Euro. Der größte Posten entfiel hiervon auf den Import von Maschinen und Transportmitteln in Höhe von insgesamt 7,65 Mrd. Euro, während Industrieprodukte und chemische Erzeugnisse zusammen etwa 7,7 Mrd. Euro ausmachten. Ein weiteres wichtiges Importgut Algeriens sind Nahrungsmittel, die in der Bilanz von 2007 mit etwa 3,6 Mrd. Euro ins Gewicht fallen. Im Exportsektor hat sich die starke Dominanz des Kohlenwasserstoffsektors nichts geändert, da die Branche nach wie vor 98% des Exportvolumens erwirtschaftet.³⁹⁷ Aufschlussreich erscheint zudem ein Blick auf die algerische Außenhandelsbilanz. Algier erzielt seit Jahren entgegen dependenztheoretischer Annahmen kontinuierlich Überschüsse im Außenhandel. Das Exportvolumen Algeriens betrug im Jahr 2000 etwa 23,8 Mrd. Euro und stand einem Importvolumen von 9,9 Mrd. Euro gegenüber. 2003 betrug das Verhältnis 21,7 Mrd. zu 11,9 Mrd. Euro und 2007 20,1 Mrd. zu 43,9 Mrd. Euro. Algeriens Wirtschaft ist demnach nicht in dem Maße von einem für periphere unterentwickelte Staaten typischen Kapitalabfluss betroffen. Alle anderen Staaten der Region – mit Ausnahme des Ölkontinent Libyen – verzeichnen jedoch kontinuierlich negative Außenhandelsbilanzen.

³⁹⁴ Vgl. Ebenda, S. 65

³⁹⁵ Vgl. Eurostat European Commission (Hg.): *Euro-Mediterranean statistics*; Luxemburg 2009, S. 68

³⁹⁶ Frankreich kommt im algerischen Außenhandel auf einen Anteil von etwa 22,7% gefolgt von Italien mit 8,5% und Deutschland mit 6,9%, wobei hier eine aufsteigende Tendenz festzustellen ist. Mit einem Anteil von fast 40% sind Maschinen und Produktionsmittel das wichtigste Importgut aus Deutschland. Vgl. Seidenstücker, Hans: *Algerien: Aufbruchstimmung*; In: Zenith online vom 13.2.2006, <http://www.zenithonline.de/wirtschaft/laenderreport/?article=269&cHash=ae8f186918>, Zugriff 21.1.2010

³⁹⁷ Vgl. Eurostat European Commission (Hg.): *Euro-Mediterranean statistics*; Luxemburg 2009, S. 67

Dennoch wird von einer anhaltenden metropolitanen Abhängigkeit Algiers ausgegangen, da diese Entwicklung der Außenhandelsbilanz insbesondere auf die Bedeutung des Kohlenwasserstoffsektors zurückzuführen ist.³⁹⁸ Anhand der Importstruktur lässt sich festhalten, dass Algeriens Wirtschaft nach wie vor massiv von Lebensmittelimporten und der Einfuhr von Industrierzeugnissen und Technologiegütern abhängig ist. Der strukturelle Abfluss von Kapital in die Metropole spiegelt sich jedoch nicht in der Außenhandelsbilanz Algeriens wieder, sondern vollzieht sich im Rahmen anderer ökonomischer Mechanismen.

„Die ölexportierenden Länder brauchen das Geld aus den Erdölverkäufen unter anderem, um Güter und Dienstleistungen aus den Ländern zu kaufen, die Öl importieren, und reduzieren somit die negativen Effekte des hohen Preises auf das Wachstum Letzterer. Zudem investieren die ölexportierenden Länder in Kapitalmarktanlagen der importierenden Länder. Der Kauf von Wertpapieren in Ländern, die Rohöl importieren, kommt einem Kredit gleich: Die importierenden Staaten können ihre Konsum- und Investitionsausgaben aufrecht erhalten, indem sie sich bei den erdölexportierenden Ländern verschulden, um die Erdölimporte zu finanzieren.“³⁹⁹

Daher wird angenommen, dass der Kapitalabfluss in Rentierstaaten wie Algerien in die Metropole nicht nur durch Außenhandelsbilanzen abgebildet wird, sondern auch über andere Mechanismen vollzogen wird. Zum einen versickert ein Teil der Überschüsse in der Subventionierung der Bevölkerung und zum anderen stützt Algerien die Stabilität metropolitaner Währungen durch den Aufbau umfangreicher Devisenreserven, im Falle Algeriens in Höhe von etwa 140 Mrd. US-Dollar. Eine entwicklungspolitische Einordnung Algiers als periphere von der Metropole abhängige Ökonomie mit Hilfe der Dependenztheorie ist grundsätzlich zwar gerechtfertigt, allerdings nur bei expliziter Betonung des spezifischen ökonomischen Rentiercharakters des Landes.

3.2.3. Zwischenfazit

„In diesem Kontext liegen dysfunktionale Effekte somit im Horizont des realpolitisch Wahrscheinlichen, wenn die EU die bürokratisch organisierten Herrschaftssysteme weiterhin finanziell unterstützt und damit alte unflexible und autoritäre Strukturen zementiert.“⁴⁰⁰

Sowohl historisch betrachtet als auch vor dem derzeitigen Ausbau der ökonomischen Verflechtungen zwischen der EU und Algerien spielt der Erdgas- und Erdölsektor des

³⁹⁸ Vgl. Ebenda, S. 65

³⁹⁹ Aebersold Szalay, Claudia: *Wie Petrodollars den Weg zurück zu den Erdölimporteuren finden*; In: NZZ vom 3.10.2007, S. 13

⁴⁰⁰ Schumacher, Tobias: *Die Maghreb-Politik der Europäischen Union*; Wiesbaden 1998, S. 116

Landes eine übergeordnete Bedeutung für das wirtschaftliche und politische Verhältnis beider Akteure zueinander. Vor diesem Hintergrund müssen die Versuche der EU verstanden werden, Algerien und Libyen zunehmend institutionell zu binden und somit die energiepolitische Kooperation auszuweiten. Während Osteuropa und eingeschränkt auch Marokko und Tunesien als Standort für industrielle Produktionsverlagerung genutzt werden, manifestiert sich die Rolle Algeriens als primärer Rohstofflieferant der EU. Die Folgen für die algerische Volkswirtschaft sind verheerend. Einerseits werden durch das europäische Engagement im Energiesektor die Renteneinnahmen Algeriens ausgebaut und die Herrschaft der autokratischen Staatsklasse systematisch gefestigt, um die für die energiepolitische Versorgungssicherheit der EU zwingend notwendige politische Stabilität zu garantieren. Andererseits kommt der EU die binnenökonomische Schwäche Algeriens zu Gute, da somit ein Rückfluss der Ölgelder in die Metropole ermöglicht wird. Insbesondere aufgrund der protektionistischen Außenwirtschaftspolitik und des anhaltenden Detailprotektionismus im Agrarsektor ist die EU für die Unterentwicklung des Maghreb mitverantwortlich. EMP und Mittelmeerunion sind lediglich ordnungspolitische Vehikel zur Durchsetzung von für die EU vorteilhaften ökonomischen Rahmenbedingungen. Die EU betont zwar immer wieder die Bedeutung von Demokratie und Menschenrechten für ihr Selbstverständnis und ihr außenpolitisches Handeln, im wirtschaftlich sensiblen Bereich der Energiepolitik ignoriert Brüssel jedoch zunehmend die autokratischen Herrschaftsverhältnisse, um ihre Versorgungssicherheit im Energiesektor nicht zu riskieren. In der Energiepolitik kommt Europa schlicht nicht an einer Kooperation mit diesen Staaten vorbei. In diesem Sinne konzentrieren sich 59% der Ölförderung und 70% der Ölreserven auf Staaten, die laut Freedom-House-Index *unfrei* sind, während die *freien* Staaten nur über 9% der Reserven verfügen. Zu der Situation der Menschenrechte in der Dritten Welt äußern sich die Metropolen tendenziell nur dann, wenn die Menschenrechtsfrage nicht mit energiepolitischen Interessen kollidiert.⁴⁰¹ Die politische Stabilisierung und die militärische Aufrüstung Algeriens werden zudem mit dem Antiterrorkampf in Nordafrika gerechtfertigt und legitimiert.⁴⁰² Nienhaus geht davon aus, dass die vertragliche Bindung der Mittelmeerstaaten an die

⁴⁰¹ Vgl. Berger, Jens: *Der Untergang von „Big-Oil“*; In: Telepolis online vom 5.6.2008, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/28/28009/1.html>, Zugriff am 15.10.2009

⁴⁰² Immer wieder werden in Algerien Attentate auf Touristen und Organe der Sicherheitskräfte verübt. Für die Legitimation metropolitaner Waffenexporte nach Algerien sind dabei vor allem große Anschläge, wie der Autobombenanschlag auf das algerische Parlament oder der Angriff auf den Sitz des UNDP in Algier 2007, bedeutsam. Die Verweise auf den Restterrorismus ermöglichen zudem, den Ausnahmezustand aufrecht zu erhalten. Vgl. Ruf, Werner: *Profiteure der Rentenökonomie*; In: Quantara online vom 23.7.2008, http://www.quantara.de/webcom/show_article.php/ c-468/ nr-985/i.html, Zugriff 20.1.2010

EU durch die EMP oder die Mittelmeerunion dazu führen kann, dass die peripheren Regierungen nicht mehr nach politischen Opportunitäten handeln können, da sie sich an vertragliche Abmachungen halten müssen. Er kann daher dem Freihandel zwischen der EU und den Maghrebstaaten grundsätzlich durchaus Positives abgewinnen, jedoch sei der Freihandel kein Allheilmittel gegen interne Strukturdefizite der Peripherie und könne auch gegenteilige Effekte auslösen.⁴⁰³ Problematisch ist weniger die Errichtung einer Freihandelszone, sondern vielmehr dessen Struktur, die sich durch den europäischen Protektionismus und der Stabilisierung autokratischer Regimes auszeichnet. Die EU nutzt auch weiterhin die wirtschaftspolitischen Abhängigkeiten der Region und ignoriert die somit geförderte Reproduktion des gesellschaftlichen Konfliktpotenzials. Die externe Stabilisierung der nordafrikanischen Regimes ist einer der wesentlichen Ursachen für die anhaltende Unterentwicklung der Region sowie der Aufrechterhaltung autokratischer Herrschaftsverhältnisse sowie der zunehmenden Bedeutung der Rente im Maghreb.

4. Fazit: Konsolidierung der europäisch-algerischen Wirtschaftsbeziehungen

„Allgemein wird man sicher sagen können, dass die neuen Führungsgenerationen in der arabischen Welt wirtschaftsfreundlicher sein (...) werden als die abtretende Generation, dass sie auch weniger Probleme mit politischer Pluralität haben und das sie gleichzeitig daran interessiert sein dürften, sich eine neue und breitere politische Basis zu schaffen, die liberalere, aber auch nationalistische und islamistische Kräfte einschließen könnte. Insofern spricht einiges dafür, dass ein politischer Elitenwechsel bessere Bedingungen für notwendige wirtschaftspolitische Öffnungsprozesse schafft, das Vertrauen in- und ausländischer Investoren stärkt und Wachstumsimpulse gibt, und es ist zumindest nicht auszuschließen, dass ein solcher Wechsel auch die teilweise starren politischen Strukturen arabischer Staaten aufbricht und breitere Partizipation erlaubt.“⁴⁰⁴

Im Rahmen der politischen Führungswechsel in arabischen Staaten wie Syrien, Marokko oder Jordanien vor etwa zehn Jahren äußerten sich diverse Kommentatoren noch durchaus optimistisch über die Erfolgchancen wirtschaftlicher und vor allem politischer Reformen in der Region. Volker Perthes merkt an, eine machtpolitische Neuordnung in der arabischen Welt könne progressive Effekte auf die internen Strukturdefizite dieser Staaten ausüben und helfen, die verkrusteten politischen Herrschaftsverhältnisse zu reformieren, die Gesellschaft zu öffnen sowie Anreize schaffen, die wirtschaftlichen

⁴⁰³ Vgl. Nienhaus, Volker: *Euro-Mediterraner Freihandel: Motor der wirtschaftlichen Entwicklung?*; In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B39/97, 19.9.1997, S. 18

⁴⁰⁴ Perthes, Volker: *Geheime Gärten*; Bonn 2005, S. 149/150

Rahmenbedingungen nach binnenmarktorientierten Kriterien zu modernisieren. Zehn Jahre nach dem politischen Frühling in Damaskus und Rabat und rund 20 Jahre nach der demokratischen Öffnung in Algerien muss jedoch betont werden:

„Ob Monarchie oder Republik – die autoritär geführten Staatswesen haben Bestand und zeigen eine erstaunliche Anpassungsfähigkeit.“⁴⁰⁵

Insbesondere anhand der Entwicklung in der Rentenökonomie Algerien zeigt es sich jedoch, wie stark interne und externe politische und ökonomische Faktoren einer solchen Modernisierung entgegenstehen. Die entwicklungspolitische Blockade Algeriens zeichnet sich vor allem aus durch die anhaltende und umfassende Bedeutung der Kohlenwasserstoffrente für die algerische Wirtschaft sowie die Stabilisierung und Reproduktion der monopolisierten politischen Herrschaftsverhältnisse. Diese internen Ursachen der algerischen Unterentwicklung stehen in einem Spannungsverhältnis zu der externen Einflussnahme durch die Metropole sowie der mangelhaften regionalen politischen und wirtschaftlichen Integration Algeriens. Das Zusammenwirken dieser drei Faktoren fördert die nachhaltige Reproduktion des peripheren unterentwickelten und autokratischen Charakters des Landes. Algeriens Stellung als peripheres Anhängsel des französischen Kolonialismus implementierte bereits vor der Unabhängigkeit Merkmale einer außenabhängigen und autokratischen Herrschaft, die durch die Rente und die wirtschaftspolitische Stabilisierung des Regimes durch die Metropole bis heute überdauern konnte. Das Ende des Kolonialsystems stellt lediglich einen marginalen Bruch im Verhältnis beider Akteure zueinander dar, da sich nach der Unabhängigkeit Algiers erneut ein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis entwickelte. Die machtpolitische Konstellation in Algerien wird demnach bestimmt durch die Machterhaltungspolitik der Staatsklasse sowie der Versuche der Metropole, ein für sie vorteilhaftes Handelsregime zu etablieren, mit der Folge einer Konsolidierung der Herrschaftsverhältnisse in Algerien, aber auch zwischen der europäischen Metropole und dem Maghreb.

Die Entwicklungsblockade des peripheren Algeriens ist demnach im Wesentlichen bedingt durch die Reproduktion der internen Strukturschwäche sowie des stabilen einseitigen Abhängigkeitsverhältnisses des Landes von Europa. Wie die wirtschaftliche und politische Systemanalyse Algeriens gezeigt hat, vermochte weder die ambitionierte Industrialisierungspolitik der post-kolonialen Ära, noch die zunehmende wirtschaftliche Öffnung des Landes unter Bouteflika die Außenabhängigkeit des Landes nachhaltig zu reduzieren. Algerien muss daher nach wie vor als peripherer abhängiger Staat bezeichnet

⁴⁰⁵ El Alaoui, Hicham: *Demokratie zum Davonlaufen*; In: *Le monde diplomatique* April 2008, S. 10

werden, dessen Verhältnis zur EU einer auf wirtschaftlichen und politischen Einflussfaktoren beruhenden Zentrum-Peripherie-Beziehung entspricht. Wesentliches Moment für die Stabilität und die Reproduktion dieser sozioökonomischen und politischen Verflechtungen ist ein dynamisches Spannungsverhältnis zwischen den algerischen Herrschaftsverhältnissen, die durch die machtpolitisch bedingte Förderung einer rent-seeking society durch die algerische Staatsklasse konsolidiert wird, sowie den wirtschaftlichen Interessen der EU in Algerien, die sich insbesondere auszeichnen durch die politische Stabilisierung des Regimes vor dem Hintergrund der Strategien zur Diversifikation der EU-Energieaußenpolitik. Algier versteht es zudem, die Notwendigkeit der Bekämpfung des Terrorismus im eigenen Land geschickt mit dem zunehmenden Energiehunger der EU zu verknüpfen und die Hegemonialpolitik des Westens in der Region für eigene machtpolitische Zwecke zu missbrauchen.⁴⁰⁶

Die Energiereserven, die geographische Lage sowie die politische Stabilität machen Algerien attraktiv für eine Einbindung des Landes in die europäische Außenwirtschaftsstrategie. Zwischen der militärischen Aufrüstung Algeriens durch EU-Staaten und die USA, der Bedeutung der Rente für die sozioökonomische Entwicklung des Landes sowie der Aufrechterhaltung des starken Übergewichts des Exportsektors in der algerischen Volkswirtschaft und der einseitigen Handelsverflechtungen zwischen beiden Akteuren in Form von Wirtschaftsabkommen besteht demnach ein signifikanter Zusammenhang. Zu erwarten ist unter Berücksichtigung des dependenztheoretischen Ansatzes sowie der Rententheorie und des Staatsklasseansatzes eine langfristige wirtschaftspolitische Stabilisierung des Regimes sowie eine Konsolidierung der einseitigen Abhängigkeit des Landes von der Metropole. Zwar verteilt die Staatsklasse ihre internationale Dependenz auf mehrere Akteure – neben der EU spielen Russland, China und die USA im algerischen Außenhandel eine große Rolle – dennoch werden die Herrschaftsstrukturen im Land gefestigt. Zu den Konsequenzen gehören die anhaltende Marginalisierung der Arbeitskraft, eine mangelhafte binnenökonomische Entwicklung, die nach wie vor konsequente Vernachlässigung der Modernisierung der algerischen Landwirtschaft, eine unzureichende regionale Integration im Maghreb sowie die Abstinenz einer wirtschaftlich progressiven Entwicklungspolitik.

⁴⁰⁶ In der Regel zielen die islamistischen Attentate der vergangenen Jahre auf staatliche Institutionen wie Oran im Frühjahr 2008, aber auch das Attentat auf die UNO und das algerische Parlament 2007 sowie die Entführungen von ausländischen Touristen und Arbeitern, halten der Metropole die andauernde Instabilität der Sicherheitslage vor Augen und verstärken die Anstrengungen der militärischen Aufrüstung Algeriens im Rahmen des globalen Anti-Terrorkampfes. Vgl. Boukraâ, J.: *Ils préparaient un attentat dans la zone industrielle d'Arzew* ; In : Le Quotidien d'Oran vom 20.5.2008, S. 1 und 4

Algiers wirtschaftspolitische Zielsetzung speist sich einzig aus dem Willen zum Machterhalt und visiert keine volkswirtschaftliche Diversifizierung der inländischen Wertschöpfungsprozesse an. Unter Berücksichtigung der Dependenztheorien und der Rententheorie erscheint ein Aufbrechen der verkrusteten politischen und ökonomischen Strukturen zugunsten einer wirtschaftlichen Umverteilung unter der Bevölkerung auch langfristig wenig realistisch. Dennoch bleibt fraglich, ob eine Entwicklung Algeriens nach dem Konzept der *collective self-reliance* im Sinne Samir Amins für Algerien denkbar wäre. Bereits Ende der 90er Jahre verweist Nienhaus auf die potenziellen Erfolgchancen einer entwicklungspolitischen Strategie zur regionalen Integration im Rahmen der UMA. Demnach könnte eine starke Ausweitung des regionalen Handels im Maghreb durchaus die industrielle Weiterentwicklung fördern.⁴⁰⁷ Insbesondere das wirtschaftliche Potenzial einer verstärkten Kooperation Algeriens mit Marokko könnte dynamische Struktureffekte für beide Staaten zur Folge haben. Während Algerien 80% seines Lebensmittelbedarfs importieren muss, ist Marokko der größte Nahrungsmittelproduzent der Region, wobei Rabat seinerseits auf Energieimporte angewiesen ist, die Algerien bereitstellen könnte. Gemeinsame Impulse könnten zum Beispiel bei einer intensivierten Zusammenarbeit im Bereich der Petrochemie entstehen und den Maghreb zum größten Düngemittelproduzenten der Welt machen.⁴⁰⁸ Die Erhöhung der realen Kaufkraft und progressive Ansätze einer Importsubstitution können demnach auch durch die Schaffung einer mediterranen Freihandelszone die industrielle Entwicklung der Peripherie fördern, sofern die EU und andere metropolitane Akteure von ihrem Detailprotektionismus im Agrarbereich abrücken würden. Die Chancen einer regionalpolitischen Annäherung zwischen den maghrebischen Staaten erscheinen indes mittelfristig eher gering, unter anderem auch da die algerische Staatsklasse vor dem Hintergrund ihrer stabilen Renteneinnahmen nicht zwingend genug auf eine solche regionale wirtschaftspolitische Integration angewiesen ist. Die EU reduziert tendenziell zwar die Agrarsubventionen, eine grundsätzliche Abkehr von dem außenwirtschaftlichen EU-Protektionismus in dieser entwicklungspolitischen Schlüsselbranche ist mittelfristig jedoch nicht zu erwarten. Die EU ist zwar im Rahmen ihrer Energieaußenpolitik auf Algerien als strategischem Partner angewiesen, doch ist diese strategische Abhängigkeit nicht zu vergleichen mit der qualitativen Abhängigkeit Algeriens von europäischen Importen. Brüssel dürfte daher auch in Zukunft ihre politischen Ziele durchsetzen.

⁴⁰⁷ Vgl. Nienhaus, Volker: *Euro-Mediterraner Freihandel*; In: APuZ B39/97, 19.9.1997, S. 16

⁴⁰⁸ Vgl. Ghilés, Francis: *Teure Grenzen*; In: *Le monde diplomatique*, Februar 2010, S. 9

„Fast ganz Afrika kreist im Laufrad der Korruption. Deshalb ist man der üblichen Erklärungen für die Unterentwicklung des Kontinents überdrüssig, die auf Kolonialismus, Neokolonialismus oder das Unvermögen verweisen, sich vollständig von deren Spätfolgen zu erholen. (...) Habgier und Korruption sind es, die den Kontinent laut Afrikanischer Union jedes Jahr 140 Milliarden Dollar kosten und einen wirtschaftlichen Aufschwung hemmen. Es ist höchste Zeit, darauf zu verzichten, anderen die Schuld zu geben – man sollte sich stattdessen darüber im Klaren sein, dass afrikanische Führer jenen fatalen Trend mit verschuldet haben, der ihre Volkswirtschaften in den toten Winkel der Weltökonomie driften lässt.“⁴⁰⁹

James Shikwati fordert vor diesem Hintergrund die konsequente Abschaffung der Entwicklungshilfe, im Gegensatz zu den Ansätzen, die eine umfangreiche Aufstockung der Entwicklungshilfegelder fordern, da diese Gelder in der Regel entlang lokaler Patronagesysteme verteilt werden und nicht nach entwicklungspolitischen Kriterien. Die Entwicklungshilfe fördere keine wirtschaftliche Modernisierung, sondern finanziere die Korruption.⁴¹⁰ Ähnlich verhält es sich mit den entwicklungspolitischen Beziehungen der EU zu Algerien, auch wenn in diesem Fall die Entwicklungshilfe im klassischen Sinne keine weitgehende Bedeutung hat. Die EU unterstützt das Regime in Algier politisch und finanziell durch die Ausweitung ihrer energiepolitischen Aktivitäten und vermindert die Möglichkeiten struktureller wirtschaftspolitischer Reformen im Land, da das Regime auf soziale Proteste mit der Ausweitung der Subventionen reagieren kann. In Algerien konnte sich ein Mechanismus etablieren, der durch eine strukturelle Verknüpfung des sich reproduzierenden Rentenstaates, der Staatsklassenherrschaft, der metropoliten Interessenpolitik sowie der mangelhaften regionalen Integration eine Konsolidierung der Unterentwicklung und Außenabhängigkeit zu verantworten hat. Im Gegensatz zu anderen peripheren Staaten ist es Algerien zwar gewissermaßen erlaubt, seinerseits Druck auf die Metropole auszuüben, jedoch täuscht dieser auf die Bedeutung der Erdöl- und Erdgasreserven zurückzuführende Faktor nicht über die Kurzsichtigkeit algerischer Wirtschaftspolitik sowie des peripheren Charakters des Landes hinweg. Algerien verschloss sich bisher zwar der Einbindung in die EU-Strategien zu Verlagerung der Migrationsbekämpfung nach Nordafrika, doch bildet die Kooperation zwischen der EU und Tripolis in diesem Bereich ein Leitmotiv europäischer Politik in der Dritten Welt ab:

„Die Behauptung, in Libyen werde gefoltert, hätte früher kaum einen europäischen Politiker zum Widerspruch gereizt. Nun muss man es so formulieren: Die EU ermuntert zur Folter.“⁴¹¹

⁴⁰⁹ Akinyemi, Aaron: *Der Sprengsatz Korruption*; In: Der Freitag vom 29.10.2009, S. 10

⁴¹⁰ Vgl. Neubert, Dieter: *Afrika retten*; In: Le monde diplomatique Mai 2009, S. 15

⁴¹¹ Wiedemann, Charlotte: *Mythen der Migration*; In: Le monde diplomatique Juni 2009, S. 13

Literaturverzeichnis

- Akinyemi, Aaron: *Der Sprengsatz Korruption*; In: Der Freitag vom 29.10.2009, S. 10.
- Algieri, Franco/Bauer, Thomas: *Die Festschreibung mitgliedstaatlicher Macht: GASP und GSVP im Vertragswerk von Lissabon*; In: Weidenfeld, Werner (Hg.): *Lissabon in der Analyse – der Reformvertrag der Europäischen Union*; Nomos-Verlagsgesellschaft Baden-Baden, 1. Auflage 2008, S. 125-156.
- Alnasseri, Sabah: *Periphere Regulation – Regulationstheoretische Konzepte zur Analyse von Entwicklungsstrategien im arabischen Raum*; Verlag Westfälisches Dampfboot, 1. Auflage Münster 2004.
- Amin, Samir: *Self-reliance und die neue internationale Wirtschaftsordnung*; In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Kapitalistische Weltökonomie – Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik*; Suhrkamp-Verlag Frankfurt am Main, 2. Auflage 1982, S. 317-336.
- Amin, Samir: *Zur Theorie von Akkumulation und Entwicklung in der gegenwärtigen Weltgesellschaft*; In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Peripherer Kapitalismus – Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung*; Suhrkamp-Verlag Frankfurt am Main, 1. Auflage 1974, S. 71-97.
- Arrighi, Giovanni: *Multinationale Konzerne, Arbeiteraristokratien und ökonomische Entwicklung in Schwarzafrika*; In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Peripherer Kapitalismus – Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung*; Suhrkamp-Verlag Frankfurt/Main, 1. Auflage 1974, S. 221-275.
- Baumann, Florian/Turek, Jürgen: *Die europäische Energiepolitik im Vertrag von Lissabon*; In: Weidenfeld, Werner (Hg.): *Lissabon in der Analyse – der Reformvertrag der Europäischen Union*; Nomos-Verlagsgesellschaft Baden-Baden, 1. Auflage 2008, S. 157-168.
- Benakli, Akli: *Die algerische Industrialisierungspolitik – Konzeption, Regulierung, Ausbau und Rückwirkungen auf die Landwirtschaft*; Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main 1992.
- Bouhsini, Sabah: *Die Rolle Nordafrikas (Marokko, Algerien, Tunesien) in den deutsch-französischen Beziehungen von 1950 bis 1962*; Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Philosophischen Fakultät der Universität Köln, Shaker-Verlag Aachen 2000.
- Chimelli, Rudolph: *Algerien*; In: Weiss, Walter (Hg.): *Die arabischen Staaten – Geschichte, Politik, Religion, Gesellschaft, Wirtschaft*; Palmyra Verlag Heidelberg 2007, S. 32-45.
- Chimelli, Rudolph: *Marokko*; In: Weiss, Walter M. (Hg.): *Die arabischen Staaten – Geschichte, Politik, Religion, Gesellschaft, Wirtschaft*; Palmyra Verlag Heidelberg 2007, S. 194-207.
- Diner, Dan: *Versiegelte Zeit – Über den Stillstand in der islamischen Welt*; Propyläen Verlag Berlin, 2. Auflage 2005.
- Djebbar, Assia: *Das verlorene Wort*; Unions-Verlag Zürich 2006.

- Dos Santos, Theotonio: *Über die Struktur der Abhängigkeit*; In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Imperialismus und strukturelle Gewalt – Analysen über Reproduktion*; Suhrkamp-Verlag Frankfurt am Main, 1. Auflage 1972, S. 243-257.
- El Alaoui, Hicham Ben Abdallah: *Demokratie zum Davonlaufen – Die autoritären Regime der arabischen Welt haben gelernt, ihren Fortbestand mit demokratischen Versatzstücken zu sichern*; In: *Le monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe April 2008, S. 10.
- Elsenhans, Hartmut: *Algerien – Koloniale und postkoloniale Reformpolitik*; Institut für Afrika-Kunde im Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut, Hamburg 1977.
- Elsenhans, Hartmut: *Grundlagen der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft*; In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Kapitalistische Weltökonomie – Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik*; Suhrkamp-Verlag Frankfurt am Main, 2. Auflage 1982, S. 103-148.
- Elsenhans, Hartmut: *Imperialismus/Imperialismustheorien*; In: Nohlen, Dieter (Hg.): *Wörterbuch Staat und Politik*; Sonderausgabe für die Landeszentralen für politische Bildung, Piper Verlag München, Neuauflage 1995, S. 265-268.
- Elsenhans, Hartmut: *Vorwort*; In: Ouaisa, Rachid: *Staatsklasse als Entscheidungsakteur in den Ländern der Dritten Welt*; Münster 2005, S. 11-25.
- Eurostat European Commission (Hg.): *Euro-Mediterranean statistics*; Office for Official Publications of the European Communities, Luxemburg 2009.
- Fanon, Frantz: *Aspekte der algerischen Revolution*; Suhrkamp-Verlag Frankfurt am Main, 1. Auflage 1969.
- Fanon, Frantz: *Die Verdammten dieser Erde*; Suhrkamp-Verlag Frankfurt am Main, 1. Auflage 1981.
- Fanon, Frantz: *Für eine afrikanische Revolution – Politische Schriften*; März Verlag KG, Frankfurt am Main 1972.
- Feller, Gordon: *The new interest in Algeria*; In: *The Middle East* Heft Nr. 392, August/September 2008, S. 42-43.
- Galtung, Johan: *Arme Länder gegen reiche; arme Menschen gegen reiche. Wem wird die Neue Weltwirtschaftsordnung nützen?* ; In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Kapitalistische Weltökonomie – Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik*; Suhrkamp-Verlag Frankfurt am Main, 2. Auflage 1982, S. 337-375.
- Ghilés, Francis: *Teure Grenzen*; In: *Le monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe Februar 2010, S. 9.
- Guidère, Mathieu: *Fusion in der Terrorbranche – Algeriens Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf kooperiert mit Al-Qaida*; In: *Le monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe November 2006, S. 5.
- Hasel, Thomas: *Autoritäre Herrschaft hinter demokratischer Fassade*; In: *Inamo* Heft Nr. 35, Herbst 2003, S. 4-8.

- Hess, Sabine/Tsianos, Vassilis: *Europeanizing Transnationalism! Provincializing Europe! – Konturen eines neuen Grenzregimes*; In: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.): *Turbulente Ränder – Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*; transcript-Verlag Bielefeld 2007, S. 23-38.
- Hopkins, Terence K./Wallerstein, Immanuel: *Grundzüge der Entwicklung des modernen Weltsystems*; In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Kapitalistische Weltökonomie – Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik*; Suhrkamp-Verlag Frankfurt am Main, 2. Auflage 1982, S. 151-200.
- Jünemann, Annette: *Zehn Jahre Barcelona-Prozess: Eine gemischte Bilanz*; In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 45/2005, 7.11.2005, S. 7-14.
- Kay, Cristobal: *Latin American theories of development and underdevelopment*; Routledge London, 1. Auflage 1989.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hg.): *Das globale Europa – Eine starke Partnerschaft zur Öffnung der Märkte für europäische Exporteure*; Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, KOM (2007) 183, Brüssel 18.4.2007.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hg.): *Grünbuch – Eine europäische Strategie für eine nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie*; KOM (2006) 105, Brüssel 8.3.2006.
- Marini, Ruy Mauro: *Dialektik der Abhängigkeit*; In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Peripherer Kapitalismus – Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung*; Suhrkamp-Verlag Frankfurt am Main, 1. Auflage 1974, S. 98-136.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: *Manifest der kommunistischen Partei*; Philipp Reclam Verlag, Stuttgart 1999.
- Mathieu, Anne: *Die Last des Melanins – Über Frantz Fanon, den Theoretiker der kolonialen Befreiung*; In: *Le monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe April 2009, S. 23.
- Mattes, Hanspeter: *Algerien: Die schwierige Beseitigung regionaler Disparitäten*; In: Faath, Sigrid (Hg.): *„Sozio-regionale“ Entwicklungsansätze in Nordafrika/Nahost – Ein erfolgversprechender Weg zur Stabilisierung der Staaten?*; GIGA Institut für Nahost-Studien, Hamburg 2009, S. 51-76.
- Mattes, Hanspeter: *Algeriens Energiepolitik: Nationale Interessen, Sozialpolitik und die EU*; In: *GIGA Focus Nahost* 2/2007.
- Mellah, Salima/Rivoire, Jean-Baptiste: *Verwischte Spuren in der Sahara*; In: *Le monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe Februar 2005, S. 20/21.
- Meynier, Gilbert: *Die Nationale Befreiungsfront Algeriens (FLN) 1954 – 1962*; In: *Inamo* Heft Nr. 56, Winter 2008, S. 44-47.
- Müller, Herta: *Marktwirtschaft und Islam – Ökonomische Entwicklungskonzepte in der islamischen Welt unter besonderer Berücksichtigung Algeriens und Ägyptens*; Nomos-Verlagsgesellschaft Baden-Baden, 1. Auflage 2002.
- Neubert, Dieter: *Afrika retten – Der Kenianer James Shikwati will die Entwicklungshilfe abschaffen*; In: *Le monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe Mai 2009, S. 15.

- Nezzar, Khaled: *Algérie - Le sultanat de Bouflekka*; L`Arganier transbordeurs, Frankreich 2003.
- Nienhaus, Volker: *Euro-Mediterraner Freihandel: Motor der wirtschaftlichen Entwicklung?*; In: Aus Politik und Zeitgeschichte B39/97, 19.9.1997, S. 12-18.
- Oberansmeyr, Gerald: *Kriege als Exportgut*; In: Lunapark 21, Heft Nr. 5, Frühjahr 2009, S. 62-65.
- O`Connor, James: *Die Bedeutung des ökonomischen Imperialismus*; In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Imperialismus und strukturelle Gewalt – Analysen über Reproduktion*; Suhrkamp-Verlag Frankfurt am Main, 1. Auflage 1972, S. 123-186.
- Oppermann, Thomas: *Die algerische Frage*; W. Kohlhammer, Stuttgart 1959.
- Ouaisa, Rachid: *Staatsklasse als Entscheidungsakteur in den Ländern der Dritten Welt – Strukturen, Entwicklungen und Aufbau der Staatsklasse am Beispiel Algerien*; Lit-Verlag Münster 2005.
- Pawelka, Peter: *Der Vordere Orient und die Internationale Politik*; Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1993.
- Pawelka, Peter: *Staat, Bürgertum und Rente im arabischen Vorderen Orient*; In: Aus Politik und Zeitgeschichte B39/97, 19.9.1997, S. 3-11.
- Perthes, Volker: *Geheime Gärten – Die neue arabische Welt*; Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2005.
- Quijano, Anibal: *Marginaler Pol der Wirtschaft und marginalisierte Arbeitskraft*; In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Peripherer Kapitalismus – Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung*; Suhrkamp-Verlag Frankfurt am Main, 1. Auflage 1974, S. 298-341.
- Roy, Olivier: *Der islamische Weg nach Westen – Globalisierung, Entwurzelung und Radikalisierung*; Pantheon Verlag München, 2. Auflage 2006.
- Ruf, Werner: *Africom – Ressourcen statt Freiheit*; In: UTOPIE kreativ Heft 216, Oktober 2008, S. 883-892.
- Ruf, Werner: *Algier – Washington: Eine Beziehung der besonderen Art*; In: Inamo Heft Nr. 35, Herbst 2003, S. 19-22.
- Ruf, Werner: *Die algerische Tragödie – Vom Zerschlagen des Staates einer zerrissenen Gesellschaft*; Agenda Verlag, Münster 1997.
- Ruf, Werner: *Die Erinnerung an den nationalen Befreiungskampf zwischen Staatsdoktrin und Widerspruch*; In: Kohser-Spohn, Christiane/Renken, Frank (Hg.): *Trauma Algerienkrieg – Zur Geschichte und Aufarbeitung eines tabuisierten Konflikts*; Campus-Verlag, Frankfurt am Main 2006, S. 142-152.
- Ruf, Werner: *Terrorismus und US-Geopolitik – Algeriens Rolle im Anti-Terrorkampf*; In: Inamo Heft Nr. 50, Sommer 2007, S. 37-40.
- Samoleit, Alexandra/Mattes, Hans-Peter: *Die blockierte Reform der Arabischen Liga*; GIGA-Fokus Nahost, 2/2008.

- Samraoui, Mohammed: *DRS, GIA – Die staatsgefälligen Heilsarmeen*; In: Inamo Heft Nr. 35, Herbst 2003, S. 14-18.
- Sansal, Boualem: *Postlagernd: Algier*; Merlin-Verlag Gifkendorf, 1. Auflage 2008.
- Scheil, Armin: *Eine gescheiterte Revolution*; In: Fanon, Frantz: *Aspekte der algerischen Revolution*; Frankfurt am Main 1969, S. 129-143.
- Schmid, Bernhard: *Algerien – Frontstaat im globalen Krieg? – Neoliberalismus, soziale Bewegungen und islamistische Ideologien in einem nordafrikanischen Land*; UNRAST-Verlag Münster, 1. Auflage 2005.
- Schmid, Bernhard: *Das koloniale Algerien*; UNRAST-Verlag Münster, 1. Auflage 2006.
- Schumacher, Tobias: *Die Europäische Union als internationaler Akteur im südlichen Mittelmeerraum – „Actor Capability“ und EU-Mittelmeerpoltik*; Nomos-Verlagsgesellschaft Baden-Baden, 1. Auflage 2005.
- Schumacher, Tobias: *Die Maghreb-Politik der Europäischen Union – Gemeinschaftliche Assoziierungspraxis gegenüber Algerien, Marokko und Tunesien*; Deutscher Universitäts-Verlag, Wiesbaden 1998.
- Seifert, Thomas/Werner, Klaus: *Schwarzbuch Öl – Eine Geschichte von Gier, Geld, Macht und Geld*; Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006.
- Senghaas, Dieter: *Dissoziation und autozentrierte Entwicklung. Eine entwicklungspolitische Alternative für die Dritte Welt*; In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Kapitalistische Weltökonomie – Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik*; Suhrkamp-Verlag Frankfurt am Main, 2. Auflage 1982, S. 376-412.
- Senghaas, Dieter: *Elemente einer Theorie des peripheren Kapitalismus (Vorwort)*; In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Peripherer Kapitalismus – Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung*; Suhrkamp-Verlag Frankfurt am Main, 1. Auflage 1974, S. 7-36.
- Senghaas, Dieter (Hg.): *Kapitalistische Weltökonomie – Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik*; Suhrkamp-Verlag Frankfurt am Main, 2. Auflage 1982.
- Souaïdia, Habib: *Schmutziger Krieg in Algerien – Bericht eines Ex-Offiziers der Spezialkräfte der Armee (1992 - 2000)*; Chronos Verlag, Zürich 2001.
- Stadtfeld, Felix: *Persuasionsstrategien in politisch engagierten Texten – Positionen französischer Autoren zum Algerienkrieg 1954 – 1962*; Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Philosophischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg im Breisgau, Ludwigshafen am Rhein 2003.
- Thielmann, Jörn: *„Der Islam ist meine Religion, Arabisch meine Sprache, Algerien mein Vaterland“ – Nationalismus und Entwicklung in Algerien*; Working Paper Nr. 71, Institut für Ethnologie und Afrikastudien, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, 2006.
- Touimer, Abderrahmane (Hg.): *Algeria Weekly: Energy & Business*; Heft 19 vom 5.6.2008.

- Werenfels, Isabelle: *Algerien nach den Parlamentswahlen*; SWP-Aktuell 19, herausgegeben von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2002, S. 3.
- Wiedemann, Charlotte: *Mythen der Migration*; In: *Le monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe Juni 2009, S. 12/13.
- Zorob, Anja: *Projekt „Mittelmeerunion“ – „neuer Schub“ für die EU-Mittelmeerpolitik?*; GIGA-Fokus Nahost, 5/2008.

Internetquellen

- Algeria-Watch/Sidhoum, Salah-Eddine: *Algerien – Die Mordmaschine – Bericht über Folter, geheime Haftzentren und die Organisation der Mordmaschine*; Algeria-Watch Januar 2004, http://www.algeria-watch.org/pdf/pdf_de/mordmaschine.pdf, Zugriff am 23.11.2009.
- Aljazeera English: *Argentina's Kirchner visits Algeria*; In: Aljazeera English online vom 17.11.2008, <http://english.aljazeera.net/news/africa/2008/11/20081116184524933668.html>, Zugriff am 12.1.2010.
- Berger, Jens: *Der Untergang von „Big Oil“*; In: Telepolis online vom 5.6.2008, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/28/28009/1.html>, Zugriff am 15.10.2009.
- Chmaytelli, Maher/Freeman, Adam: *Algeria's Sonatrach to raise gas exports by 25 per cent in 2009*, In: Bloomberg online vom 17.12.2008, http://algeria-watch.de/en/articles/2008/gas_export_2009.htm, Zugriff am 5.1.2010.
- German Foreign Policy (Hg.): *Glos sucht Gas*; In: German Foreign Policy vom 23.2.2007, http://www.algeria-watch.org/de/artikel/2007/delegation_algier.htm, Zugriff am 22.1.2010.
- German Foreign Policy (Hg.): *Kriegsgerät für Öl*; In: German Foreign Policy vom 14.7.2008, http://algeria-watch.de/de/artikel/2008/kriegsgeraet_oel.htm, Zugriff am 5.5.2009.
- Neue Zürcher Zeitung (Hg.): *Neue Kredite Chinas an Afrika- Checkbuch-Diplomatie der Pekinger Führung*; In: NZZ online vom 9.11.2009, http://www.nzz.ch/nachrichten/international/china_wirtschaft_politik_leute/aktuelle_berichte/neue_kredite_chinas_an_afrika_1.3989088.html, Zugriff am 3.1.2010.
- Rötzer, Florian: *Deutschland ist weltweit drittgrößter Rüstungsexporteur*; In: Telepolis online vom 9.12.2008, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29302/1.html>, Zugriff am 12.12.2009.
- Ruf, Werner: *Profiteure der Rentenökonomie*; In: Quantara online vom 23.7.2008, http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/c-468/nr-985/i.html, Zugriff 20.1.2010.
- Schmid, Bernhard: *Algerien: Der Ausverkauf hat begonnen*; In: Telepolis Online vom 7.4.2005, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/19/19777/1.html>, Zugriff am 23.11.2009.

- Schmid, Bernhard: *Auf der Suche nach Alternativen zur Macht der Clans*; In: Telepolis Online vom 12.4.2008, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/27/27590/1.html>, Zugriff am 21.11.2009.
- Schmid, Bernhard: *Erfolgsmodell auf tönernen Füßen*; In: Quantara online vom 24.4.2009, http://de.qantara.de/webcom/show_article.php?wc_c=468&wc_id=1148, Zugriff am 12.1.2010.
- Schwarzer, Daniela: *Wachsende Aufgaben, fehlender politischer Wille*; In: Quatara online vom 6. Mai 2009, http://de.qantara.de/webcom/show_article.php?wc_c=468&wc_id=1153, Zugriff am 21.1.2010.
- Seidenstücker, Hans: *Algerien: Aufbruchstimmung*; In: Zenith online vom 13.2.2006, <http://www.zenithonline.de/wirtschaft/laenderreport/?article=269&cHash=ae8f186918>, Zugriff am 21.1.2010.
- Stahnke, Jochen: *Libyen – Wettlauf um den Wüstenstaat*; In: Zenith online vom 13.6.2008, <http://www.zenithonline.de/wirtschaft/laenderreport/?article=150&cHash=dc6ec33bfb>, Zugriff am 21.11.2009
- Streck, Ralf: *Ist Solarstrom aus Afrika absurd?* ; In: Telepolis online vom 15.7.2009, <http://www.heise.de/tp/blogs/2/141996>, Zugriff am 10.12.2009.
- Stute, Dennis: *Maghreb-Staaten kommen sich nicht näher*; In: Deutsche Welle Online vom 25.5.2005, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,1564,1594418,00.html>, Zugriff am 23.5.09.
- Zimmermann, Martina: *Eine Baustelle unter freiem Himmel*; In: Quantara online vom 26.5.2008, http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/c-469/nr-873/i.html, Zugriff am 5.1.2010.

Tageszeitungen

- Aebersold Szalay, Claudia: *Wie Petrodollars den Weg zurück zu den Erdölimporteurern finden*; In: NZZ vom 3.10.2007, S. 13.
- Ammann, Ludwig: *Die selbst geschaffene Hölle*; In: NZZ vom 15./16./17.8.2003, S. 64.
- Belabes, Salah-Eddine: *Mohammed VI á Alger*; In: El Watan vom 22.3.2005, S. 1 & 4.
- Benabbou, Abdou: *L'Inde déclare la „guerre“ á la Chine en Afrique* ; In : Le Quotidien d'Oran vom 8.4.2008, S. 1 und 3.
- Benmostepha, Zahir: *Mutisme sur les contrats des Mig*; In: Liberte vom 21.2.2008, S. 3.
- Boukraâ, J.: *Ils préparaient un attentat dans la zone industrielle d'Arzew* ; In : Le Quotidien d'Oran vom 20.5.2008, S. 1 und 4.
- Chimelli, Rudolph: *Siegeszug der Chinesen*; In: Süddeutsche Zeitung vom 4.2.2010, S. 7.

- Felder, Karl: *Produzentenländer arbeiten an einem Erdgas-Kartell*; In: NZZ vom 10.4.2007.
- Fromm, Thomas: *Sonnige Zukunft*; In: Süddeutsche Zeitung vom 14.7.2009, S. 15.
- Fuster, Thomas: *Gerangel um knappe Erdgasquelle*; In: NZZ vom 14.7.2009.
- Gaupp, Peter: *Algerien behält die Kontrolle über sein Erdöl*; In: NZZ vom 21./22.10.2006.
- Gaupp, Peter: *Algerien will zurück ins Tourismus-Geschäft*; In: NZZ vom 9./10.6.2007, S. 11.
- Gaupp, Peter: *Energie-Kooperation Spaniens und Russlands*; In: NZZ vom 4.3.2009.
- Gaupp, Peter: *Geld allein löst Algeriens Probleme nicht*; In: NZZ vom 18.9.2007, S. 13.
- Gaupp, Peter: *Mehrheit für Algeriens „Präsidentenallianz“*; In: NZZ vom 19.5.2007, S. 3.
- Gaupp, Peter: *Noch einmal Abdelaziz Bouteflika: Die algerische Präsidentenwahl verkommt zum Plebiszit*; In: NZZ vom 6.4.2009.
- Guemache, Hamid: *250 Stations-service Total en Algérie*; In: Le Quotidien d'Oran vom 12.9.2007, S. 1 und 5.
- Himmelreich, Jörg: *Europa benötigt eine Energie-Außenpolitik*; In: NZZ vom 11.11.2008, S. 7.
- Iran Daily (Hg.): *Ahmadinejad's Algeria Trip Crucial*; In: Iran Daily vom 6.8.2007, S. 1.
- Kauffmann Bosart, Marco: *Zahlreiche Wüstenländer auf Einkaufstour*; In: NZZ vom 3.10.2007, S. 13.
- Kreis, Georg: *Die koloniale Seite der Römer Verträge*; In: NZZ vom 7.3.2007, S. 6.
- Krönke, Gerd: *Rendevous mit Menschrechtlerin gestrichen*; In: SZ vom 2.5.2008.
- Lamriben, Hocine: *L'Algérie porte d'entrée de la Turquie en Afrique*; In: El Watan vom 19.8.2008, S. 1 und 4.
- Langhans, Dago: *Kriegsetat steigt*; In: Junge Welt vom 26.5.2009, S. 10/11.
- Lohse, Eckart: *Deutsche U-Boote für Islamabad*; In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 14.6.2009, S. 7.
- Meddi, Adléne: *Vers un mini-sommet arabe á Alger?*; In: El Watan vom 2.4.2008, S. 2.
- Meissl Årebo, Ingrid: *Norwegen auf dem Weg zur Erdgas-Nation*; In: NZZ vom 22.1.2009.
- Métaoui, Fayçal: *„L'Algérie occupe la première place dans le radar des opportunités de BP“*; In: El Watan vom 2.4.2008, S. 7.

- Mokhtaria, B.: *Le soutien de Bouteflika au nucléaire iranien*; In: Le Quotidien d'Oran vom 12. August 2008, S. 1 und 2.
- Neue Zürcher Zeitung (Hg.): *Sarkozy erstmals in Algerien*; In: NZZ vom 4.12.2007.
- Oukazi, Ghania : *Des accords et des promesses* ; In: Le Quotidien d'Oran vom 19.7.2008, S. 3.
- Oukazi, Ghania: *L'Allemagne veut équiper l'armée et la police algériennes*, In: Le Quotidien d'Oran vom 10.7.2008, S. 3.
- Pelda, Kurt: *Wettrennen um Afrikas Erdölfelder*; In: NZZ vom 21.9.2006, S. 13.
- Rogg, Inga: *Irakisches Gas für Europa*; In: NZZ vom 20.1.2010, S. 5.
- Ryad, N.: *Sonatrach: un nouveau plan d'investissement de 45 milliards de dollars*; In: Liberte vom 10.1.2008, S. 7.
- Saïdoun, Nabila: *Le tourisme algérien face au défi sécuritaire*; In: Liberte vom 12.2.2008, S. 3.
- Saâdoune, Malik: *Le BIP atteint 4.000 Dollars – Indices verts, réalité sociale rouge* ; In : Le Quotidien d'Oran vom 24.1.2008, S. 2.
- Wandler, Rainer: *97,36 für die Generalamnestie*; In: tageszeitung vom 1./2./3. Oktober 2005, S. 9.
- Wandler, Rainer: *Algeriens Kronprinz rebelliert*; In: tageszeitung vom 6. Oktober 2003, S.7.
- Wiegel, Michaela: *Die tragende Säule von Françafrique*; In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.6.2009, S. 6.
- Wiegel, Michaela: *Von Schwarzafrika an den Golf*; In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.5.2009, S. 6.
- Winkelmann, Ulrike: *So rüstig wie nie*; In die tageszeitung vom 28.4.2009, S. 2.

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich, die Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt zu haben. Die Stellen der Arbeit, die anderen Quellen im Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, sind durch Angabe der Herkunft kenntlich gemacht. Die Arbeit hat noch nicht ganz oder in Teilen als Prüfungsleistung vorgelegen.

Marburg, den 20. Februar 2010

(Sofian Philip Naceur)